



Landtag von Baden-Württemberg

116. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Freitag, 12. Dezember 2014 • Kunstgebäude

Beginn: 9:33 Uhr

Mittagspause: 13:57 bis 15:00 Uhr

Schluss: 17:48 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	6983	c) Einzelplan 07: Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (Wirtschaft) – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/6007	7033
1. Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2015/16 (Staatshaushaltsgesetz 2015/16 – StHG 2015/16) – Drucksache 15/5959		Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU	7033
a) Einzelplan 04: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/6004	6983	Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE	7035
Abg. Georg Wacker CDU	6983, 7004	Abg. Hans-Peter Storz SPD	7037
Abg. Sandra Boser GRÜNE	6986, 7006	Abg. Niko Reith FDP/DVP	7039
Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD	6988, 7006	Minister Dr. Nils Schmid	7040
Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP	6992	Abg. Tobias Wald CDU	7043
Abg. Viktoria Schmid CDU	6995	Beschluss	7044
Abg. Petra Häffner GRÜNE	6997	d) Einzelplan 06: Ministerium für Finanzen und Wirtschaft – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/6006	
Abg. Sabine Wölfle SPD	6997	e) Einzelplan 12: Allgemeine Finanzverwaltung – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/6012	
Minister Andreas Stoch	6998	f) Staatshaushaltsgesetz 2015/16 – Drucksache 15/5959 – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/6000	
Beschluss	7006	2. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Haushaltsgesetz 2015/16 – Drucksache 15/5960	
b) Einzelplan 14: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/6014	7009	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/6017	
Abg. Sabine Kurtz CDU	7009		
Abg. Petra Häffner GRÜNE	7013		
Abg. Martin Rivoir SPD	7015		
Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP	7016		
Ministerin Theresia Bauer	7019		
Abg. Manfred Kern GRÜNE	7023		
Abg. Helen Heberer SPD	7025		
Staatssekretär Jürgen Walter	7027		
Beschluss	7030		

3. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 14. November 2014 – **Mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2014 bis 2018** – Drucksachen 15/5962, 15/6018
4. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 14. November 2014 – **Finanzplan des Landes Baden-Württemberg gem. § 18 Absatz 10 Landeshaushaltsordnung**

für die Jahre 2014 bis 2020 (Stand: 14. November 2014) – Drucksachen 15/5961, 15/6019 7044

- Abg. Joachim Kößler CDU 7045
Abg. Muhterem Aras GRÜNE 7047
Abg. Klaus Maier SPD 7049
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 7052
Abg. Karl Klein CDU 7054
Minister Dr. Nils Schmid 7055

Beschluss 7058

Nächste Sitzung 7063

Protokoll

über die 116. Sitzung vom 12. Dezember 2014

Beginn: 9:33 Uhr

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 116. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg.

Urlaub für heute habe ich dem Kollegen Ulrich Lusche, der Kollegin Bärbl Mielich, dem Kollegen Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr und dem Kollegen Alexander Throm erteilt.

Krankgemeldet ist Kollege Paul Nemeth.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich Frau Staatsrätin Gisela Erler, Herr Minister Peter Friedrich und Herr Minister Reinhold Gall.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2015/16 (Staatshaushaltsgesetz 2015/16 – StHG 2015/16) – Drucksache 15/5959

Zunächst **Buchstabe a:**

Einzelplan 04: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/6004

Berichterstatter: Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei
Berichterstatter: Abg. Jörg Fritz

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 04 eine Redezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Die Berichterstatter wünschen jeweils nicht das Wort.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich dem Kollegen Georg Wacker von der CDU-Fraktion das Wort.

Abg. Georg Wacker CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der heutigen Beratung zum Einzelplan 04 beleuchten wir die letzte Etappe der grün-roten Bildungspolitik in dieser Legislaturperiode.

(Oh-Rufe von den Grünen und der SPD – Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Abwarten! Das Beste kommt noch!)

Insofern haben wir jetzt die Gelegenheit, zum einen einen Rückblick, zum anderen aber auch einen Ausblick auf das vor-

zunehmen, was uns in den nächsten Monaten bis zur Landtagswahl noch erwarten wird.

Meine Damen und Herren, um es am Anfang deutlich zu sagen: Obwohl die Steuereinnahmen sprudeln und der Einzelplan 04 wie auch alle anderen Haushaltspläne in besonderem Maß davon profitiert, haben wir es bei diesem Haushalt mit einem Haushalt der Ungleichheit zu tun.

Alle Kinder verdienen gleichermaßen eine finanzielle Förderung. Damit sage ich nicht, dass alle Kinder eine gleiche Förderung erhalten sollen. Aber unabhängig von den Stärken und Schwächen eines jeden Kindes verdient jedes Kind eine gleichberechtigte finanzielle Förderung. Trotzdem setzt die grün-rote Landesregierung ihre Politik in diesem Haushalt der Unausgewogenheit fort.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Es wird noch nicht mal geklatscht da drüben!)

Meine Damen und Herren, nach wie vor wird die Gemeinschaftsschule in besonderem Maß bevorzugt, die anderen Schulen werden massiv benachteiligt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Ihren Kurs, den Sie 2011 eingeschlagen haben, setzen Sie uneingeschränkt fort. Beispielsweise an den Sachkostenbeiträgen stellen wir das fest. Die Schulträger erhalten für Gemeinschaftsschulen pro Jahr und Schülerin bzw. Schüler 1 176 € als Sachkostenbeitrag. Bei den Realschulen ist es etwa nur die Hälfte. Der Klassenteiler für die weiterführenden Schularten beträgt 30 Kinder. Die Gemeinschaftsschulen erfahren eine Privilegierung; dort gilt ein Klassenteiler von 28 Schülern. Die Gemeinschaftsschulen haben einen Rechtsanspruch auf die Einrichtung einer Ganztagschule; die anderen weiterführenden Schularten haben diesen nicht; sie müssen sich auf offene Ganztagsbetreuungsangebote beschränken.

Im Bereich der Poolstunden gerade in den Eingangsklassen, in denen die Schülerinnen und Schüler aufgrund der zunehmenden Heterogenität eine besondere Förderung brauchen, bekommen die Schulen keine weitere Unterstützung. Die Realschulen verbleiben bei ihren 2,2 Poolstunden. Die Gemeinschaftsschulen erhalten nach wie vor 24 Poolstunden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! – Zuruf des Abg. Gerhard Kleinböck SPD)

Meine Damen und Herren, Sie setzen diesen Kurs fort, ohne einsichtig zu sein, ohne zur Kenntnis zu nehmen, dass alle Kinder

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

(Georg Wacker)

gleichermaßen eine finanzielle Förderung verdienen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Sie setzen Ihre Privilegierung zulasten aller Kinder an den anderen Schularten fort.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau!)

Dann sollen zusätzlich 500 Deputate für Realschulen kommen. Okay. Das ist ein Minischritt in die richtige Richtung. Aber Sie begründen diese 500 Deputate immer damit, die Vorgängerregierung habe für die Realschulen in diesem Bereich gar nichts getan.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Richtig! – Abg. Dr.
Stefan Fulst-Blei SPD: Stimmt!)

Da möchte ich Ihnen einfach vor Augen halten: In der letzten Legislaturperiode wurden den Realschulen – obwohl die Schülerzahlen an dieser Schulart damals bereits leicht rückläufig waren – 1 211 zusätzliche Deputate gegeben.

(Zuruf des Abg. Thomas Poreski GRÜNE)

Was machen Sie? 117 Deputate für die Poolstunden. Jetzt kommen die 500 Deputate. Dazu muss ich Ihnen, meine Damen und Herren, sagen: Sie müssen sich anstrengen, um die hervorragenden Leistungen der CDU

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Hör doch auf!)

in früherer Zeit in diesem Bereich zu toppen. Mit diesen 500 Deputaten tun Sie das nicht.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich
Rülke FDP/DVP)

Außerdem finden wir diese in diesem Haushalt nicht.

Die Realschulen erwarten jetzt, dass man ihnen endlich hilft – nach einer ausgewiesenen Notlage in den letzten dreieinhalb Jahren. Man muss diese Deputate etatisieren, damit die Schulverwaltung die Lehrerstellen schaffen kann, um das Personal zu rekrutieren. Wir sehen leider nicht, dass Sie diese Zusage in diesem Haushalt tatsächlich erfüllen.

Meine Damen und Herren, es lohnt sich, sich den Einzeletat genau anzuschauen. Wir haben es hier natürlich mit Zahlen zu tun. Deswegen möchte ich jetzt vor dem Hintergrund der Benachteiligung auch einmal einige Zahlen und Vergleiche genau beleuchten.

Die Ausgaben pro Schüler an einer Gemeinschaftsschule betragen das Zweieinhalbfache dessen, was für einen Realschüler zur Verfügung steht, und das Doppelte des entsprechenden Betrags für einen Gymnasiasten.

(Zuruf von der SPD: Und die Hauptschule?)

– Ich komme gleich auch auf diese Schulart zu sprechen. – Das heißt, die Ausgaben pro Schüler und Jahr betragen für einen Realschüler 2 800 €,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ach!)

für einen Gymnasiasten 5 600 €, für einen Schüler an der Gemeinschaftsschule 7 000 €.

(Zuruf von der CDU)

Meine Damen und Herren, ich gönne diesen Schülern diese finanziellen Zuwendungen.

(Zuruf von den Grünen: Das ist großzügig!)

Aber zu einem Zeitpunkt, zu dem Sie für diese Schulart noch nicht einmal einen Qualitätsnachweis erbracht oder den pädagogischen Mehrwert bewiesen haben,

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

muss ich diese Ausgaben als Steuerverschwendung pur bezeichnen. Das ist ungerecht.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Friedrich
Bullinger FDP/DVP)

Aber auch der Vergleich zu den Werkrealschulen ist interessant. Die Ausgaben pro Schüler an der Gemeinschaftsschule betragen 7 000 €, pro Schüler an der Haupt- bzw. Werkrealschule 3 000 €,

(Zuruf des Abg. Thomas Poreski GRÜNE)

obwohl die Schülerzusammensetzung dort mit der an der Gemeinschaftsschule sicher noch am ehesten vergleichbar ist. Jetzt sagen Sie wahrscheinlich: „Ja, klar, die Gemeinschaftsschule ist eine besondere Schulart; sie ist eine inklusive Schule, sie ist eine Ganztagschule.“ Nur, meine Damen und Herren, so viele Sonderpädagogogen

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

haben Sie an der Gemeinschaftsschule nicht, um diese Ausgaben zu rechtfertigen. Außerdem ist mittlerweile jede zweite Werkrealschule im Land eine gebundene Ganztagschule. Insofern lässt sich dieses Argument nicht heranziehen.

Sie erbringen keinen positiven Qualitätsnachweis für Ihre Bildungspolitik, Sie erbringen einen negativen Qualitätsnachweis für Ihre Bildungspolitik. Man sieht es an der Zahl der Sitzenbleiber. Im Schuljahr 2011/2012 sind nur 0,7 % der Fünftklässler an unseren Schulen sitzengeblieben. Wir waren damit deutschlandweit Spitzenreiter. Mittlerweile hat sich diese Zahl vervierfacht bzw. verfünffacht. Wenn wir jetzt den Ländervergleich heranziehen, erkennen wir, dass Sie, Herr Minister, auf dem besten Weg sind, in diesem Bereich die rote Laterne unter allen Bundesländern zu übernehmen. Von einem Spitzenplatz zum letzten Platz im Ländervergleich, das ist ein erstes Qualitätszeugnis Ihrer Bildungspolitik in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Dann folgen Sie dem Kurs einer Verschleierung. Ihr Parteivorsitzender Nils Schmid hat in einem Schreiben an die Parteivorsitzenden in Baden-Württemberg den Realschulen eine Existenz- und Entwicklungsperspektive zugewiesen. Das ist zunächst einmal positiv.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Als Gemeinschaftsschule, ja!)

(Georg Wacker)

Aber gleichzeitig sagt Ihr grüner Koalitionspartner nach wie vor, dass wir eine Zweisäuligkeit im Bildungssystem brauchen. Unter Zweisäuligkeit verstehen Sie Gymnasium und integrative Schule, nämlich die Gemeinschaftsschule. Wenn ich aber Ihren Finanz- und Wirtschaftsminister höre, spricht der plötzlich von einer Drei- oder sogar einer Viergliedrigkeit – Gymnasium, Werkrealschule, Gemeinschaftsschule und Realschule.

Meine Damen und Herren, was passiert denn nach Ihrem Willen tatsächlich mit der Realschule? Wir sagen in aller Deutlichkeit: Wir haben Ihnen ein Konzept auf den Tisch gelegt, das sich in den wesentlichen Inhalten von dem unterscheidet, was Sie jetzt vorgelegt haben, wenn auch auf den ersten Blick der Eindruck entsteht, dass es durchaus auch Ähnlichkeiten gebe. Was die Fassade Ihres Konzepts betrifft, gibt es Ähnlichkeiten. Aber bei den Inhalten stellen wir deutliche Unterschiede fest. Wir fordern die Ermöglichung einer Leistungs-differenzierung

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

ab Jahrgangsstufe 5. Das lassen Sie in Ihrem Konzept nicht zu. Aber gerade dort brauchen die Schülerinnen und Schüler einen leistungsdifferenzierten Unterricht.

Wir sagen, ab Jahrgangsstufe 7 brauchen wir einen leistungsdifferenzierten Unterricht an der Realschule, um auf den Hauptschulabschluss und den Realschulabschluss vorzubereiten, in Deutsch, Mathematik, Fremdsprache und Naturwissenschaften in Form eines durchgehenden Bildungsgangs. Sie lassen jetzt lediglich je zwei Stunden in Deutsch und Mathematik zu.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: „Ausnahmsweise“, heißt es!)

Das war es dann auch schon. Von einem durchgängigen Bildungsangebot sprechen Sie nicht mehr, erst ab Jahrgangsstufe 9. Das käme dann einem unverantwortlichen Paukkurs gleich, hat aber mit einem vernünftigen Bildungsweg überhaupt nichts zu tun, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig, überhaupt nichts!)

Sie wollen die Gemeinschaftsschule durch die Hintertür einführen und dafür die Realschule instrumentalisieren.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Wir bekommen in diesen Tagen sehr viele besorgniserregende Briefe von Realschulpädagogen zur Kenntnis. Ich möchte Ihnen nur ein Schreiben eines Junglehrers gern zur Kenntnis geben und daraus zitieren:

Als Student – ich stehe inzwischen in meinem sechsten Berufsjahr – habe ich sogar geglaubt für die Ideen der Gemeinschaftsschule und Co. Das waren die Zeiten des Idealismus. Heute ist der Realismus eingekehrt. Die Realität sieht aber so aus: In meinem Klassenzimmer befinden sich zwischen 27 und 31 Schüler. Das heißt für mich, je homogener die Leistungsstruktur, desto erfolgreicher meine Arbeit und die Klasse. Da wir kleinere Lerngruppen nicht schaffen, ist – aus der Praxis argumentiert – das Credo Leistungsdifferenzierung, und wir werden weiterhin in der Masse erfolgreich sein und den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg erhalten.

Das ist eine vernünftige pädagogische Einstellung, die viele Pädagogen an unseren Realschulen haben. Meine Damen und Herren, verantwortungsvolle Bildungspolitik heißt, genau diesem Anliegen Rechnung zu tragen. Schließen Sie sich endlich unserem Konzept an, Herr Minister, und zwar nicht nur bei dem, was die Fassade betrifft, sondern bei dem, was insgesamt das Konzept betrifft. Dann, glaube ich, ist ein wichtiger, wegweisender Schritt zu einer besseren Bildungspolitik in Baden-Württemberg getan.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau!)

Zum Abschluss noch einige wenige Sätze zur größten Baustelle, die Sie überhaupt noch nicht in Angriff genommen haben. Das ist das Thema Inklusion.

(Widerspruch des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Da sind wir auch etwas verwundert. Plötzlich soll Inklusion quasi zum Nulltarif gehen. In allen Ländern wird über Mehrkosten im Bereich der Inklusion geklagt, nur in Baden-Württemberg nicht. Im Haushalt finden wir hierzu keine Position. Die Schulen fragen: Wie sollen wir das bewerkstelligen? Welche Unterstützung bekommen wir seitens des Landes? Wie sieht es mit der sonderpädagogischen Unterstützung an den allgemeinbildenden Schulen aus? Wie viele Kinder mit Behinderung sollen wir aufnehmen? Welche Kinder mit Behinderung sollen wir aufnehmen? Wer entscheidet darüber, welche Kinder wir an den Schulen aufnehmen sollen?

Die Verunsicherung ist groß. Man macht sich größte Sorgen, was die Möglichkeit betrifft, überhaupt noch einen guten Unterricht für alle Kinder erteilen zu können. Sie ziehen sich ins Schneckenhaus zurück, kündigen lediglich von Jahr zu Jahr an, dass Sie in diesem Bereich etwas tun wollen. Zuletzt haben Sie angekündigt, noch vor Weihnachten 2014 einen Gesetzentwurf vorzulegen. Wir sehen keinen Gesetzentwurf.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das hat ja auch noch zwei Wochen Zeit!)

Wir haben größte Sorge, ob dieses Thema überhaupt noch in dieser Legislaturperiode in Angriff genommen werden kann.

Ich darf Ihnen sagen, Herr Minister: Das ist absolut unverständlich. Denn im Mai dieses Jahres sprachen Sie davon, dass man für diesen Bereich etwa 4 000 Stellen brauche, und jetzt sprechen Sie von überschaubaren Aufwendungen. Dieser Kurs hat mit Haushaltsklarheit, mit Haushaltswahrheit überhaupt nichts zu tun. Die Schulen brauchen jetzt Klarheit über die Anforderungen und vor allem auch die notwendige Unterstützung bei dem, was sie in diesem Bereich tatsächlich leisten können – zum Wohle der Kinder mit und ohne Behinderungen.

Meine Damen und Herren, das, was Sie in diesem Bereich machen, ist verantwortungslos. Das ist die größte Baustelle. Daran werden wir Sie in den nächsten Monaten in besonderem Maße messen.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht die Kollegin Boser.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Planst du für ein Jahr, so säe Korn, planst du für ein Jahrzehnt, so pflanze Bäume, planst du für ein Leben, so bilde Menschen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Landesregierung plant die Zukunft dieses Landes, und wir investieren in die Bildung wie keine andere Landesregierung zuvor.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir haben bereits in den vergangenen drei Jahren die Bildungsausgaben für die Schülerinnen und Schüler pro Kopf um 18 % steigern können. Mit diesem Haushalt gehen wir einen weiteren Schritt voran.

Für uns, sehr geehrter Herr Wacker, sind Bildungsausgaben in keinem Fall Steuerverschwendung pur. Wir sehen Bildungsausgaben als eine wichtige Investition für dieses Land. Hier von Steuerverschwendung zu sprechen ist wirklich etwas, was ich noch nie gehört habe.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Das zeigt auch: Die Priorität unseres Haushalts liegt eindeutig in der Bildungspolitik. Wir denken Bildungspolitik nicht nur in Einzelbestandteilen, sondern wir denken Bildungspolitik vom Kleinkind bis zum Senior. Wir haben daher auch in diesem Haushalt alle Bereiche der Bildung in den Blick genommen und in alle Bereiche investiert.

Wir haben nochmals in die Kleinkindbetreuung investiert. Seit dem Pakt mit den Kommunen haben wir den Anteil der Plätze im Land von 17 % auf 27 % steigern können. Das war etwas, das diese Landesregierung geschafft hat. Das war nicht etwas, was Sie in irgendeiner Form vorbereitet hätten. Das zeigt, dass sich dieser Pakt auszahlt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wir schaffen damit die wichtige Voraussetzung, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessert wird und dass es ein sehr gutes Angebot für die Kleinsten im Land gibt. Wir haben daher in diesen Haushalt noch einmal 50 Millionen € eingestellt, damit am Ende tatsächlich auch 68 % der Betriebskosten bei den Kommunen im Land ankommen, und wir haben den Anteil der Elternbeiträge angepasst.

Wir haben ein Lückenschlussprogramm für die Investitionen im Kleinkindbereich in Höhe von 50 Millionen € aufgelegt, um die auslaufenden Bundesmittel aufzufangen und die Investitionen der Kommunen weiter unterstützen zu können. Damit schaffen wir Planungssicherheit für die Kommunen und sichern die Unterstützung für den Bau von Kitas.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Aber nicht nur die Kleinkindbetreuung in Kommunen spielt für uns eine Rolle, sondern auch die Tageselternvereine sind uns wichtig. Die Diskussion von gestern hat ja gezeigt, dass es hier Unstimmigkeiten vonseiten der Opposition gibt. Aber

da muss man fragen: Was haben Sie denn zu Ihrer Regierungszeit für die Tageselternvereine getan?

(Zuruf von der CDU: Einiges!)

Unter der jetzigen Landesregierung wurde der Qualitätsleitfaden für die Tageselternvereine ausgebaut. Es wurde ein Qualitätskonzept aufgelegt, damit Tageselternvereine vor Ort gut arbeiten können, und wir investieren in den Landesverband der Tageselternvereine

(Zuruf: Langsam!)

Fraktionsmittel in Höhe von 50 000 €, damit eine weitere Unterstützung gewährleistet wird.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Aber nicht nur der Ausbau der Kleinkindbetreuung spielt für uns eine Rolle. Wir haben in diesem Haushalt ein weiteres Mal die Sprachförderung ausgebaut, damit Kinder vor Ort eine gute Sprachförderung erhalten können.

(Zuruf von der CDU: Bla, bla!)

Wir haben die Gruppengröße bei der Sprachförderung verkleinert, wir haben das Fördervolumen ein weiteres Mal angehoben – um rund 21 Millionen € –, damit vor Ort mehr Gruppen eingerichtet werden können und damit Sprachförderung vor Ort besser ankommt.

Darüber hinaus haben wir Mittel für die frühkindliche Förderung im Bereich der intensiven Sprachförderung eingestellt, damit gerade Kindern aus Zuwandererfamilien Sprachförderung vor Ort in den Kindergärten gewährleistet werden kann. Dafür stehen in den nächsten Jahren jeweils 1,6 Millionen € zur Verfügung. Damit wollen wir den Kindern in Baden-Württemberg einen guten Start ermöglichen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Gerade jetzt, da wir viele Flüchtlinge in unserem Land aufnehmen, deren Kinder unsere Kindertageseinrichtungen besuchen, ist dies ein wichtiger Beitrag, um den Kindern die Unterstützung zu bieten, die sie brauchen.

Dies gilt auch für die Kinder in den Grundschulen, in den Vorbereitungsklassen. Gerade an den Grundschulen nimmt die Zahl der Kinder ohne Deutschkenntnisse zu. Das ist nicht nur durch die wachsende Zahl von Flüchtlingen bedingt; vielmehr führt auch der Zuzug von Fachkräften und deren Familien dazu, dass der Bedarf vor Ort ständig steigt. Damit die Vorbereitungsklassen vor Ort eingerichtet werden können, haben wir bereits vor der Sommerpause reagiert. Wir haben zusätzlich 200 Stellen im Haushalt eingestellt, damit diese Vorbereitungsklassen eingerichtet werden können und damit den Kindern am Ende die Unterstützung gegeben werden kann, die sie brauchen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Für die Grundschulen wird in diesem Zusammenhang immer wichtiger, dass sie Ganztagsangebote einrichten können, damit die Kinder zusätzliche Unterstützung in ihren Lernvorbereitungen bekommen. Wir haben diese Ganztagsangebote in den Grundschulen letztendlich mit der gesetzlichen Grundlage unterstützt.

(Sandra Boser)

Zusammen mit den kommunalen Landesverbänden hat diese Landesregierung es geschafft, den Ausbau gemeinsam voranzubringen. Zu sagen, dass in Ihrer Regierungszeit davon etwas zu spüren war, wäre vermessen. Es gab zu Ihrer Zeit keine gesetzliche Grundlage für die Ganztagsgrundschulen; das hat diese Landesregierung geschafft, damit qualitative Angebote eingerichtet werden können.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Claus Schmiedel SPD: Genau so!)

Für ein gutes Angebot ist die Einbeziehung außerschulischer Partner für uns von großem Wert. Damit diese Kooperationen der unterschiedlichsten Partner umgesetzt werden können, haben wir beispielsweise die Jugendkunstschulen in diesem Haushalt mit 200 000 € pro Jahr zusätzlich unterstützt, damit Kooperationen mit den Schulen gebildet werden können.

(Unruhe)

Ebenso haben wir die Musikschulen unterstützt. Die Kulturagenten unterstützen wir mit 160 000 €. Da der Bund hier die Mittel zurückgefahren hat, können die Kulturagenten nur mit Unterstützung des Landes ihre Arbeit fortführen.

Schule soll für uns mehr sein als ein Lernort. Schule soll zu einem Lebensort werden, und dazu braucht es außerschulische Partner, die diese Angebote vor Ort einrichten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir haben in diesem Bereich weitere Projekte unterstützt, beispielsweise das Projekt des BUND „McMöhre süß und saftig“. Damit schaffen wir die Unterstützung für Schülerfirmen, die im Sinne der Nachhaltigkeit arbeiten.

(Lachen bei der CDU)

– Ich sehe, dass Sie auf Ihrer Seite lachen,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ich kenne das!)

aber das ist ein wichtiger Beitrag, damit außerschulische Partner in die Schule mit einbezogen werden. Dass Sie das lächerlich finden, kann ich verstehen, aber für uns ist das ein wichtiger Beitrag, damit Schule zu einem Lernort und zu einem Lebensort wird und damit Schüler gleichberechtigten Zugang zu Bildungsangeboten haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe von der CDU – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Jetzt komme ich zur Inklusion. Die Inklusion besteht bereits seit 1999 im Rahmen der UN-Behindertenrechtskonvention.

(Zuruf von der CDU: Haben Sie das gelesen?)

Wir haben in den vergangenen drei Jahren, also seit Beginn dieser Regierungszeit, damit begonnen, ein Inklusionsgesetz überhaupt erst vorzubereiten. Es gab keine Vorbereitung in den Schubladen des alten Kultusministeriums; es gab keine Hinweise, dass in irgendeiner Form darüber nachgedacht worden wäre, ein Inklusionsgesetz auf den Weg zu bringen.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Diese Landesregierung schafft ein Inklusionsgesetz noch in dieser Legislaturperiode. Wir haben in diesem Jahr bereits 200 Stellen für Inklusion an Schulen in den Haushalt eingebracht. Diese Stellen sind da, damit die Kooperationen vor Ort umgesetzt werden können. Diese Landesregierung schafft, was die alte Landesregierung nicht geschafft hat.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Auch der Ausbau der Gemeinschaftsschulen ist ein Baustein, wie das längere gemeinsame Lernen besser umgesetzt werden kann. Dass Sie von der CDU nach wie vor so abwertend von der Gemeinschaftsschule sprechen – während Sie vor Ort immer wieder unterstützend sagen, Sie hielten es für ein tolles Konzept –, ist beschämend und ignorant.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Was? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wo ist der Qualitätsnachweis? – Gegenruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Fragen Sie Ihre Kollegen vor Ort!)

Es ist wirklich beschämend, denn Sie demontieren damit den hohen Einsatz der Lehrerinnen und Lehrer vor Ort, die versuchen, den Schülerinnen und Schülern die beste Unterstützung zu geben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Mit der Gemeinschaftsschule schaffen wir es, dass im ländlichen Raum Schulstandorte endlich eine Zukunft haben, dass dort keine Probleme aufgrund sinkender Schülerzahlen bestehen. Wer die Rückabwicklung der Gemeinschaftsschulen fordert, der fordert damit das Schulsterben im ländlichen Raum.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das fordert niemand! Wir fordern einen Leistungsnachweis!)

Das neue Konzept der Realschulen, das wir vorgelegt haben, soll der Heterogenität an den Schulen Rechnung tragen. Für dieses Konzept wird es auch die zusätzlichen Stellen geben. Wir werden dafür einen Nachtragshaushalt auf den Weg bringen, damit die Realschulen im kommenden Schuljahr ab 2015/2016 zusätzliche Unterstützung erhalten.

Herr Wacker, ich muss schon sagen: Wenn Sie diese Unterstützung schon jetzt, in diesem Haushalt fordern, dann hätten Sie doch einen Änderungsantrag einbringen können, um diese Stellen zu etatisieren. Die CDU hat für die Realschulen keinen Änderungsantrag eingebracht, um beispielsweise 500 Deputate in diesem Bereich zusätzlich an die Realschulen zu bringen.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Wir bringen es im Nachtragshaushalt nächstes Jahr.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

Es wäre in diesem Zusammenhang auch konsequent, wenn Sie Ihr eigenes Konzept zurückziehen würden. Denn wer auf der einen Seite behauptet, wir hätten sein Konzept kopiert, und auf der anderen Seite Briefe an Realschullektoren schickt,

(Sandra Boser)

in denen das ganze Konzept auseinandergenommen wird, verliert an Glaubwürdigkeit.

(Abg. Georg Wacker CDU: Kritisch-konstruktive Betrachtung!)

– Sie müssten Ihr eigenes Konzept kritisch-konstruktiv betrachten und sollten nicht an einem Tag davon sprechen, wir hätten Ihr Konzept kopiert, und am anderen Tag sagen, es wäre der Untergang der Realschulen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Den wollen Sie auch!)

Für uns ist in diesem Zusammenhang wichtig, dass die Fortbildungsmittel für die Lehrerinnen und Lehrer vorangebracht werden. Dafür hat die Landesregierung in diesem Haushalt die Fortbildungsmittel abermals um 500 000 € erhöht, damit Fortbildung und Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer angesichts der zunehmenden Heterogenität vorangebracht werden können. Wir haben alle Schulen und Schularten im Blick.

Wir haben beispielsweise bei den beruflichen Schulen in den vergangenen Jahren die Zahl der Lehrerstellen kontinuierlich erhöht und damit die beste Unterrichtsversorgung geschaffen, die es je an den beruflichen Schulen gab. Was war denn zu Ihrer Regierungszeit? 5 % strukturelles Defizit. Was ist jetzt? Gerade noch 2 %; das hat diese Landesregierung geschafft.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich finde es in diesem Zusammenhang auch brandgefährlich, dass vonseiten der CDU immer wieder versucht wird, duale Ausbildung und Studium gegeneinander auszuspielen. Ihr neuer Spitzenkandidat Wolf sagt immer: Wir brauchen Handwerker und keine Akademiker.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da hat er recht!)

Wir brauchen beides in diesem Land. Wir brauchen Handwerker und Akademiker, sehr geehrte Damen und Herren von der CDU.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe von der CDU)

Es reicht nicht, nur den Schreiner und den Bäcker zu haben. Wir brauchen den Arzt und den Ingenieur genauso.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Lebhaftige Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Ja, da werde ich sauer. Wer nur auf die Handwerker setzt oder wer nur auf die Akademiker setzt, der setzt die Zukunft dieses Landes aufs Spiel.

(Zurufe von der CDU – Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Das Wort hat die Kollegin Boser.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Danke.

(Abg. Georg Wacker CDU: Das war aber streng! – Vereinzelt Heiterkeit)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gute Bildungsangebote spielen nicht nur während der Schulzeit eine wichtige Rolle, sondern auch nach der Ausbildung und nach dem Studium. Daher haben wir in diesem Haushalt die Weiterbildungsmittel endlich angehoben, damit das entsprechende Angebot dem bundesweiten Durchschnitt entspricht. Wir setzen daher die Versprechen unseres Koalitionsvertrags in die Tat um.

(Zuruf des Abg. Georg Wacker CDU)

Wir haben in den vergangenen Jahren 1,5 Milliarden € zusätzlich in Bildung investiert und damit so viel wie keine andere Landesregierung zuvor. Wir haben gemeinsam mit den Kommunen, mit den Schulen, mit den Lehrern und mit den Eltern Lösungen gesucht, die wir nun umsetzen. Denn ein weiterer Stillstand, wie unter Schwarz-Gelb, hätte die Zukunft dieses Landes im Bereich der Bildung massiv gefährdet.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Derzeit sind alle begeistert!)

Ich fasse zusammen, was diese Landesregierung alles geschafft hat: Ausbau der Kleinkindbetreuung. Schulsozialarbeit an den Schulen. Die Grundschulen wurden gestärkt. Das Angebot der Gemeinschaftsschulen wächst. Die Realschulen bekommen von uns zusätzliche Mittel. Die Versorgung der beruflichen Schulen verbessert sich von Jahr zu Jahr. Bildung zieht sich bei uns durch alle Bereiche hindurch, von der Schule bis zur Weiterbildung. Was Sie in Ihrer Regierungszeit versäumt haben, holen wir nach und bringen gute Bildung in diesem Land voran.

Zum Schluss möchte ich allen Lehrerinnen und Lehrern im Land danken für ihre hervorragende Arbeit, für das, was sie an den Schulen in unserem Land umsetzen.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Trotz schlechter Regierung!)

Denn gute Schule entscheidet sich im Klassenzimmer, nicht durch das, was wir im Landtag von Baden-Württemberg beschließen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Völlig richtig!)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Dr. Fulst-Blei.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Dieser Kultusetat ist historisch.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! Das stimmt!)

Erstmals in der Geschichte des Landes Baden-Württemberg durchbricht der Einzelplan 04 im Jahr 2016 die Grenze von 10 Milliarden €. Im Vergleich zum Jahr 2011, dem letzten Staatshaushalt der schwarz-gelben Landesregierung, bedeutet dies einen Anstieg von rund 13 % bzw. ca. 1,25 Milliarden €. Darin enthalten sind noch nicht einmal die Ausgaben

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

für die Landesbeteiligung an der Schulsozialarbeit und die Einnahmeausfälle aufgrund des Wegfalls der Studiengebühren. Ca. 1,25 Milliarden € mehr für den Kultusetat nach fünf Jahren grün-roter Regierungszeit – diese Bilanz kann sich wahrlich sehen lassen und zeigt: Wir haben Wort gehalten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir investieren nach einer klaren politischen Zielsetzung in den Bildungsbereich. Diese lautet: Wir brauchen ein Baden-Württemberg mit mehr Bildungsgerechtigkeit und ein Bildungssystem, das für zukünftige Aufgaben gut gerüstet ist.

Lassen Sie mich dies anhand einiger Beispiele veranschaulichen; manches kann ich kurz abhandeln. Erst gestern haben wir in der Aktuellen Debatte über die frühkindliche Betreuung diskutiert. Dabei war Baden-Württemberg 2011 bundesweit Schlusslicht. Man kann sagen, Baden-Württemberg war ein familienpolitisches Entwicklungsland.

Drei Jahre später attestiert die Bertelsmann Stiftung unserem Bundesland einen Vorbildcharakter für ganz Deutschland beim dynamischen Ausbau der Betreuungsangebote im U-3-Bereich und einen herausragenden Betreuungsschlüssel. In drei Jahren flossen insgesamt rund 1 Milliarde € an Landesmitteln zusätzlich an Städte und Gemeinden. 2015 bzw. 2016 werden wir diesen Mittelzufluss um 660 Millionen € bzw. 795 Millionen € steigern. Zudem wird 2015 ein einmaliges Landesinvestitionsprogramm in Höhe von 50 Millionen € aufgelegt.

Grün-Rot macht Baden-Württemberg fit für die Zukunft und damit zum Musterschüler, wenn es um eine familienfreundliche Bildungspolitik geht – für ein gutes Leben in einem guten Land.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Konsequent ist der Folgeschritt beim Ausbau der Ganztagschule im Grundschulbereich. Denn was nützt es einer jungen Familie, wenn wir eine gute Situation im U-3-Bereich haben, wenn wir eine gute Situation im Bereich des Kindergartens haben, sich aber mit Eintritt in die Grundschule die Frage stellt: „Wer hört mit dem Job auf?“ Diese Frage richtet sich oftmals an die Frau. „Wer von uns kann reduzieren und in Teilzeit arbeiten?“ Vor dem Hintergrund steigender Lebenshaltungskosten ist dies problematisch.

Auch in diesem Punkt ließ die CDU das Land Baden-Württemberg im Ländervergleich auf einem Abstiegsplatz. Die CDU ließ vor allem die kommunale Seite jahrelang im Regen stehen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir dagegen haben durch die Verankerung der Ganztagschule im Schulgesetz ein jahrzehntlang geduldetes Provisorium im Schulerschluss mit den kommunalen Landesverbänden beendet. Auf diesen historischen Erfolg kann nicht oft genug hingewiesen werden.

Wenn binnen weniger Monate über 177 Schulen und Schulträger einen Antrag auf Einrichtung einer Ganztagschule stellen, dann zeigt sich, wie groß der von Ihnen hinterlassene Handlungsdruck im Land gewesen sein muss. Um diese Zahl für das Verständnis ins richtige Licht zu rücken, muss man

wissen, dass es 2011 und 2012 nur 339 Ganztagsgrundschulen im Land gab.

Der Ausbau der Ganztagsgrundschule erfolgt bedarfsorientiert und richtet sich nach den Wünschen der Eltern. Gleichwohl ist die Qualität maßgeblich für deren Erfolg. Deshalb haben wir die Lehrerzuweisung und die zeitliche Flexibilität gegenüber früheren Modellen erhöht. Außerdem haben wir – Kollegin Boser hat es ausgeführt – mit der Möglichkeit der Budgetierung die Einbindung einer Vielzahl außerschulischer Partner ermöglicht. Wir investieren in den kommenden Jahren 185 Millionen € in den Ausbau der Ganztagsgrundschule, und das ist gut so.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Meine Damen und Herren, eine auskömmliche Unterrichtsversorgung ist die Grundlage für eine erfolgreiche Schullaufbahn. An diesem Grundsatz halten wir in nunmehr drei Jahren Regierungsverantwortung eisern fest. Die Bilanz kann sich sehen lassen. Wir haben den Ausbau der festen Krankheitsvertretung seit 2011 um 33 % oder 400 Stellen auf jetzt 1 600 Stellen erhöht sowie den Regierungspräsidien eine flexible Vertretungsreserve im Umfang von 63 Millionen € zur Verfügung gestellt.

Diese Versorgungssituation ermöglicht endlich auch den beruflichen Schulen und den allgemeinbildenden Gymnasien den Abbau der Überstundenbugwelle. Vom Schuljahr 2011/2012 bis zum Schuljahr 2013/2014 sank diese an den allgemeinbildenden Gymnasien um 20 % und an den beruflichen Schulen erstmals um 3 %. Wir waren es, die das dort vorhandene Unterrichtsdefizit von 4,4 % auf unter 2 % gedrückt haben. Kollege Wacker, wir waren es übrigens auch, die von Anfang an die Bedeutung des Handwerks betont haben. An dieser Stelle gilt unserem Mittelstandsbeauftragten Peter Hofelich ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Erstmals gab es Poolstunden für die Realschulen und zusätzlich auch für die Gymnasien. Gerade im Bereich der Realschulen ist dies nicht das Ende, sondern der Beginn eines Aufwuchses von weiteren Poolstunden, die wir im Rahmen eines Nachtragshaushalts fest im Blick halten. Mit dem Realschulkonzept biegt der Reformzug Richtung Zukunftssicherheit in seine letzte große Kurve ein.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtung Gemeinschaftsschule!)

Kollege Wacker, ich habe zahlreiche Mails bekommen, die Interesse und die Dank dafür ausdrückten, dass wir diesen Schritt gehen. Daher brauchen wir uns von Ihnen, die Sie die Realschulen jahrzehntlang links liegen gelassen haben,

(Zuruf von den Grünen: Rechts!)

an dieser Stelle schon einmal gar nichts sagen zu lassen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zurufe der Abg. Georg Wacker und Helmut Walter Rüeck CDU)

Beim Thema Ressourcen müssen wir uns von Ihnen ebenfalls nichts sagen lassen. Natürlich braucht es Ressourcen. Statt

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

6 600 Lehrerstellen zu streichen, wie dies von CDU und FDP/DVP für den Zeitraum bis 2016 vorgesehen war,

(Abg. Georg Wacker CDU: Streicht ihr die jetzt? – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

belassen wir diese Stellen im System. In unserer Verantwortung erfolgt 2015 kein Lehrstellenabbau. Zudem wird es eine bedarfsorientierte Anpassung in den Folgejahren geben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Georg Wacker CDU: Völliger Murks!)

– Wenn Sie von Murks reden, dann beschimpfen Sie sich selbst; denn dieser „Murks“ ist nichts anderes als Ihre mittelfristige Finanzplanung; das sind Ihre k.w.-Stellen, die Sie uns im Haushalt hinterlassen haben.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Zahlen kann man nicht anschreien!)

Als der Minister bei mir in Mannheim war, sagte ein Schulleiter – O-Ton –: „So gut war die Unterrichtsversorgung noch nie.“ Dies höre ich von einer Vielzahl von Schulleitungen, insbesondere aus dem Berufsschulbereich.

(Lachen des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Grün-Rot wird in den kommenden Jahren dafür sorgen, dass die Zahl solcher Rückmeldungen weiter anwachsen wird.

Meine Damen und Herren, ich komme zu einer Erfolgsstory.

(Oh-Rufe von der CDU)

Von null auf 209 Schulen im Land, von null auf 20 000 Schülerinnen und Schüler, und das Ganze binnen drei Jahren in Baden-Württemberg. 209 Schulen mit innovativer Pädagogik und inklusiver Beschulung, davon rund ein Drittel von CDU-geführten Gemeinden beantragt. Eine Schulart, die selbst beim designierten CDU-Spitzenkandidaten auf Begeisterung stößt. Zitat:

„Ich habe den Eindruck, es gibt gut funktionierende und von motivierten Lehrern getragene Gemeinschaftsschulen.“

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist auch korrekt!)

Mit diesen Worten hat Landtagspräsident Guido Wolf seinen Besuch in der Gemeinschaftsschule Aldingen bilanziert.

(Zurufe von den Grünen: Oi! – Guter Mann!)

In der Tat, Kollege Wolf: Ich rede von den Gemeinschaftsschulen.

Wir haben mit der Gemeinschaftsschule einen leistungsorientierten Schultyp im Schulgesetz verankert und gleichzeitig der Tatsache Rechnung getragen, dass es trotz der rückläufigen Zahl der Schülerinnen und Schüler im Land möglich ist, dort ortsnah einen allgemeinbildenden Schulabschluss abzulegen.

Wir sind deshalb überzeugt, dass der Ausbau der Gemeinschaftsschule auch in den kommenden Jahren voranschreiten

wird. Über die Einrichtung von weiteren Gemeinschaftsschulen zum Schuljahr 2015/2016 wird bereits im kommenden Februar entschieden. Weitere Anträge zum Anmeldestichtag am 1. Juni 2015 werden folgen.

Die Gemeinschaftsschule ist eine Schulart der Zukunft, deren Lehrkräfte es verdienen, respektiert und wertgeschätzt zu werden.

(Zuruf von der SPD: Genau! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Um das geht es überhaupt nicht! Es geht um die Inhalte!)

Weil es so schön ist, Kollege Röhm,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Schön ist das überhaupt nicht!)

möchte ich Sie noch einmal auf den Umstand hinweisen, dass die Vodafone Stiftung und – das betone ich – der Deutsche Philologenverband bei der Auszeichnung der besten Lehrer in Deutschland auch – Sie werden es nicht glauben, liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition – ein offenes Lernkonzept von zwei Lehrkräften einer Gemeinschaftsschule in Biberach ausgezeichnet hat.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Damit es bei der Opposition richtig haften bleibt, zitiere ich die Jury:

Geringe Fehlzeiten, ein freundlicher Umgangston und sehr gute Ergebnisse machen die Mali-Gemeinschaftsschule zum kreativen Lern- und Lebensort.

Herzlichen Glückwunsch, sagen wir.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Oi!)

An Sie von der Opposition gerichtet weise ich darauf hin: Darin ist keine Rede von Kuschelpädagogik, keine Rede von Gleichmacherei. Ich wünsche mir deshalb, dass Sie das endlich anerkennen und dass die Opposition in den nächsten zwei Jahren verbal abrüstet und die Leistungen der Gemeinschaftsschule endlich auch einmal hier im Landtag anerkennt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zurufe von der SPD und den Grünen: Jawohl! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wenn man es denn beurteilen kann!)

– Herr Röhm, ich antworte Ihnen gleich mit der Aussage eines Kollegen. Vielleicht verstehen Sie dann auch, warum ich mich an dieser Stelle immer wieder aufrege. Ich empfinde es als schlichtweg unanständig, wenn Landtagsabgeordnete der CDU einerseits vor Ort für die Gemeinschaftsschule votieren, sich aber dann auf Landesebene dagegen aussprechen.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Ein aktuelles Update können Sie haben. Das führt dann zu solch kuriosen Aussagen wie von Herrn Kollegen Lusche in der Zeitung „Die Oberbadische“ vom 28. November 2014 – ich zitiere –:

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

Zwar habe auch er selbst als Mitglied des Lörracher Gemeinderats der Einführung der Gemeinschaftsschule zugestimmt,

(Zuruf von der SPD: Aha!)

dies jedoch, „da sie von vielen Seiten gewünscht wurde“.

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen)

Was ist denn das für ein Tobak, meine Damen und Herren von der CDU? Bitte beenden Sie dieses Theater. Ja, Kollege Lusche, die Gemeinschaftsschule wird von vielen gewünscht. Ja, Sie sind Volksvertreter. Also handeln Sie im Interesse der Menschen, und unterstützen Sie die Gemeinschaftsschule auch hier im Landtag.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

An den Kollegen Wacker gerichtet sage ich: Hören Sie endlich auf, Schularten gegeneinander auszuspielen.

(Abg. Georg Wacker CDU: Das machen Sie doch!)

Hören Sie auf, Bildungsausgaben als Steuerverschwendung zu bezeichnen.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Das gehört sich – bei allem Respekt – gerade auch für einen ehemaligen Kultusstaatssekretär nicht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Jawohl!)

Kolleginnen und Kollegen, noch viel mehr verbirgt sich hinter diesem historischen 10-Milliarden-€-Bildungshaushalt: Verdopplung der Fördermittel für die allgemeine Weiterbildung – Volkshochschulen, kirchliche Bildungsträger und viele mehr profitieren –, Anstieg der Privatschulfinanzierung auf 78,7 % pro Kopf nach dem Bruttokostenmodell – Sie erinnern sich: unter Ihrer Regierung wollten diese Schulen noch gegen Sie klagen –, Ausbau der Vorbereitungsklassen für Flüchtlinge im Umfang von 25 Millionen €, Ausbau der Sprachförderung. Dies alles zeigt: Wir sind auf einem guten Weg und bieten konkrete politische Lösungen zu realen Problemen im Land.

Manche haben uns durchaus vorgeworfen, wir hätten zu viel auf einmal angefangen. Aber ich antworte immer: Was hätten wir denn von der CDU-Erblast liegen lassen sollen?

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: „Erblast“! – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP schüttelt den Kopf.)

Etwa die Frage der Bildungsgerechtigkeit in einem Land, in dem der Bertelsmann Stiftung zufolge im Jahr 2010 die Eltern mit durchschnittlich 131 € im Monat die höchsten Nachhilfekosten in ganz Deutschland hatten, in einem Land, in dem Arbeiterkinder deutlich schlechtere Chancen auf den Besuch eines Gymnasiums und auf ein Studium hatten als Kinder von Akademikern?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Klassenkampf! – Zuruf des Abg. Andreas Deuschle CDU)

Herr Wacker, Sie haben uns deutschlandweit auf den Spitzenplatz in puncto ungerechte Bildungschancen geführt. Das war Ihre Abschlussbilanz unter Schwarz-Gelb.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Andreas Deuschle CDU)

Oder hätten wir uns bei den Ganztagschulen zurückhalten sollen, die unter Schwarz-Gelb seit 1968 zum Dauermodellversuch abgewertet waren,

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Sagen Sie etwas zum Sitzenbleiben!)

was zur Folge hatte, dass Baden-Württemberg aufgrund christdemokratischer Verschlafenheit bundesweit auf dem vorletzten Platz verharrte? Oder gar bei der Qualitätsfrage, obwohl unser Land beim IQB-Ländervergleich nach Ablauf Ihrer Regierungszeit nur noch Mittelmaß bei den Naturwissenschaften war und gleichzeitig vor dem Regierungswechsel die Zahl der Krankheitsvertretungsstellen auf einem im bundesweiten Vergleich niedrigen Stand war? Oder gar bei der Frage der Finanzen, unserem eigentlichen Thema heute, wo Sie als schwarzgelbe Lehman Brothers der Bildungspolitik

(Lachen des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

im Kultusetat Lücken von über 360 Millionen € hinterlassen haben

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie sind ein Verzweiflungstäter! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

und z. B. die letzte Klassenteilersenkung nur bis zum 31. Dezember 2012 finanziert war? Meine Kolleginnen und Kollegen, der Regierungswechsel kam 2011 gerade noch rechtzeitig.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Kollege Wacker, dass Sie nicht rechnen können, haben Sie heute mit Ihrem Mythos „Sachkostenbeiträge für Schulen“ noch einmal unterstrichen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Was stimmt daran nicht?)

Was sich nämlich gerade an dieser Stelle dahinter verbirgt, ist das Phänomen der Fixkostendegression. Ich kann es Ihnen nachher gern noch bilateral erläutern. Es bedeutet: Kleinere Einheiten haben vergleichsweise größere Fixkosten. Die Kosten für den Hausmeister an einer kleineren Schule schlagen bei den Kosten pro Schüler deutlich stärker durch, als wenn die Kosten des Hausmeisters auf eine deutlich größere Anzahl von Schülerinnen und Schülern umzulegen sind. Das ist das Phänomen der Fixkostendegression. Das ist auch die Begründung dafür, warum die in der Regel noch kleineren Gemeinschaftsschulen höhere Sachkostenbeiträge erhalten. Wir wissen aber jetzt bereits – –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Lächerlich ist das!)

– Herr Röhm, das ist doch nicht lächerlich.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist völlig lächerlich!)

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

Die Kerschensteiner-Gemeinschaftsschule im Mannheimer Norden hatte im letzten Jahr ihrer Zeit als Werkrealschule 33 Schüler in der fünften Klasse, im ersten Jahr als Gemeinschaftsschule waren es 67 Schüler, mittlerweile sind es über 90 Schüler. Es ist logisch – auch wenn Sie es nicht verstehen wollen –, dass sich die Sachkostenbeiträge in der Relation über die Zeit reduzieren werden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wie sie verteilt werden, ist ungerecht!)

Kolleginnen und Kollegen, langweilig wird es uns aber auch in den kommenden Jahren sicherlich nicht, gilt es doch, sämtliche Reformen in der Praxis nachhaltig zu verankern und die Rückmeldungen einzuarbeiten. Wer nach diesem notwendigen systemrelevanten Update für die Zukunft unserer Bildungslandschaft nach 2016 alles wieder umkrepeln will, zeigt, dass er weiter im Gestern verharrt und den Weg zur Macht ausschließlich über die Verunsicherung von Lehrkräften und Familien sucht. Die CDU lehnt bereits das Gesprächsangebot über einen Schulfrieden ab.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bei diesen Vorbereitungen!)

Damit zeigt sich aber, dass die CDU vor einer Befriedung der Bildungspolitik Angst hat und somit willentlich die Interessen von Wirtschaft, Eltern und Kommunen ignoriert. Sie stellen Parteigoismus über die Interessen der Menschen in unserem Land.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Oje, oje!)

Ich bin deshalb sehr zuversichtlich, dass Grün-Rot seine Zukunftspolitik auch nach 2016 weiterverfolgen und die gewünschte Sicherheit und Stabilität vermitteln wird.

Meine Damen und Herren, die SPD steht für gute Arbeit und gutes Leben in einem guten Land.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Dann handeln Sie auch mal danach!)

Wir stehen für Vorfahrt für Bildung und unterstützen daher den vorliegenden Kultusetat. 10 Milliarden € für Bildung – darauf sind wir stolz.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Dr. Kern.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Boser, was Grüne vom Handwerk tatsächlich halten, das hat uns Ihr Bundesvorsitzender Cem Özdemir vor Kurzem im „Deutschlandfunk“ gesagt. Er sagte:

... hätten meine Eltern versucht, mit mir radebrechend Deutsch zu reden, wäre das Ergebnis gewesen, dass ich ganz sicher nicht Parteivorsitzender ... geworden wäre oder Bundestagsabgeordneter, sondern dann wäre ich irgendwie Kfz-Mechaniker oder sonst was geworden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So viel zum Handwerk!)

Das halten Grüne vom Handwerk. Ich finde das reichlich abfällig. Für uns fängt das Menschsein nicht erst mit dem Abitur an, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Erinnern Sie sich eigentlich noch an die Zahl 11 600? Mit dieser Zahl wollte seinerzeit der Ministerpräsident einen Rekord beim Lehrstellensparen aufstellen. Nun hätte man bei einem Ministerpräsidenten eigentlich vermuten können, dass diese Zahl auf einer fundierten Bedarfserhebung beruht. Aber diese Mühe hat sich unser Ministerpräsident nicht gemacht. Er nahm einfach die Lehrerstellen, die die CDU-FDP/DVP-Vorgängerregierung im Haushalt mit k.w.-Vermerken versehen hatte, nämlich 8 055, addierte die 3 500 für die Klassenteiler-senkung verwendeten Stellen und rundete auf. Fertigt war die magische Zahl 11 600,

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

die über zwei Jahre landauf, landab für erhebliche Verunsicherung sorgte.

Nun ist gegen Sparbemühungen grundsätzlich nichts einzuwenden, und wenn Schülerzahlen sinken, werden im Umkehrschluss möglicherweise nicht mehr so viele Lehrerstellen benötigt wie zuvor.

(Zuruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Aber zugleich hatte sich so etwas wie ein politischer Konsens herausgebildet, dass die frei werdenden Lehrerstellen eine Chance darstellen – eine Chance, längst fällige Qualitätsverbesserungen im Bildungswesen vorzunehmen: beispielsweise die Verbesserung der allgemeinen Unterrichtsversorgung, der weitere Ganztagsausbau oder die Einrichtung von Inklusionsangeboten. All dies war aber in der einfachen kretschmannschen Additionsrechnung nicht enthalten.

Es war schon bemerkenswert, wie hartnäckig die grün-rote Regierung die Mahnungen der FDP/DVP-Fraktion ignorierte.

(Lachen bei den Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Geradezu mantraartig haben wir an die Qualitätsverbesserungen erinnert, die auch Grün-Rot im Koalitionsvertrag versprochen hatte – und übrigens noch viel mehr. Wir haben versucht, klarzumachen, dass die grün-rote Rechnung nicht stimmen kann. Allenfalls rund die Hälfte der Lehrerstellen hätten vielleicht längerfristig eingespart werden können. Aber um das verlässlich sagen zu können, müsste man erst einmal fundiert den Bedarf erheben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Nach zwei Jahren unter dem Damoklesschwert der Zahl 11 600 und den ersten schmerzhaften Kürzungen, z. B. beim Entlastungskontingent, setzte die SPD die Verbannung der magischen Zahl durch. Der Sieg der SPD war aber so überwältigend, dass es nun überhaupt keine Sparziele mehr gibt – ein Kurs von einem Extrem ins andere. Auf eine Bedarfserhebung verzichten Sie nach wie vor, und Ihr Bedarfsdeckungs-

(Dr. Timm Kern)

konzept heißt jetzt: Wir fahren auf Sicht. So findet sich beispielsweise für Inklusion nichts im Haushalt,

(Zuruf des Abg. Jörg Fritz GRÜNE)

obwohl der Kultusminister 2015/2016 mit dem Inklusionskonzept starten will.

(Abg. Georg Wacker CDU: Das kostet ja auch nichts!)

Jetzt wird sich der eine oder andere fragen: Warum kämpft denn der Timm Kern weiter für ein Bedarfsdeckungskonzept? Der ist doch Bildungspolitiker,

(Zurufe von der SPD)

und Bildungspolitiker wollen doch immer so wenig wie möglich sparen – anders als Finanzpolitiker, denen es beim Sparen nie weit genug gehen kann. Aber genau an dieser Stelle liegt doch Ihr Problem: Die einen haben die Bedarfe des Bildungswesens im Blick und die anderen die Notwendigkeit, das Geld zusammenzuhalten. Das dadurch entstehende ständige Gezerre schafft Unsicherheit und mangelnde Verlässlichkeit bei den am Bildungswesen Beteiligten vor Ort. Aber gerade Verlässlichkeit für Schüler, Eltern, Lehrer, Schulleitungen und Schulträger sollte im Zentrum der Bemühungen von Bildungs- wie Finanzpolitikern stehen.

Deshalb haben wir, die FDP/DVP-Landtagsfraktion, in unserem Schulfriedenskonzept einen Vorschlag zur fairen und transparenten Berechnung der Ressourcenzuweisung an die Schulen gemacht. Deshalb haben wir zur heutigen Sitzung erneut ein Bedarfsdeckungskonzept unter Berücksichtigung von Verbesserungen bei der Unterrichtsversorgung, des Ganztagsausbaus und von Inklusionsangeboten beantragt. Das ist der Versuch, die ordnungspolitische Orientierung in zukünftige Kultushaushalte zu bringen, die der grün-roten Bildungspolitik bislang völlig abgeht.

Die fehlende ordnungspolitische Orientierung der Koalition zeigt sich auch beim Umgang mit den Privatschulen. Gerade weil Sie keine Vision für die Schulen in freier Trägerschaft haben, wurden die Privatschulvertreter unter Ihrer Regierung vom Verhandlungstisch an den Katzentisch gesetzt.

(Lachen der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Zuschusserhöhungen wurden an Bedingungen geknüpft. Damit ist keine Verhandlung auf Augenhöhe mehr möglich, was aus zwei Gründen bitter ist:

Erstens bringt die Versorgungsabgabe für verbeamtete Lehrkräfte im Privatschuldienst zahlreiche freie Schulen mittelfristig in Existenznöte. Beispiel: Ein kirchliches Gymnasium, an dem typischerweise die meisten Lehrer verbeamtet sind, profitiert von der jetzigen Erhöhung auf 78,7 % nur unwesentlich. Den 67 € mehr pro Schüler und Jahr steht eine Versorgungsabgabe von zukünftig rund 12 000 € pro Lehrer und Jahr gegenüber.

Im Einzelplan des Kultusministeriums findet sich im Übrigen nichts zur Versorgungsabgabe, obwohl das doch zu einer transparenten Einnahme- und Ausgabenrechnung dazugehört. Honi soit qui mal y pense – ein Schuft, wer Böses dabei denkt.

(Oh-Rufe von der SPD und den Grünen)

Zweitens konnten die freien Schulen vom Katzentisch aus ihre Anliegen nicht mehr einbringen. Sie fordern zu Recht eine faire Beteiligung an den Aufwendungen des Landes für Ganztagsbetreuung, für Schulsozialarbeit sowie perspektivisch für die Inklusion. Diese Bereiche waren bisher von der Förderung ausgeklammert. Wenn man aber alle entstehenden Kosten auf der Landesseite wie auf der Schulseite verrechnen will, kann man diese Bereiche nicht weiter ausklammern.

Die Koalition hat jedoch den Antrag der FDP/DVP-Fraktion zur fairen Berücksichtigung der freien Schulen abgelehnt. Grüne und SPD verabschieden sich damit vom baden-württembergischen Modell einer freien Schule in sozialer Verantwortung.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Denn die freien Schulen haben es nun zunehmend schwerer, mit einem moderaten Schulgeld auszukommen. Dabei sagt sogar das Grundgesetz, dass niemand aufgrund der wirtschaftlichen Situation vom Besuch einer Privatschule abgehalten werden darf.

Auch der Umgang mit den internationalen Schulen macht den geringen Stellenwert nicht staatlich-kommunal getragener Schulen bei Grün-Rot deutlich. So wurde der Europäischen Schule Karlsruhe im Haushaltsplan ab 2016 der Zuschuss gestrichen. Erst nachdem die FDP/DVP angekündigt hat, im Parlament eine namentliche Abstimmung über die Rücknahme der Streichung durchzuführen,

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Quatsch!)

lenkte die grün-rote Koalition gezwungenermaßen ein, obwohl sie die guten Argumente der FDP/DVP noch im Finanzausschuss nicht gelten ließ.

(Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Diese wankelmütige Politik der Koalition trägt nun wirklich nicht dazu bei, dass die Verantwortlichen vor Ort Planungssicherheit haben, liebe Kolleginnen und Kollegen. Aus unserer Sicht stellt der – relativ geringe – Landeszuschuss sicher, dass auch Kinder aus Karlsruhe und Umgebung die ansonsten von der EU getragene und finanzierte Schule besuchen können. In dieser Gefechtslage verbietet sich eine unzuverlässige Politik nach Kassenlage in besonderer Weise.

Ein wenig Anlass zur Hoffnung hätte das Realschulkonzept des Kultusministers geben können, für das übrigens auch nichts in den aktuellen Haushalt eingestellt ist. Allerdings ist fraglich, ob damit eine echte Stärkung der Realschulen beabsichtigt ist oder nicht vielmehr eine Einführung der Gemeinschaftsschule durch die Hintertür.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nichts anderes! – Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Das ist für uns, die FDP/DVP-Fraktion, die entscheidende, die Gretchenfrage. Der Verband Bildung und Erziehung spricht von einem Trojaner. Die wie üblich äußerst gereizte Reaktion des Kultusministers ist wohl als Zeichen dafür zu werten, dass ihn der VBE bei seinem schlechten Gewissen ertappt hat.

(Dr. Timm Kern)

Überhaupt ist der Kultusminister überfordert, wenn es um den Umgang mit Kritik geht.

(Lachen der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Es perlte nicht nur die Problemanzeige der Direktorenvereinigung zur gestiegenen Sitzenbleiberquote an ihm ab, sondern sein SPD-Vorsitzender setzte noch einen drauf: Bei den morgen stattfindenden Schulfriedensgesprächen soll ein dauerhafter Verzicht auf eine verbindliche Grundschulempfehlung vereinbart werden. Dieser Vorschlag zeigt ein verbissenes Unvermögen, auf auftretende Probleme im Bildungsbereich sachlich angemessen zu reagieren. Denn welchen Sinn sollte es ergeben, auf zukünftige Gestaltungsmöglichkeiten zu verzichten, wenn die Tendenz bei der Sitzenbleiberquote klar steigend ist?

Wir Liberalen schlagen vor, zunächst der aufnehmenden Schule ein Informationsrecht hinsichtlich der Grundschulempfehlung zu geben und Stützkurse einzurichten. Wenn dann trotz aller Anstrengungen die Sitzenbleiberquote nicht sinkt, darf eine Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung nicht tabu sein.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Meine Damen und Herren, wenn man auf Sicht fährt und zusätzlich noch ideologische Scheuklappen trägt, wird der Horizont sehr eng. Gerade die morgen anstehenden Schulfriedensgespräche verlangen aber Offenheit, Klarheit und Sachbezogenheit, wenn sie Erfolg haben wollen. Vonseiten der FDP gehen wir offen und ohne Vorbedingungen, aber mit sehr klaren Vorstellungen in die Gespräche.

(Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Unsere Vorstellungen haben wir in unserem Schulfriedenskonzept am 1. Oktober vorgelegt – übrigens bislang als einzige politische Kraft. Der Haushalt des Kultusministeriums lässt eine ordnungspolitische Orientierung vollständig vermissen. Deshalb taugt er nicht als Basis für einen Schulfrieden, wie wir Liberalen ihn vorstellen: faire Wettbewerbsbedingungen für alle Schularten, Verzicht auf Privilegierungen und die Freiheit der Verantwortlichen vor Ort, über ihr Schulanbot selbst zu entscheiden.

So, wie diese Regierung wenig mit den freien Schulen anfangen kann,

(Zurufe der Abg. Beate Böhlen und Manfred Lucha GRÜNE)

fehlt ihr ganz offensichtlich auch das grundsätzliche Verständnis für die Bedeutung des ehrenamtlich organisierten Sports. Die ehrenamtliche Tätigkeit Tausender Menschen ist für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft unentbehrlich. Mit hohem persönlichen Engagement schaffen Ehrenamtler Möglichkeiten für gemeinsames Erleben, Gestalten und Lernen, stehen sie Hilfsbedürftigen bei. Engagement im Sport dient zusätzlich der Gesundheit und reduziert so die Kosten des Gesundheitswesens. Dieses Engagement muss der Staat fördern, auch finanziell.

Schauen Sie sich nun aber einmal die Sportstätten in unserem Land an. Viele drohen zu verkommen. Hier muss mehr getan werden.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Angesichts der erheblichen Steuermehreinnahmen der letzten Jahre hätte Grün-Rot auch ohne eine Neuverschuldung an dieser Stelle sinnvoll mehr Geld einsetzen können, statt es für grün-rote Prestigeobjekte auszugeben.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Dr. Kern, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Fritz?

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Am Ende sehr gern. – Die 88 000 €, mit denen Sie beispielsweise eine Radmodenschau mit 600 Gästen finanzierten, hätten schon dem ersten Sportplatz um die Ecke deutlich besser getan.

Auf den ersten Blick könnte man annehmen, dem Schulsport gehe es unter Grün-Rot gut. Beispielsweise hat die Landesregierung mit dem Sport eine eigene Rahmenvereinbarung zur Kooperation von Schulen und Sportvereinen geschlossen. Dass die Schulen die Hälfte der ihnen zugewiesenen Personalressourcen in Geldmitteln z. B. für die Anstellung von Übungsleitern aus einem Verein verwenden können, begrüßen wir Liberalen ausdrücklich.

Aber bei der Ganztagschule insgesamt hat Grün-Rot aus unserer Sicht die Weichen falsch gestellt. Das grün-rote Gesetz schreibt allen Ganztagschulen Rhythmisierung vor; das heißt, Unterricht und offene Angebote wechseln sich den Tag über ab. Ein Vormittagsangebot ist aber für ehrenamtlich Tätige unter Umständen sehr viel schwieriger zu organisieren als ein Nachmittagsangebot. Leider verweigert sich die Landesregierung bisher dem Vorschlag der FDP/DVP, auch die offene Ganztagschule – mit Unterricht am Vormittag und offenen Angeboten am Nachmittag – ins Schulgesetz aufzunehmen. Das würde echte Wahlfreiheit für die Eltern bedeuten, etwa wenn sie einmal ein außerschulisches Angebot des Sportvereins annehmen möchten und dafür lieber auf die Angebote der Schule verzichten.

(Minister Andreas Stoch schüttelt den Kopf.)

Zusätzlich die offene Form der Ganztagschule ins Schulgesetz zu bringen – auch das wollen wir in die morgigen Schulfriedensgespräche einbringen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Präsident Guido Wolf: Jetzt bitte die Zwischenfrage des Kollegen Fritz.

Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Herr Kollege Dr. Kern, Sie haben jetzt sehr lyrisch über den Sport gesprochen. Ist Ihnen bekannt, dass die Landesregierung den Solidarpakt Sport fortgeschrieben hat und dass jährlich 400 000 € zusätzlich in den Vereinssport fließen? Ist Ihnen außerdem bekannt, dass die Landesregierung die Mittel für den Bau von Sportstätten deutlich erhöht hat?

(Beifall bei den Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Ist bekannt!)

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Beides ist mir bekannt. Trotzdem ist die Situation so, wie sie ist. Viele Sportstätten brauchen dringend mehr Unterstützung, und bei so viel Geld,

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

wie es Ihnen unverdientermaßen in den Haushalt regnet, könnten und müssten Sie in diesem Bereich mehr tun.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Eine Nachfrage des Kollegen Fritz?

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Das machen wir dann bilateral.

Präsident Guido Wolf: Gestatten Sie noch eine Nachfrage des Kollegen Lehmann?

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Lehmann?

Präsident Guido Wolf: Ja, Kollege Lehmann.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Also gut, Herr Lehmann. Sie haben noch nicht gefragt.

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Vielen Dank, Herr Kollege Kern.

(Zuruf des Abg. Jörg Fritz GRÜNE)

Ihr Konzept, dass Sie sagen, Rhythmisierung wäre doch viel besser, wenn man vormittags „paukt“ und nachmittags ein bisschen in Sportvereinen und in Sachen Kultur macht, ist doch wirklich absurd. Wir wissen doch, dass gerade eine Rhythmisierung extrem wichtig ist und dass Rhythmisierung eben nicht nur heißt, vormittags auch Vereine einzubinden. Vielmehr bedeutet Rhythmisierung, dass man das, was an Schule stattfindet, den ganzen Tag über anbietet und man nicht nur zwischen „Pauken“ und Freizeitangeboten wechselt. Das ist ein Konzept, das Sie offensichtlich machen wollen, um Lehrern am Nachmittag Unterricht zu ersparen. Das kann ich ja verstehen, aber das ist nicht im Interesse der Kinder.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Eine Frage, Kollege Lehmann.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Das war zwar keine Frage, aber ich antworte Ihnen trotzdem gern, Herr Lehmann.

(Heiterkeit)

Wenn Sie zugehört hätten und das liberale Konzept für einen Schulfrieden gelesen hätten, dann wüssten Sie, dass wir den Beteiligten vor Ort die Entscheidung übergeben wollen und überlassen wollen. Freiheit im Bildungsbereich heißt, dass die Verantwortlichen vor Ort selbst wissen, was gut für sie ist. Dass Sie als Linker immer zu wissen meinen, was für andere gut ist, das ist klar.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen)

Wir hingegen wollen den Verantwortlichen vor Ort nicht vorschreiben, was gut für sie ist, sondern sie selbst entscheiden

lassen. Deshalb wollen wir eine Gleichberechtigung zwischen der Zwangsganztagsschule und der offenen Ganztagschule. Das ist uns Liberalen wichtig.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr gut!)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht Kollegin Schmid.

Abg. Viktoria Schmid CDU: Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Mit der Verabschiedung des Doppelhaushalts 2015/2016 wird die Ungleichbehandlung der beruflichen Schulen im Land um zwei weitere Jahre fortgesetzt.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Was?)

Dennoch versucht der Kultusminister seit Längerem, die Situation schönzureden. Leider ist das Gegenteil der Fall. Nach wie vor werden zentrale Aspekte und Forderungen aus der Enquetekommission, die wir übrigens gemeinsam verabschiedet haben, konsequent ignoriert. So war es unser Anliegen, dass die stark angewachsene Zahl der Berufsbilder reduziert werden muss. Hier ist bisher praktisch nichts passiert. Die Folgen spüren wir heute mehr denn je. Denn überall im Land werden Kleinklassen geschlossen oder zwangsweise zusammengeführt,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Noch nie gab es so viele Kleinklassen wie heute! 1 500! – Zuruf des Abg. Georg Wacker CDU)

regional und berufsübergreifend. Dies erweist sich als massiver Bumerang. Vor allem betroffen, Herr Schmiedel, sind die Gegenden im ländlichen Raum und dort vor allem die Ausbildung. Die Folgen sind klar – das ist genau das, was Sie vorhin angesprochen haben –: Das statistische Unterrichtsdefizit sinkt, aber auf Kosten des wachsenden Fachkräftemangels. Ausbildungsbetriebe haben immer größere Probleme, qualifizierte Nachwuchskräfte zu finden. Immer mehr Schülerinnen und Schüler sind gezwungen, Bezirks- oder Landesfachklassen zu besuchen. Damit eröffnet sich ein weiteres Problem: Schülerinnen und Schüler müssen fernab von Heimat und Betrieb weite Wege fahren,

(Oh-Rufe von der SPD)

um die entsprechende Schule besuchen zu können. Wo bleibt aber unser Anspruch auf wohnortnahe bzw. ausbildungsortnahe Beschulung?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Diese Entwicklung betrachten wir sehr, sehr kritisch. Denn klar ist: Sie müssen dafür Sorge tragen, dass die Voraussetzungen für die Unterbringung der Schülerinnen und Schüler in Jugendwohnheimen gesichert sind. Was tun Sie denn für die Organisation bzw. die Finanzierung von Jugendwohnheimen? Die Enquetekommission hat hierzu klare Handlungsempfehlungen abgegeben.

Der frühere Staatssekretär Dr. Mentrup hat im Januar 2013 im Bildungsausschuss berichtet, dass das Land in guten Gesprächen mit den Trägern sei. Aber von einem Ergebnis haben weder wir noch die Träger jemals irgendetwas gehört.

(Viktoria Schmid)

Dabei ist klar: Das entsprechende Urteil des Verwaltungsgerichts Stuttgart verpflichtet das Land Baden-Württemberg zu einer erheblich höheren Beteiligung an den Unterbringungskosten. Vor dem Hintergrund dieses Urteils ist mit einem massiven Anstieg der Kostenerstattung zu rechnen.

Die Politik der derzeitigen Landesregierung trägt dazu bei, dass die Zuschüsse für Unterkunft und Verpflegung noch weiter ansteigen werden. Jetzt besteht aber akuter Handlungsdruck. Doch unseren Entschließungsantrag, Vorsorge zu treffen und die klar absehbaren Mehrkosten im Doppelhaushalt 2015/2016 auszuweisen, haben Sie abgelehnt. Ein Konzept für die Zuschüsse zu den Unterbringungskosten suchen wir ebenfalls vergeblich.

Ein weiteres Problem ist das Thema „Experten an den beruflichen Schulen“. Es ist beispielhafte Praxis, dass Experten aus dem Berufsleben als Lehrkräfte in der dualen Ausbildung unterrichten. Damit gewährleisten wir seit Jahren einen hochwertigen fachpraktischen und berufsbezogenen Unterricht. Der Einsatz dieser zusätzlichen Spezialisten im beruflichen Bereich muss auch in Zukunft weitergeführt werden. Die dafür erforderlichen Haushaltsmittel sind im aktuellen Haushalt nicht mehr in einer eigenen Haushaltstitelgruppe ausgewiesen. Sie werfen diese Mittel gemeinsam mit den Vertretungsmitteln in einen Topf. Die Folge ist klar: Intransparenz. Es ist nicht mehr ersichtlich, wie viele Haushaltsmittel für die Spezialisten zur Verfügung stehen. Zudem geht diese Form der Finanzierung ganz klar zulasten der Vertretungsmittel.

Damit bin ich bereits bei der Unterrichtsversorgung. Berufliche Schulen brauchen eine nachhaltige und verlässliche Ausstattung mit Lehrerstellen. Nur so kann sichergestellt werden, dass die hohe Qualität der beruflichen Schulen auch weiterhin gewahrt bleiben kann.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Lassen Sie mich einen weiteren und nicht weniger bedeutsamen Punkt hervorheben.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Kollegin Schmid, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Lehmann?

Abg. Viktoria Schmid CDU: Nein.

Präsident Guido Wolf: Bitte?

Abg. Viktoria Schmid CDU: Nein.

(Beifall des Abg. Konrad Epple CDU – Oh-Rufe von den Grünen und der SPD)

Ich habe gestern hier gelernt, dass es so Usus ist, einfach keine Zwischenfragen zuzulassen. Das mache ich jetzt ebenfalls so.

(Unruhe)

Asylbewerber und Flüchtlinge stellen eine neue, anspruchsvolle Herausforderung für die Berufsschulen im Land dar. Deshalb begrüße ich grundsätzlich, dass die Landesregierung zusätzliche Deputate bereitgestellt hat. Mit einem landeswei-

ten Konzept hat das aber bei Weitem nichts zu tun. Die Jugendlichen haben oft ihre Heimorte, ihre Familien aus den unterschiedlichsten Gründen verlassen. Diese Schülerinnen und Schüler sind eine sensible und heterogene Gruppe und bedürfen im Unterricht, insbesondere bei der Sprachförderung, besonderer Unterstützung.

Umso wichtiger ist es deshalb, berufsschulpflichtigen Asylbewerbern und Flüchtlingen eine Perspektive hin zu einer beruflichen Ausbildung zu ermöglichen. Es reicht nicht aus, dass wir die bestehenden Systeme einfach nur ausweiten. Zwei Jahre, ein Jahr VABO und ein Jahr VAB, reichen nicht, um traumatisierten Flüchtlingen Sprache, Schrift, Kultur und Fachwissen zu vermitteln.

Ich fordere Sie deshalb dringend auf: Unterstützen Sie die Schülerinnen und Schüler, die Lehrkräfte und die Schulleitungen vor Ort mit Unterstützungsmaßnahmen in fachlicher, sprachlicher und interkultureller Art.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, Geldmittel fehlen an allen Ecken und Enden. Nicht nur bei den beruflichen Schulen, auch der Sport hat nach wie vor mit einem massiven Investitionsstau zu kämpfen. Sie bauen zwar einerseits den Ganztagsbetrieb an den Schulen aus, erweitern damit zugleich auch das Sportangebot an den Schulen, aber andererseits warten die Vereine und Kommunen auf dringend notwendige Investitionen zur Instandhaltung, zur Modernisierung und zur energetischen Sanierung der Sportstätten. Ich dachte eigentlich, dass ich Ihnen die Vorteile ökologischer Modernisierung nicht erklären muss. Leider sind die notwendigen Anpassungen im aktuellen Haushalt nicht geschaffen worden.

Bereits 2011 beim Abschluss des Solidarpakts II hatte noch die vormalige Landesregierung eine Verdopplung der Sportstättenfördermittel, also der entsprechenden KIF-Mittel, vorgeschlagen. Davon wollen Sie heute nichts wissen. Die CDU fordert deshalb dringend einen landesweiten regionalen Sportstättenbedarfsplan und den Abbau des Investitionsstaus.

Kommen Sie mir jetzt nicht mit der ewig gleichen Leier wie jedes Jahr,

(Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Erblast!)

was die alte Landesregierung alles angeblich nicht gemacht hat.

(Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Sie hatten inzwischen genug Zeit, aktiv zu werden.

(Beifall bei der CDU)

Abschließend möchte ich die Gelegenheit nutzen, noch einmal allen Beteiligten im Sport, ganz besonders den Vertretern der Landessportverbände, aber auch den Trainern, Betreuern und allen ehrenamtlich Tätigen für ihre Unterstützung und Arbeit zu danken.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht die Kollegin Häffner.

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen spricht dem Sport in all seinen Facetten ihre große Wertschätzung aus. Der Sport hat eine herausragende gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Bedeutung und umfasst somit viele Bereiche einer Gesellschaft.

Dieser Haushalt zeigt, dass Grün-Rot die gesellschaftliche Bedeutung des Sports anerkennt und wertschätzt. In guter partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit den Sportorganisationen haben wir in den vergangenen Jahren Baden-Württemberg als herausragendes Sportland gefestigt. Diese Regierung ist in diesem Bereich mit wahrlich sportlichem Ehrgeiz stetig in Bewegung.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Dazu gehört, dass wir nationale und internationale Veranstaltungen zu uns holen; ein Beispiel war die Deutsche Leichtathletik-Meisterschaft in Ulm im vergangenen Sommer.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Auch nächstes Jahr werden wir wieder Gastgeber großer Veranstaltungen sein. Im Sommer findet die Gymnastik-Weltmeisterschaft in Stuttgart statt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die grün-rote Landesregierung garantiert den Sportverbänden und Kommunen eine verlässliche und ausreichende finanzielle Ausstattung, Frau Schmid. Dafür sprechen die Zahlen. Der Solidarpakt mit dem Landessportverband wurde für den Zeitraum 2011 bis 2016 fortgeschrieben und um 4 Millionen € auf 69 Millionen € erhöht. Insgesamt haben wir den Sportetat von 80 Millionen € im Jahr 2014 auf 86,7 Millionen € erhöht. Mit diesem Haushalt erhöhen wir nochmals, und zwar auf 88,9 Millionen €.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die Investitionen im kommunalen Sportstättenbau werden im Jahr 2016 von 12 Millionen € auf 17 Millionen € erhöht und steigen ebenso an. Wir schaffen Rahmenbedingungen für einen Sport mit Zukunft. Als Meilenstein nenne ich hier die Rahmenvereinbarung zur Ganztagschule zwischen dem Kultusministerium und dem organisierten Sport, die im vergangenen Frühjahr abgeschlossen wurde.

Die enge Zusammenarbeit von Sportvereinen und Schulen ist der Schlüssel dafür, dass jedes Kind eine vielseitige und ganzheitliche Bewegungsbildung erhält. Der organisierte Sport hat nun die Möglichkeit, als erster Ansprechpartner bzw. außerschulischer Kooperationspartner in die Schulen hineinzuwirken. Diese Chance gilt es für den Sport zu nutzen. Kollege Kern, da sind die Vereine und Verbände schon viel weiter, als Sie denken und es hier wahrnehmen.

Als eine Chance für den Sport sehe ich auch das freiwillige soziale Jahr „Sport und Schule“, das wir weiter verstetigen. 2013/2014 haben wir mit 46 Stellen begonnen. Bis 2016 wer-

den wir auf 200 Stellen ausbauen. Im Rahmen der Konzeption „Sport- und bewegungsfreundliche Schule“ hat das Land in den vergangenen drei Jahren ein Netzwerk geknüpft, das mit nachhaltig wirkenden Initiativen und Projekten dem bewegungsarmen Alltag der Kinder und Jugendlichen entgegenwirkt. Beispiele hierfür sind der Ausbau zahlreicher sport- und bewegungserzieherischer Schwerpunkte, die vielen Kooperationsmaßnahmen zwischen Schulen, Kindergärten und Sportvereinen und das Schülermentorenprogramm.

Die Landesregierung macht Nachhaltigkeit zum Markenzeichen von Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr richtig!)

Sport selbst ist nachhaltig, denn er zielt auf mehr Gesundheit, bessere Lebensqualität und guten sozialen Zusammenhalt. Nachhaltiger werden müssen wir noch durch bessere Nutzung von Ressourcen beim Sportkonsum oder beim Sportstättenbau. Der vom Umwelt- und vom Kultusministerium organisierte Kongress „Sport und Nachhaltigkeit“, der im Februar dieses Jahres in Stuttgart stattfand, ist hier der richtige Ansatz.

Beim Thema Nachhaltigkeit möchte ich auch auf den Sportstättenbau zu sprechen kommen. Die Vereinslandschaft ist in Bewegung. Vermehrt schließen sich Vereine zusammen und bauen gemeinsame Sportzentren. Sportverbände und Kommunen überlegen, welche Infrastruktur sie in Zukunft gemeinsam bauen, nutzen und finanzieren können. Bei den anstehenden Verhandlungen zum Solidarpakt Sport werden diese Überlegungen sicher eine Rolle spielen.

Ich meine, dass wir im Sport in Bewegung sind und das Ziel fest im Blick haben. Wir sind mit guter Kondition, langem Atem und dem nötigen Willen gerüstet, um die anstehenden Ziele zu verfolgen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht die Kollegin Wölfle.

Abg. Sabine Wölfle SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Bevor ich zum Thema Sport komme, liebe Kollegin Schmid: Wir waren es, die das Defizit an den beruflichen Schulen auf ein niedriges Niveau gedrückt haben, nicht Sie. Das muss gesagt werden.

(Beifall bei der SPD)

Nun zum Thema Sport: Der staatlichen Förderung des Sports kommt eine immer größer werdende Bedeutung zu. Dieser Verantwortung wird die Landesregierung auch mit dem Haushalt 2015/2016 gerecht. Die Botschaft dieses Haushalts ist klar und eindeutig. Der Sport erhält auch weiterhin eine verlässliche finanzielle Förderung. Ja, die Mittel des Sporthaushalts werden sogar um rund 8 Millionen € auf 86,7 Millionen € im Jahr 2015 und 89 Millionen € im Jahr 2016 aufgestockt. Darüber hinaus bietet der Solidarpakt Sport dem organisierten Sport auch weiterhin eine sehr verlässliche Planungssicherheit.

(Sabine Wölfe)

Um die Bedeutung des Sports frühzeitig im Bewusstsein der Kinder zu verankern, stärken wir die Zusammenarbeit von Schulen und Sportvereinen. Wir holen uns im Interesse der Kinder und Jugendlichen das Know-how der Vereinsprofis an die Schulen.

Die im Frühjahr zwischen dem Kultusministerium und den Sportverbänden abgeschlossene Rahmenvereinbarung zur Ganztagschule möchte ich ohne Übertreibung als Meilenstein der künftigen Kooperation zwischen Schulen und Vereinen bezeichnen.

Das auf Initiative des Kultusministeriums und der Stiftung „Sport in der Schule“ gemeinsam mit dem Landessportverband neu entwickelte Format „Freiwilliges soziales Jahr Sport und Schule“ wurde im vergangenen Schuljahr an 46 Standorten mit großem Erfolg erprobt. Im laufenden Schuljahr haben wir die Zahl der FSJ-Stellen auf 75 erhöht. Das ist nur der Anfang. Wir wollen diese Kooperation auf Dauer weiter ausbauen, damit Bewegung, Spiel und Sport feste Bestandteile in unseren Grundschulen werden.

So setzen wir auch gezielt Schwerpunkte in der Sportförderung. Wir stärken die Fortbildung von Sportfachkräften als Multiplikatoren an Ganztagschulen und fördern die pädagogische Unterstützung für Eliteschulen des Sports mit jeweils 50 000 € jährlich.

Wir kümmern uns auch um die Infrastruktur des Sports. Dazu werden wir die Mittel für den kommunalen Sportstättenbau im Jahr 2016 um 5 Millionen € auf nunmehr 17 Millionen € erhöhen.

Ich halte diese Diskussion hier wirklich für ziemlich absurd. Denn auch bei der Anhörung zum Landessportplan wurde Kritik am Sanierungsstau geübt. Liebe Kollegin Schmid, wir haben in dreieinhalb Jahren diesen Sanierungsstau ganz bestimmt nicht verursacht. Weil es ihn gibt, machen wir etwas. Sie hingehen haben nichts dagegen getan.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Im Übrigen habe ich weder von der FDP/DVP noch von der CDU Anträge zur Erhöhung dieser Mittel gesehen.

Schlussendlich kümmern wir uns auch um den Spitzensport. In den kommenden beiden Jahren stellen wir für die Schaffung von spitzensportfreundlichen Ausbildungsplätzen bei der Landespolizei – das betrifft einen anderen Etat, aber es gehört trotzdem beim Thema Sport angesprochen – jeweils 250 000 € zur Verfügung. Das ist ganz wichtig. Hierfür bedanke ich mich bei Innenminister Gall.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie sehen, der Sport ist bei der grün-roten Landesregierung in den allerbesten Händen. Ich danke allen Kooperationspartnern für die Zusammenarbeit im Interesse des Sports.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht Herr Kultusminister Stoch.

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es freut mich, dass wir heute Morgen Gelegenheit haben, über den Einzelplan 04, den Bildungshaushalt, zu sprechen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aus dem Bildungshaushalt und aus dem, was die Kolleginnen und Kollegen aus den Regierungsfractionen bereits ausgeführt haben, wird eines sehr deutlich: Für diese Landesregierung steht Bildung im Zentrum ihres Handelns. Bildung ist die Zukunft dieses Landes.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Denn, meine sehr geehrten Damen und Herren – das dürfte jedem klar sein –, Investitionen in Aus- und Weiterbildung der Menschen in Baden-Württemberg bilden die Grundlage für den Wohlstand unseres Landes und für die Realisierung eigener Lebenskonzepte. Wie Sie wissen, hat das Land Baden-Württemberg bereits mit dem Landshaushalt 2013/2014 mehr Geld für die Bildung ausgegeben als jemals zuvor.

Die Bedeutung von Bildung unterstreichen wir nun auch im Doppelhaushalt für die Jahre 2015 und 2016. Wir stellen nochmals erhebliche zusätzliche Haushaltsmittel ein, um wichtige und notwendige Verbesserungen in unserem Bildungssystem zu ermöglichen.

Insgesamt – so die technischen Einzelheiten – sieht der Einzelplan 04 im Jahr 2015 Ausgaben in Höhe von rund 9,88 Milliarden € vor. Dies ist eine Steigerung um rund 250 Millionen € im Vergleich zum Haushaltsjahr 2014. 2016 werden wir sogar – Kollege Fulst-Blei hat darauf hingewiesen – erstmals über 10 Milliarden €, nämlich genau 10,1 Milliarden €, für Bildung ausgeben.

Im Vergleich zum Haushaltsjahr 2014 sind dies ca. 438 Millionen € mehr, die in den Haushalt des Kultusministeriums fließen. Hier spielt natürlich auch die Entscheidung des Bundes, den Länderanteil am BAföG zu übernehmen, eine Rolle. So wird der Kultusetat über zwei Jahre um zusammen 120 Millionen € entlastet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Landesregierung ist angetreten, den baden-württembergischen Landshaushalt zukunftssicher aufzustellen. Mit dem Doppelhaushalt erreichen wir – dies ist bereits am Mittwoch in der Generalausprache sehr deutlich mitgeteilt worden –, dass es in dieser Legislaturperiode bereits drei Mal eine Nullneuerschuldung gibt. Eine Nullneuerschuldung ist ebenfalls eine Investition in die Zukunft der jungen Menschen und nachfolgenden Generationen.

Das Kultusressort hat seinen Beitrag dazu geleistet, den Landshaushalt zu sanieren. Wir haben den Beweis geführt, dass es möglich ist, in die Bildung zu investieren und gleichzeitig schonend mit den Ressourcen des Landes umzugehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir uns den Einzelplan 04 genau anschauen, stellen wir fest, dass der Löwenanteil der Bildungsausgaben in Baden-Württemberg auf den Personalbereich entfällt. Ca. 87 € von 100 € im Kultusetat wenden wir für die im Bildungsbereich tätigen Menschen auf.

(Minister Andreas Stoch)

Die Zahl der Lehrerinnen und Lehrer, die das Land beschäftigt, verändert sich nur verhältnismäßig geringfügig, obwohl bereits seit einigen Jahren die Schülerzahlen zurückgehen. Zu Beginn des nächsten Schuljahrs werden wir deswegen keine Lehrerstellen abbauen, sondern die durch die demografische Rendite – ein schlimmes, aber häufig gebrauchtes Wort – frei werdenden Lehrerstellen in Qualitätsverbesserungen im Bildungssystem investieren. Das ist nachhaltige und verantwortliche Politik für Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch in dem darauffolgenden Jahr, im Haushaltsjahr 2016, werden wir bei tatsächlich stattfindendem Schülerrückgang entscheiden, in welcher Höhe ein Abbau von Lehrerstellen möglich ist. Wir werden – so ist dies vorläufig beabsichtigt – 400 Lehrerstellen nicht mehr besetzen, wenn dies ohne Qualitätsbeeinträchtigungen möglich ist.

Was die mittelfristige Finanzplanung angeht, meine sehr geehrten Damen und Herren, gehen wir auf der Basis der heute erkennbaren Schülerzahlentwicklung davon aus, dass wir bis 2020 ca. 1 300 Lehrerstellen abbauen können. Dies ist aber nur eine vorläufige Zahl.

Herr Kollege Kern, das Auf-Sicht-Fahren ist aus meiner Sicht die richtige Antwort, um verantwortlich zu handeln. Denn das, was von Ihrer Seite getan wurde, hatte zur Folge, dass letztlich die Menschen in Baden-Württemberg den Eindruck gewinnen mussten – Sie haben die k.w.-Stellen und die Qualitätsoffensive Bildung, eine befristete Finanzierung, angesprochen; das war das Problem –, dass diese Zahlen lange nicht mit der Realität übereinstimmen.

Deswegen freut es mich, dass die Landesregierung und die Regierungsfractionen im Sommer dieses Jahres die richtige Entscheidung getroffen haben. Wir wollen Qualität, gute Unterrichtsversorgung an die Spitze unserer Ziele stellen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Deswegen werden wir Jahr für Jahr prüfen, in welchem Umfang wir neue Lehrerinnen und Lehrer brauchen, um eine gute, eine hervorragende Unterrichtsversorgung zu gewährleisten.

Dass im Entwurf für den Doppelhaushalt 2015/2016 wesentlich mehr Lehrerstellen eingeplant sind, als zunächst geplant war, hat, wie Sie wissen, mit der Entwicklung der Schülerzahlen zu tun. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg wird langsamer zurückgehen, als dies zunächst prognostiziert worden war.

Nach den aktuellen Prognosen werden es bis zum Schuljahr 2020/2021 etwa 84 000 Schüler mehr sein als erwartet. Dies ist keine schlechte, sondern eine hervorragende Nachricht für Baden-Württemberg. Diese nachfolgende Generation, diese Schülerinnen und Schüler werden dieses Land irgendwann auf ihren Schultern tragen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gehört aber auch zur Wahrheit, dass im Zuge einer nachhaltigen Konsolidie-

rung des Landeshaushalts auch dafür Sorge getragen werden muss, dass die Lehrerinnen und Lehrer nicht über ihr Deputat hinaus zusätzlich Unterricht leisten müssen. Die Landesregierung hat hier von der Vorgängerregierung auch eine Last übernommen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Erblast!)

Die sogenannte Bugwelle, also aufgelaufene Überstunden, machte im Oktober 2011 3 124 Deputate aus. – Herr Röhm, Sie müssen gar nicht so tief Luft holen. Dies betrifft vor allem auch die Gymnasien, und zwar nicht die, die wie Ihres mit 120 % versorgt waren.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Wie Sie wissen, ist diese Bugwelle in Ihrer Regierungszeit kontinuierlich angewachsen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Hätten wir den Unterricht ausfallen lassen sollen? Wir haben die Unterrichtsversorgung sichergestellt! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ohne Ausgleich! – Weitere Zurufe)

De facto kam es damit zu einer Art Schattenhaushalt. Dies ist Politik auf dem Rücken der Lehrerinnen und Lehrer.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Sie haben Unterrichtsversorgung auf Kosten der Lehrkräfte sichergestellt, ohne ihnen einen Ausgleich zu gewähren. Bugwellenstunden sind möglich; Überstunden müssen aber abgegolten werden.

(Zurufe von der CDU)

Wir konnten im Gegensatz zu Ihrem Handeln das Ziel der Konsolidierung verantwortlich erreichen. Wir haben dafür gesorgt, dass die Überstundenbugwelle nicht mehr weiter wächst. Wir konnten sogar einen Teil dieses „Kredits“, den Sie bei den Lehrerinnen und Lehrern aufgenommen haben, zurückzahlen. Wir haben die Bugwelle zum Teil sogar abgebaut und werden dies zukünftig auch weiterhin tun.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir schon beim Abbau von Defiziten sind: Bei der Übernahme der Regierungsverantwortung hat die Landesregierung einen Fehlstundenanteil, ein strukturelles Defizit an den beruflichen Schulen von 4,4 % vorgefunden. Vor einigen Jahren unter Ihrer Regierung lag dieses Defizit bei 7 bis 8 %. Zuletzt lag es relativ stabil bei 4 bis 5 %.

Wir hatten in den beiden vergangenen Jahren Rekordeinstellungszahlen bei den beruflichen Schulen zu verzeichnen: Es waren über 1 000 Lehrerinnen und Lehrer, die in diesen beiden Jahren in die beruflichen Schulen kamen. Wir haben das strukturelle Unterrichtsdefizit gesenkt. Wenn Sie da draußen erzählen, die Situation für die beruflichen Schulen habe sich verschlechtert, sagen Sie den Menschen die Unwahrheit. Gehen Sie in die Schulen, und sprechen Sie mit den Schulleitern! Die werden Ihnen das bestätigen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

(Minister Andreas Stoch)

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser Doppelhaushalt bildet auch die zwingend notwendigen strukturellen Veränderungen unseres Schulsystems ab. Wir arbeiten, und zwar aus guten und nachvollziehbaren Gründen, auf ein Zweisäulensystem aus dem Gymnasium und einem integrativen Bildungsweg hin. Die strukturellen Veränderungen zeigen sich dabei u. a. auch in der wachsenden Zahl von Gemeinschaftsschulen im Land. In diesem Schuljahr sind schon 209 öffentliche Gemeinschaftsschulen im Land eingerichtet worden. Die Nachfrage nach dieser integrativ ausgerichteten Schulart ist nach wie vor groß. Wir gehen derzeit davon aus, dass die Zahl der Gemeinschaftsschulen, gerade auch in den ländlichen Räumen, aber auch in den städtischen Räumen in den nächsten Jahren, bis zum Jahr 2020, auf rund 500 ansteigen wird. Darunter werden dann auch Gemeinschaftsschulen sein, die über eine eigene Oberstufe verfügen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die kann bei Ihnen gar nicht bestehen!)

Wir haben in diesem Parlament auch ausführlich über die anderen Schularten gesprochen. Wir haben auch ausführlich über Ihre immerwährenden Versuche gesprochen, Schularten gegeneinander auszuspielen. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Sie sprechen von Schularten, wir sprechen von den Bedürfnissen der Kinder sowie der Schülerinnen und Schüler.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Genau aus diesem Grund, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir in intensiven Gesprächen mit den Realschulen, mit der AG der Realschulrektoren, die den überwiegenden Teil der Schulleiterinnen und Schulleiter vertritt, lange Gespräche geführt, um gemeinsam den richtigen Weg zu finden, wie sich diese Schulart, bezogen auf die konkreten Bedürfnisse, weiterentwickeln kann.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Nur Gemeinschaftsschulen!)

Deswegen: Wenn Sie jetzt gegen dieses Konzept ins Feld ziehen, ziehen Sie gegen ein Konzept ins Feld, das von der überwiegenden Zahl der Schulleiterinnen und Schulleiter an Realschulen mitentwickelt wurde, dann ziehen Sie gegen eine verantwortliche pädagogische Förderung aller Schülerinnen und Schüler in diesem Land Baden-Württemberg ins Feld.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das stimmt doch überhaupt nicht! Das hätten Sie gern! Nonsens!)

Die Realschulen werden durch dieses Konzept in die Lage versetzt, durch mehr individualisiertes Lernen, durch unterschiedliche Lernformen der Heterogenität ihrer Schülerschaft besser gerecht zu werden. Wir wollen die Realschulen ab dem kommenden Schuljahr auch durch zusätzliche Ressourcen unterstützen. Diese Ressourcen werden natürlich genauso wie auch die notwendigen Ressourcen für den Bereich der Inklusion im Haushalt in einem Bildungsnachtrag verankert werden.

Herr Kollege Wacker, wenn Sie von 1 300 zusätzlichen Stellen für Realschulen sprechen, muss ich Ihnen sagen: Diese Tuschenspielertricks können Sie hier nicht ernsthaft betreiben.

(Abg. Georg Wacker CDU: Sie haben das selbst gesagt!)

– Herr Kollege Wacker, wenn Sie eine Klassenteilersenkung vornehmen, was zunächst eine zu begrüßende Maßnahme ist,

(Abg. Georg Wacker CDU: Also! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Zeller wollte damals 25!)

diese aber in der Qualitätsoffensive Bildung nur befristet bis 31. Dezember 2012 finanzieren, dann ist das – mit Verlaub – eine nicht nachhaltige Planung, weil die Stellen nicht solide durchfinanziert sind.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, um auf die weiteren Herausforderungen zu sprechen zu kommen: Natürlich ist der große Bereich der Inklusion ein Thema, das uns in Baden-Württemberg genauso wie in allen anderen Bundesländern in Deutschland in den nächsten Jahren intensiv beschäftigen wird; denn im Zuge der Inklusion wird sich Schule verändern und verändern müssen.

Zu den strukturellen Änderungen, die wir planen und die aus meiner Sicht auch zwingend notwendig sind, gehört, dass wir ein Wahlrecht für die Eltern behinderter Kinder gesetzlich verankern werden. Diese sollen zukünftig nach Abschaffung der Sonderschulpflicht – wenn Sie heute die Pressemitteilungen lesen, sehen Sie: Baden-Württemberg wird dort aufgefordert, diese Sonderschulpflicht schnell aufzuheben – entscheiden, ob ihr Kind, bei dem ein Anspruch auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot festgestellt wird, an einer allgemeinen oder an einer Sonderschule seinen Platz findet.

Es ist auch richtig, wie Frau Kollegin Boser gesagt hat, dass wir hier nicht bei null anfangen. Wir haben in unseren Schulamtsbezirken bereits intensive Bemühungen, dem Elternwunsch schon heute gerecht zu werden. Wir haben nicht nur in den Schulversuchsregionen bereits intensive Inklusionsmodelle gefahren. Wir haben insbesondere an den Gemeinschaftsschulen in den letzten Jahren schon hervorragende Erfahrungen mit diesem Thema gesammelt.

Deswegen haben wir bereits zum laufenden Schuljahr 200 Deputate zur Stärkung der Inklusion ins System gegeben. Wir werden auch zukünftig nach Änderung des Schulgesetzes die notwendigen Ressourcen ins System geben, dass wir diese Inklusion verantwortlich und in hoher Qualität durchführen können.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, an dieser Stelle ist es auch wichtig und richtig, zu sagen: Wir werden hier in einer sehr verantwortbaren Weise stufenweise vorgehen müssen; denn wir haben gar nicht die personellen Ressourcen, um diese Doppelstruktur kurzfristig in höchster Qualität auszufüllen. Deswegen werden wir Jahr für Jahr einen Ausbau der inklusiven Strukturen in Baden-Württemberg haben. Wenn wir den Eltern ein Wahlrecht versprechen, müssen wir auch hohe Qualität für beide – für die Sonderschulen genauso wie für die allgemeinen Schulen – versprechen können.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Dass dies im Haushalt noch nicht verankert ist, liegt – das wissen Sie auch – natürlich auch daran, dass wir derzeit in inten-

(Minister Andreas Stoch)

siven Verhandlungen mit den kommunalen Landesverbänden sind. Inklusion ist nämlich nicht nur eine Frage der verbesserten Ausstattung mit Lehrern oder Sonderpädagogen an den allgemeinen Schulen und den Sonderschulen, sondern Inklusion ist ein Zusammen- und Ineinandergreifen aller Ebenen, und dazu gehören die Städte und Gemeinden genauso wie die Landkreise. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir diese Gespräche zeitnah erfolgreich abschließen werden und Inklusion gemeinsam auf einen guten Weg bringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, um zu einem weiteren Bereich zu kommen: Baden-Württemberg hat noch immer einen riesengroßen Nachholbedarf bei Ganztagsangeboten. Sie tragen nicht nur zur pädagogischen Weiterentwicklung der Schulen – gerade im Grundschulbereich – bei, sondern sie tragen auch zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei. Bereits 164 Grundschulen und 15 Grundstufen von Förderschulen sind nach der vom Landtag im Sommer beschlossenen Gesetzesänderung als Ganztagschulen gestartet. Unser Ziel ist es, dass bis in etwa zehn Jahren – das ist der Ausbaubereich – 70 % der Grundschulen und der Grundstufen von Förderschulen Ganztagschulen sind.

Für die neuen Ganztagschulen haben wir für die nächsten beiden Jahre zusätzliche Ressourcen im Umfang von 572 Deputaten eingeplant.

Wer den „Chancenspiegel“ der Bertelsmann Stiftung anschaut, wird sehr schnell feststellen, dass genau in den Bereichen, in denen Sie aus ideologischen Gründen gebremst haben, Baden-Württemberg einen der letzten Plätze in Deutschland belegt. Diese Landesregierung wird dafür sorgen, dass Baden-Württemberg auch in diesem Bereich, wo es um soziale und Bildungsgerechtigkeit geht, an der Spitze stehen wird.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, natürlich ist auch der Spracherwerb eine zentrale Voraussetzung für den Erwerb von Kompetenz und Wissen. Deswegen haben wir uns entschieden, auch das Sprachförderprogramm SPATZ weiter zu verbessern. Auf einen guten Start kommt es an. Es freut mich, dass Frau Kollegin Boser und Herr Kollege Fulst-Blei bereits auf die intensiven Bemühungen der Landesregierung hinsichtlich des frühkindlichen und vorschulischen Bereichs hingewiesen haben. Dorthin gehört gerade auch das Sprachförderprogramm SPATZ.

Wir müssen allen Kindern, unabhängig von der Sprache, die im Elternhaus gesprochen wird, unabhängig davon, aus welchen sozialen Milieus die Eltern stammen, bestmögliche Förderung gewährleisten. Deswegen haben wir das Fördervolumen ab dem Kindergartenjahr 2014/2015 um weitere 4 Millionen € auf rund 21 Millionen € aufgestockt. Damit senken wir z. B. die Gruppengrößen deutlich ab. Auf einen guten Start kommt es an. Da spielt Sprachförderung eine zentrale Rolle für uns in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein weiteres zentrales Thema sind natürlich die Menschen, die in unser Land Baden-Württemberg kommen, und insbesondere die, die als

Flüchtlinge zu uns kommen. Wir, die Landesregierung, stellen insbesondere auch für diesen Bereich – gerade auch für den wichtigen Bereich Bildung – zusätzliche Ressourcen bereit. Wir haben bereits 11,7 Millionen € im Jahr 2015 und 13 Millionen € im Jahr 2016 eingeplant. Die Bildung von Vorbereitungsklassen erleichtern wir dadurch, dass wir die Mindestzahl von zehn Schülern ausgesetzt haben.

Neu ist darüber hinaus, dass Vorbereitungsklassen nun auch an Realschulen und Gymnasien eingerichtet werden können. Hinzu kommen vorbereitende und unterstützende Angebote im beruflichen Schulwesen und Kurse für Kinder und Jugendliche, die nicht einmal die lateinischen Schriftzeichen kennen. Für die frühkindliche Förderung von Kindern aus Zuwandererfamilien haben wir ebenfalls zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jeweils 1,2 Millionen € zur Verfügung gestellt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch bei diesen Themen stößt natürlich die Umsetzung an Grenzen: Wir brauchen Lehrerinnen und Lehrer in großer Zahl und in viel größerer Zahl als in der Vergangenheit, die mit dieser wichtigen und sehr schwierigen und auch große Sensibilität erfordernden Aufgabe gut umgehen können. Deswegen wollen wir rechtzeitig für das kommende Schuljahr auch durch die entsprechende Aus- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer die Voraussetzungen schaffen, dass diese wichtige Aufgabe übernommen werden kann. Wir haben eine große Verantwortung für die Menschen, die zu uns kommen. Wir wollen vor allem den jungen Menschen in unserem Land einen hervorragenden Start bieten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Darüber hinaus stärken wir auch den Bereich der Prävention durch zusätzliche Mittel. Diese werden wir vor allem für den Ausbau des Systems der Beratungslehrerinnen und Beratungslehrer einsetzen. Für 2015 ist eine Steigerung um 2,6 Millionen € und für 2016 um 4,5 Millionen € vorgesehen. Wir wollen, dass an unseren Schulen durch ein vernetztes Arbeiten, durch Schulsozialarbeit – die wir erheblich ausgebaut haben –, durch Beratungslehrerinnen und Beratungslehrer die Lehrerinnen und Lehrer auch bei diesen Aufgaben entlastet werden, und wir wollen, dass es zu einer Selbstverständlichkeit wird, dass wir an unseren Schulen in Teams arbeiten, um die komplexeren werdenden Herausforderungen, die es dort gibt, zu bewältigen. Dies ist Verantwortung, insbesondere gegenüber den Lehrerinnen und Lehrern, aber auch gegenüber den Schülerinnen und Schülern.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Bereich der beruflichen Schulen: In dem Ihnen nun vorliegenden Entwurf des Doppelhaushalts sind rund 1,015 Milliarden € pro Jahr für berufliche Schulen veranschlagt. Etwa jeden zehnten Euro des Kultusetats geben wir für die berufliche Bildung junger Menschen aus. Den Auftrag der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft – berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“ nehmen wir damit sehr ernst. Damit ermöglichen wir, dass junge Menschen einen Platz in der Arbeitswelt finden und dass die heimische Wirtschaft gut ausgebildete Fachkräfte beschäftigen kann.

Es bleibt weiterhin ein vorrangiges Ziel dieser Landesregierung, dass jeder junge Mensch ohne Brüche und Warteschlei-

(Minister Andreas Stoch)

fen eine gute, für den Arbeitsmarkt qualifizierende Bildung erhält – im dualen System, an beruflichen Vollzeitschulen oder auch an Hochschulen. Wir haben uns daher nicht mit Sonntagsreden begnügt, sondern haben uns in einem Bündnis für Ausbildung mit der Wirtschaft auch auf eine Reform des Übergangssystems verständigt

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

und wollen den direkten Übergang in die berufliche Ausbildung verbessern. Jugendliche, die eine zusätzliche Unterstützung benötigen, können künftig in eine duale Form der Ausbildungsvorbereitung, das sogenannte AV Dual, wechseln. Dort bekommen sie bis zu zwei Tage Betriebspraktikum pro Woche. Zusätzlich werden wir die berufliche Orientierung an den allgemeinbildenden Schulen im Rahmen unserer Bildungsplanreform stärken und das Fach „Wirtschaft/Berufs- und Studienorientierung“ einführen. All dies ist bereits in diesem Doppelhaushalt durch Ressourcen unterlegt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dass dieses Thema relevant ist, können Sie daran sehen, dass bundesweit in den Zeitungen und Zeitschriften, insbesondere in den Wirtschaftsteilen, über die Pläne dieser Landesregierung zur Einführung dieses Fachs, insbesondere zur Verstärkung der Berufsorientierung, berichtet wird. Auch hier wird Baden-Württemberg an der Spitze stehen. Wir wollen den Kindern in unserem Land einen guten Start in eine berufliche Ausbildung oder in eine Hochschulausbildung gewährleisten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Lassen Sie mich noch einige Worte zum Thema Privatschulen sagen. Von den Vorgängerregierungen war immer wieder angekündigt und versprochen worden, die Zuschüsse an die Privatschulen so zu erhöhen, dass ein Kostendeckungsgrad von 80 % erreicht wird. Dieses Ziel wurde von den Vorgängerregierungen jedoch bei Weitem nicht erreicht. Sie kamen über Kostendeckungsgrade von knapp über 70 % kaum hinaus. In den vergangenen Haushalten hat diese Landesregierung die Zuschüsse bereits strukturell mit einer Jahreswirkung von fast 40 Millionen € erhöht. Mit der letzten Erhöhung, die dieser Landtag beschlossen hat, erreichen wir schon jetzt einen Kostendeckungsgrad von fast 79 %, genau 78,7 %.

Im kommenden Doppelhaushalt schlagen wir dem Landtag vor, die Zuschüsse an die Schulen in freier Trägerschaft zum August 2015 nochmals um 6,7 Millionen € erhöhen zu können, was in der Jahreswirkung ab 2016 eine Zuschussanhebung von 16 Millionen € bedeutet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Schulen in freier Trägerschaft in Baden-Württemberg haben mit dieser Landesregierung einen Partner, der aus Versprechungen endlich Taten resultieren lässt und der den Wert der freien Schulen wirklich anerkennt. Die freien Schulen sind ein wichtiger Impulsgeber für das Bildungssystem in Baden-Württemberg, und deswegen handelt die baden-württembergische Landesregierung in dieser Weise und stützt und unterstützt diese Schulen in ihrer Arbeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Lassen Sie mich noch einige Worte zum Sporthaushalt sagen. Über 3,7 Millionen Menschen in Baden-Württemberg sind in

Sportvereinen aktiv. Wir wollen die Sportorganisationen im Land unterstützen, damit sie ihren wichtigen gesellschaftlichen Aufgaben weiterhin erfolgreich gerecht werden können. Deswegen hat die Landesregierung diesen Bereich mit dem Solidarpakt Sport im Doppelhaushalt 2015/2016 abgesichert. Wir haben die Fördersummen um jährlich 400 000 € erhöht. Im Haushalt für das Jahr 2015 sind insgesamt 86,7 Millionen € für die Sportförderung vorgesehen.

Bei der Förderung des kommunalen Sportstättenbaus gibt es ebenfalls Steigerungen. Jetzt sind 29 Millionen € eingeplant; das sind 5 Millionen € mehr als im letzten Doppelhaushalt.

Auch das neue Format „Freiwilliges soziales Jahr Sport und Schule“ stößt auf riesengroße Resonanz. Wir haben es geschafft, durch das freiwillige soziale Jahr „Sport und Schule“ in den Schulen einen wichtigen Impuls zu setzen; viele junge Menschen, die ein freiwilliges soziales Jahr absolvieren, sind dabei in engem Kontakt mit der Schule. Wir haben von dort hervorragende Rückmeldungen, insbesondere auch, was die Stärkung der Vereine angeht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn, wie es derzeit geschieht, der Präsident des Deutschen Olympischen Sportbunds, Hörmann, in der Bundesrepublik herumreist und – zuletzt im Willy-Brandt-Haus in Berlin – darauf hinweist, dass die Landesregierung in Baden-Württemberg, das Kultusministerium, mit der Rahmenvereinbarung mit den Sportvereinen eine bundesweite Vorbildfunktion einnimmt, dann wissen Sie, dass diese Landesregierung den Sport ganz weit oben stellt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Durch diese Rahmenvereinbarung soll die Grundlage dafür geschaffen werden, dass es für jedes Kind, unabhängig von seinem sozialen Hintergrund, eine Selbstverständlichkeit wird, mit Sport und Bewegung in Kontakt zu kommen. Deswegen ist in unserem Konzept die Öffnung der Ganztagschule auch für außerschulische Partner und vor allem auch die Einbeziehung der Sportvereine eine riesengroße Chance für unser Land – nicht nur, was die sportliche Betätigung angeht, sondern auch, was Fragen der Sozialkompetenz, der Gesundheit wie auch alle weiteren Aspekte im Bereich des Sports betrifft.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wo ist der STB-Präsident?)

Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, werden wir auf der Grundlage dieser Rahmenvereinbarung mit den Sportvereinen – wie auch mit allen anderen außerschulischen Partnern – das schaffen, was Baden-Württemberg braucht: ein Verständnis von ganzheitlicher Bildung, bei dem Sport und Bewegung ein zentraler Bestandteil sein muss.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Aber, um auch diesen Aspekt nicht aus dem Blick zu lassen: Bildung endet eben nicht mit dem Ende der Schulzeit. Wir investieren auch in die Weiterbildung und in das lebenslange Lernen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das, was Sie in den letzten Jahren getan haben, nämlich diesen Weiterbildungssetat als Steinbruch für Sparmaßnahmen zu verwenden,

(Minister Andreas Stoch)

das hat diese Landesregierung beendet. Die Grundförderung für die allgemeine Weiterbildung wollen wir um 3,9 Millionen € im Jahr 2015 und um 8,6 Millionen € im Jahr 2016 erhöhen. Damit erreichen wir endlich, wie zugesagt, den bundesweiten Durchschnitt. Weiterbildung ist wichtig, um eine soziale Teilung dieser Gesellschaft zu verhindern.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Deswegen bin ich dankbar, dass wir Ihnen heute den Einzelplan 04 in dieser Form zur Abstimmung vorlegen können.

Ich möchte – mit Erlaubnis des Präsidenten – mit einem Zitat enden:

Am Ende ist es natürlich auch immer ein Ringen um Ressourcen. Kein Weg führt vorbei an der Einsicht: Ein gerechtes Bildungssystem, eines, das Verschiedensein als Bereicherung begreift und das den Herausforderungen der Einwanderungsgesellschaft genügt, ein solches Bildungssystem wird Geld kosten – aber es ist Geld, das gut angelegt ist!

Mit diesem Zitat von Bundespräsident Joachim Gauck bitte ich Sie um Ihre Zustimmung.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Minister, gestatten Sie noch eine Nachfrage des Abg. Claus Schmiedel von der SPD?

(Abg. Volker Schebesta CDU: Dem hat der Schluss nicht gefallen, deswegen macht er es jetzt kaputt!)

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Gern. Es gibt Leute, die sagen, er muss das letzte Wort haben.

(Vereinzelt Heiterkeit – Unruhe)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Minister, vielen Dank, dass Sie die Frage noch zulassen.

(Oh-Rufe von der CDU – Weitere Zurufe)

Mich beschäftigt noch ein Kritikpunkt des Kollegen Dr. Kern, den er heute erneut in die Debatte eingebracht hat. Er hat verlangt, dass über die Ausgestaltung der Ganztagsgrundschule vor Ort entschieden wird und dies nicht zentral in Stuttgart vorgegeben wird. Meine Frage: Kann es sein, dass der Kollege Dr. Kern das Ganztagsgrundschulkonzept nicht verstanden hat?

(Heiterkeit – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Sagen Sie mal, wie Sie das Geld verteilen wollen!)

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Herr Kollege Schmiedel, ich beantworte Ihre Frage sehr gern. Denn auch mir geht es so, dass ich das Gefühl habe: Wenn man es 20 Mal erklärt hat und es nicht gehört werden will, dann ist es einfach schwierig. Ich erkläre es also zum 21. Mal.

Es ist so, dass die Ganztagschule in der vom Landtag beschlossenen Form und vor allem auch in der Form, die die

kommunalen Landesverbände mit der Landesregierung vereinbart haben, natürlich alle Möglichkeiten vorsieht.

(Abg. Hans-Ulrich Seckerl GRÜNE: Aha!)

Es ist so, dass es eine verbindliche Form gibt, also eine gebundene Form der Ganztagschule, die, was die Rhythmisierung angeht, natürlich viel mehr Möglichkeiten bietet. Es gibt die Ganztagschule aber auch in Wahlform. Das steht ausdrücklich so im Gesetz.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Und in offener Form?)

Ganztagschule in Wahlform bedeutet nichts anderes, als dass die Kinder nicht daran teilnehmen müssen, sondern daran teilnehmen können.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dafür gibt es aber keine Finanzierung!)

Jetzt liegt es an den Kommunen und an den Schulen selbst, das von den Eltern jeweils nachgefragte Modell zu entwerfen. Dieses kann ein offenes, ein in Wahlform ausgestaltetes Modell oder ein gebundenes, weil stärker rhythmisiertes Modell sein. Es kann auch eine Mischform sein.

Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, betone ich: Eine größere Flexibilität, was die Wünsche vor Ort angeht,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Mit welchen finanziellen Mitteln? Sagen Sie das bitte auch!)

kann es nicht geben als in diesem Konzept der Landesregierung. Lesen Sie den „Chancenspiegel“ der Bertelsmann Stiftung, Herr Kollege Kern.

(Abg. Winfried Mack CDU: Die Eltern sehen es anders!)

Dann werden Sie feststellen, dass diese Themen

(Abg. Winfried Mack CDU: Die Eltern wollen Ihr Modell nicht!)

für die Weiterentwicklung aller Kinder in unserem Land Baden-Württemberg zentral wichtig sind.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Minister, es gibt weiteren Bedarf für eine Nachfrage, und zwar von Frau Kollegin Sitzmann von der Fraktion GRÜNE.

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Wie könnte ich da Nein sagen?

(Abg. Volker Schebesta CDU: Was die Fernsehkameras alles auslösen! – Zuruf des Ministers Franz Untersteller)

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Minister, vielen Dank, dass Sie auch diese Frage zulassen. – Könnten Sie dem Kollegen Kern vielleicht noch einmal erklären, dass die Schulen über diese Wahlfreiheit hinaus, die Sie schon dargestellt haben,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Herr Lehrer, ich weiß was! – Minister Franz Untersteller: Ist das hier eine Weiterbildungsveranstaltung?)

vor Ort sogar noch wählen können, ob sie an drei oder vier Tagen sieben oder acht Stunden Ganztagschule vorhalten wollen?

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Frau Kollegin Sitzmann, es ist in der Tat so: Dieses Konzept, das wir in dieser Form beschlossen haben, bietet unheimlich viele Chancen in dem Rahmen, den wir vorgegeben haben, was im Übrigen auch die Ressourcen angeht. Wir haben – das wird immer wieder behauptet – in keiner Weise gebundene Formen besser mit Lehrerstellen versorgt als die in Wahlform ausgestalteten. Auch dieser Vorwurf greift also nicht.

In der Tat: An drei oder vier Tagen können es sieben oder acht Stunden sein.

(Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Das ist aber oberliberal!)

Ich finde, das bietet zum einen größtmögliche Flexibilität und zum anderen – das ist auch wichtig – größtmögliche pädagogische Qualität.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Minister, möchten Sie eine weitere Nachfrage zulassen? Dieses Mal käme sie vom Kollegen Röhm aus der CDU-Fraktion.

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Gern.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Jetzt geht es los!)

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herr Minister, können Sie kurz darlegen, in welchem Umfang gebundene Ganztagsangebote sowohl personell als auch durch Finanzausstattung gefördert werden und wie die Ausstattung personeller und finanzieller Art bei den offenen Angeboten aussieht?

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Zunächst einmal sollten wir die richtigen Termini verwenden. Mit offenen Angeboten meinen Sie sicherlich die Angebote in Wahlform.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Genau! Die, die es nicht mehr gibt! Das ist der Punkt!)

Es gibt keine Unterscheidung – Herr Kern, hören Sie zu, das hilft beim Verstehen –

(Beifall des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE – Oh-Rufe von der CDU)

in der Ausstattung – Herr Kollege Röhm, diese werden Sie dort auch nicht finden – zwischen den Angeboten in offener und in anderer Form.

Ihr Konzept, das als Schulversuch ausgestaltet war, enthielt eine Unterscheidung, was die Ausstattung anging. Sie haben dort die Ganztagschulen in offener Form mit weniger Lehrerwochenstunden ausgestattet

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aha!)

als die anderen, die Sie mit der Überschrift „mit besonderer sozialer oder pädagogischer Aufgabenstellung“ versehen haben. Das war dann die berühmte Brennpunktschule.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Es gibt z. B. keinen Zuschuss für eine Mensa im offenen Angebot! Ich habe eine Nachfrage!)

– Wir sprechen hier von der Lehrerausstattung. Das ist der Punkt, von dem hier die Rede war.

Deswegen ist es an dieser Stelle auch unrichtig, den Eindruck zu erwecken, es gebe unterschiedliche Ausstattungen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gewaltige Unterschiede bestehen sogar!)

Es gibt die gleiche Ausstattung für Schulen unabhängig davon, ob sie den Ganztag in verbindlicher Form oder in Wahlform ausgestalten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Schon die Mensa wird nicht zugestanden! Ein Riesenunterschied!)

Die Lehrerausstattung ist völlig identisch.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Wacker.

Abg. Georg Wacker CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach den verschiedenen Zwischenfragen darf ich Herrn Minister Stoch ergänzen,

(Oh-Rufe von den Grünen und der SPD)

um das Bild der Ganztagschule abzurunden: Es gibt jetzt die gebundene Form, die Wahlform und die Möglichkeit „Gar nichts“. Genau das ist das Problem: Wenn sich die Eltern für eine gebundene Form entscheiden, dann ist es gut. Dafür gibt es ein adäquates Angebot.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dann läuft das Programm!)

Wenn sich die Eltern für eine Wahlform entscheiden, dann ist auch das gut. Auch dafür gibt es ein entsprechendes Angebot. Allerdings sind beide Angebote verpflichtende Angebote.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Jawohl!)

(Georg Wacker)

Wenn sich die Eltern dafür entscheiden, müssen sie ihr Kind auch am Nachmittag in die Schule schicken.

(Lebhafte Zurufe von den Grünen und der SPD)

– Ja, natürlich. Mir ist schon klar, dass Sie das wollen. Sie wollen schließlich keine Wahlfreiheit. Das ist das Problem.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! Bravo!
Das ist es!)

Und jetzt sage ich Ihnen eines: Sie eliminieren die freiwilligen Angebote, die bei Weitem nicht so teuer sind, wie auch die verlässliche Grundschule oder andere flexible Angebote am Nachmittag. Fragen Sie doch einmal die Eltern vor Ort. Es gibt viele Eltern, die Ihre Angebote nutzen möchten. Ich bin überhaupt nicht dagegen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! – Abg.
Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Aha!)

Aber es gibt auch Eltern, die flexibel darüber entscheiden wollen, wann das Kind am Nachmittag in die Schule gehen soll und wann nicht. Das ist echte Wahlfreiheit, meine Damen und Herren,

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

und das haben Sie, Herr Minister, eben in Ihrer Antwort vergessen.

(Zurufe von der SPD – Abg. Martin Rivoir SPD: Bei
IKEA im Spielpark!)

Auf der einen Seite bieten Sie einen sogenannten Schulfrieden an, auf der anderen Seite argumentieren Sie in Teilen mit unredlichen Aussagen.

(Lachen der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Das passt nicht zusammen.

Ich möchte nur ein Beispiel nennen; Herr Minister, Sie haben es eben auch angesprochen. Sie haben verurteilt, dass wir in der letzten Legislaturperiode sogenannte k.w.-Stellen im Haushalt hatten; das waren Stellen, die man hätte einsparen müssen. Sie haben auch kritisiert, dass wir diese Stellen nicht eingespart haben.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Nein! Wir haben
kritisiert, dass Sie sie nicht durchfinanziert hatten!)

Herr Kollege Röhm hat es mit einem Zwischenruf eben deutlich zum Ausdruck gebracht: Hätten wir damals diese Stellen

--

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sie hatten sie nicht
durchfinanziert! Sie haben ein Loch nach dem anderen im Haushalt aufgerissen! – Glocke des Präsidenten)

– Ihre Aufregung zeigt, dass Sie an dieser Stelle offensichtlich sehr nervös sind.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! – Zuruf von der
SPD: Wir regen uns auf, weil Sie lügen!)

Wir haben diese Stellen damals nicht eingespart, um die Unterrichtsversorgung sicherzustellen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! So ist es!)

und Sie wären als damalige Opposition zu Recht massiv auf die Barrikaden gegangen, wenn wir diese k.w.-Stellen, wie im Haushalt vorgesehen, vor 2011 schrittweise abgebaut hätten.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Warum haben Sie
sie nicht finanziert?)

Jetzt kommt der andere Punkt: Ihr Finanzierungskonzept, Ihr Ressourcenkonzept, das Sie eben dargelegt haben, beinhaltet genau die gleichen k.w.-Stellen, die Sie weiterschieben. Auch Sie sparen sie nicht ein, und zwar mit dem gleichen Argument, dass für Sie die Unterrichtsversorgung wichtig sei.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Die Redezeit,
Herr Präsident!)

Herr Minister, wo liegt denn da der Unterschied?

(Zuruf der Ministerin Katrin Altpeter)

Sie legen Wert auf die Unterrichtsversorgung, haben dort allerdings Lücken. Wir haben im Grunde das Gleiche getan. Insofern bitte ich hier um Redlichkeit. Wenn es darum geht, Unterrichtsressourcen einzusetzen, dann dienen sie der Unterrichtsversorgung; das war in der letzten Legislaturperiode nicht anders als in dieser Legislaturperiode. Also hantieren Sie hier bitte nicht mit falschen Argumenten,

(Abg. Anneke Graner SPD: Was?)

meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Wacker, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Georg Wacker CDU: Gern. – Ein allerletzter Satz zum Thema Schulfrieden. Um es noch einmal in aller Deutlichkeit zu sagen: Unser Fraktionsvorsitzender Peter Hauk hat Ihnen gleich zu Beginn dieser Legislaturperiode mehrfach Gespräche zur Frage der Qualitätsentwicklung im Zusammenhang mit der Gemeinschaftsschule angeboten.

(Abg. Helen Heberer SPD: Redezeit!)

Es gab verschiedene schriftliche Angebote. Diese haben Sie immer abgelehnt. Jetzt, da Ihnen an vielen Baustellen das Wasser bis zum Hals steht,

(Zurufe von der SPD und der Abg. Beate Böhlen
GRÜNE)

versuchen Sie offensichtlich, eine Flurbereinigung vorzunehmen. Deswegen sage ich Ihnen: Ihre Hausaufgaben müssen Sie hier im Parlament, aber nicht an einem runden Tisch erledigen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Frau Kollegin Boser.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE zu Abg. Sandra Boser GRÜNE: Du hast genug Zeit! – Heiterkeit bei den Grünen)

– Darüber befindet der Präsident. Seien Sie ganz beruhigt.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eines haben diese Aussprache und die Haushaltsberatungen gezeigt: Mehr als kritisieren können Sie von der CDU nicht. Wenn Sie tatsächlich gestalten wollten, hätten Sie hier substantielle Anträge eingebracht.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das haben wir doch gemacht!)

Das haben Sie aber nicht getan.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sie haben keinen Antrag zu den Realschulen, keinen Antrag zu Kürzungen bei Gemeinschaftsschulen, zu den Gymnasien oder Ähnlichem gestellt. Das haben Sie nicht getan, und Worte ohne Taten reichen nicht aus.

Zum Abschluss möchte ich Herrn Kollegen Zimmermann aus dem „Badischen Tagblatt“ zitieren. Er sagte: „Wir können nicht Opposition ...“, und dass Sie nicht regieren können, haben Sie die letzten 57 Jahre gezeigt.

(Zurufe von der CDU)

Daher war der Wechsel richtig und wertvoll.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Lachen bei der CDU – Minister Andreas Stoch: Ein halber Satz hat gereicht!)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Dr. Fulst-Blei.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ich bin noch etwas überrascht, zu hören, dass ich noch etwas Redezeit habe. Vielen Dank, Herr Präsident.

Wissen Sie, Herr Kollege Wacker, das muss ich Ihnen angesichts Ihrer komischen Milchmädchenrechnungen, die Sie hier aufmachen, doch noch einmal mitgeben:

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Milchbübchen!)

Als Fraktionsvorsitzender – sogar als Stadtrat – lernt man, dass man die Projekte, die man finanziert und anschiebt, auch in der mittelfristigen Finanzplanung abbildet. Sie haben genau das Gegenteil gemacht: Sie haben alles auf Pump finanziert, Sie haben Löcher hineingerissen. Sie haben zusätzlich bei den Beschäftigten, bei den Lehrerinnen und Lehrern über die Bugstundenwelle einen Kredit aufgenommen.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Stellen Sie sich hier nicht als die Partei der finanziellen Solidarität hin.

(Zurufe der Abg. Volker Schebesta und Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Ich bleibe bei meiner Aussage: Sie sind die Lehman Brothers der Bildungspolitik.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und Sie sind die Totengräber der Realschulen! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich darf Sie jetzt um Aufmerksamkeit bitten, damit wir diesen Abstimmungsmarathon zügig hinter uns bekommen.

Ich darf zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 04 – Ministerium für Kultus, Jugend und Sport – kommen. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6004.

Ich rufe zunächst Abschnitt I der Beschlussempfehlung auf. Die Änderungs- und Entschließungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Ich rufe die Nummer 1 der Beschlussempfehlung auf:

Kapitel 0401

Ministerium

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/6054-10, zum Thema „Unterrichtsversorgung, Lehrerstellen“ abzustimmen. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe die Nummer 2 auf:

Kapitel 0402

Allgemeine Bewilligungen

Zu diesem Kapitel liegen ein Änderungs- und ein Entschließungsantrag der CDU-Fraktion sowie ein Antrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD vor.

Ich stelle zunächst den Änderungsantrag der CDU-Fraktion, Drucksache 15/6054-1, zu Titel 531 03 – Bildungsinformation und Öffentlichkeitsarbeit – zur Abstimmung, der eine Reduzierung der nach dem Planansatz steigenden Mittel für Öffentlichkeitsarbeit fordert. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Nun komme ich zum Antrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD, Drucksache 15/6054-12, der mit Abschnitt I Ziffer 1 Kapitel 0402 und Titel 972 10 – Globale Minderausgabe für den Einzelplan 04 – betrifft. Ziffer 2 von Abschnitt I dieses Antrags bezieht sich auf Kapitel 0436 Titel 681 03 und ist deckungsgleich mit den Änderungsanträgen der Fraktion

(Präsident Guido Wolf)

der CDU, Drucksache 15/6054-5, und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/6054-11, zum Thema „Europäische Schule Karlsruhe“. Abschnitt II des Antrags der Regierungsfractionen formuliert ein Ersuchen an die Regierung bezogen auf die Fortführung eines freiwilligen Landeszuschusses an die Europäische Schule Karlsruhe.

Ich schlage Ihnen vor, über den Antrag der Regierungsfractionen jetzt bei Kapitel 0402 abschnitts- bzw. zifferweise abzustimmen und auch die Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6054-5, sowie den Antrag der FDP/DVP-Fraktion, Drucksache 15/6054-11, einzubeziehen. – Sie sind damit einverstanden.

Wer Ziffer 1 von Abschnitt I des Antrags der Regierungsfractionen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig zugestimmt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über Ziffer 2 von Abschnitt I des Antrags der Regierungsfractionen, Drucksache 15/6054-12, und die gleichlautenden Anträge der CDU-Fraktion, Drucksache 15/6054-5, und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/6054-11. Wer diesen Anträgen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ziffer 2 von Abschnitt I des Antrags der Regierungsfractionen, Drucksache 15/6054-12, sowie den Anträgen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksachen 15/6054-5 und 15/6054-11, ist damit einstimmig zugestimmt.

Jetzt lasse ich über Abschnitt II des Antrags der Regierungsfractionen abstimmen. Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Abschnitt II dieses Antrags ist mehrheitlich zugestimmt.

Wer Kapitel 0402 mit den soeben beschlossenen Änderungen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Gegen die Europäische Schule? – Gegenruf von der CDU: Das Kapitel! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Wer enthält sich der Stimme? – Kapitel 0402 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6054-2, abzustimmen, der sich für eine transparentere Gestaltung der Zuweisungen an die kommunalen Träger bei der Schulbauförderung einsetzt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmung über die Nummern 3 und 4, Kapitel 0403 – Obere Schulaufsichtsbehörden – und Kapitel 0404 – Staatliche Schulämter –, zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden.

Ich rufe

Kapitel 0403 und Kapitel 0404

daher gemeinsam auf. Wer diesen beiden Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig zugestimmt.

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmung über die Nummern 5 bis 8 der Beschlussempfehlung, also über Kapitel 0405 – Grund-, Haupt- und Werkrealschulen –, Kapitel 0408 – Sonderschulen, Staatliche Sonderschulen und Staatliche Heimsonderschulen –, Kapitel 0410 – Realschulen – sowie Kapitel 0416 – Gymnasien und Staatliche Aufbaugymnasien mit Heim –, zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden.

Ich rufe also

Kapitel 0405 bis Kapitel 0416

gemeinsam auf. Wer diesen vier Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 9 auf:

Kapitel 0418

Gemeinschaftsschulen

Wer Kapitel 0418 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 10 auf:

Kapitel 0420

Berufliche Schulen (Berufsschulen, Berufsfachschulen, Berufskollegs, Berufliche Gymnasien, Berufsoberschulen, Fachschulen)

Wer Kapitel 0420 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Drucksache 15/6004, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch über den Entschließungsantrag der CDU-Fraktion, Drucksache 15/6054-3, abzustimmen, der sich für eine eigenständige Ausweisung des früheren Titels „Vergütungen für Hilfsunterricht und Lehraufträge“ einsetzt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe die Nummer 11 auf:

Kapitel 0428

Staatliche Berufliche Schulen

Wer Kapitel 0428 zustimmt, den bitte um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 12 auf:

Kapitel 0435

Förderung von Schulen in freier Trägerschaft

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

(Präsident Guido Wolf)

Wir haben noch über den Erschließungsantrag der CDU-Fraktion, Drucksache 15/6054-4, abzustimmen, der fordert, künftig eine eigene Titelgruppe zum Ausweis der künftigen Einnahmen aus der Forderung an die Privatschulen für den Einsatz beurlaubter Lehrkräfte an diesen Schulen einzurichten. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe die Nummer 13 auf:

Kapitel 0436

Allgemeine Schulangelegenheiten

Wer diesem Kapitel in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Drucksache 15/6004, und mit den durch die Annahme der Anträge Drucksachen 15/6054-5, 15/6054-11 und 15/6054-12 beschlossenen Änderungen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch über drei Entschließungsanträge der CDU-Fraktion abzustimmen.

Ich lasse zunächst über den Entschließungsantrag Drucksache 15/6054-6 abstimmen, der fordert, künftig die Mittel zur Umsetzung von Maßnahmen des Bildungsaufbruchs so auszuweisen, dass deren Verwendung transparent wird. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Nun lasse ich über den Entschließungsantrag der CDU-Fraktion, Drucksache 15/6054-7, abstimmen, mit dem auf die Verpflichtung des Landes zu einer höheren Beteiligung an den auswärtigen Unterbringungskosten von Berufsschülern hingewiesen und die Erarbeitung eines Konzepts gefordert wird. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Zuletzt lasse ich noch über den Entschließungsantrag der CDU-Fraktion, Drucksache 15/6054-8, abstimmen, der für künftige Haushalte die Ausweisung der Ausgaben für die Bildungsplanreform 2016 fordert. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe die Nummer 14 auf:

Kapitel 0439

Vorschulische Bildung und Betreuung

Wer diesem Kapitel in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Drucksache 15/6004, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6054-9, abzustimmen, der eine Einzelausweisung der verschiedenen frühkindlichen Fördermaßnahmen im vorschulischen Bereich fordert. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe die Nummer 15 auf:

Kapitel 0440

Bildungsplanung und überregionale Angelegenheiten

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 16 auf:

Kapitel 0441

Überregionale und internationale Kulturpflege und Bildungshilfe für Entwicklungsländer

Wer diesem Kapitel in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Drucksache 15/6004, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 17 auf:

Kapitel 0442

Landesinstitut für Schulentwicklung, Landesmedienzentrum und Medienförderung

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmung über die Nummern 18 und 19 zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden. Ich rufe daher die Kapitel 0445 und 0448 gemeinsam auf:

Kapitel 0445

Staatliche Seminare für Didaktik und Lehrerbildung sowie Pädagogische Fachseminare

Kapitel 0448

Zentrale Lehrerfortbildung und Akademie Schloss Rotenfels

Wer diesen beiden Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 20 auf:

Kapitel 0453

Weiterbildung

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 21 auf:

Kapitel 0455

Pauschalleistungen an die Kirchen und Aufwendungen für andere Religionsgemeinschaften und sonstige kirchliche Zwecke

(Präsident Guido Wolf)

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 22 auf:

Kapitel 0460

Sportförderung

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 23 auf:

Kapitel 0465

Jugend und kulturelle Angelegenheiten

Wer diesem Kapitel in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Drucksache 15/6004, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Jetzt haben wir noch über den Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6004, abzustimmen.

Der Ausschuss schlägt Ihnen in Ziffer 1 vor, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft betr. Beschäftigungsbedingungen, Bezüge, Dotationen und Ausstattung der vom Land Baden-Württemberg aufgrund außertariflicher Sonderverträge Beschäftigten, Drucksache 15/5964, soweit diese den Einzelplan 04 berührt, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen dem zu.

In Ziffer 2 empfiehlt Ihnen der Ausschuss, von der Mitteilung der Landesregierung – 46. Landesjugendplan für die Haushaltsjahre 2015/2016 –, Drucksache 15/5965, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen dem zu.

Zu Ziffer 3 – Mitteilung der Landesregierung – 24. Landessportplan für die Haushaltsjahre 2015/2016 –, Drucksache 15/5966, noch ein Hinweis: In die Druckvorlage zur Landtagsdrucksache hatte sich ein kleiner Fehler eingeschlichen, den das Kultusministerium in Absprache mit dem Staatsministerium dem Landtag am 3. Dezember 2014 mitgeteilt hat. Die Tabelle auf Seite 40 der Drucksache, die die Aufgliederung der Haushaltsansätze nach Einzelplänen vornimmt, musste berichtigt werden. Wie das Kultusministerium bestätigt hat, sind die entsprechenden Angaben im Entwurf des Staatshaushaltsplans 2015/2016 jedoch korrekt. Ihnen liegt die berichtigte Fassung der Drucksache 15/5966 bereits vor.

Auch bei dieser Drucksache empfiehlt Ihnen der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft Kenntnisnahme. – Sie stimmen zu.

In Ziffer 4 schlägt Ihnen der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft vor, von dem Schreiben des Kultusministeriums zum Schulhaus- und Sportstättenbau vom 15. Oktober 2014 Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen zu.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 04.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich rufe **Punkt 1 b** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 14: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/6014

Berichterstatterin: Abg. Katrin Schütz

Berichterstatter: Abg. Johannes Stober

Das Präsidium hat für die Beratung eine Redezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Wünschen die Berichterstatterin oder der Berichterstatter das Wort? – Das ist nicht der Fall.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich für die Fraktion der CDU der Kollegin Kurtz das Wort.

Abg. Sabine Kurtz CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Haushaltsplan des Wissenschaftsministeriums ist das von besonderem Interesse, was nicht darin steht. Denn seit Monaten verhandelt die Ministerin mit den Hochschulen über einen neuen Hochschulpakt. Der bisherige Solidarpakt II läuft in zwei Wochen aus. Es geht jetzt um nicht mehr und nicht weniger als um die Finanzierung der Hochschulen in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2020. Sie sollen wieder Planungssicherheit haben. Genau das sind sie nämlich von den früheren CDU-geführten Landesregierungen gewohnt. Das wollten wir eigentlich fortführen, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Sparhaushalte sind sie gewohnt!)

Im vergangenen Juli hat die Ministerin die Eckpunkte für einen neuen Vertrag vorgestellt. Kurz vor der Sommerpause sah es so aus, als sei der Vertrag bald unterschriftsreif. Die Eckpunkte wurden ja regelrecht jubelt. Jetzt reibt man sich erstaunt die Augen, weil immer noch kein Ergebnis vorliegt.

Irgendetwas stimmt wohl nicht mit diesen Eckpunkten, die Sie vor sechs Monaten verkündet haben, Frau Ministerin. Das dümmert wohl auch Ihnen mittlerweile, sonst wäre der Vertrag längst unterschrieben worden. Aber es liegt noch nicht einmal ein Entwurf vor. Wie mir scheint, liegt nicht einmal intern ein Entwurf vor.

Was ist denn da los? Konnten Sie sich mit den Hochschulen nicht einigen? Verhandeln Sie weiterhin mit den Universitäten, wie viele Stellen sie zugesprochen bekommen, wie es sich mit den Tarifsteigerungen verhält, wie alles ausfinanziert wird?

Diese Fragen gelten genauso bezüglich der Hochschulen für angewandte Wissenschaften. Auch die wollen wissen, wie viele Stellen sie ausschreiben können, wie die Tarifsteigerungen und die Pensionslasten ausfinanziert werden.

Konnten Sie sich mit der Dualen Hochschule nicht auf den Flächenbedarf einigen, und inwiefern kann sie überhaupt an dem neuen Bauprogramm teilhaben? Es ist überhaupt noch nichts klar.

(Sabine Kurtz)

Was haben Sie eigentlich seit dem Sommer erreicht?

Im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft wollten Sie uns eigentlich vor zwei Wochen über den Stand der Verhandlungen informieren; zumindest hatten Sie das in einem Interview in der „Stuttgarter Zeitung“ am 25. November angekündigt. Gehört haben wir dann jedoch gar nichts. Aber das kennen wir ja mittlerweile. Im Parlament sagen Sie nichts, auf Mündliche Anfragen der Abgeordneten antworten Sie nicht. Sie verweisen uns dann auf die Zeitung oder auf öffentliche Veranstaltungen. Dieses Verhalten – das will ich hier einmal ganz deutlich kritisieren – ist eine Missachtung des Parlaments.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Die parlamentarische Kontrolle der Regierung wird von Ihnen massiv und an verschiedenen Stellen auf verschiedene Arten ausgehöhlt. Vor zwei Jahren hatten Sie sich bei der Haushaltsaufstellung noch Transparenz auf die Fahnen geschrieben. Aber von diesem Ziel ist nicht mehr viel übrig geblieben. Jetzt – so muss man sagen – fehlt es sogar an Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit.

Jetzt schaffen Sie es gerade einmal, den Hochschulfinanzierungsvertrag im Staatshaushaltsgesetz anzukündigen. Dort werden dann für die nächsten fünf Jahre rund 574 Millionen € mehr zur Verfügung gestellt. Das soll ausreichen, um die Grundfinanzierung der Hochschulen um 3 % jährlich zu steigern, die Energiekosten der Universitäten auszugleichen und eine Sonderlinie für die Hochschulmedizin aufzulegen.

Wahrscheinlich ist so manchem Rektor über die Sommerpause auch klar geworden, dass das Vorhaben, 574 Millionen € frisches Geld bereitzustellen, nicht zu schaffen ist. Jetzt müssen Sie wahrscheinlich mit dem Finanzminister nachverhandeln, ob es denn ein bisschen mehr sein darf – so ähnlich wie beim Metzger. Ich glaube, der rote Finanzminister überlegt sich auch, ob er die handwerklichen Fehler der grünen Wissenschaftsministerin ausbügeln soll.

Sie vertrösten uns jetzt auf einen Nachtragshaushalt in den nächsten Jahren; da sollen dann auch die Musikhochschulen inbegriffen sein. Bei denen läuft das Spiel ja schon viel länger; der Reformprozess läuft dort seit eineinhalb Jahren. Im Sommer 2013 hatten Sie mit Ihrem Reformkonzept eine Bauchlandung hingelegt. Das Konzept war angeblich von den Musikhochschulen für die Musikhochschulen entwickelt worden, aber es stimmte hinten und vorn nicht. Dann wurde das Land mit schönen Symposien überzogen; es gab Palaver in Mannheim, Showveranstaltungen in Freiburg und anderswo.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist aber unverschämt den Hochschulen gegenüber! Die palavern nicht, die sprechen miteinander!)

Am 17. November erschienen dann die berühmten Eckpunkte wieder in aller Öffentlichkeit; da konnten wir dann hingehen. Der 17. November war ein Montag, Herr Schmiedel, und am Sonntagabend mussten alle Musikhochschulrektoren noch einmal hier in Stuttgart antreten, um die letzten Wogen zu glätten – so lang dauert das alles bei Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Im Haushaltsplan steht dazu auch überhaupt nichts.

(Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Angeblich sollen die Musikhochschulen jetzt in sechs Jahren 28 Millionen € mehr bekommen statt 5 Millionen € jährlich weniger.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist doch gut!)

Wir können uns über diese Ergebnisse nicht wirklich freuen,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Warum?)

denn wir wissen ja nicht, was am Ende dabei herauskommt. Es steht ja nichts in diesem Haushaltsplan, lieber Herr Schmiedel.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Es gibt keine Haushaltsklarheit, keine Haushaltswahrheit. Woher kommen denn die in der Öffentlichkeit versprochenen zusätzlichen 28 Millionen €? Hier haben wir davon noch nichts gehört. Die Gelder sind ja jetzt an die dreiprozentige Erhöhung der Grundfinanzierung der anderen Hochschulen angelehnt. Aber im Sommer, als wir diese Eckpunkte gehört hatten – worauf sich die angekündigten 574 Millionen € im Staatshaushaltsgesetz beziehen –, sind diese 28 Millionen € noch nicht enthalten gewesen, denn damals war davon ja überhaupt noch nicht die Rede. Man könnte sich also fragen, ob die möglicherweise bei den anderen Hochschulen jetzt abgeknappt werden.

Wenn Sie also so zögerlich vorgehen und alles so intransparent ist, dann ist das unserer vorbildlichen Hochschullandschaft wirklich nicht angemessen. Wir empfinden das als Armutszeugnis.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Was aber im Haushaltsplan steht, was Sie da ganz frisch hineinschreiben, ist das Geld, welches vom Bund kommt, z. B. das BAföG.

Der Bund übernimmt jetzt zur Gänze die BAföG-Zahlungen. Dadurch wird in Baden-Württemberg Geld frei, welches Sie anderweitig einsetzen können; das sind im Jahr 120 Millionen €. Die CDU hatte gefordert, dass Sie dieses Geld den Hochschulen komplett zur Verfügung stellen. Das machen Sie nicht; Sie stellen ihnen nur die Hälfte zur Verfügung: 60 Millionen € haben Sie jetzt in den Einzelplan 14 eingestellt, die haben Sie dort sozusagen geparkt. Auch dazu wissen wir aus der Öffentlichkeit, dass Sie dieses Geld in die Grundfinanzierung überführen wollen. In diesem Haushaltsplan wird das aber auch nicht deutlich. Wir wissen also nicht, wie es damit weitergeht und wofür das Geld jetzt eigentlich verwendet wird.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Das ist unglaublich!)

In diesem Haushaltsplan steht auch nicht, wie es mit den Qualitätssicherungsmitteln weitergeht; das sind im Jahr ungefähr 170 Millionen €. Damit hatten Sie ursprünglich die früheren Studiengebühren ersetzt. Sie hatten den Studierenden zuge-

(Sabine Kurtz)

sagt, dass die Mittel ganz und gar – wie bei den früheren Studiengebühren auch – für Studium und Lehre eingesetzt werden und dass die Studierenden über die Verwendung ein Mitspracherecht haben. Dafür gab es ein eigenes Gesetz, und Sie haben das Mitspracherecht dann auch noch einmal verstärkt. Wo bei uns bei der Verwendung der Mittel nur das Benehmen verlangt war, steht bei Ihnen das Einvernehmen.

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Aber auch davon wollen Sie in Zukunft abrücken; offensichtlich haben Sie nach gerade einmal drei Regierungsjahren Ihre ursprünglichen, hehren Ziele vergessen und verraten. In Zukunft wollen Sie den Studierenden gerade einmal 20 Millionen € für die Verwendung gemäß Mitsprache zur Verfügung stellen.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sie hatten null Euro zur Verfügung gestellt!)

Auch die Dynamisierung der Qualitätssicherungsmittel – die immer wieder neue Anpassung an die sich verändernden Studierendenzahlen – wollen Sie abschaffen. Das Geld soll einfach so in die Grundfinanzierung überführt werden. Das ist also eine Ihrer Methoden, wie Sie die Grundfinanzierung erhöhen wollen, nach dem Motto: Rechte Tasche, linke Tasche.

Es gibt also unter dem Strich gar nicht so viel mehr Geld, es gibt nur einfach anderes Geld. Im Falle der Qualitätssicherungsmittel sind die Studierenden die Gelackmeierten, aber das ist für Sie offensichtlich kein Problem, obwohl es dazu jetzt auch eine Onlinepetition gibt. Diese steht seit dem 23. November dieses Jahres im Netz und hat schon eine ordentliche Zahl von Unterstützern vorzuweisen.

Über die Überführung der Qualitätssicherungsmittel in die Grundfinanzierung werden wir uns also auch noch unterhalten müssen. Dazu bekommen Sie jetzt auch von den Studierenden einiges an Protest zu hören. Die Studentenvertreter fordern den Erhalt der studentischen Mitbestimmung über diese Mittel, und sie bestehen darauf, dass sie in die Verhandlungen des Hochschulfinanzierungsgesetzes einbezogen werden.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Und was fordern Sie? Was fordern Sie denn?)

Was hier verlangt wird, müsste eigentlich auch für Sie selbstverständlich sein: Transparenz, Mitbestimmung, Planungssicherheit, Vertragstreue – ganz normale Dinge, die man jetzt per Onlinepetition von Ihnen einfordern muss.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Kommen wir doch einmal zum Kulturhaushalt, lieber Herr Salomon. Vielleicht ist es da erfreulicher; denn da gibt es ja viel neues Geld. Drei Jahre lang haben Sie jetzt vom Sparen gesprochen; drei Jahre lang hat der Herr Staatssekretär kein Grußwort gehalten, in dem er die Kulturszene nicht auf das Sparen eingeschworen hat. Aber jetzt ist alles ganz anders, jetzt verteilen Sie die zusätzlichen Steuermittel großzügig über das ganze Land. Für die Kultur macht das 60 Millionen € aus.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Stimmenkauf!)

Im Kultursektor können sich wirklich viele über diese großzügigen Erhöhungen freuen.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sie hätten das nicht gemacht! Hätten Sie das gemacht oder nicht?)

– Ich verstehe Sie hier so schlecht, aber Sie können es ja näher sagen.

(Vereinzelt Beifall)

Um einige Beispiele zu nennen: Die 2:1-Förderung bekommen jetzt nicht nur die soziokulturellen Zentren; auch das Kinder- und Jugendtheater JES in Stuttgart kommt künftig in den Genuss einer erhöhten Förderung, auch das Theater im Marienbad in Freiburg – dafür gibt es sogar einen ganz eigenen, neuen Haushaltstitel –, der Jazz bekommt jährlich über 250 000 € mehr, der Tanz erhält eine neue Förderlinie von jährlich 500 000 €, das Theaterhaus in Stuttgart kann sich über jährlich 250 000 € mehr freuen,

(Abg. Martin Rivoir SPD: Tolle Nachrichten! Sind Sie jetzt Regierungssprecherin?)

die Filmförderung bekommt 5 Millionen € mehr, und endlich können sich auch die Theater und Orchester sicher sein, dass die Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst ausgeglichen werden. 18 Millionen € mehr kostet das in jedem Jahr, meine Damen und Herren.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Toll!)

Das ist wie Weihnachten.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Es ist Weihnachten!)

Es ist wirklich wie Weihnachten, und wir freuen uns über jeden zusätzlichen Euro, den die Kulturschaffenden für sich verbuchen können.

Allerdings muss man schon sagen: Die Verteilung scheint uns etwas willkürlich zu sein. Sie bemühen sich zwar, dies alles unter den Leitlinien der Kunstkonzeption einzuordnen; es ist aber doch manchmal etwas verkrampft, und es wird nicht so richtig erkennbar, nach welchen objektiven Kriterien Sie dieses Füllhorn ausgeschüttet haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Die „Stuttgarter Zeitung“ bescheinigte Ihnen am 19. Oktober dieses Jahres, das Profil der grün-roten Kulturpolitik bleibe im Nebel, und kulturpolitisch sei es unter CDU-Führung irgendwie schlüssiger zugegangen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Zuruf von der SPD)

Die Frage, die sich auch die „Stuttgarter Zeitung“ gestellt hat, ist: Was geschieht denn, wenn das Geld wieder knapper wird?

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Tja!)

Wem, Herr Walter, entziehen Sie dann Ihre Gunst?

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

(Sabine Kurtz)

Ein Stiefkind ist schon ganz klar erkennbar, nämlich die Amateurkunst. Die Amateurkunst ist Ihnen nicht besonders wichtig. Der Amateurtheaterverband und die Amateurmusik sind die Einzigsten – wirklich die Einzigsten; ich habe ja gerade ein paar Beispiele und die Summen, die da im Raum stehen, genannt –, die keine konkreten Haushaltserhöhungen verbuchen können.

Wir haben dazu Anträge gestellt, Sie haben sie abgelehnt. Sie haben heute noch einmal die Möglichkeit, das jetzt zu konkretisieren. Sie verweisen auf Sammeltitel. Vielleicht kann die Amateurkunst noch ein paar Brotkrumen bekommen, die aus diesem Sammeltitel abfallen. Sie haben auch irgendwie im Finanzausschuss angekündigt, Sie wollten es konkretisieren, aber bis heute liegt es nicht vor. Die Amateurkunst ist Ihnen also nicht wichtig genug, um klar zuzuordnen, was wie finanziert werden soll.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Angeblich hatten Sie keine Zeit dazu; Sie machen da auch gar keinen Hehl daraus. In einem der Berichterstattervermerke des Ministeriums heißt es:

Aufgrund der Kurzfristigkeit der gefassten Beschlüsse zur Verwendung der zusätzlich bereitgestellten Mittel war eine Einzelveranschlagung nicht mehr möglich.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Die „Stuttgarter Zeitung“ hat schon im Oktober darüber berichtet. Zwei Monate lang war keine Zeit, um der Amateurkunst sauber gewisse Erhöhungen zuzuschreiben. Was ist das für eine Art zu regieren?

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Sammeltitel – das ist klassisch –, das ist Politik nach Gutsherrenart,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

das ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Dass Sie so unverfroren sagen, die Zeit hätte nicht gereicht, um das Parlament ausreichend darüber zu informieren, was Sie mit dem Geld vorhaben, ist mehr als ein handwerklicher Fehler. Das ist beunruhigend für die politische Kultur in diesem Land.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Es bleibt uns, zu hoffen, dass die Amateurkunst, dieses Stiefkind Ihrer Politik, nicht bald wieder bluten muss. Es bleibt überhaupt zu hoffen, dass die Wirtschaft weiterhin floriert und dass somit die Steuereinnahmen weiter fließen, damit die Kulturschaffenden nicht bald sagen müssen: Wie gewonnen, so zerronnen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Frau Abgeordnete, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kern?

Abg. Sabine Kurtz CDU: Er kann doch gleich selbst reden.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kern?

Abg. Sabine Kurtz CDU: Ja, bitte. Wenn Sie Ihre Redezeit sparen wollen, dann gern.

Abg. Manfred Kern GRÜNE: Frau Kollegin, ist Ihnen bekannt, dass am 1. Oktober – –

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Bitte gehen Sie näher heran, und nehmen Sie die Finger weg vom Mikrofon.

Abg. Sabine Kurtz CDU: Sie können gern auch von hier vorn aus Ihre Rede halten, lieber Herr Kollege.

Abg. Manfred Kern GRÜNE: Ich wollte jetzt keine Rede halten, sondern ich wollte Ihnen eine Frage stellen, Frau Kollegin. Es ist nämlich der Sinn einer Zwischenfrage, dass man eine Frage stellt und vielleicht auch eine Antwort bekommt.

Ist Ihnen bekannt, dass am 1. Oktober dieses Jahres das Wissenschafts- und Kunstministerium auf seiner Internetseite eine Liste veröffentlicht hat, aus der hervorgeht, dass 140 000 € für die Amateurtheater und 150 000 € für die Amateurmusik zusätzlich bereitgestellt werden sollen? Ist Ihnen das bekannt?

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Das gehört doch in den Haushalt!)

Abg. Sabine Kurtz CDU: Lieber Herr Kern, ist Ihnen bekannt, dass die CDU-Fraktion genau diese Summen in Form von Änderungsanträgen beantragt und im Finanz- und Wirtschaftsausschuss um Ihre Zustimmung gebeten hat,

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Aha!)

damit das nicht nur in einer Pressemitteilung, sondern haushaltsklar und -wahr im Haushaltsplan steht?

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

Das ist doch genau der Punkt. Das steht in einer Pressemitteilung, aber nicht im Haushaltsplan.

(Abg. Manfred Kern GRÜNE: Es steht sehr wohl im Haushaltsplan!)

– Nein.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ist das ein Dialog oder eine Frage? Ein bisschen mehr Zug in die Sitzungsleitung! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kern, wollen Sie eine weitere Zwischenfrage stellen? Einen Dialog können Sie nachher in der Mittagspause führen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er soll lieber singen, dann begeistert er uns noch mehr!)

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Für die Fraktion GRÜNE darf ich das Wort Frau Abg. Häffner erteilen.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Jetzt kommen Klarheit und Wahrheit!)

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Den Solidarpakt I kann man zusammengefasst als einen Sparpakt bezeichnen. Damit verbunden waren die Senkung der Grundfinanzierung und der Abbau von 1 500 Stellen. Der Solidarpakt II bedeutete das Einfrieren der Grundmittel. Die Hochschulen wurden mit steigenden Energiekosten alleingelassen.

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Können Sie eigentlich nur Vergangenheit?)

Das belief sich auf jährlich 54 Millionen €. Das zum Einstieg in das Thema Solidarpakt, liebe Kollegin.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Wir haben jetzt gar nichts mehr! Sie haben ja nichts geschafft!)

Bevor ich zur Wissenschaft im engeren Sinn komme, möchte ich ein Thema ansprechen, das mir ganz besonders wichtig ist. Im April haben wir im Landeshochschulgesetz die rechtlichen Hürden für ein Studium von Flüchtlingen abgeschafft. Jetzt gehen wir weiter. Das ist ein Signal der Menschlichkeit; denn wir gehen einen Schritt weiter.

Durch einen Änderungsantrag der Regierungsfractionen werden fast 1,7 Millionen € in den Einzelplan 14 aufgenommen, damit das Wissenschaftsministerium ein Stipendienprogramm und eine psychosoziale Begleitung von studienbereiten Flüchtlingen aus dem syrischen Bürgerkriegsgebiet aufbauen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Das ist ein Schritt hin zur Integration. Das ist Willkommenskultur.

(Zuruf der Abg. Sabine Kurtz CDU)

Damit komme ich zum Wissenschaftshaushalt im engeren Sinn. Grün-Rot tut Baden-Württemberg gut. Grün-Rot tut den Menschen überall im Land gut.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Ist das Ihr Ernst?)

Das hat die Fraktionsvorsitzende in ihren Haushaltsreden deutlich gemacht.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Und sie hat recht damit!)

Grün-Rot tut auch Hochschulen, Wissenschaft und Forschung gut. Wir schaffen die Rahmenbedingungen, damit die Hochschulen fit für die Zukunft sind. Wir investieren in die Wissenschaft, in Forscherinnen und Forscher, aber auch in gute Arbeit an den Hochschulen. Wir sagen bei einer Rekordzahl von 350 000 Studierenden nicht: Schotten dicht! Wir sagen vielmehr: Jetzt erst recht! Wir tun etwas, um beste Bedingungen für Lehre und Studium zu gewährleisten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Zentrales Kernstück unserer Hochschulpolitik ist der Hochschulfinanzierungsvertrag „Perspektive 2020“. Wie hätte wohl ein Solidarpakt III eines CDU-geführten Wissenschaftsministeriums ausgesehen?

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Sagen Sie doch mal, wie Ihrer aussieht!)

Ich habe da so meine Vermutungen.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Spekulation!)

Statt mit einem Sonderbauprogramm über die Laufzeit des Vertrags 600 Millionen € zusätzlich in den Hochschulbau zu investieren, wie wir das tun, hätten Sie die Hochschulgebäude weiter auf Verschleiß gefahren.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Wenn es aber im Seminarraum durchs Fenster zieht, wenn der Student im Hörsaal auf dem Fußboden sitzt,

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Wenn überhaupt! Wenn er nicht dicht ist, der Saal!)

wenn die Forscherin auf eine jahrzehntealte Labortechnik zurückgreifen muss, lässt sich schlecht forschen und lernen.

Das wissen wir. Darum gehen wir den Sanierungsstau aktiv an. Hätten Sie das gemacht? Unser Programm heißt: Wir machen die Hochschulen fit für die Zukunft. Dazu gehört, dass wir im Unterschied zu anderen Bundesländern die W-Besoldung deutlich erhöhen und die BAföG-Gelder in die Bildung geben, dass wir die Grundfinanzierung der Hochschulen erhöhen, dass wir den Universitäten einen Ausgleich für die gestiegenen Energiekosten zahlen, dass wir die Qualitätssicherungsmittel und die Ausbauprogrammmittel veredeln und so den Hochschulen bei gewohnter Autonomie mehr Flexibilität geben und dass wir Personalkostensteigerungen ausgleichen und Stellen entfristen. Auch das macht gute Arbeit aus.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Im Gegenzug verpflichten sich die Hochschulen, in der Summe keine Studienplätze abzubauen.

Es wird immer wieder darüber diskutiert, ob nicht zu viele Menschen studieren. Wenn ich mir jedoch anschau, was unsere Hochschulen anbieten, dann sehe ich keinen Bedarf für künstliche Hürden. Ich will als Beleg dafür insbesondere die vorbildlichen und entsprechend stark nachgefragten praxisorientierten Angebote der Dualen Hochschule und der Hochschulen für angewandte Wissenschaften nennen.

Statt eine Konkurrenz – wie wir es heute Morgen gehört haben, als es um die Bildung ging – zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, zwischen dualer Ausbildung und akademischen Fachkräften herbeizureden, geht es doch darum, beide Welten zu verzahnen und die Durchlässigkeit zu erhöhen. Das tun wir.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Ein Bereich, bei dem Baden-Württemberg definitiv noch Nachholbedarf hat, sind die Gesundheitsberufe. Deswegen sind im Haushalt 2 Millionen € pro Jahr zusätzlich für die

(Petra Häffner)

Akademisierung eingestellt, um ausgehend von den Empfehlungen des Wissenschaftsrats zusätzliche Studienplätze in der Pflege und in den Therapieberufen aufzubauen.

Zwischenfazit: Uns geht es darum, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich jede und jeder in hoher Verlässlichkeit bestmöglich bilden und weiterentwickeln kann; denn gut ausgebildete Menschen sind die Zukunftsressource für unser Land. Deswegen wird mit diesem Landeshaushalt Bildung und Wissenschaft höchste Priorität eingeräumt. Das ist richtig so, und das ist gut für Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Sie meinen, das alles seien Maßnahmen, die auch die CDU ergriffen hätte. Wenn das so ist, lade ich Sie herzlich ein, dem Haushaltsentwurf zuzustimmen.

Fit für die Zukunft wird unser Land dadurch, dass wir investieren, und dadurch, dass wir dabei auf die richtigen Themen setzen. So finden wir Antworten auf die großen gesellschaftlichen Herausforderungen und Fragen.

Ich greife zwei dieser Themen heraus: Nachhaltigkeit und Digitalisierung. Zur Digitalisierung hat der Ministerpräsident jüngst eine Regierungserklärung abgegeben. Als Antwort darauf hat Oppositionsführer Wolf das Spaceshuttle der Achtzigerjahre zum Benchmark erhoben und dabei lauter Maßnahmen aufgeführt, die längst auf der Agenda der Landesregierung stehen.

Wir sind dabei längst tätig. Gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium hat das Wissenschaftsministerium unter dem Oberbegriff „Forward IT“ eine Digitalisierungsoffensive gestartet. Auch das gehört zu unseren Programmen, um Baden-Württemberg fit für die Zukunft zu machen.

Innovation wächst und gedeiht besonders da gut, wo Hochschule und Wirtschaft zusammenkommen, wo gemeinsam an konkreten Aufgaben gearbeitet wird. Dies geschieht z. B. im Forschungszentrum Informatik in Karlsruhe, das deutlich gestärkt wird, ebenso im neuen Hahn-Schickard-Institut für Mikroanalyssysteme in Freiburg und auch im Forschungscampus ARENA 2036 an der Universität Stuttgart, wo u. a. mit intelligentem Leichtbau am Automobil der Zukunft gearbeitet wird. Ressourcenschonung durch Simulation und intelligente Steuerung: Hier zeigt sich deutlich, dass Digitalisierung und Nachhaltigkeit enger zusammengehören, als manche hier sich das vorstellen können. Digitalisierung heißt auch, E-Science in Forschung und Lehre zu unterstützen. Ich finde es richtig, dass hier im Haushalt deutliche Schwerpunkte gesetzt werden. Baden-Württemberg muss hier auf der Höhe der Zeit bleiben, um fit für die Zukunft zu sein.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Ich möchte hier auch die Initiative „Vernetzung zur Erschließung von Digitalisierungspotenzialen“ nennen, die auf Antrag unserer Fraktion in den Haushalt aufgenommen worden ist. Hier wird ein Forum geschaffen, um Nachhaltigkeit und Digitalisierung zusammenzubringen. Wir wollen ausloten, welche Potenziale für nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweisen in der Digitalisierung stecken. Ich freue mich auf zahlreiche wissenschaftlich begleitete Initiativen zwischen regionaler Share Economy und globalen Datenströmen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Share Economy!)

Der Haushalt, der heute zur Abstimmung ansteht, zeigt, dass Innovation und Grün gut zusammenpassen.

(Zurufe von der SPD: Rot!)

Grüne Innovation heißt auch, neue Formen der Forschungsförderung zu nutzen. Ich denke hier an die Einrichtung von Reallaboren im Rahmen des Programms „Wissenschaft für Nachhaltigkeit“. Ein konkretes Beispiel: Die Hochschule Reutlingen und die Universität Ulm wollen gemeinsam mit regionalen Textilunternehmen, der Evangelischen Akademie Bad Boll und der Stadt Dietenheim Wege finden, um mit einem Fokus auf Design und gläserne Produktion die Textilwirtschaft zurück in den alten Textilstandort Dietenheim zu bringen und so die Stadt wiederzubeleben.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Entschuldigung! Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abg. Kurtz?

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Ich möchte meine Rede zu Ende halten. Es tut Ihnen gut, einfach zuzuhören. – Danke.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Also nicht.

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Ich will den letzten Gedanken noch einmal aufgreifen: Dieses neue Forschungsformat der Kooperation dieser verschiedenen Bereiche wird bundesweit beachtet.

Einen weiteren Akzent setzen wir mit der Förderung von Alternativen für Tierversuche. Bisher wurde aus diesem Programm z. B. gefördert, dass Leberzellstrukturen für Toxizitätstests entwickelt werden, um so auf Versuche mit Tieren zu verzichten.

Innovation für Nachhaltigkeit findet sich aber ebenso in den Agenturen für Leichtbau und für Elektromobilität, in der Batterie- und der Energiewendeforschung und nicht zuletzt im „Forschungsprogramm Bioökonomie Baden-Württemberg“ des Wissenschaftsministeriums.

Wir setzen hier im Haushalt Akzente für eine Wissenschaft, die die großen gesellschaftlichen Herausforderungen anpackt und so die Grundlagen für eine grüne Ökonomie legt. Das geschieht ganz überwiegend in wettbewerblichen Verfahren, nicht durch Steuerung von oben.

Ich komme zum Schluss: Mit neuen Förderinstrumenten, mit zukunftsfähigen Themen und nicht zuletzt mit einer klaren Priorität für die Wissenschaft machen wir Baden-Württemberg fit für die Zukunft. Machen Sie mit!

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Rivoir.

(Zuruf von der CDU: Au revoir!)

Abg. Martin Rivoir SPD: Frau Präsidentin, meine Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn man es nach Ihrem Beitrag, Frau Kollegin Kurtz, eigentlich nicht mehr glauben wollte: Wissenschaft, Forschung und Kunst, dafür ist Baden-Württemberg ein hervorragender Standort.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Peter Hofelich SPD: Genau!)

Bei der Forschung stehen wir im bundesweiten Vergleich sehr gut da.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Das sind die Erblasten, Herr Kollege!)

Auch auf europäischer Ebene spielen wir hier in der ersten Liga, meine Damen und Herren. Die Ergebnisse, die wir z. B. beim European Research Council erzielt haben, sind hervorragend. Forschungsgelder fließen nach Baden-Württemberg. Wir unterstützen dies durch Gebäude, durch Kofinanzierungen. Und – um Ihren kleinen Zwischenruf gleich zu beantworten –: Ich maße es nicht für die Regierung – wie Sie dies früher immer gemacht haben – an, dass sie diese tollen Forschungsleistungen erbringt. Wir schaffen die guten Randbedingungen, dass die Forscherinnen und Forscher in Baden-Württemberg tolle Ergebnisse erzielen können.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir haben hier – ich nenne es einmal so – einen bunten Blumenstrauch an Hochschuleinrichtungen. Wir haben die Universitäten mit ihrer Spitzenforschung, mit ihrer tollen Ausbildung. Wir haben die Hochschulen für angewandte Wissenschaften, die erstklassige anwendungsorientierte Ausbildung bieten und – was oft vergessen wird – auch ganz tolle, für den Mittelstand wichtige Forschung betreiben. Als weiteres Standbein haben wir die Duale Hochschule. Diese ist schlichtweg das Erfolgsmodell der letzten Jahre.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Die haben Sie erfunden, gell? – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Lothar Späth wundert sich!)

So, wie sie gewachsen ist, wie sie – –

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Sie schmücken sich mit fremden Federn!)

– Nein, Frau Kollegin Kurtz. Ich schmücke mich nicht mit fremden Federn, sondern auch ich war damals schon dabei – Sie nicht –,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ah!)

als wir damals hier im Konsens die Einrichtung der Dualen Hochschule Baden-Württemberg, der früheren Berufsakademien, verabschiedet haben. Deren Einrichtung ist immer auch durch die SPD befürwortet worden.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, große Anstrengungen liegen hinter den Hochschulen, weil sie in den letzten Jahren einen großen Zuwachs an Studierenden verkraften mussten. Sie mussten neue Ausbildungsplätze schaffen, neue Studienplätze schaffen, und sie hatten zwei Solidarpakte zu verkraften, wo-

bei das Wort „Solidarpakt“ in diesem Zusammenhang eigentlich überhaupt nicht zutrifft; denn es waren reine Sparpakete.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es!)

Man hat den Hochschulen fast Unmögliches abverlangt.

Wir haben Anfang dieses Jahrtausends erkannt, dass im Jahr 2012 der doppelte Abiturjahrgang auf die Hochschulen zukommt, dass die Demografie zuschlägt, weil die geburtenstarken Jahrgänge kommen. Es wurde dann das Programm „Hochschule 2012“ aufgelegt, womit 16 000 neue Studienanfängerplätze geschaffen wurden. Dann erfolgte ein Ausbau auf 22 000 Studienanfängerplätze, die jetzt noch im System sind. Allen Unkenrufen zum Trotz werden sie auch im System bleiben. Denn wir sehen zumindest für die nächsten Jahre nicht, dass die Studierendenzahl zurückgehen wird. Es gab noch nie so viele Studierende an unseren Hochschulen, die bestens ausgebildet werden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich möchte an dieser Stelle einmal den Dank an diejenigen in den Mittelpunkt stellen, die an unseren Hochschulen arbeiten, an die Professorinnen und Professoren, den Mittelbau, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung, aber auch die Studierenden, die dort sozusagen Kunden sind, die sich aber auch an diesen Hochschulen einbringen, die bei der Studierendenvertretung mitmachen, die ihre Belange vorbringen und diese Hochschulen mitgestalten. Vielen Dank an all diese an unseren Hochschulen Agierenden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Nun zu dem vorliegenden Haushaltsplan: Man kann nicht alles jetzt hier im Detail bearbeiten. Ich will den Hochschulfinanzierungsvertrag „Perspektive 2020“ zentral herausgreifen. Im Gegensatz zu den sogenannten Solidarpakten, die die alte Regierung gemacht hat, ist dieser Hochschulfinanzierungsvertrag „Perspektive 2020“ ein echter Vertrag, der Zuwachs, mehr Geld für die Hochschulen und – wie es der Name schon sagt – Perspektive beinhaltet. Die Reaktionen aus der Hochschullandschaft waren auch entsprechend. Es wird eine entscheidende Weichenstellung für die Zukunft sein.

Meine Damen und Herren, Baden-Württemberg wird als erstes Bundesland die Grundfinanzierung der Hochschulen, wie es der Wissenschaftsrat empfohlen hat, um 3 % pro Jahr anheben. Das bedeutet, dass die Grundfinanzierung von heute in Höhe von etwa 2,4 Milliarden €

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

bis zum Jahr 2020 auf über 3 Milliarden € ansteigen wird. Ich sage Ihnen eines: Man schaut voller Neid auf die Hochschullandschaft in Baden-Württemberg. Die anderen Länder wären froh, wenn sie nur einen Bruchteil dieser guten Ausstattung, dieser guten Finanzierung in Aussicht hätten.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: So ist es! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Die Erblast, ja!)

Das ist Tatsache, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

(Martin Rivoir)

Es sind noch einige andere Maßnahmen damit verbunden. Ich gehe an dieser Stelle auf das Thema Qualitätssicherungsmittel ein, weil Sie hierzu Kritik geübt haben. Wir haben uns das genau angeschaut und haben einfach festgestellt, dass bei den Qualitätssicherungsmitteln, die die Hochschulen pro Studierenden bekommen haben, zwei Probleme aufgetaucht sind.

Das eine Problem besteht darin, dass an den Hochschulen unbefristete Beschäftigungsverhältnisse im Rahmen der Qualitätssicherungsmittel nur in einer sehr beschränkten Anzahl geschaffen worden sind. Das hing damit zusammen, dass die Studierenden gesagt haben: „Wir wollen uns nur kurz mit Projekten binden, damit auch die uns nachfolgende Generation etwas entscheiden kann.“ Das mag aus der Sicht der Studierenden ein richtiges Argument sein. Aus unserer Sicht, die wir gute Arbeit an die Hochschulen bringen wollen, ist das ein schlechtes Argument. Das ist der eine Punkt, der als Problem aufgetaucht ist.

Der zweite Problempunkt lag einfach darin, dass sich die Studierenden und die Hochschulleitung an der einen oder anderen Hochschule nicht einigen konnten, wie die Qualitätssicherungsmittel ausgegeben werden sollen, sodass wir in diesem Bereich Haushaltsreste von 70 bis 80 Millionen € haben, Haushaltsmittel, die eigentlich dringend an den Hochschulen gebraucht werden, aber in irgendwelchen Rücklagen – bei einer Bank oder im Ministerium – herumliegen, was nicht Sinn der Erfindung ist.

Deswegen haben wir uns nach längerer Diskussion dafür entschieden, einen großen Teil dieser Qualitätssicherungsmittel verlässlich in die Grundfinanzierung der Hochschulen zu überführen und den Studierenden als Ausgleich einen Topf mit 20 Millionen € zu geben. Damit hat er zwar ein geringeres Volumen als der, der bisher durch sie mitbestimmt werden konnte, aber dafür können sie allein über die Mittelverwendung entscheiden. Das heißt, die Studierenden in Baden-Württemberg werden zukünftig in einem vorgegebenen gesetzlichen Rahmen allein entscheiden können, wohin diese Mittel gehen. Bisher mussten sie das Einvernehmen mit der Hochschulleitung herstellen. Ich meine, das ist ein guter, ein vernünftiger Kompromiss, um dem Ziel guter Arbeit an den Hochschulen gerecht zu werden und die studentische Mitbestimmung und die studentische Mitentscheidung an den Hochschulen weiter nach vorn zu bringen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Meine Damen und Herren, ich sprach davon, dass die Grundfinanzierung erhöht wird und Programmmittel, Zweitmittel – QSM – verstetigt, veredelt werden. Dafür erwarten wir dann aber auch eine Gegenleistung der Hochschulen in Baden-Württemberg. Diese Gegenleistung – zum Teil wurde es schon genannt – besteht darin, dass die Anzahl der Studienplätze aufrechterhalten werden muss, aber die große Gegenleistung, die der SPD besonders wichtig ist, ist, dass mit diesen veredelten Mitteln unbefristete Stellen geschaffen werden.

Es kann nicht sein, dass an den Hochschulen von Baden-Württemberg eine sehr große Anzahl von Stellen sachgrundlos befristet sind. Das muss sich ändern. Ich nenne Ihnen mal einige Zahlen – das sind eigentlich unglaubliche Zahlen –: 43 % des gesamten hauptberuflichen Personals an den Hochschulen in Baden-Württemberg haben befristete Arbeitsverträge.

82 % der wissenschaftlichen Mitarbeiter haben befristete Arbeitsverträge.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist so!)

Das mag zum Teil berechtigt sein, weil es Programmmittel sind, die beispielsweise von der DFG kommen. Aber all diejenigen, die sachgrundlos befristet beschäftigt werden, wollen wir in befristete,

(Abg. Claus Schmiedel SPD und Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Unbefristet!)

nein, in unbefristete Arbeitsstellen überführen. – Ich bedanke mich; das ist ein Zeichen, dass Sie mir zuhören, lieber Claus Schmiedel.

Um Ihnen vor Augen zu führen, wie drastisch die Situation an unseren Hochschulen eigentlich ist, nenne ich zwei weitere Zahlen: 97 % der unter 30-Jährigen an unseren Hochschulen haben befristete Arbeitsverträge – 97 %, also praktisch alle. Was für eine Perspektive ist das für die junge Generation? 90 % der 30- bis 40-Jährigen – in dieser Phase gründet man gerade eine Familie und will womöglich ein Haus bauen – haben befristete Arbeitsverträge. Kann man denn mit einem befristeten Arbeitsvertrag bei der Bank einen Kredit bekommen, um ein Haus zu bauen? Eher nicht.

Deswegen wollen wir das ändern. Diese Zustände an unseren Hochschulen, meine Damen und Herren von der Opposition, sind eine weitere Erblast, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an unseren Hochschulen zu tragen haben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Meine Kollegin Heberer wird gleich noch etwas zum Thema Kultur sagen. Deshalb will ich zum Abschluss noch die Bau- und Sanierungsmittel hervorheben, die wir neu in den Haushalt einstellen werden. Wir werden die Sanierungsmittel und die Baumittel für den Hochschulbereich um jährlich 100 Millionen € erhöhen. Es werden also bis zum Jahr 2020 zusätzlich 600 Millionen € in die Hochschulen fließen. Das bedeutet, dass alle baureifen Projekte in diesem Zeithorizont abgearbeitet werden können und alle Sanierungen erfolgen können. Ich denke, auch dies ist ein sehr gutes Signal an die Hochschullandschaft in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Deswegen ist es richtig: Diese Regierung – Grün-Rot – ist gut für Baden-Württemberg und sehr gut für die Hochschullandschaft in unserem Land.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Bullinger das Wort.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn möchte ich meinen geschätzten Kollegen, den wissenschaftspolitischen Sprecher Kai Schmidt-Eisenlohr, der sicherlich aus Interesse zu Hause zuschaut, herzlich grüßen.

(Beifall des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

(Dr. Friedrich Bullinger)

Ich schätze ihn sehr. Vielleicht hat er seinen Sohnmann im Arm und schaut zu, wie wir uns über Hochschule unterhalten.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Es geht auch ohne ihn!)

So viel vorweg. Der Gruß ist wirklich ehrlich und nicht ironisch gemeint, damit das klar ist.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Frau Ministerin, der Kritik der Kollegin Kurtz, was die Klarheit, die Wahrheit und die Transparenz dieses Haushalts angeht, stimme ich voll zu. Denn, meine Damen und Herren, kaum ein Haushalt ist so schwammig in den Büchern festgelegt – das hört sich alles gut an, ist aber unbestimmt – wie dieser Haushalt. Jeder Gemeinderat lernt in der zweiten Sitzung oder spätestens, wenn er den ersten Haushalt macht, dass man auch einen Gemeindehaushalt ein bisschen konkreter machen müsste, als es bei diesem uns vorgelegten Haushalt der Fall ist.

Meine Damen und Herren, seit knapp zwei Jahren bin ich für meine Fraktion der Sprecher für Wissenschaft und Kunst. Schon davor habe ich mich damit beschäftigt – das möchte ich einfach noch einmal klarstellen –, welch tolles Forscherland, welch tolles Erfinder- und Tüftlerland Baden-Württemberg ist. Als früherer Amtschef des Wirtschaftsministeriums, für den die Institute, die Förderung der Forschung, die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft wichtige Themen waren, möchte ich mich nicht nur bei den Hochschullehrern, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, bei den Studenten bedanken, sondern vor allem auch bei der Wirtschaft, die uns über 80 % aller Forschungsmittel zur Verfügung stellt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Das sollte man an dieser Stelle auch erwähnen, wenn man den Landeshaushalt bespricht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr richtig!)

Wir haben hier mit unseren Hochschuleinrichtungen, ob dies die Universitäten, die Hochschulen für angewandte Wissenschaften, die Pädagogischen Hochschulen, die Duale Hochschule, die Kunsthochschulen oder die Musikhochschulen sind, ein wirkliches Juwel. Den Wohlstand, den Reichtum, die Attraktivität Baden-Württembergs – nicht nur aus dem Ausland, sondern auch innerhalb Deutschlands wollen die Menschen zu uns – haben wir dieser exzellenten Hochschullandschaft und diesen Einrichtungen zu verdanken.

Dass dieses Innovationsland so attraktiv ist, zeigt sich nicht erst seit drei Jahren, sondern das ist ein Verdienst jahrzehntelanger Arbeit und Unterstützung der Vorgängerregierungen. Ich nenne nur zwei Namen: von Trotha und Professor Frankenberg. Auch das sollte man an dieser Stelle einmal klarstellen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Eine Forschungslandschaft entsteht nicht in drei, vier Jahren und schon gar nicht durch die Art, wie Sie sie gestalten.

Wie gesagt, wir werden europaweit beneidet, und es gilt, dieses Juwel zu erhalten. Dass wir dort stehen, wo wir stehen, ist nicht erst seit gestern und nicht erst seit vier Jahren der Fall. Auch wenn im Sommer vergangenen Jahres, Frau Ministerin, aufgrund des wirklich verunglückten Vorstoßes bei den Musikhochschulen der Eindruck erweckt wurde, es gäbe nichts außer den Musikhochschulen, möchte ich trotzdem sagen: Die Musikhochschulen sind für das Land Baden-Württemberg sehr wichtig, und es ist richtig, alle Standorte zu erhalten und fortzuentwickeln. Über Letzteres müssen wir noch mit dem einen oder anderen reden.

(Beifall der Abg. Dr. Timm Kern und Andreas Glück FDP/DVP)

Nach der Novellierung des Landeshochschulgesetzes wären sicher einige Korrekturen nötig. Aber wir müssen noch ein bisschen abwarten, was sich in der Praxis bewährt oder nicht bewährt. Vor allem müssen wir – das ist heute noch nicht angesprochen worden – nochmals ins Detail gehen – im kommenden Jahr, glaube ich – und uns über eine stärker praxisorientierte und zukunftsfähige Lehrerbildung unterhalten. Denn auch dort muss man, glaube ich, das Thema Bachelor/Master noch etwas hinterfragen, vor allem im Hinblick darauf, was wir draußen im Schulalltag benötigen.

Bemerkenswert an diesem Haushalt ist, dass das momentan Bedeutendste darin eigentlich gar nicht vorkommt: der neue Solidarpakt für die Hochschulen. Aber keine Sorge: Wir, die Fraktion der FDP/DVP, werden Ihre Bemühungen, Frau Ministerin, natürlich im Großen und Ganzen anerkennen und unterstützen, die aus unserer Sicht berechtigten Forderungen der Hochschulen auch umzusetzen.

Im Wesentlichen handelt es sich um Folgendes:

Erstens geht es um eine regelmäßige Erhöhung der Grundfinanzierung der Hochschulen zwecks Kostensteigerungsausgleichs. Dies ist ein zentrales Anliegen vor allem der Universitäten.

Zweitens geht es um eine Verstärkung der bislang nur befristet gewährten Mittel, insbesondere für den Studienplatzausbau. Dies ist eine zentrale Forderung vor allem der Hochschulen für angewandte Wissenschaften und der Dualen Hochschule mit ihren Standorten. Diese Hochschulen dürfen für ihr Engagement beim Studienplatzausbau nicht bestraft werden.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Mittlerweile hat die Landesregierung angekündigt, diese beiden Hauptforderungen, Frau Ministerin, umzusetzen,

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

und hat hierfür auch die Verteilung der Mittel für die Jahre 2015 bis 2020 angekündigt.

So erfreulich dies ist, gilt es jedoch auch auf das Kleingedruckte zu achten. Denn die Berechnung der Mittel darf nicht diejenigen Hochschulen bestrafen, die sich am engagiertesten am Hochschulausbau beteiligt haben. In der Regel handelt es sich dabei, wie gesagt, um die Hochschulen für angewandte Wissenschaften und Standorte der Dualen Hochschule. Dieses Engagement bei der Einrichtung neuer Studienplätze hat

(Dr. Friedrich Bullinger)

dazu geführt, dass nun teilweise sogar die Hälfte eines Hochschulstats aus Programmmitteln besteht. Wenn nun diese Programmmittel zwar verstetigt, aber nicht dynamisiert werden, dann sind wirklich die Fleißigen die Dummen. Auf meine Nachfrage hierzu hat sich die Ministerin problembewusst gegeben und auch in der Presse Abhilfe angekündigt. Dennoch gilt es darüber zu wachen, dass hier eine für alle Hochschularten faire Lösung gefunden wird.

Widersetzen werden wir uns darüber hinaus der von der Wissenschaftsministerin angekündigten Beschränkung, Herr Kollege, der studentischen Mitsprache auf 20 Millionen € – von ursprünglich 170 Millionen €, die als sogenannte Qualitätssicherungsmittel zur Kompensation für die abgeschafften Studiengebühren an die Hochschulen ausgeschüttet werden. Diese Beschränkung ist nicht nur ein Wortbruch gegenüber den Studierenden; denn Grün-Rot hat ihnen bei der Abschaffung der Studiengebühren zugesagt, die Qualitätssicherungsmittel würden im Einvernehmen mit den Studierenden verausgabt. Das ist Wortbruch, meine Damen und Herren.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sie wollen doch die Studiengebühren wieder haben!)

Nein, es untergräbt auch eine gezielte Verausgabung der Mittel für Zwecke, die dem Studium und den Studierenden unmittelbar nützen.

Die Ministerin gibt an, das sei nötig – gerade eben haben wir es auch wieder gehört –, um Dauerstellen schaffen zu können. Das ist aber keineswegs der Fall. Denn was spräche eigentlich dagegen, Frau Ministerin, Dauerstellen zu schaffen und die Studierendenvertretung einfach zu beteiligen und mitentscheiden zu lassen, wenn z. B. eine Neubesetzung ansteht? Frau Ministerin, ich glaube, Sie haben hier etwas missverstanden: Es geht hier nicht um Spielgeld, damit die Studentenvertreter das Gefühl haben oder bekommen, auch etwas vom Kuchen abzubekommen. Für Spielgeld wären 20 Millionen € auch reichlich zu viel. Es geht hier um Angebote, die die Studienbedingungen verbessern, nämlich Tutorien und Lehrveranstaltungen zur Prüfungsvorbereitung, längere Öffnungszeiten von Bibliotheken, was für die Studentinnen und Studenten eben wichtig ist. Darum ging es, und in dieser Hinsicht sollten sie auch mitbestimmen können. Da sollten sie das, was ihnen versprochen wurde, auch bekommen. Dem werden Sie mit dem, was Sie hier vorhaben, nicht gerecht.

Deshalb kann ich Sie nur dringend auffordern: Nehmen Sie Ihren Wortbruch zurück, und überlassen Sie den Studierenden die volle Mitentscheidung über die Qualitätssicherungsmittel. Lassen Sie sie daran auch teilhaben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Die Förderung von Studierenden wird auch mit einem unserer Anträge bezweckt. Wir wollen das Programm „Junge Innovatoren“ besser ausstatten, damit junge Menschen mit einer meist noch zu Studienzeiten entwickelten Innovation eine Chance auf eine Existenzgründung erhalten. Es gibt eine Vielzahl von Beispielen, wie solche Innovatoren und Tüftler aus den Hochschulen heraus mit Unterstützung durch Existenzgründungsdarlehen oder Bürgschaften oder im Schutze der Hochschule – mit der Möglichkeit, Einrichtungen zu nutzen – oder in Zusammenarbeit mit Unternehmen nachher Er-

folgsstories im unternehmerischen Bereich und im Forschungsbereich erreicht haben. Es ist, glaube ich, ganz wichtig, dass man hier noch etwas stärker Unterstützung bietet. Die erforderlichen Mittel sind vorhanden: in der Bürgschaftsbank, im Existenzgründungsbereich. Man muss das Ganze noch viel stärker verzahnen.

Wer diesen Antrag, den ich gerade erwähnt habe, ablehnt, kann kein Verständnis für die Potenziale haben, die an der Schnittstelle von Hochschule und Wirtschaft liegen. Unsere Wirtschaft braucht solche schnellen Umsetzungen von Forschungsergebnissen, wenn wir weiterhin in der Champions League mitspielen wollen.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Insgesamt lässt sich der Etat des Wissenschaftsministeriums für die Jahre 2015 und 2016 als ein gewisser Schönwetterhaushalt beschreiben. Er mag dank der derzeit hohen Steuereinnahmen und der gefüllten Kriegskasse für den Wahlkampf – manche sagen auch „Stimmenkauf“ dazu, der im Gange sei; das sage ich natürlich auch in Richtung Kultusminister mit Blick auf vorhin – möglich sein, auf längere Sicht sind die Weichen jedoch nicht in der Weise gestellt, dass die Hochschulen auch in schwierigen Zeiten über eine auskömmliche Finanzierung verfügen. Die Fraktion der FDP/DVP hat deshalb erneut einen Antrag auf Erarbeitung eines Studien- und Hochschulfinanzierungskonzepts eingebracht. Dieser Antrag enthält folgende zentrale Elemente:

Erstens soll eine nachfrageorientierte Hochschulfinanzierung mit Studiengutscheinen erfolgen, mit deren Hilfe gemäß dem Prinzip „Geld folgt Student“ die staatlichen Mittelzuweisungen von der Zahl der jeweils eingeschriebenen Studierenden abhängig gemacht werden. Das müsste dann mit dem zukünftigen Solidarpakt im Jahr 2020 an den Start gehen. Den jetzigen Solidarpakt gilt es selbstverständlich erst einmal zu erfüllen.

Zweitens soll ein System nachlaufender Studiengebühren installiert werden, die erst ab einer festgelegten Einkommensgrenze fällig werden, der jeweiligen Hochschule zugutekommen und nur für Verbesserungen im Bereich von Studium und Lehre verwendet werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Das wäre, meine Damen und Herren Sozialdemokraten, praktizierte soziale Gerechtigkeit.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Durch das Prinzip „Geld folgt Student“ hätten alle Hochschulen gleichermaßen ein großes Interesse an der Aufnahme von Studierenden. Die Hochschulen träten gewissermaßen in einen Wettbewerb um die Studierenden ein, der ihnen letztlich dann auch zugutekäme. In Zusammenhang damit wäre auch eine Beteiligung der Studierenden an den Kosten ihrer Ausbildung vorzusehen. Studiengebühren dürfen nach Auffassung der Fraktion der FDP/DVP die Studierenden jedoch nicht während der Studienzeit belasten und dürfen deshalb erst ab einer bestimmten Einkommensgrenze nach dem Studium fällig werden.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

(Dr. Friedrich Bullinger)

Niemand soll – das ist klar – schließlich aufgrund fehlender Mittel von der Aufnahme eines Studiums abgehalten werden.

(Beifall der Abg. Dr. Timm Kern und Andreas Glück
FDP/DVP – Zuruf des Staatssekretärs Jürgen Walter)

– Das war nicht anders; man hat es halt nicht verstanden.

Es wäre eine weitsichtige Entscheidung, wenn das Plenum – –

(Zuruf des Staatssekretärs Jürgen Walter)

– Du kannst ja nachher rauskommen und reden.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Es wäre eine weitsichtige Entscheidung, wenn das Plenum des Landtags heute den Grundstein für ein zukunftsfähiges Hochschulfinanzierungssystem legen würde. Dem Finanz- und Wirtschaftsausschuss fehlte dazu der Mut, den ich Ihnen in diesem Gremium allerdings zutraue.

Die Steuermehreinnahmen im Land ermöglichen auch eine Erhöhung des Volumens des Kunsthaushalts, Herr Staatssekretär, für die Jahre 2015 und 2016. Die Fraktion der FDP/DVP begrüßt, dass die Landesregierung mit diesem zusätzlichen Geld nicht nur die Tarifsteigerungen in den staatseigenen Kultureinrichtungen ausgleicht. Wir hatten dies auch in den vergangenen Haushaltsberatungen immer angemahnt, damit die freien Kulturinstitutionen und ihre Verbände sowie über Programme die freien Kunstschaffenden ebenfalls Berücksichtigung finden.

Kritikwürdig ist jedoch, dass sich die genauere Aufteilung – ich habe das im Ausschuss auch deutlich gesagt – der zusätzlichen Mittel nicht im Haushaltsplanentwurf nachvollziehen lässt. Das ist genau das, was Kollegin Kurtz bereits angemahnt hat.

Im Sinne der Transparenz haben wir außerdem beantragt, den Innovationsfonds Kunst zu evaluieren. Zwar hat die Landesregierung wie von uns vorgeschlagen eine unabhängige Jury eingesetzt; allerdings entscheidet diese nur über einen Teil der ursprünglich für den Fonds aufgewendeten 5 Millionen €.

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal klarstellen, dass mir dieses Thema „Kunst und Kultur“ für dieses innovative Zukunftsland Baden-Württemberg besonders wichtig ist. Deshalb brauchen wir Klarheit, wofür das Geld ausgegeben wird. Wir befinden uns mit diesem Haushalt gantzätzig in einem vollen Doppelnebel.

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass im Kunsthaushalt zwar das Wort „Innovation“ gebraucht wird, aber innovative Ansätze kaum erkennbar sind. Ansätze zu einer regionalen Kulturentwicklung mit dezentraler Verantwortung sucht man beispielsweise vergeblich. Dabei wäre gerade dies eine Möglichkeit, die reichhaltigen und vielfältigen Kulturangebote in der Fläche, im flächenstarken ländlichen Raum, zu fördern. Das würde sich zweifellos für das ganze Land lohnen.

Wir werden einzelnen Kapiteln dieses Haushalts zustimmen, können jedoch aufgrund der vorgenannten Mängel, der Intransparenz und der Unklarheit dem Einzelplan 14 nicht im Ganzen zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Bauer das Wort.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt Dinge, die sich seit der Verabschiedung des letzten Doppelhaushalts nicht verändert haben. Dazu zählt, dass Baden-Württemberg die innovativste Region Deutschlands und auch eine der innovativsten Regionen Europas ist. Wir investieren 5,1 % unseres Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung, und wir sind da in der internationalen Spitze ganz vorn dabei.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Schon immer!)

– In der Tat, aber wir haben den Anteil noch einmal gesteigert, konkret auf 5,1 %.

(Zuruf der Abg. Sabine Kurtz CDU)

Unsere Hochschulen spielen in der Ivy League Deutschlands. Unsere Kultureinrichtungen holen regelmäßig bundesweite Preise. Vor einem Monat ging z. B. zweimal DER FAUST nach Baden-Württemberg, einmal an das Nationaltheater Mannheim für das beste Kinder- und Jugendtheater – „Schnawwl“ – und einmal an das Badische Staatstheater Karlsruhe für die beste Balletttänzerin des Jahres.

Heute gilt wie vor zwei Jahren: Den großen Herausforderungen unserer Zeit können wir nur begegnen durch starke Innovationskraft, durch neue Erkenntnisse, durch kritische Reflexion, durch die Bereitschaft, konkret Probleme zu lösen, um neue Produkte, neue Technologien zu entwickeln. Dafür brauchen wir Wissenschaft und Kultur. Sie schaffen die wichtigsten Voraussetzungen für unsere Innovationskraft.

Diese Grundsätze bleiben richtig. Ich bin stolz, dass wir in Baden-Württemberg die Orte haben, an denen genau an diesen Herausforderungen gearbeitet und darüber nachgedacht wird.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Aber die Herausforderungen bleiben natürlich nicht einfach die gleichen. Die Herausforderungen selbst entwickeln sich permanent neu und verändern sich. Nehmen wir als ein Beispiel die große Zahl von Flüchtlingen, die derzeit in unser Land kommen. Ich bin überzeugt davon: Auch in diesem Bereich können und müssen Wissenschaft und Kultur einen wichtigen Beitrag leisten, ganz konkret z. B., indem wir Studierenden, die als Flüchtlinge zu uns kommen, die Chance geben, in Deutschland ihr Studium fortzusetzen.

Deswegen bin ich außerordentlich stolz darauf, dass wir sehr schnell tätig geworden sind und im Doppelhaushalt 1,65 Millionen € jährlich zur Verfügung stellen, um ein Unterstützungsprogramm für Flüchtlinge, ein Begleitprogramm, aber auch ein Stipendienprogramm aufzulegen, um diesen Menschen hier eine Perspektive auf ein Studium im Land zu geben.

Baden-Württemberg übernimmt damit sehr konkret Verantwortung und ist – neben dem Deutschen Akademischen Auslandsdienst – das einzige Land, das auf diesem Weg Flüchtlingen hier im Land eine Perspektive eröffnet.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

(Ministerin Theresia Bauer)

Aber selbst neben dieser konkreten Unterstützung geht es um viel mehr; es geht auch um grundsätzliche Haltungen. Es geht um Weltoffenheit und um Willkommenskultur. Es geht um Neugierde statt um Abschottung. Das alles sind Attribute, die unserer Gesellschaft gut zu Gesicht stehen und die von Wissenschaft und Kultur maßgeblich mitgeprägt werden.

Dass es diese Orte in unserer Gesellschaft gibt, diese Freiräume von Wissenschaft und Kunst, ist alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Diese Orte müssen geschaffen und müssen geschützt werden. Genau das ist eine Aufgabe der Politik, und dafür trete ich immer wieder ein.

In diesem Zeichen stehen auch der Einzelplan 14 und der Doppelhaushalt 2015/2016. Er bietet den Wissenschafts- und Kultureinrichtungen Verlässlichkeit, und er schafft Freiräume für die Wissenschafts- und Kultureinrichtungen, die Nachwuchstalente sowie die exzellenten und kreativen Köpfe in unserem Land.

Allen voran tun wir dies mit dem Hochschulfinanzierungsvertrag „Perspektive 2020“, für dessen Abschluss mit dem Doppelhaushalt die Ermächtigung erteilt wird. Baden-Württemberg ist damit das erste Land, das die Forderung des Wissenschaftsrats aus dem letzten Jahr umsetzt, den Grundfinanzierungshaushalt verlässlich um 3 % jährlich steigen zu lassen. Dadurch werden bis 2020 in Baden-Württemberg insgesamt 2,2 Milliarden € zusätzlich in die Grundfinanzierung fließen – 600 Millionen € davon zusätzlich für Baumaßnahmen. In diesem Betrag sind 1,7 Milliarden € zusätzliches, frisches Geld, das nicht durch die Veredelung von Zweitmitteln in Grundfinanzierungsmittel gewonnen wird, enthalten – 1,7 Milliarden € frisches Geld.

Lassen Sie mich die Gelegenheit nutzen, noch einmal zurückzublicken, warum und inwiefern wir mit dem neuen Hochschulfinanzierungsvertrag, der sich in der abschließenden Abstimmung befindet, einen solchen Schnitt machen, und zwar nicht nur bei der Namensnennung selbst, sondern in der Grundphilosophie dieses Vertrags.

Lassen Sie uns auf die letzten 18 Jahre zurückblicken: Solidarpakt I zehn Jahre, Solidarpakt II acht Jahre. In diesen 18 Jahren sind in Baden-Württemberg die Studierendenzahlen um knapp 70 % gestiegen – knapp 70 % mehr Studierende heute als vor 18 Jahren. In diesen 18 Jahren sehen wir bei der Grundfinanzierung im Wesentlichen Stillstand. In der Grundfinanzierung hat sich nichts nach vorn bewegt außer der Abbildung der Tarifsteigerungen beim Personal; ansonsten wurde kein Fortschritt erzielt.

Lassen Sie mich nur eine einzige andere Zahl für das Problem, das in 18 Jahren entstanden ist, nennen. Schauen wir uns die Zahl der Personen an, die im nicht wissenschaftlichen Bereich tätig sind. Im Jahr 1997 waren das 11 784 Personen. 18 Jahre später, bei 70 % mehr Studierenden, liegt die Zahl der Personen, die im nicht wissenschaftlichen Bereich tätig sind, bei 11 772. Das heißt, der Personalbestand im nicht wissenschaftlichen Bereich ist in diesen 18 Jahren um null Prozent gewachsen, und dies bei 70 % mehr Studierenden, die an den Hochschulen sind. Das ist die Problematik, über die wir heute reden und der wir mit unserem Hochschulfinanzierungsvertrag korrigierend begegnen wollen. Das ist eine Herausforderung

von enormer Größe, weil Sie 18 Jahre lang die Zeichen der Zeit im Hochschulbereich verschlafen haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Sie haben 18 Jahre lang mit Provisorien, mit Übergangslösungen, mit befristeten Maßnahmen gearbeitet, und Sie haben die Illusion genährt, dass es bei den Veränderungen im Hochschulbereich um temporäre Erscheinungen gehe, die man in irgendeiner Weise überbrücken könne – so wie Kohl in den Achtzigerjahren, als ich studiert habe und die Studierendenzahlen zum ersten Mal enorm in die Höhe gingen. Kohl hat damals das Problem ausgesessen und hat den Studentenberg „untertunnelt“. Bei uns wurde er in den letzten 18 Jahren durch Provisorien und kurzfristige Maßnahmen „überbrückt“. Dies werden wir mit dem Hochschulfinanzierungsvertrag korrigieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Mit dieser Herangehensweise stärken wir die Hochschulautonomie weiterhin, wie wir es bereits mit dem neuen Landeshochschulgesetz getan haben. Wir geben mit dem neuen Vertrag Verantwortung für die sinnvolle Verwendung von Geldern zurück in die Hochschule und in ihre eigene Gestaltungshoheit. Ich bin überzeugt davon, dass dieser Hochschulfinanzierungsvertrag unsere Hochschullandschaft im Wettbewerb um die besten Nachwuchskräfte national wie international enorm stärken wird.

Deswegen lassen Sie mich noch Folgendes sagen: Wir haben auch aus diesem Grund die Begrifflichkeit geändert, denn die Solidarpakte waren Konstrukte, die das Wort Solidarität doch enorm strapaziert haben. Wir erkennen mit dem neuen Hochschulfinanzierungsvertrag die großen Leistungen unserer Hochschulen an, die sie in den letzten Jahren erbracht haben, mit Programm- und Zweitmitteln jeglicher Art die Herausforderung der wachsenden Studierendenzahlen gut zu schultern.

Schwarz-Gelb hat sich – das muss man noch einmal sagen – geweigert zu erkennen, dass es hierbei um langfristige Trends geht. Schwarz-Gelb hat die Illusion genährt, es ginge um ein paar Jahrgänge, die man irgendwie überbrücken und aushalten müsse. Wir werden mit der langfristigen und der grundsätzlichen Korrektur dieser Konstrukte den Hochschulen nun endlich die nötigen Freiräume zurückgeben.

Lassen Sie mich die Gelegenheit nutzen, auf ein paar Einwände der Abg. Kurtz und des Abg. Bullinger einzugehen.

Frau Kurtz kritisiert, dass der Hochschulfinanzierungsvertrag immer noch nicht unterschrieben sei, und fragt, was denn mit dem Fahrplan passiert sei. Ich meine, dass ich nie etwas anderes gesagt habe, als dass wir den Vertrag in zeitlicher Nähe nach Verabschiedung des Doppelhaushalts unterzeichnen werden. Wir können auch gar nichts anderes tun, weil wir dem Haushaltssouverän, der über einen Haushalt beschließt, das erste Wort geben müssen. Nur auf der Grundlage des Haushaltsbeschlusses, der nächste Woche erfolgt, können wir die Details festlegen, die über einen Zeitraum von sechs Jahren reichen. Wir hätten keinen Vertrag mit den Hochschulen unterzeichnen können, ohne vorher im Parlament die Ermächtigung für die Unterzeichnung eines solchen Vertrags zu erhalten.

(Ministerin Theresia Bauer)

Was hätten Sie denn gesagt, wenn wir den Vertrag letzte Woche schon unterschrieben hätten, Sie aber erst nächste Woche über den Haushaltsplan entscheiden dürfen? Deswegen war unsere Ansage nie anders. Zuerst wird über den Haushalt entschieden. In dem Haushalt steht die Ermächtigung mit den entsprechenden Eckpunkten. In großer zeitlicher Nähe wird dann der Vertrag unterzeichnet. Verlassen Sie sich darauf, dass wir diesen Zeitplan einhalten werden. Die Hochschulen im Land werden zu Beginn des neuen Jahres wissen, woran sie sind. Sie werden nicht in eine Lücke fallen.

Frau Abg. Kurtz hat weiter kritisiert, ich würde dem Parlament nicht Rede und Antwort stehen, ich würde nichts sagen und immer nur nach außen reden. Darüber habe ich mich gewundert, Frau Abgeordnete.

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Wir hatten vorletzte Woche im Zusammenhang mit den Beratungen über den Einzelplan 14 im Finanzausschuss extra die Gelegenheit geschaffen, das Thema Hochschulfinanzierungsvertrag zu besprechen, der rein technisch im Staatshaushaltsgesetz angesiedelt ist. Wir haben uns also die Mühe gemacht, diesen Punkt extra zu den Beratungen des Einzelplans 14 zu legen. Frau Abgeordnete, ich kann mich noch gut erinnern, dass es, als dieser Punkt aufgerufen wurde, zu diesem Thema keine einzige Nachfrage gab – nicht von Ihnen, nicht von Herrn Abg. Bullinger und auch von sonst niemandem.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Unglaublich! –
Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Da hätte die Möglichkeit bestanden. Ich hätte zu jeder Frage zu diesem Thema Rede und Antwort gestanden. Wir haben die Möglichkeit dazu eröffnet. Es gab jedoch zu diesem Thema keine Fragen. Daher wundere ich mich ein wenig darüber, von Ihnen heute diese Rückmeldung zu erhalten.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Frau Ministerin, es liegt eine Zwischenfrage der Abg. Kurtz vor.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Gut. Besser spät als nie.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Abg. Sabine Kurtz CDU: Frau Ministerin, erinnern Sie sich daran, dass ich Sie bei der letzten Regierungsbefragung am 12. November 2014 danach gefragt habe, wie der Reformprozess hinsichtlich der Musikhochschulen aussieht? Sie haben damals geantwortet, wir würden doch wohl nicht annehmen, Sie würden hier im Haus Ihre Rede vorwegnehmen, die Sie am „Montag kommender Woche“ – das war der 17. November – bei der letzten Veranstaltung der Zukunftskonferenz Musikhochschulen halten würden. Wir könnten gern zu dieser Veranstaltung kommen. Sie erinnern sich vielleicht daran, dass Sie noch mit dem Einladungsflyer gewedelt haben. Sie würden dann alles bei der Abschlussveranstaltung sagen.

Erinnern Sie sich außerdem daran, dass der Finanzausschussvorsitzende nicht wusste, dass Sie zum Staatshaushaltsgesetz sprechen wollten, dass man den betreffenden Punkt von einer späteren Sitzung im Rahmen der Haushaltsberatungen in die-

jenige Sitzung vorgezogen hatte, in der der Etat des Wissenschaftsministeriums beraten wurde, und der Punkt in dieser Form gar nicht auf der Tagesordnung stand? Ich habe dies nur einem Interview der „Stuttgarter Zeitung“ entnommen. Dort haben Sie angekündigt, Sie wollten uns informieren. Ich muss deshalb nachfragen, weil mir dies über die Zeitung kommuniziert wurde. Diese Vorgehensweise war mir noch nicht bekannt. Erinnern Sie sich an diese Zusammenhänge, Frau Ministerin?

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Frau Abg. Kurtz, die Zusammenhänge waren anders. Im Finanzausschuss wurde der Punkt aufgerufen. Es ist darauf hingewiesen worden, dass der Punkt Hochschulfinanzierungsvertrag am Anfang der Beratungen des Einzelplans 14 behandelt wird. Der Punkt ist mit aufgerufen worden. Es ist gefragt worden, ob dazu Gesprächsbedarf bestehe. Es kam keine Reaktion. Dann ist man in die normalen Beratungen eingestiegen.

Sie waren im Raum anwesend. Ich habe mich sehr darüber gewundert,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Dass sie anwesend war?)

dass zu diesem Vertrag keine Fragen kamen. Ich kann nur feststellen, dass das Thema aufgerufen wurde, dass es keine Reaktion gegeben hat und man daraufhin in die weiteren Beratungen eingestiegen ist.

Auch über das Thema Musikhochschulen, liebe Frau Abg. Kurtz, haben wir hier häufig geredet. Ich glaube, es gibt nur einzelne andere Hochschularten, über die im Parlament so oft gesprochen wurde. Auch im Vorfeld zu dem Abschluss-symposium habe ich Ihnen die Grundlinien erläutert, soweit sie zu diesem Zeitpunkt kommunizierbar waren. In der Tat werde ich nicht Dinge vorher im Parlament bereden, die ich in Kürze mit den Hochschulen zu besprechen und auszuverhandeln habe. Alles jenseits davon ist in den Grundzügen und -linien hier mehrfach berichtet worden. Ich glaube wirklich, es gibt wenige andere Punkte, die wir hier mit einer solchen Häufigkeit und Intensität besprochen haben. Dabei sind die ganzen Anhörungen, die die Fraktionen dazu veranstaltet haben, gar nicht mitgezählt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Da war ja Frau Kurtz gar nicht! – Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Lassen Sie mich noch einmal auf die Grundlinien dessen zurückkommen, was wir im Haushalt selbst jenseits des Hochschulfinanzierungsvertrags vorlegen. Mir ist besonders wichtig, noch einmal herauszuarbeiten, dass es uns um Verlässlichkeit für die Hochschulen insgesamt und auch um mehr Verlässlichkeit für die einzelnen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler geht.

Mit dem Vertrag erhalten die Hochschulen die Möglichkeit, künftig aus der Grundfinanzierung mehr Stellen zu schaffen, diese langfristig zu sichern und sie eben nicht nur von Jahr zu Jahr zu besetzen. Dieses Ziel erreichen wir wesentlich durch den Hochschulfinanzierungsvertrag, aber nicht nur durch dieses Instrument.

(Ministerin Theresia Bauer)

Wir schaffen z. B. im Zusammenhang mit dem Staatshaushaltsgesetz die Möglichkeit eines echten Tenure-Tracks ohne Stellenvorbehalt. Wir schaffen also für die jungen Wissenschaftler eine Möglichkeit, falls sie sich qualitativ bewähren, ohne weiteren Hochschulwechsel im Hochschulsystem zu verbleiben und auf eine Lebenszeitprofessur zu wechseln. Das ist ein enormer Fortschritt, der insbesondere für die Gewinnung der jungen Talente von großer Wichtigkeit ist.

Nicht zuletzt verbessern wir auch mit der neuen W-Besoldung – Sie erinnern sich an unsere Entscheidung von gestern – die Karriereperspektiven in Deutschland. Wir geben mit der Reform der W-Besoldung etwa 10 Millionen € jährlich zusätzlich in die Besoldung der Professorinnen und Professoren. Rechtzeitig mit der Weihnachtspost werden sie die gute Botschaft zu dem Thema erhalten. Sie werden die Gewissheit haben, dass sie diese Zahlung rückwirkend zum 1. Januar 2013 erhalten.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wir bringen den Professorinnen und Professoren unsere Wertschätzung entgegen. Unsere Hochschulen bleiben attraktiv für die Besten, sodass wir zuversichtlich sind, dass wir auch in Zukunft in unserem Land Nobelpreisträger wie in diesem Jahr Professor Hell hervorbringen. Dieser hat an der Universität Heidelberg studiert und leitet derzeit eine Abteilung am DKFZ. Er bleibt uns hoffentlich im Land noch lange erhalten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Lassen Sie mich unter dem Stichwort Verlässlichkeit auch auf das Thema Konsolidierung eingehen. Verlässlichkeit gegenüber unseren Wissenschafts- und Kultureinrichtungen können wir nur dann herstellen, wenn wir verantwortlich mit unseren Ressourcen umgehen und verantwortlich haushalten.

Wir wissen alle: Die Schuldenbremse ist der Rahmen, an den wir uns halten. Deswegen hat das Wissenschaftsministerium zugesichert, seinen Anteil zur Einhaltung der Schuldenbremse in vollem Umfang zu leisten und die Orientierungspläne, die die Landesregierung verabredet hat, in vollem Umfang zu erfüllen. So werden wir im Jahr 2015 mit 22,3 Millionen € und im Jahr 2016 mit 35,8 Millionen € zur Konsolidierung beitragen. Ein großer Anteil dieser Beiträge ist heute schon konkretisiert.

Weitere Konkretisierungen von Einsparauflagen hat die grünrote Landesregierung im Bereich des Wissenschaftsressorts seit 2012 gemacht. Bis einschließlich zum Jahr 2016 haben wir konkrete Ansatzkürzungen im Umfang von 84 Millionen € vorgenommen. Das ist ein wichtiger Beitrag zu Haushaltsklarheit und -wahrheit, was Sie hier in der Debatte eben auch kritisiert haben.

Ich kann mich noch gut daran erinnern, dass ich als Oppositionsabgeordnete meinem Vorgänger im Amt, Herrn Professor Frankenberg, vorgeworfen habe, dass es früher allgemeine Einsparauflagen und globale Minderausgaben im Umfang von 100 Millionen € gab. Ich sage Ihnen: Bis heute haben wir 84 Millionen € davon konkretisiert und ausgewiesen. Jetzt können Sie sagen, man müsse immer noch mehr konkretisieren. Das mag sein. Ich möchte einfach darauf verweisen, dass wir einen enormen Schritt nach vorn gegangen sind, um uns festzulegen und mehr Ehrlichkeit und Klarheit in die real vor-

handenen Spielräume für unsere Einrichtungen und Hochschulen zu bringen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Neben dem Konsolidieren geht es uns aber immer auch um das Investieren. Wir dürfen die wesentlichen Zukunftsfelder nicht aus den Augen verlieren. Wir müssen mehr in die Themen und die Bereiche, in denen unsere Zukunft entsteht, investieren. Allen voran geht es um die ökologische Modernisierung, bei der es gilt, Ressourcen zu schonen, erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe besser zu nutzen.

Wir investieren 50 Millionen € in die Elektromobilität. In ein Forschungsprogramm Bioökonomie werden wir 9 Millionen € fließen lassen. Entscheidend ist dabei, dass Wissenschaft nicht im luftleeren Raum stattfindet, sondern in die Gesellschaft gebracht wird – in Kooperation mit der Wirtschaft, mit den Kommunen, mit der Bürgergesellschaft. Deswegen fördern wir auch ein neues Format, das wir Reallabore nennen, die im Schwerpunkt „Wissenschaft für Nachhaltigkeit“ auf die Kooperation zwischen Wissenschaft und Kommunen sowie Regionen und der Zivilgesellschaft setzen. Dafür werden wir aus unseren Mitteln in den nächsten Jahren 8 Millionen € zur Verfügung stellen.

Ebenso sind unsere Wissenschafts- und Kultureinrichtungen zentrale Akteure im Bereich der Digitalisierung. Digitalisierung, die unsere Gesellschaft in allen Lebensbereichen umwälzt und verändert, stellt auch unsere Wissenschafts- und Kultureinrichtungen vor enorme Herausforderungen, führt zu neuen Möglichkeiten der Wissensvermittlung, verbessert den Zugang zu Informationen, verändert Forschungsmethoden und benötigt neue und mehr Forschungsinfrastruktur.

Seit 2010 haben wir insgesamt 70 Millionen € für die High-Performance-Computing-Strategie des Landes veranschlagt. Für 2015 und 2016 sind weitere knapp 10 Millionen € vorgesehen. Der Bund beteiligt sich darüber hinaus in gleicher Höhe. Stuttgart ist im Übrigen einer von bundesweit drei Standorten für Höchstleistungsrechnen.

(Vereinzelt Beifall)

Für das weitere Feld von E-Science gibt es in den kommenden Jahren zusätzlich 3 Millionen €.

Besonders spannend wird es dann, wenn die Themen „Ökologische Modernisierung“ und Digitalisierung zusammengebracht werden. Lassen Sie mich ein paar Beispiele aufführen: Wir haben den Forschungscampus ARENA 2036 an der Universität Stuttgart. Wir haben damit ein Beispiel, bei dem das Thema Ressourcenschonung durch Leichtbau digital erforscht wird. Universität und Land nehmen hierfür gemeinsam 30 Millionen € in die Hand.

Ein zweites Flaggschiff in diesem Bereich ist das erst kürzlich gestartete Energy Lab am Karlsruher Institut für Technologie. Hier werden ebenfalls digitale Speichertechnologien, Vernetzung von Erzeugern und Verbrauchern, Energieinformations- und Steuerungsnetze erforscht. Das Land finanziert dieses Projekt als Vorreiterprojekt über die institutionelle Förderung des KIT hinaus mit zusätzlich 3 Millionen €. Zusätzliches Mittel stellt der Bund zur Verfügung.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Gut investiertes Geld!)

(Ministerin Theresia Bauer)

Energiewende und Digitalisierung werden konkret an den Hochschulen unseres Landes gestaltet und vorangebracht. Wissenschaft bewegt sich immer im internationalen Kontext. Deswegen legen wir großen Wert darauf, dass sich unser Land im internationalen Kontext erfolgreich aufstellt und als eine der innovativsten Regionen Europas weitere Erfolge hervorbringt.

Ich hoffe, Sie haben heute beim Blick in die Zeitung gesehen: Erst gestern ist bekannt gegeben worden, dass das Forschungskonsortium InnoLife im EU-Wettbewerb „Gesundes Leben und Aktives Altern“ des Europäischen Instituts für Innovation und Technologie erfolgreich war. Wir werden die deutsche Koordination dieses europäischen Projekts u. a. in Heidelberg und Mannheim vornehmen. Ermöglicht worden ist der Start dieses neuen Konsortiums, mit dem über 2 Milliarden € bewegt werden, auch durch eine strategische Unterstützung in der Anfangsphase durch die Landesregierung. Nach dem bereits erfolgreichen Konsortium InnoEnergy in Karlsruhe haben wir hiermit das zweite europäische Wissens- und Kommunikationskonsortium der EU im Land Baden-Württemberg angesiedelt.

Verlässlichkeit und Freiräume sind nicht nur das Stichwort für unsere Hochschulpolitik. Sie gelten genauso für die Kulturpolitik. Deswegen wird der Kunsthaushalt um 23 Millionen € im Jahr 2015 und um 31 Millionen € im Jahr 2016 gesteigert – damit seit 2011 um 81,8 Millionen €. Das ist im Durchschnitt eine jährliche Steigerung um 4 % für den Kunst- und Kulturbereich. Herr Staatssekretär Walter wird in seinen Ausführungen dazu gleich Näheres erläutern und die Leitgedanken präzisieren.

Dazu gehören auch die Musikhochschulen, über die wir ja oft diskutiert haben. Sie werden aufgrund der neueren Debatten in den nächsten Jahren an dem dreiprozentigen Aufwuchs partizipieren und können ihn in die Weiterentwicklung und Veränderung der Musikhochschullandschaft investieren.

Wir haben einen bundesweit einmaligen Fachdialog veranstaltet. Ich weiß, es war eine große Mühe für die Beteiligten. Er wurde aber auch bundesweit beachtet. Wir haben festgelegt, dass wir für die Veränderungen, die wir dabei beschlossen haben, insgesamt 28 Millionen € bis 2020 in die Hand nehmen werden, um die notwendige Profilbildung unserer Musikhochschulen voranzubringen. 1 Million € wird das Land dabei bei entsprechender Gegenleistung der Hochschulen selbst in die Erhöhung des Budgets für Lehrbeauftragte und Mittelbau investieren. Weitere 4 Millionen € werden in eine kleine Exzellenzinitiative Musikhochschulen fließen, die eben trotz ihrer Kleinteiligkeit Zentren von internationaler Sichtbarkeit ausprägen sollen. Auch hier verbinden wir verlässliche Perspektiven in der Breite mit gezielter Investition in Spitzenqualität.

So unterschiedlich Wissenschaft und Kultur erscheinen mögen, so ähnlich sind sie sich in ihren Bedürfnissen: Sie brauchen Verlässlichkeit, sie brauchen Freiräume. Beides zusammen bringt erst ihre Potenziale zur vollen Entfaltung. Für beides setzt sich die Landesregierung sehr gern und, wie ich finde, sehr erfolgreich ein. Ich freue mich über die Unterstützung dieses Hauses für diese Politik.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Wünscht die CDU-Fraktion das Wort? –

(Abg. Walter Heiler SPD: Nö, die haben nichts mehr zu sagen!)

Dann erteile ich das Wort Herrn Abg. Kern.

Abg. Manfred Kern GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich werde versuchen, die scheußlichen Gebilde der Nacht, die die Kollegin Kurtz an die Wände des Plenarsaals gemalt hat, nach Kräften zu verwischen, auf dass er wieder in altem Glanz erstrahlen möge.

Kunst und Kultur bilden die Grundlage unseres gesellschaftlichen Lebens. Das hat die grün-rote Landesregierung längst erkannt. Deshalb haben wir den Kulturhaushalt in diesem Jahr um 7 % erhöht. 7 %, das sind 54 Millionen € mehr als im letzten Jahr. Und: Nein, das sind keine Wahlkampfgeschenke. Diese Ausgaben sind verstetigt und in der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt. So etwas nennt man Nachhaltigkeit. Dafür steht die grün-rote Landesregierung.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Ich möchte hier jetzt nicht alle Erhöhungen im Einzelnen aufzählen. Doch lassen Sie mich einige Schwerpunkte herausgreifen: Ein Teil der Mittel fließt in den Tarifausgleich. Das ist wichtig, weil wir damit unseren Beitrag für gute Arbeitsbedingungen in den Kultureinrichtungen leisten.

Der Hauptteil der Investitionen fließt aber in Projekte, und zwar in solche, die die Vorgängerregierung jahrelang vernachlässigt oder verschlafen hat oder bei denen sie drastisch gekürzt hat. Ich freue mich, an dieser Stelle ein paar neue kulturpolitische Akzente hervorheben zu können: Kulturelle Bildung ist uns eine Herzensangelegenheit. Deshalb investieren wir in Kinder- und Jugendtheater. Das sind Orte, an denen junge Menschen von Anfang an nicht nur viel über Kunst und Sprache lernen, sondern selbst mitmachen dürfen.

Auch die Privattheater werden von der neuen Förderung profitieren. Unter der früheren Landesregierung galt für sie das Closed-Shop-Prinzip: Neu entstandene Theater, die sehr gute Arbeit machten und auch ansonsten alle Fördervoraussetzungen erfüllten, blieben draußen und mussten sich mit Projekten von Saison zu Saison hangeln.

Dieser Zustand hat jetzt ein Ende: Kleinere Theater, wie z. B. das „Tempus fugit“ in Lörrach oder das „theater am puls“ in Schwetzingen, profitieren von unserer neuen Kulturpolitik. Das gilt ebenso für die Amateurtheater, Frau Kurtz, die eine enorm wichtige Rolle in unserer von ehrenamtlichem Engagement getragenen Kulturlandschaft spielen und nun 140 000 € pro Jahr mehr bekommen, was nachzulesen ist.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: In der Presse! – Gegenruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Nein, im Haushalt!)

Dieses wirkt.

Nun komme ich zu einem weiteren wichtigen Punkt unserer Kulturpolitik, vor allem außerhalb der Ballungszentren. Ehrenamtliche Akteure in der Fläche, im ländlichen Raum sind

(Manfred Kern)

unerlässlich für eine lebendige Kulturlandschaft. Das gilt auch für die Amateurmusik, für die ab dem kommenden Jahr jährlich 150 000 € mehr zur Verfügung stehen. Die Amateurmusik hatte in der Vergangenheit immer wieder unter Kürzungen zu leiden.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Vor allem im letzten Haushalt!)

Dabei ist es doch gerade das gemeinsame Musizieren in Musikvereinen und Amateurorchestern – –

(Zuruf der Abg. Sabine Kurtz CDU)

– Nein, das war in Ihrer Regierungszeit. Sie waren noch gar nicht hier, als die größten Kürzungen vorgenommen wurden, Frau Kurtz.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Sie sind schon drei Jahre dran!)

– Nein, die dicken Kürzungen waren Ende der Neunzigerjahre. Das wissen Sie auch. Tun Sie nicht so.

Dabei ist es doch gerade das gemeinsame Musizieren in Musikvereinen und Amateurorchestern, das gemeinsame Singen im Gesangverein und in Vokalensembles – mit teilweise sehr ansehnlichem Niveau –, was Jung und Alt, Einheimische und Migranten, Behinderte und Nichtbehinderte über alle sozialen, Sprach- und Generationengrenzen hinweg zusammenbringt. Baden-Württemberg ist ein Musikland, auch und gerade im ländlichen Raum.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Ein weiteres Beispiel hierfür ist die erstmals im kommenden Doppelhaushalt unterlegte institutionelle Förderung des Internationalen Wettbewerbs für Kammerchöre in Mosbach; dies erlaubt die Weiterentwicklung des einzigen Wettbewerbs dieser Art in Baden-Württemberg. Auch damit zeigen wir unsere Wertschätzung gegenüber dem großartigen ehrenamtlichen Engagement im ländlichen Raum.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Sie haben vorhin von Informationsverweigerung gesprochen, Frau Kurtz. Dies gilt jedoch für beide Seiten. Die einen weigern sich möglicherweise, Informationen in der Form herauszugeben, wie man es sich wünscht, aber die anderen weigern sich, das zu lesen, was überall zu lesen ist.

(Zurufe der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch und Sabine Kurtz CDU)

Das gleicht sich mindestens aus.

Neu in die Landesförderung aufgenommen haben wir auch die Tanzszene, die nun endlich in die Lage versetzt wird, ein Tanzbüro in Stuttgart einzurichten, das als Anlauf- und Beratungsstelle, insbesondere für die freien Ensembles, dienen soll, ebenso aber Vernetzungsstelle ist zwischen freien, kommunalen und staatlichen Ensembles.

Wir investieren in diesem Bereich aber auch auf anderer Ebene in die Ausbildung exzellenter Nachwuchstänzer, die mit dem Neubau der John Cranko Schule eine erstklassige Ausbildungsstätte erhalten.

Da wir schon beim Thema Neubauten sind, möchte ich an dieser Stelle nicht unerwähnt lassen, dass das Badische Staatstheater in Karlsruhe nun ein neues Schauspielhaus erhalten wird, ein Gebäude, das gegenüber dem jetzigen wesentlich bessere Arbeitsbedingungen für die Mitarbeitenden bieten wird.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Kurtz?

Abg. Manfred Kern GRÜNE: Sehr gern. Ich freue mich.

(Abg. Walter Heiler SPD: Manfred, jetzt komm!)

Abg. Sabine Kurtz CDU: Herr Kollege, stimmen Sie mir darin zu, dass es ein Unterschied ist, ob eine Zusage in einer Pressemitteilung steht oder ob sie im Haushaltsplan steht?

Abg. Manfred Kern GRÜNE: Da würde ich Ihnen zustimmen. Aber das von der Amateurmusik und den Amateurtheatern steht im Haushaltsplan. Man muss ihn nur lesen können.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Jahrzehntelange Erfahrung! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage der Frau Abg. Kurtz?

Abg. Manfred Kern GRÜNE: Selbstverständlich.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gern! – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Das ist doch keine Fragestunde!)

Abg. Sabine Kurtz CDU: Stimmen Sie mir zu, dass die Erhöhung, die Sie per Pressemitteilung in die Welt gesetzt haben, sich für den Amateurtheaterverband und die Amateurmusik nicht entsprechend in erhöhten Ansätzen im Haushaltsplandesign wiederfindet?

Abg. Manfred Kern GRÜNE: Nein, da widerspreche ich Ihnen. Ich habe das zwar nicht gemacht, aber ich kann Ihnen trotzdem widersprechen.

(Abg. Johannes Stober SPD: Sie haben überhaupt nicht aufgepasst bei den Haushaltsberatungen, Frau Kurtz!)

Da gibt es eine Titelgruppe, unter der diese Erhöhungen zu finden sind; diese ist mit einer Überschrift wie „Sonstige“ versehen. Da stehen die Dinge drin, und das wurde auch erläutert.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wie viele Millionen sind in Titelgruppe „Sonstige“? – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage der Frau Abg. Kurtz?

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Wir sind doch nicht in der Fragestunde! Was soll er noch alles erklären?)

Abg. Manfred Kern GRÜNE: Selbstverständlich, gern.

Abg. Sabine Kurtz CDU: Dann sind wir uns offenbar in Folgendem einig: Die Erhöhungen, die Sie für die beiden genannten Titelgruppen avisiert haben, finden sich nicht explizit in diesen Titelgruppen, sondern sie finden sich, wie Sie sagten, unter „Sonstiges“ in sogenannten Sammeltiteln und sind damit nicht ordentlich und sauber zugeordnet.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Hauptsache, das Geld fließt! Das ist doch den Theatern egal, wo das Geld steht!)

Vielmehr müssen Sie dies dann erst im Laufe des Haushaltsvollzugs stattfinden lassen; Sie können es aber auch lassen – weil diese gegenseitig deckungsfähig sind. Stimmen Sie mir darin zu?

Abg. Manfred Kern GRÜNE: Ich glaube jetzt nicht, dass jemand dies lassen will, der zuvor groß verkündet hatte, dies tun zu wollen. Davon gehe ich nicht aus.

Das Zweite ist: Das sind ja verschiedene Verfahren. Wir haben das Ministerium, wir haben den Ausschuss, und dann haben wir aber auch noch die Finanzexperten. Das ist alles zusammenzubringen. Manche Punkte lassen sich in ihrer Gesamtheit eben erst spät darstellen. Da gibt es einzelne Theater, von denen man vorher noch nicht wusste, welche Kriterien erfüllt sind.

Ich denke, man sollte sich bei diesen Dingen ausreichend Zeit lassen. Diese Zeit gebe ich unserem Ministerium gern, und dies ist ja auch rechtzeitig gemacht worden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Glocke der Präsidentin)

– Ich würde jetzt gern weitermachen.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Das ist wirklich keine Fragestunde!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Abgeordneter, Kollege Stober hat eine Zwischenfrage.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Ach so!)

Abg. Manfred Kern GRÜNE: Entschuldigung.

Abg. Johannes Stober SPD: Können Sie bestätigen, dass es einen Sammeltitel gibt, in dem diese Mittel hinterlegt sind, dass es hierzu die Zusage des Ministeriums gab, diese Ansätze in Einzelprojekten zu quantifizieren, und dass unter diesem Sammeltitel all die Mittel veranschlagt sind, von denen Frau Kurtz gesprochen hat?

(Vereinzelt Beifall – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Man müsste mit Frau Kurtz eine Einzelsitzung machen!)

Abg. Manfred Kern GRÜNE: Ja, das ist richtig; das ist in diesem dicken Buch, das wir alle bekommen haben, nachzulesen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Da steht, glaube ich, „Haushalt“ drüber.

Bewährt hat sich seit seiner Einführung durch Grün-Rot längst auch der Innovationsfonds Kunst. Zahlreiche nachhaltige Projekte in den Bereichen Innovation, Kulturelle Bildung und Interkultur konnten inzwischen angestoßen werden. Folgerichtig wurde der Fonds nun auch um die Sparten „Kultur im ländlichen Raum“ und „Kulturprojekte mit Flüchtlingen“ erweitert.

In den kommenden Monaten und Jahren wird die Zahl der Flüchtlinge in Baden-Württemberg weiter zunehmen. Die Auseinandersetzung mit ihren kulturellen und biografischen Hintergründen ist Teil der neuen Projekte und Kooperationen. Letztere ermöglichen den Dialog, dienen als Brücke zwischen den Kulturen. Auch das ist Teil unserer Politik; Kultur ist längst nicht mehr nur für Eliten da. Von Anfang an haben wir uns aufgemacht, die Kultur in die Mitte der Gesellschaft zu bringen. Da gehört sie hin, und zwar langfristig.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Mit all diesen Investitionen, die natürlich auch der Exzellenz, den kulturellen Leuchttürmen in den Großstädten zugutekommen, zeigen wir: Baden-Württemberg wird zu Recht als Kulturland bezeichnet. Hier ist etwas in Bewegung. Kunst und Kultur haben Raum, sich zu entfalten. Dieses Land pulsiert, dank des kreativen Potenzials seiner Mitbürgerinnen und Mitbürger.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Genau dieses Potenzial wollen wir mit den Millionen an Mehrinvestitionen fördern. Wir pumpen frisches Blut in den Puls der Gesellschaft.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe von der CDU – Vereinzelt Heiterkeit)

Wir investieren in Vielfalt. Davon wird unsere Gesellschaft insgesamt profitieren – auch Sie, Frau Kurtz. Deshalb ist jeder Cent, der in den Kulturbereich fließt, gut investiertes Geld.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Guter Mann! Sehr gute Rede! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das nächste Mal bitten wir um Gesang! Dann wird es noch besser!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Heberer.

Abg. Helen Heberer SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß, Sie haben Hunger. Aber auch unser Land hat Hunger, und zwar nach Kunst und Kultur. Deshalb befassen wir uns jetzt noch eine Weile mit diesem Thema.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf von der SPD: Sehr gut! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Gibt es eine weitere Blutübertragung?)

(Helen Heberer)

Meine Damen und Herren, Jean-Paul Sartre hat es schon gesagt: „Kunst gibt es nur für und durch den anderen.“ Deshalb ist es richtig, dass die Kunst Menschen zueinander führt und sie verbindet, unabhängig davon, welche Sprache diese Menschen sprechen und woher sie kommen. Kunst ist deshalb Bildung, und Kunst schafft Bildung.

Deshalb haben wir die in unserem Koalitionsvertrag vereinbarten Ziele konsequent weiterverfolgt. Neben einer soliden Zukunftssicherung für unsere etablierten Kultureinrichtungen haben wir neue Schwerpunkte gesetzt, nämlich beispielsweise die Förderung innovativer Kunstformen und die Förderung der kulturellen Bildung sowie der interkulturellen und der soziokulturellen Arbeit.

Die Vielfalt unserer Kunst- und Kulturangebote zu erhalten und weiter auszubauen ist unsere Aufgabe. Dies ist zugleich eine unumgängliche Herausforderung angesichts der kreativen Potenziale, die Baden-Württemberg hat. Deshalb freue ich mich, dass es uns im vorliegenden Haushaltsentwurf für den Kunstbereich gelungen ist, die Mittel so spürbar zu erhöhen, dass man angesichts der Kulturetats anderer Länder von einem großen Wurf sprechen kann, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Der Kulturetat wächst – es wurde schon gesagt – im neuen Doppelhaushalt um rund 7 % – 7 %!

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wow!)

Das ist klug und vorausschauend. Denn Investitionen in die Kultur sind Investitionen in die Kreativität, in die Weiterentwicklung unseres Landes und damit auch in dessen Zukunft.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Um die Anforderungen der heutigen Zeit erfüllen zu können, benötigen eine Reihe unserer etablierten Kultureinrichtungen eine kräftige Finanzspritze. Das wissen wir, und deshalb handeln wir. Der Neubau der John Cranko Schule, der Erweiterungsbau der Württembergischen Landesbibliothek oder die Sanierung des Badischen Staatstheaters sind angesprochen worden; dies sind drei Beispiele für Großprojekte, die auch große Unterstützung durch das Land erfordern – und hier handeln wir.

Weitere Großprojekte stehen an und werden derzeit bereits vorbereitet. Denn wenn wir über Kultur in Baden-Württemberg reden, dann denken wir zunächst an die zahlreichen Institutionen, die sich auf nationalem und internationalem Parkett in den Spitzenrängen bewegen und auf die wir zu Recht stolz sein können.

Kultur in Baden-Württemberg umfasst aber noch weit mehr. Es gibt eine unglaubliche Bandbreite und Qualität; wir haben hier im Land das deutschlandweit dichteste Netz an Einrichtungen und Initiativen. Dieses kulturelle Netz muss für die Zukunft tragfähig bleiben. Das bedeutet: solide Förderung der vielfältigen künstlerischen Angebote im ganzen Land sowie breite – breite! – Partizipationsmöglichkeiten für alle Bürgerinnen und Bürger.

Das Investitionspaket Kultur fördert deshalb Einrichtungen, die in der Vergangenheit nicht oder nur in geringem Maß Zu-

schüsse erhielten und sehr dringend Unterstützung benötigen. Wir stärken mit diesem Paket genau dieses breite Angebot in der Stadt und in der Fläche dieses Landes mit der Erhöhung der Projektförderung für freie und private Theater, Freilichtspiele, Musik- und Theaterfestivals sowie Kleintheater. Wir fördern die Weiterentwicklung des Tanzes und natürlich das Musikland Baden-Württemberg mit seinen Chören, seinen vielfältigen Amateurmusikbereichen, den Ensembles des klassischen und des zeitgenössischen Musikbereichs und bauen die Jazzförderung aus. Nicht zuletzt können sich jetzt auch unsere Musikhochschulen mit einer finanziellen Verbesserung nach einem bisher nie dagewesenen Diskussionsprozess weiterentwickeln.

Kulturelle Bildung und Interkultur werden gestärkt. Dies bedeutet beispielsweise, dass die Kinder- und Jugendtheater mehr Geld bekommen und dass finanzielle Mittel für die Umsetzung der Arbeitsergebnisse des Fachbeirats Kulturelle Bildung bereitgestellt werden.

Lassen Sie mich noch etwas zur kulturellen Bildung sagen, weil es ein Thema ist, das mir selbst sehr am Herzen liegt. Die Förderung der musisch-kulturellen Erziehung an den Schulen ist ein zunehmend wichtiger werdender Faktor in der Bildungspolitik. Kulturelle Bildung wird in den Unterrichtsfächern, in Arbeitsgemeinschaften und in Kooperationen mit außerschulischen Partnern vermittelt. Deshalb freue ich mich, dass sich Baden-Württemberg als eines von fünf Bundesländern an dem Programm „Kulturagenten für kreative Schulen“ beteiligt und damit die Kooperationen von Schule und außerschulischen Kultureinrichtungen fördert.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Die Kulturagenten bekommen nämlich im neuen Doppelhaushalt zusätzliche Mittel, damit Kinder in und außerhalb der Schule in Kontakt mit Kunst und Kultur kommen können. Denn das, meine Damen und Herren, ist ein guter Einstieg. Kinder und Jugendliche benötigen nämlich oftmals eine sehr individuelle Ansprache.

Theater, Tanz, Musik oder bildende Kunst eröffnen Kindern und Jugendlichen nicht nur sehr kreative eigene Perspektiven. Vielmehr ist inzwischen längst auch ein Zusammenhang mit der Verbesserung des Spracherwerbs und kognitivem Lernen bekannt, und das sollten wir nutzen. Vor allem in einem späteren Berufsleben fordern Unternehmen Schlüsselqualifikationen, und diese können nirgends so erfolgreich und effektiv erworben werden wie im Bereich der kulturellen Bildung. Deshalb benötigen wir ein intaktes Netzwerk von Schulen, Künstlern und Kultureinrichtungen mit passgenauen Angeboten. Dabei leistet das Programm „Kulturagenten für kreative Schulen“ einen sehr wichtigen Beitrag.

Für unseren künstlerischen Nachwuchs ist es wichtig, dass Baden-Württemberg ein attraktiver Ausbildungsstandort ist und bleibt. Deshalb umfasst das Investitionspaket Kultur Erhöhungen beispielsweise für die Filmakademie, die Popakademie, die Kunststiftung oder einen neuen Studiengang Kulturpädagogik.

Des Weiteren wird die Grundfinanzierung der Kunst- und Musikhochschulen – das hatte ich bereits erwähnt – adäquat zu den übrigen Hochschulen des Landes um 3 % jährlich angehoben.

(Helen Heberer)

Nun noch etwas sehr Wichtiges: Der Ausgleich von Tarifsteigerungen bei staatlichen Kultureinrichtungen und Staatsopern wird auf Landesbühnen, Kommunaltheater und Orchester ausgeweitet. Das Land stellt als strukturelle – also dauerhafte – Erhöhung hierfür durchschnittlich 18 Millionen € pro Jahr zur Verfügung, und diese Erhöhung hat eine überlebenskräftige Wirkung in diesen Häusern. Wir handeln, meine Damen und Herren, und das ist gut so. In diesem Bereich passt es genau.

Dieser Haushaltsentwurf zeigt auf, dass wir willens und in der Lage sind, die Kunst und Kultur unseres Landes zu stabilisieren und weiterzuentwickeln. In Kunst und Kultur stecken die Kräfte, die unsere Gemeinschaft stärken und zusammenhalten. In Kunst und Kultur finden wir die kreativen Schlüssel für Neues, für Weiterentwicklung und für gesellschaftlichen Fortschritt. Dafür sei den Kulturschaffenden des Landes herzlich gedankt.

Meine Damen und Herren, angesichts eines solches Pakets und solcher Möglichkeiten herrscht in mir Aufbruchstimmung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatssekretär Walter das Wort.

(Abg. Winfried Mack CDU: Mein Gott, Walter! – Zuruf: Ein Hoch auf den Kulturstaatssekretär!)

Staatssekretär Jürgen Walter: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wissenschaft, Forschung und Kunst sind die Innovationsmotoren unserer Gesellschaft. Kunst und Kultur sind unverzichtbar, um den gesellschaftlichen Wandel zu reflektieren und zu gestalten. Kunst und Kultur helfen uns, uns darüber bewusst zu werden, woher wir kommen, wo wir stehen und wie wir zukünftig leben wollen; insbesondere in Zeiten rasanter gesellschaftlicher Veränderungen sind Kunst und Kultur daher unverzichtbar.

Meine Damen und Herren, Kultur – das sehen Sie an meinen ersten Sätzen – ist aber mehr als Unterhaltung und Vergnügen. Kultur ist eine Auseinandersetzung mit der Gesellschaft, eine Auseinandersetzung des Individuums mit sich selbst, und Kultur ist eine Reise in die Sehnsucht. Ästhetische Erlebnisse sind oft einschneidende Erlebnisse im Leben eines Menschen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Sie verändern die Menschen im Positiven. Deshalb wollen wir möglichst viele Menschen in unserer Gesellschaft an ästhetischen Erlebnissen teilhaben lassen.

Um das zu erreichen, verfolgen wir zwei Ziele. Erstens: Wir wollen das Bestehende sichern und Neues ermöglichen. Gerade an Letzterem hat es in den letzten zehn oder 15 Jahren vor unserem Regierungsantritt sehr gefehlt.

(Zuruf des Abg. Werner Raab CDU)

Deshalb haben wir als eine der ersten Maßnahmen einen Innovationsfonds eingeführt. Dieser Innovationsfonds erfreut sich bis zum heutigen Tag einer riesigen Nachfrage.

In diesem Zusammenhang möchte ich die Aussagen des Kollegen Bullinger klarstellen – allerdings zum letzten Mal, denn ich hoffe, dass es mittlerweile jeder versteht. Es gab 2012 einen Sammeltitel „Innovationsfonds“, der 5 Millionen € umfasste, Kollege Bullinger. 3 Millionen € waren immer direkt für den Innovationsfonds vorgesehen. Das ist das Geld, das von einer unabhängigen Jury vergeben wird. Die beiden anderen Millionen waren von Beginn an für die 2:1-Förderung der Soziokultur und andere Maßnahmen vorgesehen.

Zweitens: Was die Evaluation anbelangt, die Sie gefordert haben, so ist diese, ohne dass wir sie in Auftrag gegeben hätten, bereits erfolgt, und der Innovationsfonds hat in einem europäischen Vergleich sehr gut abgeschnitten. Das zeigt, dass wir hier auf dem richtigen Weg sind.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Erst dieser Tage hat eine Jury aus zahlreichen Anträgen ungefähr 20 Projekte für Kulturarbeit mit Flüchtlingen ausgewählt, die über das Land verteilt durchgeführt werden und die wir über den Innovationsfonds finanzieren. Auch das zeigt, wie sinnvoll das Geld aus dem Innovationsfonds eingesetzt wird.

Jetzt sagen Sie, Herr Kollege Bullinger, man solle das Geld dezentral verteilen. Zunächst einmal ist es so, dass die Regierungspräsidien einen Teil der Mittel im Kulturhaushalt verteilen; das erfolgt dezentral. Durch das neue LEADER-Programm, das Herr Minister Bonde aufgelegt hat, ist es erstmals möglich, dass die Kultur im Rahmen des LEADER-Programms richtig zum Zuge kommt. Sie werden im Januar, wenn die Ergebnisse verkündet werden, sehen, wie segensreich diese Umstellung ist.

Ein Letztes noch in diesem Zusammenhang: Wir haben erreicht, dass Mittel der Bundeskulturstiftung zur Unterstützung von Kunstprojekten im ländlichen Raum auch nach Baden-Württemberg fließen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Nebenbei bemerkt, meine Damen und Herren, besteht ein weiteres Ziel des Innovationsfonds darin, dass Projekte, die zunächst gefördert werden und sich als sehr zukunftsfruchtig erweisen, in die institutionelle Förderung übernommen werden.

Als zwei aktuelle Beispiele nenne ich das PODIUM Festival Esslingen und das INTERIM-Projekt auf der Schwäbischen Alb, das letztes Mal auf dem ehemaligen Militärgelände Münsingen durchgeführt wurde.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Meine Damen und Herren, wenn die Kultur Zukunft gestalten soll, braucht sie finanzielle Spielräume. Wir haben unmittelbar nach unserer Regierungsübernahme angefangen, diese zu schaffen. Schon 2012 gab es 8 Millionen € frisches Geld für die Kultur.

Im neuen Doppelhaushalt geben wir annähernd 60 Millionen € für Kultur aus. Es versteht sich – darauf hat Herr Kollege Kern schon hingewiesen –: Dieses Geld ist in der mittelfristigen Finanzplanung festgeschrieben. Das heißt, die Planungssicherheit, die unsere Kultureinrichtungen brauchen, ist gewährleistet.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

(Staatssekretär Jürgen Walter)

Meine Damen und Herren, Sie wissen, wir haben uns vorgenommen, einerseits den Haushalt zu sanieren und andererseits zu investieren. Wenn von 100 Millionen € des Investitionsprogramms 12 Millionen € in die Kultur fließen – auf die Kultur entfiel bisher nur 1 % des Haushaltsvolumens –, erkennt man sofort, welch hohen Stellenwert Kunst und Kultur für diese Landesregierung haben. In den nächsten Jahren werden wir sehen, wie positiv sich die Kultur – bei der Soziokultur haben wir es durch die 2:1-Förderung schon gesehen – entwickeln wird.

Darüber hinaus: Die Übernahme der Tarifsteigerungen ist kein unwichtiges Zubrot, im Gegenteil. Wer sich auskennt, weiß: Oft machen die Personalkosten einer Kultureinrichtung bis zu 80 % der Ausgaben aus. Das heißt, wenn wir die Tarifsteigerungen übernehmen, ist das mehr als eine Brosame. Vielmehr fließt dieses Geld zukünftig auch in Kunst und Kultur, weil es nicht mehr durch die Personalkosten aufgesogen wird.

Deswegen: Auch hier übernehmen wir eine Vorreiterrolle, weil nicht nur die staatlichen, sondern auch die kommunalen Einrichtungen damit die Tarifsteigerungen übernehmen.

In der Summe, die ich genannt habe, sind die ca. 28 Millionen € für die Musikhochschulen noch nicht enthalten. Frau Kurtz, Sie äußern sich über den Diskussionsprozess, den wir da gestartet haben, immer etwas herablassend.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das stimmt! Herablassend!)

Wenn Sie sich erinnern: Rektor Meister aus Mannheim hat beim letzten Symposium in Stuttgart gesagt: „Es war wahrscheinlich ein weltweit einmaliger Diskussionsprozess.“ Das muss man einfach einmal anerkennend zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Jetzt komme ich zu den einzelnen Maßnahmen, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wir wollen das Musikland Baden-Württemberg stärken, u. a. auch Bereiche, die bisher sträflich vernachlässigt wurden, insbesondere die Neue Musik und den Jazz. Wir fördern junge Orchester, wir fördern natürlich auch die Amateurmusik. Kollege Kern und Kollegin Heberer haben schon darauf hingewiesen: Auch die Chöre und Festivals in Baden-Württemberg werden besser bedacht. Über 1 Million € mehr pro Jahr fließen in diesen Bereich.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Claus Schmiedel SPD – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Kurtz?

Staatssekretär Jürgen Walter: Wenn es bei einer bleibt, ja.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Abg. Sabine Kurtz CDU: Das kommt auf die Antwort an. – Herr Staatssekretär, die Frau Ministerin hat vorhin gesagt, sie könne mit den Hochschulen keinen Vertrag abschließen, bevor nicht vom Parlament Geld bewilligt worden sei.

(Zuruf von der SPD: Korrekt!)

Wie läuft denn dann dieser Prozess bei den Musikhochschulen? Die 28 Millionen €, die Sie zusagen, finden sich ja auch nicht im Haushaltsplan; die bewilligt das Parlament nicht explizit. Wo finden sich diese Mittel? Ich habe das vorhin schon einmal gefragt. Weil Sie eben die Musikhochschulen angesprochen haben, noch einmal die Frage: Wo finden sich diese Mittel im Haushaltsplan?

Staatssekretär Jürgen Walter: Auf diese Frage hat Ihnen die Ministerin schon die Antwort gegeben. Es ist unser Plan, dieses Geld auszugeben. Wir haben ja auch für andere Bereiche bestimmte Summen vorgesehen. Sobald mit dem Haushalt die Gesamtsumme bewilligt worden ist, gehen wir in die Einzelberatungen mit den Musikhochschulen. Die Ministerin hat diese Summe aber bereits beim Symposium in Stuttgart genannt. Sie werden sie im Haushalt wiederfinden;

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Im Nachtrag?)

darauf können Sie sich verlassen.

Ein weiterer Schwerpunkt, meine Damen und Herren, sind kulturelle Bildung und Interkultur. Wir wollen, dass alle Teile der Gesellschaft an Kunst und Kultur teilhaben können. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass 25 bis 30 % der Menschen in unserer Gesellschaft einen Migrationshintergrund haben. Das ist eine große Herausforderung für all unsere Kultureinrichtungen. Wir wollen – deswegen stecken wir da auch viel Geld hinein – die integrative Kraft von Kunst und Kultur nutzen.

Ganz wichtig, meine Damen und Herren, ist uns die Stärkung der Kinder- und Jugendtheater. Das JES in Stuttgart und das „Theater im Marienbad“ in Freiburg, das jetzt auch einen eigenen Haushaltstitel bekommt, leisten als einzige eigenständige Kinder- und Jugendtheater hervorragende Arbeit. Dies gilt aber auch für die Einrichtungen an den bestehenden Kulturinstitutionen wie beispielsweise das „Schnawwl“ in Mannheim. Ich erwähne es deswegen ausdrücklich, weil es dieses Jahr in Hamburg den Theaterpreis DER FAUST für die beste Produktion des Jahres bekommen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Gute Stadt! – Abg. Helen Heberer SPD: Bravo!)

Kunst muss erlebbar sein. Es darf nicht ein Privileg der Menschen in den Ballungsräumen und den großen Städten sein, dass Kultur erlebt wird. Deswegen lautet das Credo dieser Landesregierung: Wir müssen auch die Kultur im ländlichen Raum stärken. Ich habe vorhin schon ein paar Beispiele genannt.

(Zuruf der Abg. Sabine Kurtz CDU)

Wir haben auch, meine Damen und Herren, Leuchttürme außerhalb der Ballungsräume. Ich möchte nur an die Donaueschinger Musiktage – ein weltweit einmaliges Ereignis – erinnern. Wir haben zahlreiche Festivals im ländlichen Raum, beispielsweise auch – kurz vor der Haustür des Kollegen Bullinger – die Freilichtspiele in Schwäbisch Hall, die hervorragende Arbeit leisten.

(Zurufe)

(Staatssekretär Jürgen Walter)

Wichtig war uns – weil sie im ländlichen Raum eine wichtige Rolle spielen – die Erhöhung der Förderung für Kleintheater. Wir haben zudem das „Tempus fugit“ – es hat bisher über 80 % seines Haushalts aus Projektfördermitteln bestritten – mit diesem Doppelhaushalt erstmals in die institutionelle Förderung aufgenommen. Wir haben das „Theater Lindenhof“, das Regionaltheater in Baden-Württemberg, gestärkt.

Auch ganz wichtig: Wir haben in den letzten Jahren dafür gesorgt, dass die Arthaus-Kinos nicht nur in den Metropolen, sondern auch außerhalb der Ballungszentren digitalisiert werden können. Ein entsprechendes Programm wurde extra von uns aufgelegt. Das hilft diesen Kinos, zu überleben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Damit komme ich zum Stichwort „Filmstandort Baden-Württemberg“. Wir haben es in den letzten Jahren geschafft, dass hier nicht nur hervorragend ausgebildet, sondern zunehmend auch hervorragend produziert wird. Um diesen Standard zu erhalten, haben wir der Filmakademie in Ludwigsburg zugesagt, dass ihre Reinvestitionsprogramme weitergeführt werden können, dass sie die entsprechenden Mittel erhält, um immer an der neuesten Infrastruktur ausbilden zu können.

Auch die Hochschule der Medien und die Hochschule in Offenburg werden entsprechend gefördert, wenn in den Hochschulfinanzierungsvereinbarungen die einzelnen Kategorien bedacht werden.

Wie gut die Ausbildung in Baden-Württemberg ist, sah man bei einem ganz wichtigen Festival in Berlin – es fand vor einigen Wochen statt –, bei der Verleihung der FIRST STEPS Awards: Von sieben Kategorien hat die Filmakademie in Ludwigsburg in diesem Herbst fünf gewonnen. Meine Damen und Herren, das zeigt, wo wir stehen. Diesen Stand müssen wir erhalten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Claus Schmiedel SPD: Jawohl!)

Wir erhöhen die Filmförderung. Insbesondere wollen wir den Animationsbereich stärken. Dieser ist mittlerweile zu einem Wirtschaftsfaktor geworden. Baden-Württemberg ist dabei weltweit ein führender Standort. Wenn beispielsweise Steven Spielberg die Visual Effects für seinen nächsten Film in Stuttgart produziert, können Sie sehen, welchen Ruf Stuttgart mittlerweile auch in Los Angeles hat.

(Beifall des Abg. Manfred Kern GRÜNE)

Meine Damen und Herren, als bekannt wurde, dass wir – entgegen dem Trend in der Bundesrepublik – die Filmförderung erhöhen, hat die Produzentenallianz, deren Vorsitzender bekanntlich der frühere Staatsminister Christoph Palmer ist, mehr als lobende Worte für die Landesregierung in Baden-Württemberg gefunden.

(Beifall des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Auch daran sieht man, wo wir stehen.

Lassen Sie mich noch zwei, drei Beispiele dazu nennen, was für uns in diesem Doppelhaushalt sehr wichtig ist: das Nationaltheater in Mannheim beispielsweise,

(Abg. Claus Schmiedel SPD zu Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ja! Mannheim! – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Schon wieder Mannheim!)

eines der drei großen Theater in Baden-Württemberg. Die Stadt Mannheim kann, weil es dort nicht einen Kofinanzierungsvertrag wie bei den beiden Staatstheatern gibt, die Summen nicht mehr stemmen, die nötig sind, um das Nationaltheater zu sanieren und weiterhin als großartiges Theater zu bespielen. Das heißt, die 2 Millionen € pro Jahr, die wir jetzt verstetigt diesem Theater bereitstellen, retten das Nationaltheater. Hätten wir so weitergemacht wie Schwarz-Gelb, hätte das Nationaltheater keine Zukunft gehabt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ein weiteres Beispiel, wie wir wirken, ist Gauthier Dance in Stuttgart. Mit einer beispiellosen Ignoranz wurde früher die institutionelle Förderung versagt. Wir haben diese institutionelle Förderung schon gleich nach dem Regierungsantritt bereitgestellt, und wir haben sie jetzt noch einmal erhöht. Gemeinsam mit der Stadt Stuttgart haben wir dafür gesorgt, dass eine weltweit populäre Kompanie weiterhin in Stuttgart bleibt, damit wir nicht das erleben, was wir in der Vergangenheit immer erlebt haben: Gute Tanzkompanien verlassen Stuttgart oder Baden-Württemberg. Ich will als Beispiel aus der Vergangenheit nur Sasha Waltz nennen.

Meine Damen und Herren, sehr wichtig ist uns die Provenienzforschung. Wir haben keinen „Fall Gurlitt“ gebraucht. Wir haben Provenienzforschung schon vorher betrieben. Wir haben die Anschubfinanzierung des Bundes längst selbst übernommen, und wir haben die zweieinhalb Stellen für Provenienzforschung, die wir in der Staatsgalerie Stuttgart, in der Kunsthalle Karlsruhe und in den beiden Landesmuseen haben, verstetigt. Das macht deutlich: Wir werden alles, was zu Unrecht in unseren Museen ist, an die rechtmäßigen Erben zurückgeben. Das ist für uns eine Selbstverständlichkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Zu Recht, meine Damen und Herren, wurde von einigen Vordnern auch auf die Baumaßnahmen verwiesen. In diesem Zusammenhang muss ich noch einmal etwas zur John Cranke Schule sagen. 17 Jahre wurde diskutiert – 17 lange Jahre.

(Zuruf von der CDU)

Wir haben jetzt einen Knopf drangemacht, und diese großartige Schule hat nun eine Zukunft. Das ist für Stuttgart ein großer Gewinn.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Und weit darüber hinaus!)

– Und für ganz Baden-Württemberg. Ja, genau. Auch in Freiburg wird man sich darüber freuen.

(Beifall der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

(Staatssekretär Jürgen Walter)

Meine Damen und Herren, das Staatstheater in Karlsruhe wird einen Neubau bekommen, die Württembergische Landesbibliothek wird einen Neubau bekommen, und wir werden in Zusammenarbeit mit der Stadt Stuttgart eine gute Lösung für die Oper in Stuttgart finden.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: 17 Jahre?)

– Zwei Jahre nach Regierungsantritt haben wir den Neubau der John Cranko Schule beschlossen. Sie haben 15 Jahre lang diskutiert. Sorry.

(Widerspruch bei der CDU)

– So ist es doch. Ach, Leute, ihr habt ein schlechtes Gedächtnis.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Meine Damen und Herren, die Erneuerung der Kulturpolitik ist natürlich nicht nur eine Frage des Geldes. Ich möchte als Symbol für die Erneuerung den Staatspreis für Bildende Kunst nennen, der jetzt Oskar-Schlemmer-Preis heißt. Oskar Schlemmer ist ein Wegbereiter der Moderne, und es steht unserem Land gut zu Gesicht, dass ein solch großartiger Künstler aus Baden-Württemberg diesem Preis seinen Namen gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Unsere Kulturpolitik heißt nicht – wie in der Vergangenheit –: „Wir verwalten“, sondern unsere Kulturpolitik heißt: „Wir gestalten.“

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Meine Damen und Herren, zum Schluss möchte ich mich bedanken.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl Zimmermann
CDU: Applaus! – Bravo-Rufe von der CDU)

– Bei denjenigen, die schon auf einen Schnaps warten, wollte ich mich jetzt nicht bedanken.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist eine Unverschämtheit! Eine Unverschämtheit! – Weitere Zurufe von der CDU – Unruhe bei der CDU – Glocke der Präsidentin)

– Meine Damen und Herren, ich bitte noch einmal, Ruhe zu bewahren.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Staatssekretär Walter hat das Wort.

Staatssekretär Jürgen Walter: Genau.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Aber er soll nicht das Parlament beschimpfen! – Weitere Zurufe von der CDU – Gegenruf von den Grünen: Er hat doch nicht das Parlament beschimpft! – Zuruf von der SPD: Man kann doch ein Späßle machen! – Glocke der Präsidentin)

– Ich habe doch nicht das Parlament beschimpft.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um Ruhe! Die Kollegen dort hinten sollen bitte auch auf ihre Plätze gehen und keine Zwischenrufe von außerhalb des Parlamentsrunds machen.

Staatssekretär Jürgen Walter: Meine Damen und Herren, ich möchte zunächst den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst danken. Sie haben großartige Arbeit bei der Aufstellung dieses Haushalts geleistet. Dieser Dank gilt darüber hinaus ganz besonders der Kunstabteilung für die Durchführung der Symposien für die Musikhochschulen.

Ich möchte mich auch – jetzt ist er leider gegangen – beim Finanzminister und beim Finanzministerium bedanken.

(Zurufe von der CDU – Glocke der Präsidentin)

Ich möchte mich bei ihm bedanken, denn es hat sich in den Haushaltsberatungen gezeigt: Mit ihm haben wir einen Finanzminister, der sehr kunstbeflissen ist. Das war nicht immer so in der Vergangenheit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das Gleiche gilt natürlich auch für den Ministerpräsidenten, den man auch sehr oft bei der Kultur antrifft.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Meine Damen und Herren, ich habe vorhin schon gesagt: Ohne die Unterstützung durch die beiden Regierungsfractionen, die großen Wert auf Kunst und Kultur legen, hätten wir diesen Zuwachs nicht bekommen. Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Weiter bedanke ich mich bei allen Kulturschaffenden im Land. Sie haben auch im vergangenen Jahr Großartiges geleistet. Stellvertretend für alle sage ich: Falls Sie noch nicht wissen, was Sie über Weihnachten tun sollen – oder wenn Sie es wissen, ändern Sie Ihre Pläne –, schauen Sie sich die beiden großartigen Ausstellungen über Oskar Schlemmer in der Staatsgalerie und über Degas in der Kunsthalle in Karlsruhe an. Das ist jeweils ein wunderbares Erlebnis.

Und wie sagte Henri Matisse, als er gefragt wurde, ob er an Gott glaube? „Ja, immer, wenn ich male.“

In diesem Sinn: Frohes Fest!

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Sehr geehrte Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen deshalb zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 14 – Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6014.

Zunächst rufe ich Abschnitt I der Beschlussempfehlung auf. Die hierzu vorliegenden Änderungsanträge und den Entschließungsantrag werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmungen über die Nummern 1 und 2 zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden.

Ich rufe also auf

Kapitel 1401

Ministerium

und

Kapitel 1402

Allgemeine Bewilligungen

Wer den Kapiteln 1401 und 1402 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist den Kapiteln 1401 und 1402 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 3 auf:

Kapitel 1403

Allgemeine Aufwendungen für die Hochschulen

Wer Kapitel 1403 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Drucksache 15/6014, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 1403 mehrheitlich zugestimmt.

Es liegt noch der Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/6064-3, vor, der die Einsetzung einer Kommission zur Erarbeitung eines Konzepts zur Studien- und Hochschulfinanzierung fordert. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe die Nummer 4 auf:

Kapitel 1405

Bildungsplanung und überregionale Angelegenheiten

Wer Kapitel 1405 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 1405 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 5 auf:

Kapitel 1406

Internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit

Wer Kapitel 1406 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Drucksache 15/6014, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 1406 mehrheitlich zugestimmt.

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmungen über die Nummern 6 bis 17, das sind die Kapitel 1407 – Allgemeine Aufwendungen für das Bibliothekswesen – bis Kapitel 1421 – Universität Ulm einschließlich Klinikum –, zusammenzufassen. – Damit sind Sie einverstanden.

Ich rufe also

Kapitel 1407 bis Kapitel 1421

gemeinsam auf. Wer diesen zwölf Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist den Kapiteln 1407 bis 1421 mehrheitlich zugestimmt.

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmungen über die Nummern 18 und 19 zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden.

Ich rufe daher die Kapitel 1424 und 1425 gemeinsam auf:

Kapitel 1424

Badische Landesbibliothek

Kapitel 1425

Württembergische Landesbibliothek

Wer diesen beiden Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist den Kapiteln 1424 und 1425 einstimmig zugestimmt.

Sind Sie damit einverstanden, dass ich die Abstimmungen über die Nummern 20 bis 46, Kapitel 1426 – Pädagogische Hochschule Freiburg – bis Kapitel 1464 – Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg –, zusammenfasse? – Das ist der Fall.

Ich rufe also die 27 Kapitel gemeinsam auf. Wer

Kapitel 1426 bis Kapitel 1464

zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist den Kapiteln 1426 bis 1464 mehrheitlich zugestimmt.

Sind Sie damit einverstanden, dass ich die Abstimmungen über die Nummern 47 und 48, Kapitel 1466 – Staatliches Museum für Naturkunde Karlsruhe – und Kapitel 1467 – Staatliches Museum für Naturkunde Stuttgart –, zusammenfasse? – Das ist der Fall.

Ich rufe

Kapitel 1466 und Kapitel 1467

daher gemeinsam auf. Wer den Kapiteln 1466 und 1467 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist den Kapiteln 1466 und 1467 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 49 auf:

Kapitel 1468

Duale Hochschule Baden-Württemberg

Wer Kapitel 1468 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 1468 mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Ich rufe die Nummer 50 auf:

Kapitel 1469

Landesarchiv Baden-Württemberg

Wer Kapitel 1469 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6014, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 1469 einstimmig zugestimmt.

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmung über die Nummern 51 bis 58, Kapitel 1470 – Hochschule für Musik Freiburg – bis Kapitel 1477 – Hochschule für Gestaltung Karlsruhe –, zusammenzufassen. – Damit sind Sie einverstanden.

Ich rufe

Kapitel 1470 bis Kapitel 1477

gemeinsam auf. Wer den acht Kapiteln 1470 bis 1477 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist den Kapiteln 1470 bis 1477 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 59 auf:

Kapitel 1478

Allgemeine Aufwendungen für Kunst, Literatur sowie die Kunsthochschulen

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6064-1, zu Titel 684 87 – Zuschüsse an sonstige Träger – vor, der eine Erhöhung der Mittel zur Förderung der Amateurmusik in Baden-Württemberg fordert. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 1478 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6014, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 1478 mehrheitlich zugestimmt.

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmung über die Nummern 60 und 61, Kapitel 1479 – Badisches Staatstheater Karlsruhe – und Kapitel 1480 – Württembergische Staatstheater Stuttgart –, zusammenzufassen. – Damit sind Sie einverstanden.

Ich rufe

Kapitel 1479 und Kapitel 1480

daher gemeinsam auf. Wer diesen beiden Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist diesen Kapiteln einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 62 auf:

Kapitel 1481

Aufwendungen für nichtstaatliche Bühnen, Festspiele und Orchester

Zu der Titelgruppe 93 – Zur Förderung des Amateurtheaterwesens – sowie den Titeln 684 93 – Zuschüsse an sonstige Träger – und 893 93 – Zuschüsse an Amateurtheater für Investitionsvorhaben – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6064-2, vor, der eine Erhöhung der Mittel zur Förderung des Amateurtheaterwesens fordert. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 1481 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6014, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 1481 mehrheitlich zugestimmt.

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmung über die Nummern 63 bis 72, Kapitel 1482 – Staatliche Kunsthalle Karlsruhe – bis Kapitel 1495 – Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg –, zusammenzufassen. – Damit sind Sie einverstanden.

Ich rufe also die zehn Kapitel gemeinsam auf:

Kapitel 1482 bis Kapitel 1495

Wer den Kapiteln 1482 bis 1495 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist den Kapiteln 1482 bis 1495 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 73 auf:

Kapitel 1499

Sonstige wissenschaftliche Forschungsinstitute und allg. Aufwendungen für Wissenschaft und Forschung

Zu Titelgruppe 75 – Förderung des Technologietransfers aus den Hochschulen in die Wirtschaft – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/6064-4, vor, der eine Erhöhung der Mittel zur Innovations- und Existenzgründungsförderung fordert. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 1499 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6014, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 1499 mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6014, abzustimmen. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/5964, soweit diese den Einzelplan 14 berührt, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen zu.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 14.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, bevor wir in die Mittagspause eintreten, darf ich Sie noch auf Folgendes hinwei-

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

sen: Unmittelbar nach Beginn der Mittagspause werden Herr Kollege Blenke und Vertreter aus den Gemeinden Höfen, Bad Wildbad und Enzklösterle uns allen den Weihnachtsbaum übergeben.

Bereits zum 14. Mal wird der Weihnachtsbaum aus dem Staatswald der Gemeinden gespendet. Diese Übergabe wird auch in diesem Jahr wieder vom Landtagschor feierlich begleitet.

Ebenso haben Sie die Möglichkeit, sich im Rahmen der Aktionswoche „Partnerschaftskaffee – fair gehandelte Produkte aus Burundi“ am Informationsstand in der Eingangshalle zu informieren.

Zu diesem Auftakt in die Weihnachtszeit mit anschließendem Imbiss in der Eingangshalle lade ich Sie herzlich ein. Wir treffen uns nach der Mittagspause um 15:00 Uhr wieder.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:57 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 15:00 Uhr)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Punkt 1 c** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 07: Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (Wirtschaft)

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/6007

Berichterstatterin: Abg. Andrea Lindlohr
Berichterstatter: Abg. Jochen Haußmann

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 07 – Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (Wirtschaft) – eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Ich gehe davon aus, dass die Berichterstatterin und der Berichterstatter nicht das Wort wünschen.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich für die CDU-Fraktion Herrn Abg. Dr. Löffler das Wort.

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine vorweihnachtlich frohe Botschaft verkündete der Ministerpräsident auf dem Landesparteitag der Grünen in Tuttlingen. Winfried Kretschmann, von der „Landesschau“ als CDU-Mann enttarnt, kündigte an: „Die Grünen werden die neue Wirtschaftspartei.“ Zum Beweis legte er ein magersüchtiges, zehneitiges Wirtschaftsprogramm vor.

Es ist schön zu wissen, dass der Ministerpräsident nicht mehr mit der Investitionspeitsche knallt und dass mehr Autos statt weniger Autos fahren dürfen. Es ist schön zu wissen, dass die einst wirtschafts- und technikfeindlichen grünen Weltverbesserer, die mit dem Cayenne S4 beim Biobauern vorbeifahren und sechs Landeier kaufen,

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

sich der Sorgen und Probleme unserer Wirtschaft annehmen.

Im Lukasevangelium steht: „Im Himmel herrscht mehr Freude über einen reuigen Sünder als über 99 Gerechte.“

Noch lehnen die Grünen die Bezuschussung von lokalen Leistungsschauen für das örtliche Handwerk ab. Das wäre zu bürokratisch. Gegen TTIP, das Freihandelsabkommen mit den USA, ist man schon aus Prinzip. Sie machen halt doch gemeinsame Sache mit dem elenden Rest der Drachenbrut.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Was soll denn das?)

Im Land wird die vierte industrielle Revolution verkündet. Weil das wichtig ist, hält der Ministerpräsident eine Regierungserklärung. Die Wirtschaft soll digital werden. Mit Revolutionen kennen sich die Altachtundsechziger aus, aber anders als bei der sexuellen Revolution ist die Verhütung die zentrale Frage.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU –
Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Oh Jesses! –
Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Verhütung ist in der digitalen Welt Cybersicherheit. Ohne Cybersicherheit sind Wirtschaft und Verwaltung schutz- und wehrlos, wenn analoge Prozesse in digitale Prozesse transformiert werden.

Wer die vierte industrielle Revolution ungeschützt zum Programm macht, malt ein Wolkenkuckucksheim. Das ist, als ob man seinen Wagen mit steckendem Zündschlüssel unvergeschlossen vor dem Hauptbahnhof parkte. Schon jetzt wird jedes dritte Unternehmen bei uns elektronisch ausgespäht. Identitätsdiebstahl im Netz bedroht nicht nur Boris Palmer, sondern auch alle anderen Bürgerinnen und Bürger in unserem Land.

Die Angriffe kommen nicht nur von digitalem Gesindel. Es sind nicht nur Wettbewerber aus dem fernen Osten oder die NSA. Es sind auch die Freunde innerhalb der Europäischen Union. Cybersicherheit ist neben der flächendeckenden Breitbandverkabelung die wesentliche Infrastruktur, die zu den zentralen Aufgaben der Politik gehört.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE meldet sich. – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Präsident!)

Hier tut die Landesregierung schlichtweg zu wenig. Klotzen und nicht Kleckern ist die Devise.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Dr. Löffler, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schwarz?

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Wenn sie etwas taugt.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abg. Schwarz.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Kollege Dr. Löffler, Sie haben gerade den Begriff „digitales Gesindel“ verwendet.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

(Andreas Schwarz)

Ich bin sehr verwundert darüber, wie abfällig Sie reden. Was verbirgt sich denn hinter Ihrer abfälligen Äußerung?

(Abg. Konrad Epple CDU: Das würde ich lieber nicht sagen!)

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Sie müssen einfach einmal den Sauerstoff in den Kopf bringen und nicht nur in die Backen. Es geht um Hacker.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Das ist eine Frechheit! Geht's eigentlich noch? – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das war eindeutig!)

Klotzen und nicht Kleckern ist die Devise. Sie sitzen auf einer Rücklage von 550 Millionen € wie eine Henne auf dem Ei und brüten Wahlgeschenke aus. Bei der Breitbandverkabelung bleiben Sie weit hinter Bayern zurück. Bei der Cybersicherheit legen Sie ein hamletisches Zaudern und Zögern an den Tag.

Sie wollen Baden-Württemberg zum Gewinner der Digitalisierung machen. Das ist sehr allgemein und kein konkretes Ziel, Herr Minister. Ich nenne Ihnen ein Ziel: Smart City. Die Digitalisierung von Aufgaben der Daseinsvorsorge und von Infrastruktur bietet ungeahnte Chancen der Effizienzsteigerung und Kosteneinsparung in der Verwaltung. Das ist ein völlig neues Instrument mit Alleinstellungsmerkmal.

Eine Bündelung aller Ressourcen, um eine Modellstadt in unserem Land zu schaffen, ist ein Ziel, das wir erreichen könnten. Wenn wir uns darauf konzentrieren, könnten wir nicht nur die Verwaltung der Zukunft schaffen. Auch unser Mittelstand und die Bürger würden davon profitieren.

Die Wirtschaft braucht keine politische Hilfe bei der Digitalisierung. Die Politik muss die Standards setzen. Daran fehlt es völlig. Sie denken nicht einmal im Ansatz darüber nach.

Das digitale Zeitalter wird zwar die Lebensqualität steigern, andererseits aber die Freiheit der Bürger wie keine andere Revolution gefährden und ihre Daten zu Sklaven machen, die verhökert werden oder vom Staat eingesehen und gegen die Bürger verwendet werden.

Wir dürfen bei all diesen Chancen diese Gefahren nicht aus dem Auge verlieren. Mir bereitet das große Sorgen.

Die digitale Welt wird auch die Arbeit und das Arbeitsrecht vor völlig neue Herausforderungen stellen, und zwar gravierender als einst in der analogen Welt die Einführung des Fließbands. Auch darüber haben Sie sich überhaupt keine Gedanken gemacht.

Der digitale Proletarier wird das Problem der Zukunft sein. Ohne ein klares Konzept, das auch die gesellschaftlichen Implikationen einschließt, werden Sie die Herausforderungen des digitalen Zeitalters nicht bewältigen. Schnelles Internet allein reicht nicht.

Aber auch sonst: Freies WLAN bleibt ein unerfüllter Wunsch. Die elektronische Signatur fristet ein Mauerblümchendasein. Die elektronische Gesundheitskarte wird bekämpft. Virengefahren ohne Ende bei ELSTER. Die E-Vergabe senkt die Qualität der Ausschreibung. Statt sexueller Vielfalt sollte Informatik als Pflichtfach in den Bildungsplan.

Das sind nur Bausteine und ein paar Beispiele dafür, dass diese Regierung die Chancen der digitalen Zukunft verpennt.

Der Haushaltsplan des Wirtschaftsministeriums ist angemessen, ausgewogen und solide – für Andorra, aber hausbacken für Baden-Württemberg

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es! – Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Die Regierung zaudert und bleibt weit hinter ihren Möglichkeiten zurück, und zwar ohne klare Linie. Nehmen Sie nur das Beispiel unserer klassischen, energieintensiv produzierenden Industrie. Sie ersetzt ihre abgeschriebenen Maschinen und Anlagen nicht mehr. Sie desinvestiert.

Die Energiekosten werden zum Standortfaktor. Schon jetzt sind die Energiekosten bei uns dreimal so hoch wie im europäischen Ausland. In den USA purzeln wegen Frackings die Energiepreise.

(Zurufe der Abg. Manfred Lucha und Manfred Kern GRÜNE)

Ein Abwandern der energieintensiv produzierenden Unternehmen aus unserem Land ist zwangsläufig. Was höre ich von Ihnen dazu, Herr Minister? Das Geräusch einer wachsenden Mohrrübe!

Der Haushalt muss die dynamischen Entwicklungen der Wirtschaft fördern, aber nicht bräsig den Status quo bedienen. Es fehlt an Drive und Dynamik. Anderes ist auch nicht zu erwarten, da der Doppelminister sich nur zwischen „Tagesschau“ und Wetterkarte um die Wirtschaft kümmern kann.

Noch geht es unserer Wirtschaft gut. Das ist eine Erblast von 58 Jahren CDU-geführter Regierung.

(Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Genau!)

Die öffentliche Hand profitiert davon. In den Büchern des Landes stehen Rekordeinnahmen von fast 43 Milliarden €. Es ist aber wie im biblischen Ägypten: Auf sieben fette Jahre folgen sieben magere Jahre. Dafür müssen wir gerüstet sein, schon wegen der grauen Wolken am Konjunkturm Himmel wie die Krise in der Ukraine, das De-facto-Embargo gegenüber Russland, die gewaltsamen Konflikte im Nahen und im Mittleren Osten, Wachstumsdefizite in der Europäischen Union und die hohe Jugendarbeitslosigkeit in vielen europäischen Ländern. Hinzu kommt, dass durch die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank bislang noch keine nachhaltigen Verbesserungen bei der Schulden- und Eurokrise erreicht wurden.

Unser Land sei „die innovativste Region Europas“ und „die industrielle Herzkammer Deutschlands“, sagte der Wirtschaftsminister bei der Einbringung des Doppelhaushalts. Frau Nachbarin, das Fläschchen! Herztropfen haben Konjunktur. Das Tarifreuegesetz, das Bildungszeitgesetz, die neue Landesbauordnung, die höhere Steuerbelastung beim Grundstückserwerb und höhere Abgaben, weil die öffentliche Hand die Zahl der Personalräte erhöht hat, kosten Wirtschaft und Verbraucher schlichtweg Geld – Geld, das für notwendige Investitionen bitter fehlt. An Investitionen in FuE wird im Land gespart. Das ist ein Alarmzeichen. Ein großer Automobilzulieferer in Stuttgart will zurück zur 40-Stunden-Woche, weil die Produk-

(Dr. Reinhard Löffler)

tivität sinkt. Die Pläne zur Änderung des Gemeindefortschritts sind eine Kriegserklärung für unser Handwerk und den Mittelstand.

(Abg. Walter Heiler SPD: Jetzt aber! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Was soll denn da geändert werden, Herr Kollege?)

Das ist Ihre Wirtschaftspolitik, Herr Minister.

Im Land hält der Minister den bedingungslosen Mindestlohn für unverzichtbar. Als wir beide in Myanmar einen schwäbischen Textilunternehmer besuchten, der mit einer örtlichen Nähfabrik zusammenarbeitet, die Hunderte von Näherinnen beschäftigt und ihnen 33 Cent die Stunde zahlt, setzte sich der Minister an eine Nähmaschine und fand die Entlohnung angemessen, in Ordnung. Christliche Politik der Union ist nicht, dass baden-württembergische Unternehmen beim Ausbeutungswettbewerb die Nase vorn haben, sondern dass sie ihre Wettbewerbsfähigkeit durch Innovation, Kreativität und technische Exzellenz beweisen.

Wenn jetzt noch SPD-Minister Gabriel eine Mitgliederbefragung zum Freihandelsabkommen TTIP durchführen will, wird die Exportstärke unseres Mittelstands abhängig vom Bauchgrimmen linker Genossen. So geht es bergab.

Minister Schmid beklatscht die Wirtschaftspolitik von Frau Nahles im Bund. Die Rente mit 63 kostet 1,5 Milliarden € allein in diesem Jahr.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Was sagt die Bundeskanzlerin dazu? Hat sie den Mist beschlossen? – Zuruf des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE)

Flexible Beschäftigungen bei Werkverträgen und bei Arbeitnehmerüberlassung werden mit Kontrollen und Vergütungspflichten verhindert. Ein Gesetz gegen Stress am Arbeitsplatz ist in Vorbereitung.

Machen wir uns nichts vor: Die Konjunktur trübt allmählich ein. Weitere Belastungen der Wirtschaft verbieten sich von selbst. Für soziale Wellnessprogramme ist kein Platz mehr.

Es ist geradezu aberwitzig, dass Sie für das Bildungszeitgesetz drei zusätzliche Planstellen brauchen. Ihre Wirtschaftspolitik, Herr Minister, ist eine Gebärmaschine für Bürokratie.

(Zuruf von den Grünen: Ach!)

„Die besten Zeiten unseres Landes liegen noch vor uns“, hat der Minister in seiner Haushaltsrede gesagt. Zurück in die Zukunft! Mit Ihrem mutlosen und zaghaften Wirtschaftsplan verpassen Sie die Chancen, die Forschung und Unternehmen in unserem Land in den Händen haben. Verantwortung übernehmen für ein starkes Baden-Württemberg sieht anders aus.

Dennoch mein Respekt: Das Ziel, das sich diese Regierung gegeben hat – „Gemeinsam weniger erreichen“ –, ist erfüllt. Frohe Weihnachten!

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Abg. Walter Heiler SPD: Wieso hat der immer die falsche Rede dabei?)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Lindlohr.

Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wirtschaft ist ein dynamischer Prozess. Neue Ideen, neue Technologien, neue Märkte, auf all das müssen sich die Unternehmerinnen und Unternehmer und die Beschäftigten ständig neu einstellen.

Innovation wird bei uns in Baden-Württemberg großgeschrieben, und das von den Unternehmen, von den Forschenden und von der Politik. Gestern wurde der neue Innovationsindex vorgestellt. Dort werden 87 europäische Regionen verglichen. Baden-Württemberg ist wieder auf Platz 1. Das ist ganz hervorragend.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Aber man muss natürlich genau hinschauen. Denn andere Regionen in Europa holen auf. Das ist auch verständlich. Sie starten auf einem niedrigeren Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung und sind jetzt voller Tatendrang.

Darum stoßen wir von Grün-Rot immer wieder neue Innovationen an. Wir stellen uns den großen Veränderungen, die unsere wirtschaftlichen Akteure und uns, die Gesellschaft, begleiten: der demografische Wandel, der Klimawandel und die Digitalisierung. Wir verbessern mit diesem Haushalt die Bedingungen dafür, dass die Unternehmen im Land diese Dynamik mitgestalten können. Das gilt hier für den Einzelplan 07 und für die Initiativen unseres Finanz- und Wirtschaftsministers insgesamt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Das gilt auch für die ganze Landesregierung, weil wir in der Lage sind, Wirtschaftspolitik querdzudenken und in allen Ressorts die Stellschrauben zu sehen, die unseren Unternehmen und unserem Wirtschaftsstandort nützen.

Darum ist es gut, dass die Unternehmen und die Beschäftigten in Baden-Württemberg in Grün-Rot einen verlässlichen und dynamischen Partner haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Die Digitalisierung wurde vom Kollegen Löffler bereits angesprochen. Er meinte, dass Hacker die Unternehmen im Land bedrohen. Das ist richtig. Die grün-rote Landesregierung hat dieses Problem erkannt. Die Digitalisierung ist natürlich ein Katalysator, ein Innovationstreiber und eine Querschnittstechnologie, die in den Unternehmen in Baden-Württemberg vieles verändert, die neue Geschäftsfelder hervorbringt und ganz viele Lebenswelten durchdringt.

Baden-Württemberg ist ein bedeutender IKT-Standort. Jeder fünfte der IKT-Arbeitsplätze in Deutschland liegt in Baden-Württemberg. Wir haben sehr viele Forschungseinrichtungen. Wir haben erfolgreiche Cluster, die wir beim Bund erworben haben und hinter denen erfolgreiche Unternehmen und Forschungseinrichtungen stehen.

Trotzdem haben viele Maschinenbauer und Automobilzulieferer Sorge, wie sie mit der Herausforderung der Digitalisie-

(Andrea Lindlohr)

rung umgehen sollen. Ganz konkret beschäftigen sie sich hoffentlich mit dem Problem der Sicherheit ihrer eigenen Daten. Das hat die Landesregierung als Problemfeld erkannt. Hier sollen kleine und mittlere Unternehmen adressiert werden, die vom Land darin unterstützt werden sollen, ihre Datensicherheit zu stärken, damit sie im Vertrauen auf mehr Datensicherheit in der Lage sind, die digitalen Prozesse anzugehen und auf dem Markt dynamisch zu bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Der Finanz- und Wirtschaftsminister hat die Allianz Industrie 4.0 gegründet. Dort geht es um neue Produktionskonzepte, um selbststeuernde Maschinen und hochintelligente IT-Ver-netzung. Viele Partner aus der Wirtschaft und der Forschung sind dabei. Es gibt auch schon konkrete Projekte. Viele davon setzen wir mit unseren Partnern aus der Innovationsallianz um. Sie wissen, die Innovationsallianz umfasst die wirtschaftsnahen Forschungsinstitute, die wir, das Land, grundfinanzieren.

Sie sehen hier im Einzelplan für den Bereich Wirtschaft, dass die Ansätze in der Titelgruppe 79 – Forschungseinrichtungen für neue Technologien und für Zwecke der wirtschaftsnahen Forschung einschließlich der technischen Entwicklung – mit Projektmitteln um satte 23 Millionen € auf 61 Millionen € im Jahr 2016 aufgestockt werden, weil wir mit diesen Partnern, die das Land ausgebildet hat und die exzellent arbeiten, diese Projekte umsetzen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Eines dieser Institute ist das Forschungszentrum Informatik in Karlsruhe. Dieses soll genau die Aufgabe erfüllen, deren Erfüllung Herr Kollege Löffler, wenn ich ihn recht verstanden habe, gerade eingeklagt hat, nämlich die Gewährleistung der IT-Sicherheit für die kleinen und mittleren Unternehmen, die ich eben schon erläutert habe. Das Land und dieses Institut werden gemeinsame Projekte durchführen und gemeinsam mit weiteren Partnern aus der Forschung und dem Unternehmensbereich zur Verbesserung der Datensicherheit für kleine und mittlere Unternehmen sowie zu deren Schutz vor Daten-spying und Datenmissbrauch beitragen. Das ist ein sehr guter Beitrag für unseren Wirtschaftsstandort.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wir denken bei der Digitalisierung aber auch quer. Deswegen sind verschiedene Ministerien des Landes mit diesem Thema beschäftigt. Sie haben das Thema Breitbandinfrastruktur angesprochen. Dieses hat auch einen großen Anteil in der gestrigen Diskussion über den Einzelplan 08 eingenommen. Das fand ich richtig und wichtig. Denn schnelles Internet ist einer der ganz großen Standortfaktoren und wird immer wichtiger. Wir alle stehen vor dem Problem, dass der Markt allein dies offensichtlich nicht löst; damit bekommen wir keine flächen-deckende Versorgung hin. Aber welcher Teilort, welcher Ort bekommt heute sonst noch ein neues Ingenieurbüro? Wo ist eine Betriebserweiterung möglich, ganz abgesehen von der Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger? Das hängt entscheidend mit der Datenautobahn, mit dem schnellen Internet zusammen.

Wenn Sie gestern zugehört haben, haben Sie gehört: In Bayern ist die Versorgungslage sehr viel schlechter als bei uns.

Wir setzen auf einem ganz guten Niveau im Ländervergleich auf. Aber wir müssen noch viel mehr tun.

Deswegen ist es richtig, dass der Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz mit allen Landkreisen darüber gesprochen hat, ihre Backbone-Planungen voranzubringen. Daher verdreifachen wir die Förderung beim Breitbandausbau für den ländlichen Raum. Dort, wo uns das europäische Recht erlaubt, dass wir zufinanzieren, gehen wir stark voran – mit etwa 31 Millionen € jährlich in den nächsten beiden Jahren. Das ist ein sehr guter Schritt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Auch der Umweltminister ist bei diesem Thema unterwegs. Gestern wurde bei der Beratung des Einzelplans 10 von der CDU angesprochen, man wolle intelligente Netze. Das wollen wir auch. Nur: Das machen wir schon. Letztes Jahr etwa um dieselbe Zeit wurde die Smart-Grids-Plattform Baden-Württemberg mit über 150 Akteuren aus der Energiewirtschaft, von den Anlagenherstellern und aus der IT-Branche gegründet. Daraus gibt es ganz konkrete Projekte, so z. B. Smart Grid bei den Stadtwerken Ulm/Neu-Ulm. Sie können dadurch PV-Strom integrieren und versuchen, die Nutzung zu steuern. Es gibt den roten Faden aus Energiewende, intelligentem Netz und Digitalisierung.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Dafür sind im Umweltetat 3 Millionen € eingestellt. Das ist etwas, was wir machen und was Sie nicht gemacht haben. Warum nicht? Weil Sie nicht erkannt haben, dass die Energiewende Smart Grids braucht, während wir Kundige der Energiewende sind und gleichzeitig sehr stark Sorge dafür tragen, dass die Versorgungssicherheit für die Unternehmen in unserem Land gewährleistet wird. Deswegen gehen wir in allen Ressorts – auch im Umweltministerium – voran: mit Energieeffizienz, Energiewende und Digitalisierung in einem.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Dynamisches Wirtschaften heißt: Man darf sich nicht auf dem ausruhen, was schon besteht. Deswegen unterstützen wir Unternehmenswachstum, Existenzgründerinnen und Existenzgründer. Da haben wir in den letzten Jahren bereits einige Maßnahmen umgesetzt, beispielsweise beim Gründungsberatungsgutschein.

Jetzt haben wir einen neuen Schritt. Der neue Schritt ist der Venture-Capital-Fonds, den das Land zusammen mit seinen Partnern aus der Wirtschaft aufgelegt hat. 4 Millionen € aus Landesmitteln stehen jetzt bereit. Sie werden mit den Partnern auf 20 Millionen € „gehebelt“. Es werden Beteiligungen für Hightechgründungen ausgegeben. Damit können wir auch Mittel aus dem High-Tech Gründerfonds des Bundes binden.

Wir unterstützen die Dynamik bei den Unternehmen im Land und neue Gründungen. Das kann man nur machen, wenn man nicht denkt: „So, wie es immer war, ist alles gut“, sondern wenn man, wie wir, dynamisch ist und nach vorn denkt. Deswegen ist der Venture-Capital-Fonds ein sehr guter Schritt für Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

(Andrea Lindlohr)

Das gilt auch für das Thema Fachkräfte. Jeder will sie haben, und wir arbeiten daran, dass es sie auch gibt.

Es gibt ein sehr gutes Beispiel aus dem Einzelplan 07: die Welcome Center. Arbeitskräften aus dem Ausland wird der Start erleichtert, und die Welcome Center unterstützen kleine und mittlere Unternehmen bei der Gewinnung und der Integration von Fachkräften. Es gibt jetzt zehn in den Regionen und eines landesweit für die sozialen Berufe. Sie werden gemeinsam von Partnern aus der Wirtschaft und den Kommunen getragen. Mit diesem Einzelplan geht ihre Finanzierung nun in eine aus originären Landesmitteln über, nachdem die Förderung aus dem Europäischen Sozialfonds nicht mehr möglich ist.

Solche Welcome Center sind eine völlig logische Infrastruktur, die unser dynamischer Wirtschaftsstandort braucht, indem viele neue Arbeitskräfte hinzukommen. Solche Einrichtungen gab es vorher nicht. Dafür brauchte man Grün-Rot. Warum? Weil man bereit sein muss, zu sagen, dass es Einwanderung nach Deutschland und Baden-Württemberg gibt. Wer davor die Augen verschließt, kann keine Welcome Center gründen und den KMUs im Land und den einwandernden Arbeitskräften nicht helfen. Wir tun das; wir bringen Dynamik in den Wirtschaftsstandort.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Auch den Bildungsplan hat Kollege Löffler angesprochen. Er hat dabei vergessen, dass mit dem neuen Bildungsplan – nicht nur die Berufsorientierung als Querschnittsorientierung für alle Bildungspläne geplant ist, sondern auch die Einführung eines neuen Unterrichtsfachs Wirtschaft – Wirtschaft verbunden mit beruflicher und Studienorientierung an allen allgemeinbildenden Schulen.

Das ist neu, und das entspricht einer Forderung aller Wirtschaftsverbände. Umgesetzt wird diese erst durch uns, durch Grün-Rot. Warum ist das so, und warum konnten Sie das nicht machen? Weil man bildungspolitisch etwas weiter denken muss. Wenn man denkt: „Das Schulsystem verändert sich überhaupt nicht; es ist wie vor 50 Jahren, dass nur ein kleiner Anteil der Schülerinnen und Schüler aufs Gymnasium gehen, und die werden dann alle Wissenschaftler“, braucht man kein Unterrichtsfach Wirtschaft. Wir wissen, wie wichtig das Gymnasium ist und dass das Gymnasium auch solcher Kompetenzen bedarf, bei denen man sonst nur gedacht hat: Wir müssen schauen, dass die Hauptschüler wissen, was für Berufe es gibt.

(Zuruf des Abg. Karl Klein CDU)

Nein, das Unterrichtsfach Wirtschaft ist wichtig. Wir führen es ein, weil wir bildungspolitisch weiter denken. Wir unterstützen damit die Betriebe. Wir tun etwas Gutes für die Schülerinnen und Schüler und für die Fachkräftegewinnung in der Zukunft. Deswegen: eine sehr gute Planung aus dem Kultusministerium für unseren Wirtschaftsstandort.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Noch kurz zum Bereich Wohnen, für den es heute keine eigene Runde gibt: Innovativ sind wir auch in der Wohnungspolitik, die zum Bereich des Finanz- und Wirtschaftsministeri-

ums gehört. Die Wohnraumförderung ist neu aufgelegt. Sie gilt für zwei Jahre. Das bringt Verlässlichkeit. Sie umfasst zwei Mal 75 Millionen €. Wir haben beispielsweise bei der sozialen Mietwohnraumförderung die berücksichtigungsfähigen Baukosten auf 3 000 € pro Quadratmeter Wohnfläche erhöht, weil wir erkennen müssen, dass in den Ballungsräumen, aber auch in anderen Räumen die Kosten so stark steigen, dass man das Ziel nur erreichen kann, wenn man die Wohnungsunternehmen, die bereit sind, sozial gebundenen Mietwohnraum zu schaffen, mit einem solchen realistischen Kostenansatz unterstützt. Das tun wir.

Innovativ ist auch unser neues Programm „Wohnraum für Flüchtlinge“ für die Anschlussunterbringung von Flüchtlingen, mit der die Gemeinden sonst erst einmal alleinstanden: 30 Millionen € in den nächsten zwei Jahren, Investitionszuschüsse in Höhe von 25 % an die Gemeinden. Wir sind die Ersten, die die Kommunen unterstützen, damit den Wohnungsmarkt im unteren Segment entlasten und den Flüchtlingen helfen – ein sehr guter, innovativer Ansatz. Herzlichen Dank für diese Initiative.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben es schon gehört: Arbeitgeberpräsident Stefan Wolf hat am Montag geäußert, er fühle sich bei den Grünen im Land bei vielen Themen gut aufgehoben, da wir fach- und sachorientiert seien. Ich glaube, Herr Wolf arbeitet sehr gut mit der gesamten Koalition zusammen. Wir sorgen dafür, dass unser Land wirtschaftlich stark bleibt, und wir imprägnieren alle Politikfelder des Landes mit den Innovationen, die die Unternehmen in unserem Land brauchen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Ende.

Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Denn mit der grün-roten Koalition hat Baden-Württemberg endlich die politische Führung, die so modern ist wie das Land und seine Unternehmen selbst.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Storz das Wort.

Abg. Hans-Peter Storz SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, wurden in den letzten Tagen nicht müde, auf die erhöhten Steuereinnahmen hinzuweisen. Jetzt ist die Zeit, darüber zu reden: Woher kommen denn diese Steuereinnahmen? Sie kommen daher, dass es der Wirtschaft in unserem Land unter einem Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid und einer grün-roten Landesregierung gut geht. So ist es, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Abg. Claus Schmiedel SPD: So sieht es aus!)

(Hans-Peter Storz)

Alle Statistiken sagen, der Arbeitsmarkt und die Wirtschaft in Baden-Württemberg entwickeln sich gut. In weiten Teilen unseres Landes herrscht nahezu Vollbeschäftigung. Unternehmen suchen nach wie vor neue, qualifizierte Mitarbeiter, steigern ihre Umsätze und machen Gewinne. So sind steigende Steuereinnahmen kein unerwartetes Geschenk, sondern die Folge von guter Arbeit, von mutigem Erfinder- und Unternehmergeist. Um es noch einmal klar zu sagen: Diese positive Wirtschaftsentwicklung in Baden-Württemberg ist auch das Ergebnis einer zukunftsorientierten Wirtschaftspolitik, wie sie unter Nils Schmid und unserer Regierung gemacht wird.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Dies spüren Industrie und Handwerk, auch die Gastronomie, Arbeitnehmer und Gewerkschaften. Das sagen sie auch, selbst wenn wir in manchen Fragen unterschiedlicher Auffassung sind.

Auf Erfolgen darf man sich nicht ausruhen, schon gar nicht in Zeiten, die unsicherer geworden sind. Die Nachrichten über Kriege und bewaffnete Konflikte unweit der Außengrenzen der EU bleiben nicht ohne Folgen. Sie schüren Ängste, und manch ein Unternehmen beurteilt die wirtschaftliche Entwicklung vorsichtiger als noch vor einigen Monaten.

Die politische und damit auch die wirtschaftliche Lage im ablaufenden Jahr ist also unsicherer geworden. Forschungsinstitute und Bundesregierung rechnen mit weniger Wachstum. Das zeigt uns: Wirtschaftspolitische Erfolge sind nicht zwangsläufig. Sie hängen auch von Faktoren ab, die wir nicht beeinflussen können. Daher ist es wichtig, dass das Land seine Handlungsmöglichkeiten konsequent nutzt. Im Einzelplan 07 haben wir eine Vielzahl von Instrumenten, die zeigen, dass wir das zukunftsorientiert und nachhaltig tun, meine Damen und Herren.

Wer macht morgen die Arbeit? Wie bekommt die Wirtschaft die Fachkräfte, die sie braucht? Wo entstehen zukunftssichere Arbeitsplätze? Dies sind die Kernfragen der Wirtschaftspolitik gerade in unserem Bundesland, das wie kein anderes qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Ingenieure und Meister für innovative Produkte benötigt. Daher gehört die Fachkräftesicherung zu den Schwerpunktthemen unserer Wirtschaftspolitik. Das spiegelt sich auch in den Ausgabenansätzen wider.

Im Jahr 2011 haben wir die Allianz für Fachkräfte ins Leben gerufen. Sie entwickelt im Dialog mit allen Akteuren Strategien zur Sicherung des Fachkräfteangebots. Gerade die lokalen Fachkräfteallianzen suchen nach regional passenden Konzepten, um die Potenziale vor Ort auszuschöpfen. Dafür erhalten sie Unterstützung vom Land. Wir sichern so die Ergebnisse ihrer guten Arbeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Frau Lindlohr hat schon darauf hingewiesen: Zur Gewinnung internationaler Fachkräfte haben wir elf Welcome Center installiert. Sie entwickeln Modelle, damit sich zugewanderte Fachkräfte schnell integrieren und nicht an unzureichender Integration scheitern.

Wir haben gemeinsam mit der Wirtschaft Reformen für die beruflichen Schulen vorangebracht, die jetzt in die Erprobungsphase gehen. Besonders will ich dabei die Neugestaltung

des Übergangs von der Schule in den Beruf nennen. Zu Ihrer Regierungszeit, meine Damen und Herren von der Opposition, waren in diesem Übergangssystem über 60 000 Jugendliche „geparkt“. Das heißt, sie waren in der Schule, aber ohne Berufsabschluss oder weiterführenden Schulabschluss. Wir haben diese Zahl bereits auf 35 000 reduziert, und durch den neuen Bildungsgang „Duale Ausbildungsvorbereitung“, kurz AV Dual, werden wir diese Zahl weiter reduzieren und den Jugendlichen den direkten Übergang von der Schule in den Beruf erleichtern.

Die erfolgreichen Kontaktstellen „Frau und Beruf“ weiten wir aus. Die Evaluierung des Programms 2012 hat die hohe Qualität des Beratungsangebots deutlich belegt. So ist es richtig, dass wir hier nochmals Geld investieren und vor allem Frauen beim Wiedereinstieg in den Beruf nach der Familienpause beraten und unterstützen können.

Die Wirtschaft in Baden-Württemberg lebt in besonders starkem Maß vom Handel mit anderen Ländern. Mehr als jeder dritte Euro wird bei uns im Ausland verdient. Die Förderung der Außenwirtschaftsbeziehungen hat daher zu Recht einen festen Platz im Haushalt. Ich habe die gute Arbeit der Agentur Baden-Württemberg International auf den Delegationsreisen mehrfach persönlich kennengelernt. Wir werden hier mehr Geld investieren und so die Möglichkeit geben, die Außenhandelspotenziale zu stärken.

Mehr Geld gibt es auch für die wirtschaftsnahe Forschung. Die Institute der Innovationsallianz leisten hervorragende Arbeit. Hier darf ich, wie Frau Lindlohr es getan hat, auf das Ergebnis des Innovationsindex 2014 des Statistischen Landesamts verweisen, der gestern veröffentlicht wurde. Da heißt es – ich zitiere –:

Südwesten ist Innovations-Europameister.

Baden-Württemberg hat die höchste Innovationskraft aller Regionen in der Europäischen Union.

Das Land der Tüftler macht seinem Namen alle Ehre: In keiner anderen europäischen Region wird ein höherer Anteil der Wirtschaftsleistung in Forschung und Entwicklung investiert, nirgendwo ist der Anteil der Erwerbstätigen in forschungsintensiven Industriezweigen höher und nirgendwo werden – bezogen auf die Bevölkerungszahl – mehr Patente angemeldet als im Südwesten.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Meine Gratulation gilt allen klugen Köpfen in unserem Land, die dies möglich machen; aber auch Gratulation an das Wirtschaftsministerium und unseren Wirtschaftsminister, die für ein Klima in unserem Land sorgen, das solche Innovationen ermöglicht.

Wir sorgen für das entsprechende Umfeld, indem wir die Zuschüsse laufend an die allgemeine Kostenentwicklung anpassen. In der wirtschaftsnahen Forschung entstehen Ideen und Produkte schon lange nicht mehr im stillen Kämmerlein. Wer Innovationen fördern und dabei helfen will, dass sie schneller marktreif werden, muss den Austausch ermöglichen und anregen. Das ist der Grundgedanke, warum wir in Netzwerken, Clusterinitiativen den Dialog fördern. Die Allianz Industrie 4.0, das Biotechnologienetzwerk BIOPRO oder die Landesagentur „Leichtbau BW“, um nur einige zu nennen, erhal-

(Hans-Peter Storz)

ten für ihre Arbeit weitere Hilfen des Landes. Sie ermöglichen einen regelmäßigen Dialog und Austausch und helfen so, Kooperationsmöglichkeiten zu eröffnen. Sie zeigen Wege in neue Märkte und erkennen auch Potenziale für neue Produkte.

Für uns Sozialdemokraten ist besonders wichtig: Wir beteiligen die Vertreter der Arbeitnehmer an diesen Dialogen. Das kommt nicht von ungefähr; denn marktfähige Produkte entstehen nicht durch Kapitaleinsatz und Forschungsförderung allein. Aber Forschungsförderung gibt Impulse und senkt die Hürden für den Marktzutritt. Daher unterstützen wir die Technologieprojekte aus Bereichen wie zukünftigen Speichertechnologien, Ressourcen- und Rohstoffsicherung oder der Gesundheitswirtschaft.

Ich möchte noch ein paar Worte zur Städtebauförderung und zum Wohnungsbau sagen. Dieser Bereich macht in diesem Einzelplan einen großen Anteil aus. Es gibt kein besseres Konjunkturprogramm als die Städtebauförderung. Nirgendwo bringen Hilfen von Bund und Land so viel Nutzen. 1 € Städtebauförderung zieht bis zu 8 € kommunale und private Investitionen nach sich.

Wir haben erhebliche Verbesserungen bei der Wohnungsbauförderung. Dazu nur einige Schlagworte, die Frau Lindlohr schon angedeutet hat: Die berücksichtigungsfähigen Kosten beim Mietwohnungsneubau liegen ab jetzt bei 3 000 €. Das ist ein Plus von 20 % gegenüber 2014. Änderungs- und Erweiterungsmaßnahmen beim Mietwohnungsneubau sind jetzt förderfähig. Abbruchkosten in Zusammenhang mit Ersatzneubau sind erstmals förderfähig. Wir haben die Gebietskulisse auch auf die Großen Kreisstädte erweitert. Das ist eine Erfolgsbilanz für den Wohnungsbau, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Die Förderung läuft und funktioniert. Die Zahl der bewilligten Darlehen zur Finanzierung des Neubaus von besonders preiswerten Mietwohnungen wurde deutlich erhöht. Im Programmjahr 2013 wurden für über 900 Wohnungen Förderdarlehen in Höhe von 106 Millionen € beantragt. Im Jahr 2010, meine Damen und Herren von der Opposition, waren es nur 300 Mietwohnungen, die gefördert wurden. Das heißt, wir haben die Zahl der geförderten Wohnungen mehr als verdreifacht.

Gleichzeitig helfen wir mit der Wohnraumförderung den Kommunen – wie Frau Lindlohr auch schon deutlich gemacht hat –, die großen Anstrengungen unternehmen, um Unterkünfte für Flüchtlinge zu finden. Sie erhalten mit der Wohnungsbauförderung zusätzliche Unterstützung.

Meine Damen und Herren, mit dem Haushalt des Wirtschaftsministeriums investieren wir in wichtigen Bereichen in die Zukunft und den Erfolg unseres Landes und setzen den erfolgreichen Weg unserer dialogorientierten Wirtschafts- und Mittelstandspolitik mit gesteigerter Dynamik fort.

Vielen Dank an das Ministerium, an unseren Wirtschafts- und Finanzminister Nils Schmid für diesen Haushalt, dem wir gern zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Herrn Abg. Reith.

Abg. Niko Reith FDP/DVP: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Seit dem Wiedereinstieg in die Tagesordnung nach der Mittagspause ist der eine oder andere Kollege in der Zwischenzeit noch dazugestoßen. Deshalb möchte ich wiederholen, was der Präsident bereits vorgetragen hat. Unter TOP 1 c der heutigen Tagesordnung ist zu lesen:

Einzelplan 07: Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (Wirtschaft)

Ein besseres Symbol für die Wirtschaftspolitik dieser Landesregierung gibt es nicht: Die Wirtschaft steht bei Ihnen in Klammern. Das kann man in vielen Bereichen sehen. Sie haben mit Antritt Ihrer Regierung der Wirtschaftspolitik den Platz in der zweiten Reihe zugewiesen. Wirtschaft ist nur noch eine Abteilung im Finanzministerium.

Aber die kräftige und leistungsfähige Wirtschaft in Baden-Württemberg

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Ist das peinlich!)

verlangt besondere Aufmerksamkeit durch die Regierung. Diese Aufmerksamkeit versagen Sie nun schon seit Jahren. Dass es zurzeit ökonomisch gut läuft, wird wohl niemand hier bestreiten. Aber gerade in wirtschaftlich guten Zeiten und bei sprudelnden Steuereinnahmen besteht die Gefahr, besonders viel falsch zu machen. Die Entscheidungen, die heute fallen, müssen uns durch die nächsten Krisen bringen.

Leider fasst die Landesregierung die günstige Situation als Gelegenheit auf, die Wirtschaft und die Menschen in diesem Land stärker zu belasten und mit immer mehr Vorschriften und Zwängen zu belegen. Das sieht man schon auf den ersten Blick. Die Erhöhung der Grunderwerbsteuer belastet junge Familien.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Eine Vorschrift zum Bildungsurlaub verteuert die Personalkosten ohne Sinn und Zweck. Ein redundantes Mindestlohngesetz auf Landesebene bringt nichts außer Bürokratie bei öffentlichen Aufträgen.

(Abg. Walter Heiler SPD: Kommen Sie einmal mit aufs Rathaus! Dann schauen wir einmal die Verträge an!)

Eine Novellierung der Landesbauordnung bindet die Schaffung neuen Wohnraums an Fassadenbegrünung und an überdachte Fahrradstellplätze. Eine Regelung zum Quartiersmanagement bringt Vorschriften statt dringend notwendiger Innenstadtentwicklung.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Ihre bisherige Bilanz, wie Sie Wirtschaftspolitik auffassen, spricht Bände. Wenn es Ihnen langweilig wird, dann denken Sie laut über eine unnötige Ausweitung der Sperrzeiten für die Gastronomie nach oder spielen mit dem Gedanken, die Gewerbeordnung zurückzudrehen und damit den kleinen und mittleren Unternehmen vor Ort das Leben zu erschweren.

(Staatssekretär Ingo Rust: Wer hat Ihnen das aufgeschrieben?)

(Niko Reith)

Da kann ich mit den Worten des Philosophen Georg Christoph Lichtenberg sagen:

*Ich weiß nicht, ob es besser wird, wenn es anders wird.
Aber es muss anders werden, wenn es besser werden soll.*

(Abg. Walter Heiler SPD: Wissen Sie auch, was sein Cousin gesagt hat? – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Sie werden sicher auf die positiven Äußerungen aus der Wirtschaft zur Politik der Landesregierung verweisen. Aber was bleibt der Wirtschaft, was bleibt uns allen denn übrig, als gute Miene zum bösen Spiel zu machen?

(Zuruf des Staatssekretärs Ingo Rust)

Wir haben nur eine Landesregierung, und mit der müssen wir – Klammer auf: noch; Klammer zu – leben.

Es ist ja nicht so, dass Sie die Folgen Ihrer Politik nicht selbst sehen würden. Ihre Taktik ist aber offenbar, zuerst populär erscheinende Maßnahmen zu ergreifen, um deren fragwürdige Auswirkungen dann versteckt nachzubessern. Eines dieser Manöver haben wir durch einen Antrag zum Haushalt in Angriff genommen. Man muss zur Enttarnung Ihrer Tricks schon sehr genau hinschauen.

(Oh-Rufe von der SPD)

Aber in Ihrem Programm zur Wohnraumförderung – schon mehrfach angesprochen – findet sich in einer Fußnote ein interessanter Satz. Da geht es um die Ausweitung der Fördermöglichkeiten für den Mietwohnungsbau. Dort ist zu lesen, dass sich die Förderkulisse um Gebiete erweitert, in denen die Rechtsvorschriften des Landes zum Zweckentfremdungsverbot, zur Kappungsgrenze, zur Verlängerung der Kündigungsfrist und zur Mietpreisbremse wirksam werden.

Sie geben damit also zu, dass mit diesen Maßnahmen das Angebot an Wohnungen zurückgehen wird, und das soll dann mit öffentlichen Mietwohnungen aufgefangen werden. Herzlichen Glückwunsch! Was für eine Politik ist das, in der zunächst der Schaden am Markt angerichtet wird, den der Staat dann wieder korrigieren soll?

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Niko Reith FDP/DVP: Nein.

(Zurufe von den Grünen und der SPD)

Sogar der Städtetag hat Ihnen in einer Stellungnahme attestiert, dass die kommende Mietpreisbremse nichts daran ändern wird, dass in Städten mit großer Nachfrage die Miete immer teurer sein wird.

Das Geld für die Nachbesserungen können Sie sich sparen, wenn Sie den Schaden gar nicht erst anrichten. Wir haben daher beantragt, dass sich das Land diese teure weiße Salbe sparen kann. Bewegen Sie sich vernünftig auf dem Bau- und Wohnungsmarkt, dann sparen Sie öffentliche Gelder für die Nachbesserungen.

Welchen kompletten Mangel an Gefühl für die örtlichen Wirtschaftsstrukturen Sie haben, zeigt sich bei Ihrer fehlenden Bereitschaft, örtliche Leistungsschauen zu fördern.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: In welcher Höhe?)

Bei Ihnen steht die Wirtschaft nun einmal in Klammern. Jeder, der vor Ort Kontakt zu Unternehmen hat, weiß, dass diese Veranstaltungen eine wichtige Möglichkeit darstellen, die Leistungsfähigkeit der Betriebe öffentlich unter Beweis zu stellen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Natürlich werden diese Schauen auch ohne die Förderung durch das Ministerium stattfinden.

(Zurufe von der SPD: Eben!)

Aber es ist von uns ein wichtiges Zeichen der Anerkennung, wenn wir vonseiten des Landes dafür Mittel zur Verfügung stellen.

(Staatssekretär Ingo Rust: Mitnahmeeffekt!)

Sie senden offenbar Signale, aber nur nach der linken Seite, wie ein Leuchtturm, bei dem eine Birne kaputt ist. Ihre Wirtschaftspolitik macht unser Land nicht krisenfest. Der Drang zur Gängelung durchzieht Ihre Politik wie ein roter Faden.

Eines kann ich abschließend feststellen: Was heute bei Ihren Genossen gut ankommt, besteht den Belastungstest nicht, wenn wirtschaftlich schwierigere Zeiten kommen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Finanz- und Wirtschaftsminister Dr. Schmid das Wort.

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jeder, der durch die Lande zieht, mit den Unternehmern und mit den Beschäftigten redet, weiß: Dieses Land und die Wirtschaft des Landes stehen gut da. Wir haben mit die niedrigste Arbeitslosenquote in Deutschland, mit die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit.

(Abg. Konrad Epple CDU: Alles Erblast!)

Wir sind in Europa die innovativste Region, wir haben die höchste Zahl von Patentanmeldungen pro Kopf, also eine hervorragende Ausgangslage für die Wirtschaft und für die Bürgerinnen und Bürger des Landes.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf: Bravo!)

Das Erfolgsgeheimnis von Baden-Württemberg ist das Zusammenspiel von wirtschaftlicher Stärke auf der einen Seite und sozialem Zusammenhalt auf der anderen Seite. Deshalb

(Minister Dr. Nils Schmid)

finde ich es auch so gefährlich, Herr Kollege Löffler, wenn Sie von der CDU die gemeinsam beschlossenen Fortschritte am Arbeitsmarkt durch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, die Veränderungen und Verbesserungen in der Rentenpolitik jetzt wieder infrage stellen und denunzieren. Ich bin der Auffassung, die Wirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger des Landes wissen ganz genau, dass diese Maßnahmen notwendig waren, um soziale Schiefen in Deutschland zu vermeiden. Deshalb steht diese Landesregierung hinter diesen Maßnahmen, steht dafür ein, dass wirtschaftliche Stärke und sozialer Zusammenhalt untrennbar miteinander verbunden sind.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Sie haben zu Recht darauf hingewiesen: Wir haben in Baden-Württemberg dort, wo wir es selbst in der Hand hatten, entschieden gehandelt, um die Tarifparteien, den ehrbaren Kaufmann, die Handwerker und Betriebe, die sich an Tarifverträge halten, zu stärken. Deshalb haben wir zu Recht über das Tariftreugesetz in Baden-Württemberg die Vergabe öffentlicher Aufträge daran gebunden, dass Tarifverträge eingehalten werden. Das stärkt die Tarifautonomie, das stärkt die Sozialpartnerschaft in Deutschland und in Baden-Württemberg. Genau das brauchen wir auch in Zukunft.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wenn wir uns anschauen, was die großen Herausforderungen sind, was Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg von der Landesregierung erwarten, was gute Wirtschaftspolitik ist, dann gibt es zwei ganz klare Aussagen. Die eine ist: wir müssen uns darum kümmern, dass wir auch in Zukunft ausreichend Fachkräfte in den Betrieben zur Verfügung haben und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Baden-Württemberg gestärkt wird, denn darin liegt das größte Fachkräftepotenzial der Zukunft.

Deshalb habe ich wenige Monate nach Amtsantritt, noch im Jahr 2011,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Die Grunderwerbsteuer erhöht!)

die Allianz für Fachkräfte ins Leben gerufen, mit der Arbeitsagentur, mit den kommunalen Landesverbänden, vor allem aber auch mit Gewerkschaften, Wirtschaftsverbänden und den Kammern. Wir haben konkrete Schritte vereinbart, um in Zukunft ausreichend Fachkräfte in Baden-Württemberg zu haben. Diese Fachkräfteallianz ist Vorbild gewesen für die Fachkräfteallianz, die die Bundesregierung vor Kurzem vereinbart hat. Wir sind noch einen Tick konkreter als das, was die Bundesregierung vereinbaren konnte, weil wir natürlich über die Kompetenzen des Landes in der Kinderbetreuung, in der Bildungspolitik auch ganz andere Handlungsmöglichkeiten haben. Doch das zeigt eines: Wir haben sehr frühzeitig eine der zentralen wirtschaftspolitischen Herausforderungen in Baden-Württemberg aufgegriffen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Deshalb sind der Ausbau der Kinderbetreuung, die Verdreifachung der Mittel an die Kommunen für Kinderkrippen, das mit diesem Haushalt zusätzlich aufgelegte Investitionsprogramm, der Ausbau der Ganztagschulen, den wir gemeinsam

mit den Kommunen für die Grundschulen vereinbart haben, ganz zentrale Elemente von guter Wirtschaftspolitik. Deshalb ist es gut, dass der Finanz- und Wirtschaftsminister diese Themen gemeinsam mit den Fachministern und natürlich mit dem Ministerpräsidenten und mit Unterstützung der Regierungsfractionen in den letzten drei Jahren vorantreiben konnte.

Die Finanz- und Wirtschaftspolitik in Baden-Württemberg zeichnet aus, dass wir alle Hebel in Bewegung setzen, damit Baden-Württemberg für die Unternehmen und für die Beschäftigten ein attraktiver Standort bleibt.

Aus dem gleichen Grund, nämlich die Fachkräfte der Zukunft zu sichern, haben wir auch mächtig Geld in die Hand genommen, um die berufliche Ausbildung in Baden-Württemberg zu modernisieren und den Stellenwert der dualen Ausbildung hochzuhalten.

Ich erinnere daran, dass die erfolgreiche Initiative „Ausbildungsbotschafter“ ausgeweitet und durchfinanziert wurde. Dies ist ein ganz tolles Beispiel für das Engagement der Jugendlichen. Sie gehen in die Betriebe und erzählen quasi gleichaltrigen Schülerinnen und Schülern, was es bedeutet, eine Berufsausbildung zu machen. Diese Initiative läuft unheimlich gut. Sie wird von den Kammern organisiert.

Es bringt übrigens auch die jungen Leute voran, wenn sie vor einer Klasse stehen und den Schülerinnen und Schülern erklären, wie es sich mit der Ausbildung, dem Ausbildungsgehalt, der Berufsschule, der Arbeit in der Ausbildungswerkstatt, den Lehrherren und Lehrdamen verhält. Das ist eine ganz tolle Erfahrung. Dies zeigt, dass wir es mit der beruflichen Bildung ernst meinen.

Wir haben zusammen mit Kultusminister Stoch ein sehr konkretes Konzept entwickelt, um die Leitperspektive „Berufliche Orientierung“ und die Einführung eines eigenständigen Fachs „Wirtschaft/Berufs- und Studienorientierung“ in allen weiterführenden Schulen im Lehrplan zu verankern.

Das zeigt nochmals, dass wir alles dafür tun, damit wir auch in Zukunft die gut ausgebildeten Facharbeiterinnen und Facharbeiter, Technikerinnen und Techniker sowie Meisterinnen und Meister in die Betriebe bringen. Denn das ist das Herzstück der Kompetenz der Industrie unseres Landes. Daran müssen wir weiter arbeiten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Mit diesem Haushalt entfaltet sich auch haushaltsmäßig ein neues Projekt, auf das ich etwas stolz bin. Dieses haben wir auch wieder im Verbund mit den Gewerkschaften, mit den Kammern und den Wirtschaftsverbänden im Rahmen des Ausbildungsbündnisses hinbekommen. Es geht um die Neugestaltung des Übergangsbereichs von der Schule in die Ausbildung, in den Beruf.

Vier Modellregionen haben sich an den Start begeben. Zusammen mit dem Kultusministerium, das für die berufsschulische Seite zuständig ist, haben wir ein Modell entwickelt, das vorsieht, dass junge Leute, die nach dem Schulabschluss ohne Ausbildungsplatz geblieben sind, nicht in irgendwelchen Warteschleifen landen, sondern ganz konkret zunächst einmal eine Nachvermittlung bekommen, wenn sie in der Berufsschule sind, und dann in die sogenannte duale Ausbildungsvorbe-

(Minister Dr. Nils Schmid)

reitung – AV Dual – einmünden, wo sie neben guten berufsschulischen Kompetenzen auch Betriebspraktika angeboten bekommen. So können sie auf ihrem weiteren Ausbildungsweg von Anfang an betriebliche Praxisluft schnuppern.

Hier möchte ich ein herzliches Dankeschön an die Unternehmen und die Kammern richten, die diese vielen Betriebspraktikumsplätze bereitgestellt haben. Nur durch das Zusammenwirken im Rahmen der Dialoge zwischen Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsverbänden war dies möglich gewesen.

Dies erhöht die Chancen der Jugendlichen in Baden-Württemberg, eine Berufsausbildung zu bekommen. Damit nähern wir uns dem großen politischen Ziel, dass kein Jugendlicher in Baden-Württemberg ohne Ausbildungsplatz bleibt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir wollen aber auch diejenigen noch stärker für die berufliche Ausbildung gewinnen, die allzu häufig ohne Ausbildungsplatz bleiben, nämlich die Migrantinnen und Migranten. Deshalb haben wir noch einmal zusätzliche Anstrengungen unternommen, gezielt deren Eltern und auch sie selbst anzusprechen und bei ihnen für eine berufliche Ausbildung zu werben.

Denn wenn wir auf das Fachkräftepotenzial der Zukunft schauen, stellen wir fest, dass wir in erster Linie aufgefordert sind, diejenigen anzusprechen, die schon in der Gesellschaft sind und allzu häufig ohne Schulabschluss bzw. ohne Ausbildungsabschluss bleiben. Zu einem überdurchschnittlichen Anteil sind das nun einmal Migrantinnen und Migranten.

Deshalb ist es gut, dass wir denjenigen, die hier aufgewachsen sind, die hier eine Heimat gefunden haben, und ihren Kindern und Enkeln eine Perspektive geben. Denn Integration gelingt immer noch am besten über Ausbildung und den Arbeitsmarkt. Deshalb ist dies auch ein wesentlicher Beitrag für ein weltoffenes Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Letztlich gehört zur Fachkräftesicherung der Zukunft auch, dass wir attraktiv für ausländische Fachkräfte sind. Ich muss sagen, die Art und Weise, wie wir in Baden-Württemberg jetzt mit den Flüchtlingen umgehen, ist auch ein gutes Signal für ausländische Fachkräfte. Wir igeln uns nämlich nicht ein und machen die Grenzen nicht dicht. Wir sagen vielmehr, dass wir bereit sind, jemanden, der von außen kommt, der manchmal auch eine habhafte berufliche Qualifikation mitbringt, bei uns aufzunehmen. Dank der gesetzlichen Neuregelung hat er dann auch die Perspektive, Arbeit aufzunehmen und eine Qualifizierung zu durchlaufen.

Genau dies wollen wir verstärken, auch durch das Anwerben von Fachkräften aus Europa und aus anderen Ländern. So machen wir auch über die Welcome Center, die in diesem Haushalt jetzt auch abgesichert werden, eine Willkommenskultur ganz praktisch erfahrbar. Auch dafür, glaube ich, gibt es in diesem Haus einen breiten Konsens.

Zur Fachkräftesicherung der Zukunft gehört natürlich auch, dass wir diejenigen, die schon im Beruf sind, darin unterstützen, sich weiterzuqualifizieren und sich weiterzubilden.

Das ist zu einem hohen Anteil Aufgabe der Unternehmen. Diese tätigen etwa 80 % und noch mehr der Weiterbildungsaus-

gaben im Land. Trotzdem ist dies ein Baustein des Bildungszeitgesetzes. Dort bauen wir ganz entschieden und auf innovative Art und Weise einen Vorrang für die betriebliche Weiterbildung ein. Deshalb glaube ich, dass dieses Bildungszeitgesetz, gerade weil dies ein Gesetz des 21. Jahrhunderts und kein Gesetz der Siebzigerjahre ist, hilfreich sein kann, um die Weiterbildungsbereitschaft in unserer Gesellschaft zu stärken.

Deshalb freue ich mich, dass wir parallel zur Gültigkeit des Landeshaushalts 2015/2016 dieses Bildungszeitgesetz im nächsten Jahr dann auch beraten können. Wir stehen für den hohen Stellenwert und die Notwendigkeit lebenslangen Lernens ein. Dazu gehört auch dieses Bildungszeitgesetz.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sehr gut!)

Sie sehen also, dass bei dem Thema Fachkräftesicherung gerechte Bildungschancen und gute Wirtschaftspolitik unmittelbar miteinander verknüpft sind.

Das Zweite, was die Menschen, die danach gefragt werden, wenn ich in den Betrieben unterwegs bin, mit guter Wirtschaftspolitik verknüpfen, ist die Notwendigkeit von Investitionen in die Infrastruktur. Deshalb bin ich froh, dass wir an anderer Stelle des Landeshaushalts über deutlich mehr Ausgaben für den Straßenerhalt und Straßenneubau, den Radwegbau und die Verkehrswege sprechen konnten.

(Beifall des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Die Investitionen in die Infrastruktur sind ein unmittelbarer Beitrag für gute Wirtschaftspolitik in Baden-Württemberg. Dafür haben wir die Mittel deutlich erhöht. Das ist ein Beitrag für die Stärkung des Wirtschaftsstandorts.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr gut!)

Verschiedentlich ist zu Recht darauf hingewiesen worden, dass auch die digitale Infrastruktur dazugehört. Kollege Bonde hat die Mittel dafür verdreifachen können. Dies ist ein gutes Beispiel für das Zusammenwirken innerhalb der Regierung.

Ich will aber auch sagen, dass wir im Einzelplan 07, der jetzt zur Beratung ansteht, die Investitionen sehr stark hochgefahren haben. Ich erinnere daran, dass wir die Denkmalförderung des Landessanierungsprogramms sehr stabil halten, trotz der Notwendigkeit von Einschnitten zur Einhaltung der Schuldenbremse.

Diese Investitionen sind für den Mittelstand und das Handwerk in Baden-Württemberg elementar. Denn wir wissen, dass 1 € an öffentlichem Geld aus diesem Programm ein Vielfaches an zusätzlichen Investitionen und damit an Beschäftigungswirkungen im baden-württembergischen Mittelstand auslöst. Deshalb bin ich stolz darauf, dass wir gemeinsam diese Programme im Doppelhaushalt 2015/2016 sehr stark ausstatten können. Das ist ein gutes Signal für den Mittelstand und das Handwerk in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Zu einer Investition gehören aber auch die nochmals aufgestockten Mittel für den Wohnungsbau. Es hat natürlich etwas

(Minister Dr. Nils Schmid)

mit der Standortqualität in Baden-Württemberg zu tun, dass die Fachkräfte und ihre Familien in Baden-Württemberg bezahlbaren Wohnraum in der Fläche des Landes, in den verschiedenen Ballungsräumen finden. Deshalb bin ich froh, dass wir dieses Wohnraumförderungsprogramm auch im Sinne eines lebenswerten Landes für die Familien in Baden-Württemberg sehr stark aufstocken können. Ich bin auch zuversichtlich, dass nach den Anfangsschwierigkeiten beim Mittelabfluss jetzt mit der Neuordnung der Förderung und weiteren Verbesserungen im Detail, die wir für das Wohnungsbauprogramm 2015 verankert haben, noch einmal ein großer Schwung an Investitionen ausgelöst wird.

Es ist und bleibt richtig: Diese Regierung ist die Regierung des bezahlbaren Wohnraums für Familien in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Gute Wirtschaftspolitik zeichnet sich dadurch aus, dass man sich nicht auf den Lorbeeren der Vergangenheit ausruht, sondern dass man in neue Themen investiert.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

Das zieht sich auch durch diesen Landeshaushalt. Schauen Sie sich an, was wir für die Innovationspolitik des Landes machen. Ich nenne die Stichworte Leichtbau, Plattform „Industrie 4.0“, ich nenne die Verstetigung der Mittel für die wirtschaftsnahe Forschung, ich nenne den Innovationsgutschein B Hightech, den wir neu eingeführt haben, der sehr gut läuft und durch den Innovationsgutschein C für die Kreativwirtschaft ergänzt worden ist, ich nenne den Venture-Capital-Fonds, den wir dieses Jahr an den Start gebracht haben.

Sie sehen: Innovation ist bei uns in guten Händen. Ich bin zu tiefst davon überzeugt, dass wir mit diesen Maßnahmen die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass die Unternehmen in Baden-Württemberg auch in Zukunft den Tick schneller und besser sind, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Helfen Sie da mit, und reden Sie das nicht klein. Wir können, gerade was die Digitalisierung der Wirtschaft angeht, Vorreiter nicht nur in Deutschland und in Europa, sondern in der ganzen Welt sein. Wir sollten die Chancen der Digitalisierung entschlossen nutzen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Sie sehen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Die Wirtschaftspolitik in Baden-Württemberg ist auf einem guten Weg. Der Landeshaushalt, der Einzelplan 07, zeichnet es nach. Ich will auch noch einmal Anerkennung und Dank für die Beratung des Einzelplans 07 im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft sagen. Es wurden durch Akzente der Regierungsfaktionen noch einmal durch wichtige Ergänzungen Fortschritte erreicht, z. B. mit der Bereitstellung von zusätzlich 300 000 € pro Jahr für die duale Ausbildung ausländischer Jugendlicher oder der Aufstockung der Mittel für das Design Center um jährlich 105 000 €. Das waren – mit anderen Elementen – wichtige Beiträge, um die Wirtschaftspolitik im Land voranzubringen.

Ich erinnere daran, dass wir das HSG-IMIT an den Standorten Villingen-Schwenningen und Freiburg noch einmal zusätzlich stärken und in die Förderung der Innovationsallianz

Baden-Württemberg aufnehmen. All das zeigt an: Auch die Regierungsfaktionen haben sich intensiv mit dem Einzelplan 07 und der Wirtschaftspolitik des Landes beschäftigt. Das freut mich. Lassen Sie uns gemeinsam auf diesem Weg des Wachstums und der Beschäftigung weiter vorangehen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Wald das Wort.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wieso hat der denn noch Redezeit?)

Abg. Tobias Wald CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Aufgrund der kurzen zeitlichen Vorgabe möchte ich nur noch einige wenige Punkte zum Thema Wohnungsbau und zur Wohnraumförderung machen.

Für uns, die CDU-Landtagsfraktion, haben die Wohnqualität und die Lebensqualität unserer Mitmenschen in Baden-Württemberg einen sehr hohen Stellenwert. Ausreichender und bezahlbarer Wohnraum in ansprechender Qualität ist dafür unerlässlich und muss für alle Fraktionen im Landtag ein wichtiges Ziel der Landespolitik sein.

Deshalb haben wir mit Spannung die neue grün-rote Wohnraumförderung 2015/2016 erwartet. Im Haushaltsplan konnten wir feststellen, dass der Bewilligungsrahmen im sozialen Wohnungsbau in den nächsten beiden Jahren jeweils um 12 Millionen € auf jährlich 75 Millionen € erhöht wurde. Wegen des zunehmenden Wohnungsmangels wurde die Erhöhung von der CDU-Fraktion und allen schriftlich angehörten Wohnungsverbänden außerordentlich begrüßt.

Allerdings sind die Fördermittel immer noch zu gering, um die Nachfrage nach preiswerten Wohnungen für die jungen Familien in unserem Land bedarfsgerecht zu decken – auch im Vergleich zu Bayern ist die Förderung in Baden-Württemberg ein Tropfen auf den heißen Stein.

Aber die Freude bezüglich der Erhöhung war nur von kurzer Dauer, denn die grün-roten Regierungsfaktionen haben mit ihrer Mehrheit einen Antrag beschlossen, welcher vorsieht, dass jeweils 15 Millionen € für den Bau von Flüchtlingsheimen aus dem Topf des Landeswohnraumförderungsprogramms herausgetrennt werden.

(Zuruf von der CDU: Oh!)

Somit stehen in den Jahren 2015/2016 weniger Wohnungsbaufördermittel als 2013/2014 zur Verfügung.

Die CDU-geführte Bundesregierung unter Dr. Angela Merkel hat ein Sonderprogramm zum Bau von Flüchtlingswohnheimen aufgelegt. Aus diesem Programm erhält Baden-Württemberg jeweils 15 Millionen €. Es ist der CDU-Fraktion sehr wichtig, dass diese Mittel auch direkt dem sozialen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden. Hier besteht Bedarf, und hier muss geholfen werden.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Wald, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Lindlohr?

Abg. Tobias Wald CDU: Nein, danke.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, Sie können doch nicht einerseits die Beträge im sozialen Wohnungsbau erhöhen und andererseits entsprechend das Geld den jungen Familien wegnehmen. Wir fordern Sie auf, meine Damen und Herren: Stellen Sie den Betrag von 15 Millionen € wieder ein, und zwar aus Ihrer erhöhten Risikovorsorge. Damit stünde genug Geld bereit. Das wäre eine seriöse und gute Haushaltspolitik, und es wäre ein Beitrag für die soziale Gerechtigkeit.

Meine Damen und Herren, in Anbetracht der Zinssituation müssen wir auch über eine Weiterentwicklung der Landeswohnraumförderungsprogramme nachdenken und diskutieren. Die CDU signalisiert hierzu Bereitschaft.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 07 – Ministerium für Finanzen und Wirtschaft (Wirtschaft). Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6007.

Zunächst rufe ich Abschnitt I der Beschlussempfehlung auf. Die dazu vorliegenden Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln zur Abstimmung stellen.

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmung über die Nummern 1 bis 3, Kapitel 0702 – Allgemeine Bewilligungen –, Kapitel 0707 – Wirtschaftspolitik und Außenwirtschaft – und Kapitel 0708 – Innovation und Technologietransfer –, zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden.

Ich rufe also die drei Kapitel gemeinsam auf:

Kapitel 0702 bis Kapitel 0708

Wer den Kapiteln 0702, 0707 und 0708 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesen Kapiteln mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 4 auf:

Kapitel 0710

Mittelstandsförderung

Der hierzu vorliegende Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/6057-1, begehrt die Neuaufnahme des Titels 683 71 N – Zuschüsse für örtliche Leistungsschauen – und fordert damit die Wiederherstellung eines Ansatzes zur Förderung örtlicher Leistungsschauen. Wer diesem Änderungs-

antrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0710 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 5 auf:

Kapitel 0711

Wohnungswesen

Zu Titel 663 76 – Zinszuschüsse – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/6057-2, vor, der eine Erhöhung der im Finanz- und Wirtschaftsausschuss gekürzten Mittel für das Landeswohnungsbauförderungsprogramm fordert. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0711 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 6 auf:

Kapitel 0712

Städtebau und Denkmalpflege

Wer Kapitel 0712 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Drucksache 15/6007, abzustimmen. Der Ausschuss schlägt Ihnen vor, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 28. Oktober 2014 betr. Wohnraumförderung 2015/2016 – Bericht und Leitlinien zur Wohnraumförderung in Baden-Württemberg –, Drucksache 15/5950, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen dem zu.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 07.

(Vereinzelt Beifall)

Ich rufe die **Punkte 1 d bis f sowie 2, 3 und 4** der Tagesordnung gemeinsam auf:

Punkt 1 d:

Einzelplan 06: Ministerium für Finanzen und Wirtschaft

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/6006

Berichterstatter: Abg. Joachim Köbler

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Punkt 1 e:

Einzelplan 12: Allgemeine Finanzverwaltung

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/6012

Berichterstatter: Abg. Tobias Wald

Berichterstatter: Abg. Andreas Schwarz

Berichterstatter: Abg. Karl-Wolfgang Jäger

Punkt 1 f:

Staatshaushaltsgesetz 2015/16 – Drucksache 15/5959

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/6000

Berichterstatter: Abg. Klaus Maier

Punkt 2:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Haushaltsbegleitgesetz 2015/16 – Drucksache 15/5960

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/6017

Berichterstatter: Abg. Klaus Maier

Punkt 3:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 14. November 2014 – Mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2014 bis 2018 – Drucksachen 15/5962, 15/6018

Berichterstatter: Abg. Klaus Maier

Punkt 4:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 14. November 2014 – Finanzplan des Landes Baden-Württemberg gem. § 18 Absatz 10 Landeshaushaltsordnung für die Jahre 2014 bis 2020 (Stand: 14. November 2014) – Drucksachen 15/5961, 15/6019

Berichterstatter: Abg. Klaus Maier

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Beratung der Tagesordnungspunkte 1 d bis f sowie 2, 3 und 4 eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Die Berichterstatter wünschen sicherlich nicht das Wort. – Das ist der Fall.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich für die CDU-Fraktion Abg. Kößler das Wort.

(Abg. Konrad Epple CDU: Guter Mann!)

Abg. Joachim Kößler CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! „Konsolidieren, investieren und sanieren statt kaputtsparen“ –

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

mit diesem Untertitel hat der Finanzminister des Landes Baden-Württemberg am 18. Oktober in der „Börsen-Zeitung“ einen Artikel veröffentlicht.

(Staatssekretär Ingo Rust: Recht hat er!)

U. a. sagt der Finanzminister Folgendes:

Es gibt gute Gründe, keine neuen Schulden zu machen und den bereits vorhandenen Schuldenberg abzutragen.

Weiter führt der Finanzminister aus:

Das sind zum einen moralische Gründe. Denn wir dürfen nicht unseren Kindern unsere Schulden hinterlassen.

Zudem führt er „Gründe der politischen Rason“ an:

... ein hoher Schuldenstand reduziert die Handlungsfähigkeit des Staates.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Warum haben Sie das dann gemacht?)

Geld, das für Zinszahlungen ausgegeben wird, kann nicht in Schulen, Straßen oder die Förderung von Innovation investiert werden ...

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf: Sehr richtig!)

Dem kann man nur beipflichten. Aber wie sieht es tatsächlich in Baden-Württemberg aus?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: 43 Milliarden € Schulden haben wir geerbt! Wir haben von Ihnen den ganzen Schuldenberg geerbt! Erblast! – Gegenruf des Abg. Konrad Epple CDU: Das Geld kommt doch rein!)

– Darauf kommen wir nachher noch zu sprechen.

Die Schulden des Landes sind von Ende 2010 bis 2013 um fast 2 Milliarden € gestiegen. Die Pro-Kopf-Verschuldung hat sich im selben Zeitraum von 3 918 € auf 4 174 € erhöht.

(Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

Parallel dazu kann man jetzt die Einnahmen betrachten. Die Isteinnahmen betragen im Haushaltsjahr 2011 36,9 Milliarden € und stiegen bis Ende 2013 auf 42,8 Milliarden €, also um sage und schreibe 5,9 Milliarden € oder 16 % – in drei Jahren!

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Super!)

Die Landesregierung hatte also, was die Istberechnung betrifft, in den Jahren 2011 bis 2013 insgesamt einen Spielraum von 7,9 Milliarden € zur Verfügung.

Sie haben dann – trotz guter Haushaltslage – 2013 1,78 Milliarden € Schulden in den Haushalt eingestellt; 2014 haben Sie 1,2 Milliarden € an Kreditermächtigungen eingestellt, obwohl Sie eine ganze Menge Kassenüberschüsse haben.

Hinzu kommt, dass Sie auf der Grundlage der Steuerschätzung vom 6. November 2014 weitere 800 Millionen € an Mehreinnahmen erwarten können.

(Joachim Kößler)

Ich sage es ganz offen: Ihr Haushaltsgebaren zielt darauf ab, für 2015 und 2016 genügend Geld zu bunkern, damit Sie im Wahljahr 2016 und bereits auch 2015 entsprechende Ausgaben machen können,

(Abg. Konrad Epple CDU: Geschenke!)

um Ihre Basis

(Zuruf von der SPD: Chapeau! – Abg. Martin Rivoir
SPD: Gut für das Land!)

befriedigen zu können.

Es handelt sich also bei dem Haushalt 2015/2016 um ein Budget für all solche Wahlgeschenke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP – Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Ihr kapiert
es nie!)

Lassen Sie mich auf das Haushaltsgebaren näher eingehen. Bei genauer Betrachtung gibt es im Haushalt Überschüsse und Kreditermächtigungen. Ich nenne Ihnen diese im Einzelnen, weil Sie es sonst sicherlich nicht glauben würden: Überschüsse in den Vorjahren: 3 Milliarden €. Das hat Ihnen übrigens auch der Rechnungshof attestiert. Nicht in Anspruch genommene Kreditermächtigungen: 1,5 Milliarden €. Mehreinnahmen aus der Steuerschätzung von November: 800 Millionen €. In der Summe ergibt dies 5,3 Milliarden €. Davon abgezogen werden müssen Ausgabereste 2013 von 2,2 Milliarden €.

So haben Sie insgesamt also eine erhebliche Verfügungsmasse – was übrigens der Bund der Steuerzahler in einem Artikel als „Verschleierungspolitik“ bezeichnet.

(Abg. Konrad Epple CDU: Skandal!)

Die Verfügungsmasse hätte also gut ausgereicht, um in den beiden Jahren keine neuen Schulden zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Der Rechnungshof hat es Ihnen ganz deutlich ins Stammbuch geschrieben – ich zitiere –:

Die Aufnahme neuer Kredite bei gleichzeitig hohen kassenmäßigen Überschüssen ist ... nicht nachvollziehbar. Der stetige und zuletzt sprunghafte Anstieg der kassenmäßigen Überschüsse im vergangenen Haushaltsjahr zeigt, dass die Nettokreditaufnahme verzichtbar war.

Lassen Sie mich noch auf einen weiteren Punkt eingehen, und zwar auf die überzogenen Rücklagen. Der Haushalt enthält nach unserer Auffassung einen großen Teil überzogene Rücklagen. Wir haben deshalb in den Beratungen des Finanzausschusses entsprechende Anträge gestellt. Sie sind dem nicht gefolgt. Wir haben Ihnen in Bezug auf globale Mehrausgaben bei Personalausgaben und Zuführungen zu den Rücklagen für Haushaltsrisiken Vorschläge gemacht, und wir werden diese Vorschläge nachher nochmals zur Abstimmung stellen. Ich hoffe, dass Sie diesen Vorschlägen dann zustimmen.

(Lachen der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Würden Sie diesen Vorschlägen folgen, so wäre die Nettokreditaufnahme im Jahr 2015 nicht notwendig. Sie haben dies nicht getan, und zwar aus den eben dargelegten Gründen.

Es ist unseres Erachtens ein Armutszeugnis, dass Baden-Württemberg im Unterschied zu anderen Bundesländern keine Schulden zurückzahlt und auch die Nullneuerschuldung nicht erreicht. Ich verweise auf einige andere Bundesländer, um Ihr Problembewusstsein zu schärfen: Da ist Bayern mit Rückzahlungen in Höhe von 1,7 Milliarden €; es folgen Brandenburg, Sachsen, Schleswig-Holstein, Hessen, Thüringen usw. Diese Länder haben bereits im Jahr 2013 etliche Schulden zurückgezahlt. Am Ende der Skala stehen nur noch Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wer hat denn das AAA?
Schleswig-Holstein etwa?)

Trotz dieser guten Haushaltslage planen Sie für die Jahre 2017 und 2018 weitere Schuldenrunden in einem Umfang von rund 1,5 Milliarden €. Sie werden wohl 2016 offenbar die Nullneuerschuldung erreichen; in den Jahren 2017 und 2018 wollen Sie jedoch erneut eine Dreiviertelmilliarde Euro an Schulden aufnehmen.

Ich komme noch einmal auf den Artikel in der „Börsen-Zeitung“ zurück. Der Finanzminister hat dort auch gesagt:

Sparen schafft zwar langfristig Spielräume zur Gestaltung – doch nur, wenn man eben nicht kaputtspart.

Der Finanzminister bezieht sich in diesem Zusammenhang auf einen Artikel von Marcel Fratzscher vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. Dieser bemängelt, dass in Deutschland zu viel von der Substanz gelebt wird und zu wenig investiert wird. Dem kann man nur beipflichten.

Ich sage Ihnen auch: Diese Regierung hat zu wenig investiert. Ich nenne Ihnen kurz die Investitionsquoten, beginnend mit dem Jahr 2010: 2010 waren es 10,8 %, 2011 10,7 %; die Investitionsquote für 2013 beträgt 9 % und für 2015 und 2016 jeweils 8,9 %.

Wir stehen damit am Ende der Skala der Bundesländer, und das ist für Baden-Württemberg zu wenig.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Andreas Glück
FDP/DVP)

Sie loben im Augenblick die hohe Investitionsquote. Sie loben die Wirtschaft. Sie loben die Patente. Sie loben die Forschungsdichte. Es sind aber private Investitionen der Unternehmen. Es sind Investitionen, die durch die Arbeitnehmer und Unternehmer in Baden-Württemberg zustande kommen. Sie haben zu wenig Investitionen vorgesehen.

Ich kann Ihnen nur raten: Nehmen Sie unsere Anträge an. Dann haben Sie weitere Spielräume, und Baden-Württemberg erreicht eine Nullneuerschuldung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Aras das Wort.

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stehen heute vor dem Abschluss der intensiven Beratungen des Haushalts 2015/2016. Deshalb möchte ich im Namen meiner Fraktion erst einmal allen herzlich Dank sagen, die daran mitgewirkt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Die Beratungen im Finanz- und Wirtschaftsausschuss liefen trotz aller Unterschiede in der Sache kollegial und sachlich ab. Dafür auch ganz herzlichen Dank an die Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen.

Vor allem möchte ich meinen Dank an den Vorsitzenden, Herrn Karl Klein, richten,

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der SPD)

und zwar für seine konzentrierte, aber immer gelassene und souveräne Sitzungsleitung. Nochmals ganz herzlichen Dank!

(Beifall der Abg. Nikolaus Tschenk GRÜNE und Ernst Kopp SPD)

Es gab im Finanz- und Wirtschaftsausschuss einige interfraktionelle Anträge. Es gab sogar Anträge, die wir einstimmig, also fraktionsübergreifend, beschließen konnten. Insofern kann von Arroganz der Regierungsfaktionen nicht die Rede sein.

(Abg. Paul Locherer CDU: Na ja!)

Heute beraten wir den Einzelplan 06, den Einzelplan 12, das Staatshaushaltsgesetz 2015/16 und das Haushaltsbegleitgesetz 2015/16. Das ist für mich der Zeitpunkt, um Bilanz zu ziehen: Wo stehen wir? Wie sieht der Haushalt aus?

Unsere politischen Maximen lauten Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit. Das übersetzen wir im Haushalt mit dem Dreiklang aus Konsolidieren, Sanieren und Investieren. Ich möchte nur ein paar Punkte beispielhaft erwähnen.

Zunächst zu den Punkten Sanieren und Investieren; ich gehe nur schlagwortartig darauf ein, weil wir alle Einzelpläne intensiv diskutiert haben.

Erstens investieren wir massiv in Landesgebäude. So geben wir allein 200 Millionen € für Hochschulen aus. Sie von der früheren CDU-FDP/DVP-Regierung haben uns hier einen Sanierungsstau von über 5 Milliarden € hinterlassen. Sanierungsstauabbau ist auch Schuldenabbau.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir legen ein Investitions- und Sanierungsprogramm mit dem Schwerpunkt Straßen und Brücken in Höhe von 305 Millionen € auf. Wenn Sie sich mit der Wirtschaft unterhalten, wird sie Ihnen sagen, dass sie eine gute Infrastruktur braucht.

(Beifall der Abg. Nicole Razavi CDU)

Es darf nicht sein, dass in Baden-Württemberg die Sperrung von Brücken droht. Insofern sind diese Investitionen absolut notwendig; sie werden von der Wirtschaft dringend gebraucht.

(Beifall des Abg. Claus Paal CDU – Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Wir investieren aber nicht nur in die Infrastruktur, sondern auch in Bildung, angefangen bei der frühkindlichen Bildung

(Abg. Konrad Epple CDU: Und Einbildung!)

über die schulische Bildung bis zur Hochschulbildung. Ich nenne hier beispielhaft die Vorbereitungsklassen. Wir haben heute Morgen vom massiven Anstieg der Flüchtlingszahlen gehört. Unter den Flüchtlingen befinden sich viele Kinder im vorschulischen Alter und Schulalter. Diese Kinder und auch die Lehrkräfte brauchen unsere Unterstützung, und diese stellen wir mit diesen Investitionen sicher.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ein weiteres Beispiel sind die Hochschulen. Die Hochschulen bekommen im Rahmen der Finanzierungsvereinbarung „Perspektive 2020“ bis zum Jahr 2020 zusätzlich 1,7 Milliarden €. Das ist eine grundsätzliche Finanzierung, auf die sie lange gewartet haben. Andere Länder nehmen sich daran ein Beispiel und erachten sie als gut.

Als letztes Beispiel nenne ich schlagwortartig die Investitionen in die Arbeitswelt. Wir stärken auch mit diesem Haushalt die Steuerverwaltung. Sie haben in den letzten zehn Jahren 2 000 Stellen in diesem Bereich abgebaut. Wir stärken die Steuerverwaltung wieder. Das führt zu mehr Steuergerechtigkeit. Insofern sind diese Ausgaben mehr als gerechtfertigt und gut.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir führen die Telearbeit ein. Wir erweitern den Beförderungskorridor in den Bereichen Polizei und Steuerverwaltung. Das ist unsere Antwort bei der Personalpolitik: Wertschätzung und Anerkennung, Förderung und Flexibilisierung. So sieht moderne grün-rote Personalpolitik aus.

So weit zu Investieren und Sanieren.

Zum zweiten Bereich: Konsolidieren. Wir werden mit dem Haushaltsentwurf 2015/2016 zum dritten Mal in dieser Legislaturperiode einen Haushaltsentwurf vorlegen, der – in diesem Fall für 2016 – keine neuen Schulden vorsieht.

(Zuruf des Abg. Joachim Kößler CDU)

Sie haben dies in den 58 Jahren Ihrer Regierungszeit gerade einmal in drei Jahren geschafft. Insofern sollten Sie ganz ruhig sein.

Des Weiteren haben wir einen Finanzplan bis 2020 vorgelegt, in dem der Weg genau beschrieben wird, wie wir die Schuldenbremse in 2020 einhalten werden. Wir werden im Jahr 2020 Schulden tilgen; nicht umsonst haben wir von der Ratingagentur Standard & Poor's erneut die Bestnote AAA bekommen. Ich denke, das ist berechtigt und gerechtfertigt.

Zur Konsolidierung: Eine Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung untersuchte, wo die Bundesländer auf dem Konsolidierungsweg stehen und ob sie 2020 die Schuldenbremse einhalten können. Ich kann Ihnen sagen – ich zeige Ihnen eine Grafik –,

(Die Rednerin hält eine Grafik hoch.)

(*Muhterem Aras*)

dass Bayern und Baden-Württemberg an der Spitze stehen. Wir sind mit Bayern am besten aufgestellt. Bayern steht an erster Stelle, wir an zweiter Stelle. Das können Sie sich gern anschauen. Ich überlasse es Ihnen auch gern. Insofern kann es nicht stimmen, dass wir den Haushalt ruiniert hätten. Im Gegenteil: Der Haushalt ist bestens aufgestellt, nachhaltig und zukunftsfähig. Deshalb haben wir zu Recht AAA bekommen, und diese Statistik belegt, dass unser Konsolidierungsweg richtig ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Frau Kollegin Aras, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kößler?

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Bitte.

Abg. Joachim Kößler CDU: Jetzt muss ich ein bisschen Wasser in den Wein schütten, und zwar aus folgendem Grund – ich lese es kurz vor und frage Sie, ob es Ihnen bekannt ist –:

Das Institut der Wirtschaft hat am 10. März 2011 berichtet, Baden-Württemberg gelte neben Bayern als Vorzeigeland. Baden-Württemberg wird attestiert, dass es jederzeit seinen Schuldenstand senken könne. Es sei eines der besten Länder unter den westlichen Bundesländern.

(Beifall der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Diesen Zustand hatten wir schon 2011.

(Abg. Konrad Epple CDU: Erblasten!)

Ist Ihnen das bekannt?

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Ich lebe auch schon einige Jahre in diesem wunderschönen Bundesland, und dass es eines der schönsten Bundesländer ist, war mir auch schon vorher bekannt. Danke.

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Matthias Präfrock CDU: Das war nicht die Antwort auf seine Frage!)

Auch in der weiteren Beratung haben Sie nur starke Sprüche geklopft.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Nicht mal das!)

Sie forderten eine sofortige Nullneuerschuldung. Was die Tarifverhandlungen angeht, so forderten Sie eine zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Verhandlungsergebnisses auf die Beamten. Dies und die Rücknahme der Absenkung der Eingangsbesoldung sei Ihren Ausführungen zufolge kein Problem.

Dann war ich gespannt auf die Beratungen. Wie sah die Realität aus? Mit Ihrem Änderungsantrag 12/2 im Finanzausschuss – das haben Sie vorhin noch einmal ausgeführt – haben Sie gefordert, die globalen Mehrausgaben für das Personal massiv zu kürzen. Allerdings dient dieser Titel gerade dazu, Tarifanpassungen zu finanzieren. Sie wollen damit die Wiederanhebung der Eingangsbesoldung finanzieren. Mit anderen Worten: Sie wollen eine Nullrunde für alle Beamten ab 2015. Dann müssen Sie sich aber auch in öffentlicher Sitzung hinstellen und das sagen, und vor allem sollten Sie sich vor-

her mit dem Chef des Beamtenbunds Baden-Württemberg, Herrn Stich, unterhalten. Ob er dann noch dazu aufruft, die CDU zu wählen, da bin ich mir unsicher. Schenken Sie reinen Wein ein!

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: Das tun wir! Darauf können Sie sich verlassen! Das tun wir sehr intensiv und sehr kollegial!)

Wir sind nicht für eine Nullrunde, sondern für eine sozial gestaffelte Verschiebung. Dazu stehen wir. Das ist richtig. Wenn Sie die Nullrunde wollen, dann sagen Sie es noch einmal.

Herr Herrmann hat dieser Tage gesagt, man könne die Besoldungserhöhungen sozusagen mit den Resten finanzieren.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Sehr richtig!)

Herr Herrmann, wenn die CDU so weit ist, dass sie das Personal oder die Tarifierhöhungen über die Reste finanziert, dann erklären Sie die Mitarbeiter zur Restgröße.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Völliger Blödsinn!)

Bei uns stehen die Mitarbeiter im Zentrum.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Joachim Kößler CDU meldet sich.)

– Keine Frage.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Keine Zwischenfrage.

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Zweiter Punkt: Straßenbau.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Sie geben die Reste für andere Dinge aus! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Die Mitarbeiter sind keine Reste! – Gegenruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Sie erzählen immer Märchen und behaupten, Grün-Rot würde nicht genügend für den Straßenbau tun. Das sind schrille Töne der CDU.

In der Beratung – sowohl im Finanz- und Wirtschaftsausschuss als auch hier – haben wir entsprechende Anträge gestellt; sie sind natürlich glücklicherweise durchgekommen. Sie haben sich dagegengestellt. Das heißt, Sie haben gegen den Straßenbau gestimmt.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau!)

Sie haben gegen die Infrastruktur gestimmt.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Wir bauen Stuttgart 21! Wir zahlen!)

Sie haben gegen die Interessen der Wirtschaft in diesem Land gestimmt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Beispiel 3: Flüchtlingsgipfel. In Pressemitteilungen haben Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, behauptet, dem Flüchtlingsgipfel würden keine Taten folgen. Im Ausschuss gab es von uns dazu konkrete Anträge in Bezug auf Sprach-

(Muhterem Aras)

förderung, Förderung des Flüchtlingsrats, Unterstützung der ehrenamtlich Tätigen, Förderung der psychosozialen Zentren, Stipendienprogramme für Flüchtlinge, die ihr Studium abbrechen mussten, usw. Das alles sind ganz konkrete Punkte, die beim Flüchtlingsgipfel beraten und besprochen wurden, die wir in Anträge gegossen haben. Gegen all diese Anträge haben Sie gestimmt. Insofern sollten Sie mit diesen schrillen Tönen aufhören.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Zuruf: Bravo! – Zurufe von der CDU)

Dies zeigt einfach Ihre Politik.

Kollege Herrmann hat kürzlich in einem Interview sinngemäß gesagt: „Opposition ist nicht unser Ding. Wir wollen lieber regieren.“

(Abg. Martin Rivoir SPD: Das Erste stimmt! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Wir können es besser als ihr!
– Beifall bei der CDU – Oh-Rufe von den Grünen und der SPD – Zuruf: Tää, tää, tää! – Abg. Martin Rivoir SPD: Es kommt zuerst Weihnachten, nicht Fasching! – Weitere Zurufe)

– Lieber Kollege Herrmann, das ist so,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

wie wenn jemand bei der Führerscheinprüfung dreimal durchgefallen ist und dann sagt: „Jetzt mache ich lieber den Flugerschein.“

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Ihr seid fünfmal durchgefallen, wir einmal!)

Ich empfehle etwas anderes: Ich empfehle eine Nachschulung, eine Nachschulung in Oppositionsarbeit für die kommende Legislaturperiode. Denn gutes Regieren führt nur über den Weg einer guten Opposition. Davon ist diese Opposition noch sehr weit entfernt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Thomas Blenke CDU: Jetzt sind wir schuld, dass Sie schlecht regieren!)

Nun möchte ich zwei Anträge der FDP/DVP-Fraktion herausgreifen, obwohl sie eigentlich nicht der Rede wert wären. Zum einen Ihr toller Antrag, Herr Rülke, für eine Infrastrukturoffensive Baden-Württemberg 2020.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Genau!)

Sie plündern – so sage ich es einmal – das Kapital der Landesstiftung, indem Sie es fast halbieren wollen.

(Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Sie fordern, aus diesem Kapital 1 Milliarde € bereitzustellen. Sie machen sich keine Gedanken darüber, welche Ertragsteuern entstehen. Sie machen sich keine Gedanken darüber, wie die Projekte in den Bereichen Forschung, Bildung, Soziales, die bisher eine Förderung aus Erträgen der Landesstiftung erhalten haben, künftig finanziert werden sollen.

(Zuruf des Abg. Karl Rombach CDU)

Oder meinen Sie, das ist alles „nice to have“, alles Luxus, oder was? Das sind alles sinnvolle Projekte. Auch Ihre Fraktion ist meines Wissens im Aufsichtsrat vertreten; dort werden die Beschlüsse einstimmig gefasst. So viel zu diesem Antrag.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Die FDP will die LBBW-Anteile verkaufen!)

Ein zweiter interessanter Antrag: Licht an mit Köpfchen. Sie haben tatsächlich beantragt, dass den regionalen Energieagenturen pro Haushaltsjahr 1 Million € bereitgestellt wird.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, stellen Sie sich vor!)

Die Konsumenten sollen, wenn sie einen Austausch vornehmen, Energiesparlampen kaufen, zu den Energieagenturen gehen und den Kassenbon einreichen, und dann kassiere ich 10 €.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nicht Sie! Nein, nein! Das haben wir, glaube ich, nicht beantragt! – Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

– Die Konsumenten. – Das heißt, Sie produzieren bei einer Fördersumme von 1 Million € pro Haushaltsjahr 100 000 Verwaltungsakte. Haben Sie sich eigentlich überlegt, was Sie da machen? Was ist das für ein Bürokratiemonstrum?

(Zuruf von der CDU: Streuobstwiese!)

Ich kann nur sagen: Vielleicht war das Licht an, als der Antrag geschrieben wurde; aber das Köpfchen war bestimmt nicht eingeschaltet.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf von der CDU: Wer im Glashaus sitzt!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Maier das Wort.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Licht an!)

Abg. Klaus Maier SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere Wirtschaft trotz den schwierigen Rahmenbedingungen angesichts der Krise in Russland und der Ukraine und bleibt weiter auf Erfolgskurs. Die Innovationskraft des Landes ist groß. Die Arbeitslosenquote entwickelt sich sehr gut, sie ist sehr niedrig, und das Steueraufkommen ist sehr positiv. Ich will zu Beginn meiner Rede, bevor ich auf Themen im Bereich Finanzen und Steuern eingehe, erst einmal den Steuerzahlern recht herzlich für das danken, was sie in Baden-Württemberg geleistet haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Karl Klein CDU – Oh-Rufe)

Der zweite Dank geht an die Finanzverwaltung. Sie hat gut gearbeitet, und zwar deshalb, weil wir sie gestärkt haben. Wir haben unser Versprechen, 500 Stellen aufzubauen – anstatt sie, wie es früher der Fall war, weiter abzubauen – und 500 Ausbildungsstellen zu schaffen, mit dem Doppelhaushalt 2015/2016 eingehalten. Wir haben zahlreiche Stellen angehalten und die Arbeit durch ein Technikpaket ergänzt.

(Klaus Maier)

Ich will auch nicht das Steuerabkommen mit der Schweiz verschweigen. Man muss noch einmal darauf hinweisen: Es war gut, dass unsere Regierung das im Bundesrat abgelehnt hat.

(Zurufe von der SPD: Genau! – Sehr richtig!)

Denn jetzt klingeln die Kassen; sie kommen aus der Schweiz und zahlen ein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Klingelgeling! – Abg. Martin Rivoir SPD: Und Hoeneß sitzt im Knast!)

Erwähnen will ich auch die wichtige Staatliche Vermögens- und Hochbauverwaltung, die beim Abbau des Sanierungsstaus eine wichtige Rolle spielen wird. Durch eine umfassende Neuorganisation, besseren Personaleinsatz und eine bessere Ausstattung wird diese Verwaltung gestärkt und in die Lage versetzt, ihre Ziele zu erreichen. Dafür danke ich Herrn Staatssekretär Ingo Rust ganz herzlich.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Meine Damen und Herren, der Einzelplan 12 – Allgemeine Finanzverwaltung – dokumentiert die Steuereinnahmen. Es wird immer wieder von Rekordsteuereinnahmen gesprochen. Man misst das relativ objektiv an der Steuerdeckungsquote, dem Anteil der Steuereinnahmen an den bereinigten Gesamtausgaben. Das ist eine objektive Messgröße. Sie beträgt 73,7 % im Jahr 2015 und 74,3 % im Jahr 2016, also etwa drei Viertel der Ausgaben. Das Niveau lag 2008, also vor der Krise, mit 81,2 % also weitaus höher; es war weitaus besser. 2007 hatte es mit 81,9 % nochmals höher gelegen. Sie sehen also: Rekordsteuereinnahmen haben auch schon die Regierungen vor uns gehabt. Das ist nichts Neues. Man denkt immer, bei uns gebe es das zum ersten Mal.

(Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Es gab immer wieder einmal Rekordsteuereinnahmen. Richtige Rekordsteuereinnahmen gab es 2007 und 2008. Und – hört, hört! – bei den Rekordsteuereinnahmen im Jahr 2007 hat die alte Regierung 997,4 Millionen € an Schulden aufgenommen.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD zu CDU und FDP/DVP: Schuldenmacher! – Zurufe von der CDU)

Das passt ganz genau auf uns – im Jahr darauf eine Null. Wir machen 2016 auch eine Null. Also, bitte schön.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Und 2017 und 2018 wieder Schulden! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Was ist dann 2017? – Gegenruf des Abg. Klaus Herrmann CDU: Da sind die nicht mehr an der Regierung! – Unruhe)

Im Kapitel „Kommunaler Finanzausgleich“ sind 9,9 und 10,3 Milliarden € veranschlagt. Damit ist der kommunale Finanzausgleich ein Spiegelbild des guten und partnerschaftlichen Verhältnisses zwischen Land und Kommunen.

Lassen Sie mich dazu ein Beispiel herausgreifen. Der Pakt für Familien mit Kindern hat den Ausbau der Kleinkindbetreuung in unserem Land richtig vorangebracht. Nachdem der

Bruttzuschuss unter die vereinbarten 68 % zu sinken drohte, haben wir nachgesteuert. Die Lücke wird mit 13 Millionen € im Jahr 2015 und 105 Millionen € im Jahr 2016 geschlossen. Zusätzlich legen wir noch ein Investitionsprogramm mit 50 Millionen € auf, das eine Lücke beim Bund schließt. Das wird einen weiteren Schub für die Kleinkindbetreuung bedeuten.

Meine Damen und Herren, das ist Vertragstreue. Das ist eine vorbildliche Partnerschaft unserer Regierung mit den Städten und Gemeinden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Diese Partnerschaft setzen wir auch bei den Flüchtlingen fort. Wir brauchen Geld. Es ist eine große gemeinsame Aufgabe, die wir stemmen müssen. Dafür haben wir eine Rücklage gebildet. Diese Rücklage werden wir nicht plündern.

Beim Kapitel „Schulden und Forderungen“ finden wir beim Titel „Nettokreditaufnahme“ für 2016 eine schon vertraute Zahl,

(Zuruf: Null!)

und zwar die Null. Nach 2011 und 2012 gelingt es wieder – zum dritten Mal –, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Nils Schmid ist damit der erfolgreichste Finanzminister in der Geschichte unseres Landes.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Sascha Binder SPD: Zahlen lügen nicht! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Bravo! Gut gemacht! – Zuruf: Hoi! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Da muss er selbst lachen!)

Wir stellen aber auch eine Kreditermächtigung in Höhe von 768 Millionen € ein.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Es ist ja bald Weihnachten!)

Diese Vorgehensweise haben wir heftig diskutiert. Es standen zwei Möglichkeiten zur Wahl: Erstens: keine Verschuldung in den Jahren 2015 und 2016. Das wäre einfach, populistisch, hätte allerdings der Opposition das einzige Argument in der Finanzpolitik aus der Hand genommen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ah, deshalb macht ihr Schulden! – Zuruf von der CDU: Wegen uns?)

Damit hätten wir aber die Augen vor unkalkulierbaren Risiken in der Zukunft verschlossen. Wir hätten die Rücklagen geplündert oder – die CDU schlägt das ja vor und hat damit ein klares Zeichen gesetzt – die globale Mehrausgabe bei den Personalausgaben gekürzt. Nun muss man wissen, dass diese Mehrausgabe dazu da ist, Tarifabschlüsse zu finanzieren. Bei unserem Haushalt wird mit dem Ist 2013 gerechnet, und das wird dann um 1,5 % hochgerechnet. Wenn dann die Tarifsteigerungen höher ausfallen, ist nichts mehr da. Daher brauchen wir diese globale Mehrausgabe.

Man hätte auch wie folgt ein Zeichen setzen können: Nullrunde für die Beamten, wenn die Tarifierhöhungen über das hin-

(Klaus Maier)

ausgehen, was wir im Haushalt haben. Das wollen wir aber nicht. Wenn Sie das wollen, dann sagen Sie es Ihrem Parteifreund Stich. Legen Sie die Karten auf den Tisch! Ich glaube, wir sind hier verlässlich, und wir sind hier solide. Wir haben das auch solide finanziert.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Die zweite Möglichkeit bei der Entscheidung über die Verschuldung war, den Dreiklang „Investieren, Sanieren und Konsolidieren“ weiterzuführen. Das bedeutet: Investieren in Bildung, Kleinkindbetreuung, Schulen, Hochschulen und Verkehrsinfrastruktur, Abbau des Sanierungsstaus beim staatlichen Hochbau, bei den Straßen, Brücken, Uniegebäuden und beim Hochwasserschutz, und konsolidieren, also den ursprünglichen Abbaupfad, den wir entwickelt haben, bis 2020 abzuflachen.

Wir haben uns für diese zweite Möglichkeit, diesen zweiten Weg, entschieden. Die Regierung ist damit auf einem erfolgreichen Weg.

Ich darf daran erinnern, dass der ursprüngliche Plan vorsah, die strukturelle Deckungslücke, die wir übernommen haben, nach und nach zu schließen. Für 2013 waren 1,7 Milliarden € Schulden in den Haushalt eingestellt, für 2014 1,4 Milliarden €, für 2015 1,6 Milliarden € und für 2016 840 Millionen €. Aktuell – das ist der Konsolidierungsfortschritt – liegen wir bei 1,7 Milliarden € für 2013, bei 1,2 Milliarden € für 2014, bei 768 Millionen € für 2015 und bei null für 2016. Das ist ein Fortschritt – oder eine Absenkung von 5,1 Milliarden € auf 3,7 Milliarden €.

Die Regierung geht mit diesem Geld wirtschaftlich um. Es wird sicher und sinnvoll in die Pensionsrücklage und in den Pensionsfonds angelegt.

Herr Köbller, Sie ziehen ja immer Vergleiche mit anderen Bundesländern heran. Wir hätten natürlich diese Fonds auch kürzen können, einen Deckel darauf legen können, sie auf 100 Millionen € pro Jahr, wie es Bayern macht, begrenzen können. Dann hätten wir das Geld gehabt, um eine Neuverschuldung zu vermeiden.

(Der Redner hält eine Grafik hoch)

Ich zeige einfach noch einmal das Tableau vom Kollegen Schmiedel. Das hier sind unsere Rücklagen, das sind unsere Fonds, das ist der Sanierungsstau, den wir abbauen, und das ist unsere Verschuldung. Die Rechnung geht auf.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Eine Null!)

Das ist sicher angelegtes Geld. Das Geld, das wir aufgenommen haben, haben wir – besser verzinst – in Fonds und Rücklagen angelegt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir haben allerdings einen anderen Plan nicht diskutiert, einen Plan, wie ihn die FDP vorschlägt. Ich nenne ihn „Investitionsoffensive mit abenteuerlicher Finanzierung“.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Das war Ihre Idee!)

Herr Rülke, Sie werfen uns ja immer vor, Wahlgeschenke zu machen. Sie werfen uns vor, Wahlgeschenke zu verteilen. Was Sie aber gemacht haben, übertrifft alles: Eine Investitionsmilliarde. Das Tollste daran ist die abenteuerliche Finanzierung.

Erste Möglichkeit: Plünderung der Landesstiftung,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Pfui!)

wobei dann vermutlich unter dem Strich mehr Steuern anfallen, als Ertrag anfällt.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Das wollten Sie doch auch schon einmal machen! – Unruhe)

Mit der Landesstiftung – das haben wir gestern schon ein bisschen andiskutiert – kann man nichts finanzieren, was im Haushalt als Pflichtaufgabe steht. Das geht einfach nicht. Mit der Landesstiftung kann man freiwillige Sachen machen, aber keine Straßen bauen oder sanieren usw. Das geht also schon einmal gar nicht.

Zweite Möglichkeit – typisch FDP, Herr Rülke; alles andere hätte mich auch gewundert –: Verkauf des Tafelsilbers –

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Das war Ihre eigene Idee!)

Flughafenbeteiligung, LBBW-Beteiligung.

(Zurufe von der SPD)

Das kann man natürlich machen, aber wir machen das selbstverständlich nicht.

Richtig abenteuerlich wird es dann beim Griff nach den EnBW-Aktien. Ein Verkauf ginge zurzeit nur unter dem Marktwert. In der Summe hätten wir also Milliardenverluste statt Milliardeneinnahmen. Das ist der Finanzierungsvorschlag der FDP, die uns immer lautstark kritisiert. Sie spucken in Haushaltsdebatten gern große Töne. Das, was die FDP diesmal hinlegt, ist eine finanzpolitische Geisterfahrt, Herr Rülke.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Sascha Binder SPD: Ja! Das ist richtig!)

Beim staatlichen Hochbau hat die Koalition im Finanz- und Wirtschaftsausschuss große Anstrengungen unternommen, große Änderungen gemacht. Zusammen mit einer Reihe von Investitionen in einigen Fachressorts entstand ein großes Sanierungs- und Investitionspaket. Damit stemmt die Landesregierung den größten Bauhaushalt in der Landesgeschichte. Damit werden Schulden abgebaut. Denn ein Abbau des Sanierungsstaus ist ein Abbau der impliziten Verschuldung. Damit wird wirtschaftlich sinnvoll gehandelt, denn ein Sanierungsstau ist teurer als die Zinsen am Kreditmarkt.

Meine Damen und Herren, unser Haushalt ist nicht „auf Kante“ genäht. Ein Doppelhaushalt ist schwer zu kalkulieren. Viele Risiken liegen in der Zukunft verborgen: die Tarifierhöhungen, die Entwicklung bei den Flüchtlingszahlen, Gerichtsentscheidungen – um nur einiges zu nennen. Jedes Unternehmen müsste für diese Dinge Rückstellungen bilden. Wir machen das auch. Wir bilden eine Rücklage. Und das alles ergibt einen soliden und robusten Haushalt. Das politische Credo „Investieren, Sanieren und Konsolidieren“ wird beispielhaft umgesetzt.

(Klaus Maier)

Ich komme noch zur mittelfristigen Finanzplanung; sie schreibt den Doppelhaushalt bis 2018 fort. Ich verkenne nicht, dass bei der mittelfristigen Finanzplanung noch Handlungsbedarf gegeben ist. Wir müssen die Konsolidierung weiterführen. Ich glaube, es ist einfach ehrlich, zu sagen: Für 2017 und 2018 gibt es noch Kreditermächtigungen, wenn wir nicht weiter sparen können. Das zeugt von Ehrlichkeit. Aber bei einem ehrgeizigen Finanzminister – das hat er ja schon öfter erklärt –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Behauptet!)

bin ich mir sicher, dass er das in den Griff bekommt.

Der Finanzplan 2020 zeigt – nach einer Nettonull im Jahr 2019 – schon auf, dass es möglich ist, Schulden zu tilgen. Wir tilgen dann ab 2020 die alten Schuldenberge.

Die SPD-Fraktion stimmt diesen Einzelplänen 06 und 12 zu.

Bevor ich nun zum Schluss komme, möchte ich nicht versäumen, mich bei den zahlreichen Beamtinnen und Beamten in den Ministerien zu bedanken, die mit viel Akribie und Fleiß zum Gelingen der Haushaltsberatungen beigetragen haben. Ihre Vorarbeit für die politischen Entscheidungen war sehr gut und von hoher fachlicher Qualität. Und ganz wichtig: Sie haben es dem Finanzminister ermöglicht, dass er diesen Doppelhaushalt, wie man es von der grün-roten Landesregierung gewohnt ist, noch rechtzeitig im alten Jahr vorlegen kann.

Mein Dank gilt auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Landtagsverwaltung für die hervorragende Arbeit während der Beratungen im Ausschuss, aber auch hier im Plenum.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke das Wort.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Maier – wo ist er denn? da hinten hat er sich versteckt –, wenn Sie sagen, die Landesstiftung heranzuziehen, um Dinge im Land Baden-Württemberg zu finanzieren, sei eine finanzpolitische Geisterfahrt,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Da hat er recht!)

dann darf ich Sie einmal fragen, warum Ihre eigene Fraktion, die SPD, das früher ständig beantragt hat.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Herr Kollege Schmiedel, Amnesie oder schon Demenz? Das haben Sie doch früher ständig selbst beantragt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist der übliche Oppositionstrick!)

– Ach so, das haben Sie nur in der Opposition für richtig gehalten, nicht in der Regierungsverantwortung.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das macht doch jeder in der Opposition!)

Na ja, gut. Aber wir halten immerhin fest: Der Kollege Schmiedel gesteht zu, dass die SPD-Fraktion zu Oppositionszeiten auf einem Geisterfahrtkurs gewesen ist.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nein!)

Das können wir für das Protokoll festhalten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Apropos finanzpolitische Geisterfahrt, Herr Kollege Maier: Sie haben ja von Konsolidierungserfolgen dieser Landesregierung gesprochen. Jetzt schauen wir uns einmal diese „Konsolidierungserfolge“ an. Ausweislich einer Landtagsanfrage ist die Rede von 1,532 Milliarden €, davon 442 Millionen € für allgemeine Einsparungen beim Personal – von der Streichung vermögenswirksamer Leistungen über diverse Einsparmaßnahmen bei der Beihilfe bis zur Absenkung der Besoldung in den Eingangsamtern ab A 9. Also: Den öffentlichen Dienst – das kann man sagen; das ist auf Dauer angelegt – haben Sie mit 442 Millionen € zur Ader gelassen. Das ist etwa ein Drittel dessen, was Sie sich als angebliche Konsolidierungserfolge gutschreiben.

Davor könnte man ja Respekt haben, wenn jetzt als Nächstes Einsparmaßnahmen bei den Sachausgaben des Landes folgen würden, auch in der Größenordnung von 400 bis 500 Millionen €. Aber weit gefehlt. Der nächstgrößere Posten ist mit dauerhaft 300 Millionen € der Vorwegabzug im kommunalen Finanzausgleich. Dies kann man für falsch oder richtig halten – eine eigenständige Einsparmaßnahme ist es jedenfalls nicht.

Der drittgrößte Posten, 272 Millionen €, ist für einen für strukturell erklärten Teil der Steuermehreinnahmen im Land im Umfang spekulativ, jedenfalls keinesfalls auf das eigenständige Handeln des Landes zurückzuführen. Damit liegt dieser Posten in der gleichen Kategorie wie der viertgrößte Posten, nämlich Zinsminderausgaben im kalkulierten Umfang von 185 Millionen €.

Bei sämtlichen Einsparposten – bis auf den ersten –, die höher liegen als 100 Millionen €, handelt es sich um Leistungen, die überhaupt nichts mit der Landesregierung zu tun haben.

Die dreistelligen Größenordnungen können wir jetzt hinter uns lassen. Aber auch danach folgen erst einmal Einnahmepositionen: 68 Millionen € aus Vermietung und Verpachtung, 66 Millionen € Mehreinnahmen aus Ausschüttungen der LBBW, 54 Millionen € aus einer sogenannten Limitabsenkung im Zusammenhang mit dem Haushalt 2013/2014, quasi einer verewigten globalen Minderausgabe. Dann kommt die erste konkrete Maßnahme, nämlich 42 Millionen € aus der Abschaffung des Landeserziehungsgelds.

Auch die Konsolidierungsmaßnahmen bei der Planaufstellung der Haushaltsjahre 2015/2016 sind von eher zweifelhaftem Wert. Denn im Jahr 2015 entfallen 292 Millionen € von 393 Millionen € im Gesamthaushalt auf den Einzelplan 12, also auf die Allgemeine Finanzverwaltung, und nicht auf Ressort-einsparungen. 2016 sollen es dann 415 Millionen € von 568 Millionen € sein.

In einer wirklich ehrlichen Bilanz zur Haushaltskonsolidierung wäre dann, statt immer wahrheitswidrig zu behaupten,

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

die Vorgängerregierung hätte einen ruinierten Haushalt hinterlassen, einmal ehrlich zu bilanzieren, was Sie denn auf den Haushalt draufgelegt haben: Jahr für Jahr kontinuierlich mehr. Diese Landesregierung hat, statt eine Fortsetzung des Kurses der Haushaltskonsolidierung mit inhaltlich neuen Akzenten zu kombinieren, den Konsolidierungspfad – allen gegenteiligen verbalen Bekundungen zum Trotz – ganz grundsätzlich verlassen. Sie haben die Haushalte von Anfang an expansiv ausgestaltet: 2011 plus 5,2 %, 2012 plus 5,7 %, 2013 plus 4,8 %. Damit wurden natürlich auch Fakten geschaffen, die nicht so schnell rückgängig zu machen sind – ganz abgesehen davon, dass Zeit verschenkt worden ist, die bei Rekordsteuereinnahmen für eine konsequente und ehrliche, wirkliche Konsolidierung des Haushalts hätte genutzt werden können. Aber genau das haben Sie eben nicht getan, meine Damen und Herren.

Eine kurze Übersicht von Projekten, bei denen Grün-Rot mit Wirkung auf den Haushalt neue Akzente gesetzt hat, zeigt zugleich auch deren Fragwürdigkeit: Verzicht auf 170 Millionen € an Studiengebühren, 160 Millionen € in der Endstufe des Projekts „Freiwilliges Lebensarbeitszeitkonto“, das 1 480-Stellen-Einsparprogramm, neue Personalstellen in großem Umfang in den Ministerien, insbesondere in den neu geschaffenen Ministerien für Verkehr und Infrastruktur sowie für Integration. Das Prestigeprojekt Gemeinschaftsschule wird gegenüber anderen Schulen chronisch bevorzugt – das haben wir heute Morgen in der Debatte herausgearbeitet –, es gibt unsinnige und teure Doppelstrukturen im Bereich von G 8 und G 9 sowie eine unsinnige und regional unausgewogene Polizeireform – da werden Millionen und Abermillionen Euro zum Fenster hinausgeschmissen.

Unter dem Signum einer neuen Beteiligungskultur wird viel Geld ausgegeben; der Filderdialog ist nur ein Beispiel. Geeignete Beteiligungsstrukturen und eine vernünftige Umsetzung der Ergebnisse von Beteiligungsprozessen bleiben aber Mangelware. Schließlich die Schaffung eines Nationalparks – auch ein teures Unterfangen –, gegen den Willen der Betroffenen, also wahrlich auch kein eindrucksvolles Beispiel für Regierkunst.

(Zuruf des Abg. Thomas Marwein GRÜNE)

Schon diese kurze Aufstellung zeigt deutlich: Die angebliche Erblast, von der Vertreter der grün-roten Koalition fortwährend sprechen, wenn von Haushaltskonsolidierungen die Rede ist, war immer schon die Erblast Ihrer eigenen Beschlüsse und Maßnahmen aus den letzten drei Jahren.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Diese Politik, die ohne ein klares Ziel und ohne ein klares Konzept daherkommt, entspricht einer Finanzplanung, die nicht weiß, wohin sie will: 768 Millionen € Nettokreditaufnahme im Jahr 2015 – damit Sie dann 2016 einen Volksbeglückungswahlkampf machen können. Die Nettonull im Jahr 2016 als einmaliges Ereignis zwischen den Schulden 2015 und 2017 – damit man sich im Wahlkampf auf die Schulter klopfen und erklären kann: In diesem Jahr machen wir aber keine neuen Schulden.

490 Millionen € und 250 Millionen € neue Schulden in den Jahren 2017 und 2018. War da nicht einmal ein Ministerprä-

sident, der erklärt hat, er mache den ausgeglichenen Haushalt 2016 nur dann mit, wenn – ich habe es gestern oder vorgestern mehrfach zitiert – es nicht nur 2016, sondern ab 2016 möglich ist? So viel zur Ehrlichkeit dieser Landesregierung.

Dann gibt es 2019 wieder eine Null und 2020 – das ist der Höhepunkt der Veranstaltung – die Ankündigung einer Nettotilgung von 300 Millionen €, die aber als Voraussetzung mit sich bringt, dass die 400 Millionen € an Steuermehreinnahmen aufgrund einer Steuererhöhung, die der Finanzminister vor der Bundestagswahl da hineingeschrieben hat und deren Vollzug keine Bundesregierung je angekündigt hat, schon eingerechnet sind. Wenn Sie ehrlich wären und diese Summe wieder herausstreichen würden, dann können Sie im Jahr 2020 nicht 300 Millionen € tilgen, sondern müssen 100 Millionen € neue Schulden aufnehmen, meine Damen und Herren. So ist die Realität.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Das, was mit dem Finanzplan 2020 einmal beabsichtigt war, nämlich Pfade der Berechenbarkeit zu legen und zugleich ein Mehr an Transparenz zu schaffen, wird deutlich verfehlt. Jede Zahl, die im Finanzplan 2020 am Ende steht, dokumentiert die Beliebigkeit und Ziellosigkeit dieser Planung.

Beliebigkeit und Intransparenz zeichnen auch Ihren Umgang mit den verschiedenen, im Einzelplan 12 veranschlagten Sammeltiteln aus. Die Summe von 269 Millionen € beinhaltet die Rücklage für Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen – so sah es der Haushaltsentwurf vor –, gebunden für Maßnahmen des Hochbaus, des Straßenverkehrs, des ÖPNV und der Zentren für Psychiatrie. Jetzt sind es 46 Millionen € mehr, entnommen aus der Rücklage für Haushaltsrisiken und versehen mit einer festen Verteilung: 115 Millionen € für Landesstraßen – einschließlich Radwegen an Landesstraßen –, 30 Millionen € für den ÖPNV auf Schiene und Straße, 10 Millionen € für die Zentren für Psychiatrie und 160 Millionen € für den staatlichen Hochbau.

Neben dem Mehr an Klarheit, wie viel Geld in welche Bereiche fließen soll, lässt sich so gleichzeitig der Eindruck erwecken, es würde mehr Geld ausgegeben, z. B. für Ortsumfahrungen, für den Erhalt von Landesstraßen oder für den ÖPNV. Das ist aber im Wesentlichen nicht der Fall; die Mittel werden lediglich hin und her geschoben, aus der einen Rücklage in die andere und aus einer unspezifizierten Form in eine spezifizizierte Form der Veranschlagung.

Ähnlich ist es bei der Rücklage für Haushaltsrisiken und schließlich bei den Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre. Das ist offenbar die Restausgleichskasse für Ihre grün-roten Prestigeprojekte, die Sie anders nicht mehr darstellen können: 22,6 Millionen € „Spitzausgleich“ für den Haushalt – neben der Finanzierung dessen, was mit den kommunalen Landesverbänden in der gemeinsamen Finanzkommission verabredet worden war.

Meine Damen und Herren, Sie erwarten wohl nicht ernsthaft, dass die Opposition diesem Machwerk von Haushalt zustimmt. Wir können auch dem Staatshaushaltsgesetz nicht zustimmen,

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

im Wesentlichen wegen des überzogenen Volumens des Planwerks und der für 2015 veranschlagten Nettokreditaufnahme. Wir lehnen das Haushaltsgesetz ab, vor allem wegen der in Artikel 2 enthaltenen Erhöhung des Wasserentnahmeentgelts.

Es wäre wirklich anzuraten, zu einem transparenten, zu einem nachvollziehbaren und soliden Haushalt zu gelangen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Er ist solide!)

Das, was Sie hier vorgelegt haben, ist das nun wirklich nicht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich das Wort dem Finanz- und Wirtschaftsminister Dr. Schmid.

(Zuruf)

– Entschuldigung. Zunächst spricht Herr Abg. Klein für die CDU-Fraktion.

Abg. Karl Klein CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Finanz- und Wirtschaftsminister, vielleicht können Sie in Ihrer Rede gleich noch auf meine zwei oder drei Anregungen reagieren.

Wir schließen heute mit der Beratung des Einzelplans 12 die Zweite Beratung des Entwurfs des Doppelhaushalts im Plenum ab. Die Beratungen im Finanz- und Wirtschaftsausschuss sowie die Beratungen in dieser Woche im Plenum haben vor allem eines gezeigt – das haben Sie selbst angesprochen –: Die Wirtschaft in Baden-Württemberg zeigt sich stabil. Die Arbeitslosigkeit und insbesondere auch die Jugendarbeitslosigkeit ist gering. Die Steuereinnahmen steigen weiter, und zwar in den Jahren 2015 und 2016 um ca. 1,6 Milliarden €.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist doch gut!)

Für die vor dem Jahr 2011 aufgenommenen Kreditschulden zahlen Sie heute ca. 180 Millionen € pro Jahr weniger. Auch das kommt Ihrem Haushalt zugute.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Auch gut!)

Außerdem haben Sie den Steuersatz bei der Grunderwerbsteuer fast verdoppelt. Allein daraus resultieren Mehreinnahmen von 0,4 Milliarden €. Hinzu kommt die geplante Erhöhung des Wasserentnahmeentgelts. Aufgrund eines Berechnungsfehlers haben Sie nun die Zuschüsse zum Versorgungsfonds halbiert.

Wenn man die Steuereinnahmen richtig zusammenzählt, stellt man fest, dass die Steuereinnahmen gegenüber dem Jahr 2011 um netto 5,1 Milliarden € gestiegen sind. Hinzu kommen weitere Einnahmen aus Mitteln des Bundes, z. B. für die Hochschulen, für die Universitäten und für den Ausbau der Kleinkindbetreuung. Des Weiteren gibt es Entlastungen aufgrund der Grundsicherung sowie Mehrleistungen des Bundes für die Verkehrsinfrastruktur – soweit diese aus Berlin abgerufen werden.

Das alles genügt aber nicht, um die Ausgaben zu decken, Herr Finanz- und Wirtschaftsminister. Das sollte Ihnen zu denken

geben. Die Ausgaben des Landes Baden-Württemberg sollten so gestaltet werden, dass wir zumindest in diesen goldenen Zeiten einen ausgeglichenen Haushalt erreichen. Die grün-rote Landesregierung jedoch macht weiterhin Schulden, während andere Länder – das haben wir gehört – zu einer Nullneuerschuldung kommen oder sogar Altschulden tilgen.

Ich möchte jetzt nicht die Kreditaufnahmen der Jahre 2013, 2014 und 2015 nennen. Sorgen bereiten mir jedoch, Herr Finanzminister, die Vorhaben in der mittelfristigen Finanzplanung. In der mittelfristigen Finanzplanung sehen Sie noch haushaltswirtschaftlichen Finanzbedarf, der zu einer Kreditaufnahme in einer Größenordnung von über 2 Milliarden € führt. An dieser Stelle meine ich sagen zu dürfen, dass Sie mit Ihrer Haushaltskonsolidierung wohl nicht sehr weit gekommen sind. Die Konsolidierung verschieben Sie auch in die mittelfristige Finanzplanung in der Hoffnung, dass die goldenen Zeiten nach wie vor anhalten – oder dass eventuell eine andere Landesregierung diese Verantwortung zu übernehmen hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren – jetzt wende ich mich an die Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfraktionen –: So konsolidiert man in der Tat keinen Haushalt. Man sollte zumindest in einem gewissen Umfang das Land auf wirtschaftlich nicht so gute Zeiten, auf wegbrechende Steuereinnahmen vorbereiten.

Herr Finanz- und Wirtschaftsminister, ein weiteres Problem besteht darin, dass derzeit überall dort Geld ausgegeben wird, wo jemand den Finger hebt. Überall dort, wo Probleme entstehen, wird versucht, diese mit entsprechenden Finanzmitteln zuzuschütten. Die beiden Fraktionsvorsitzenden, Herr Schmiedel und Frau Sitzmann, machen in Freiburg so nebenbei einmal Finanzausgaben von mindestens 10 Millionen €, was durch den Haushalt nicht abgedeckt ist.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Synergieeffekt!)

Deshalb muss es darum gehen, dass Sie insbesondere die bestehenden Ausgabenwünsche begrenzen und vor allem dafür sorgen, dass das Land Baden-Württemberg nicht weiter abrutscht, sondern dass wir uns mit den Ländern vergleichen können, die zu einer Nullneuerschuldung kommen oder sogar noch Altschulden abbauen.

Jetzt noch ein Wort zum Länderfinanzausgleich. Das ist auch ein Lieblingsthema des amtierenden Landtagsvizepräsidenten. Uns werden seit drei Jahren Lösungsansätze versprochen. Spitzentreffen werden jedoch abgesagt; gestern hat ein Spitzentreffen stattgefunden, allerdings ohne Erfolg.

Herr Finanz- und Wirtschaftsminister, ich möchte Ihnen eine Bitte mit auf den Weg geben: Es wäre ein großer Fehler, die Probleme des Länderfinanzausgleichs mit zusätzlichen Soli-Einnahmen zuzuschütten. Die Probleme des Länderfinanzausgleichs liegen in der Struktur. Das Problem besteht darin, dass dieser Länderfinanzausgleich nicht ausgabenorientiert, sondern nur einnahmeorientiert ist. Deshalb leisten sich Nehmerländer viele Ausgaben, die sich noch nicht einmal eine grün-rote Landesregierung in Baden-Württemberg leistet, wie z. B. gebührenfreie Kindergartenjahre, wie es sich die rot-rot-grüne Regierung in Thüringen leisten will.

Meine Damen und Herren, meiner Meinung nach konsolidiert man so keinen Haushalt. Insofern sollten Sie die Begriffe

(Karl Klein)

„Sparen“ und „Konsolidieren“ aus Ihrem Vokabular streichen. Dies würde dem Doppelhaushalt 2015/2016 gerecht werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Finanz- und Wirtschaftsminister Dr. Schmid das Wort.

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich auf den Zustand des Landeshaushalts eingehen, wie er sich jetzt mit dem Doppelhaushalt 2015/2016 darstellt. Wir haben ein strukturelles Defizit vorgefunden. Herr Klein hat das in seinem Redebeitrag vorhin noch einmal bestätigt. Manche nennen das eine Erblast.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Jetzt kommt das Märchen wieder!)

Das ist ein blumiger Begriff. Das strukturelle Defizit – übersetzt: Erblast – belief sich laut Kassensturz vom Frühsommer 2011 auf etwa 2,5 Milliarden €. Dass wir trotz gut laufender Wirtschaft und eines weiteren Anstiegs der Steuereinnahmen mit dem Landeshaushalt von Baden-Württemberg immer noch in die Verschuldung gehen müssen, zeigt an, dass es eine solche finanzielle Erblast gibt. Diese ist also nicht irgendwie erstunken und erlogen oder frei erfunden, sondern sie ist da. Herr Klein hat das, wie gesagt, vorhin noch einmal bestätigt.

Wir haben es nun innerhalb von drei Jahren geschafft, dieses strukturelle Defizit um mehr als die Hälfte abzubauen. Das ist ein Erfolg der gesamten Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Auf der Strecke bis 2020 bleibt noch einiges zu tun. Den Weg zeigen der Finanzplan 2020 und die mittelfristige Finanzplanung auf. Dass wir einiges erreicht haben, ist meines Erachtens unbestritten. Wie haben wir das erreicht?

An dieser Stelle greife ich gern die Auflistung von Herrn Kollegen Dr. Rülke auf. Es ist kein Wunder, dass wir angesichts der Struktur des Landeshaushalts in etwa die Positionen herangezogen haben, die Sie genannt haben, um den Haushalt zu konsolidieren.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Der Landeshaushalt besteht zu mehr als 40 % aus Personalkosten. Sie haben uns dankenswerterweise gesagt, ein Drittel der Einsparungen sei zulasten des Personals erfolgt. Das heißt, wir haben das Personal sogar nur unterproportional beteiligt. Insofern haben wir bei unseren Einsparungen sogar eine besondere Rücksicht auf das Personal genommen. Deshalb weiß ich nicht, warum Sie immer daran herumkritteln. Ich glaube, wir haben mit Augenmaß bei den Personalkosten eingespart.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Weil alles zulasten des Personals geht! Woanders gibt es keine Einsparungen!)

Wir haben natürlich auch andere Positionen angefasst, die Teil des Haushalts sind. Dazu gehören die etwa 20 % des Landeshaushalts, die in Bezug zu den kommunalen Finanzen stehen. Deshalb ist es logisch, dass ein Teil des Einspareffekts aus der kommunalen Finanzmasse kommt. Im Unterschied zur Vergangenheit ist aber kein einziger Eingriff in die kommunale Finanzmasse vorgenommen worden, sondern wir haben das mit den kommunalen Landesverbänden abgesprochen. Das ist ein gutes Zeichen für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Kommunen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Aufgrund der günstigen Zinsentwicklung konnten wir logischerweise auch Einsparungen bei den Zinsausgaben vornehmen. Das sollten wir uns nicht gegenseitig vorhalten.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Es wäre ja blöd, wenn wir es nicht machen würden!)

Die Zinsausgaben sind logischerweise ein Teil des Gesamthaushalts.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wo ist da die Einsparleistung?)

Insofern sind Einsparungen an dieser Stelle gut, weil wir jetzt lange laufende Zinsverträge umwandeln können in Verträge mit niedrigeren Zinsen. So können wir auch bei den Zinsausgaben Einsparungen verzeichnen. Das ist ein weiterer Beitrag zur Konsolidierung. Da gibt es gar nichts zu kritteln. Das ist in Ordnung.

Zudem gehört zu einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung zweifellos auch, dass wir die Einnahmen des Landes verbessern; gar keine Frage. Wir haben von Anfang an immer deutlich gemacht: Ohne eine gut laufende Wirtschaft, also steigende Steuereinnahmen, und ohne Verbesserungen auf der Einnahmeseite, z. B. durch eine Grunderwerbsteuererhöhung, z. B. durch verschiedene Gebührenpositionen, etwa im Justizhaushalt oder im Wissenschaftshaushalt, wird es keine nachhaltige Haushaltskonsolidierung geben. Insofern freue ich mich, dass Sie zumindest analytisch unseren Konsolidierungskurs bestätigen. Genau die Elemente, die Sie genannt haben, bilden das Gesamtbild der Haushaltskonsolidierung

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Bloß sind es keine Einsparungen!)

und haben dazu beigetragen, dass wir das Defizit strukturell halbieren konnten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die Zinsen sind auch strukturell?)

Als zweite Anmerkung will ich zu dem Doppelhaushalt 2015/2016 konkret sagen: Dieser Haushalt ist transparent. Er verarbeitet alle anstehenden Überschüsse; das ist ganz wichtig. Wir haben da jetzt Tabula rasa gemacht. Wir haben alles offengelegt, im Haushalt verarbeitet. Und wir haben bisherige allgemeine Rücklagen spezifiziert und Zwecken zugeführt, etwa durch die Bildung einer Sanierungsrücklage. Insofern ist es ein Fortschritt in den Beratungen gewesen, dass wir auch bei der Verwendung der Sanierungsrücklage Haushaltswahr-

(Minister Dr. Nils Schmid)

heit und -klarheit hergestellt haben. Das ist doch ein gutes Beispiel dafür, dass wir es mit der Transparenz sehr ernst meinen.

Ich glaube, an diesem Punkt gibt es an diesem Haushalt nichts zu kritisieren. Wir haben vielmehr in jedem Punkt sehr deutlich gemacht, wofür das Geld ausgegeben wird. Wir haben auch deutlich gemacht, was wir mit den Überschüssen machen. Insofern bitte ich Sie einfach, zumindest auf dieser Ebene, was Transparenz, Haushaltswahrheit und -klarheit anbelangt, zur Kenntnis zu nehmen, dass wir das sehr sauber für Sie alle hier im Parlament und auch für die Bürgerinnen und Bürger aufgearbeitet haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Haushaltsberatungen wären für die Opposition die große Gelegenheit gewesen, den Ankündigungen auch Taten folgen zu lassen. Eigentlich ist es ganz einfach: Wenn man für etwas mehr Geld ausgeben will, muss man es gegenfinanzieren; wenn man etwas nicht will, muss man es streichen. Das ist die normale Haushaltslogik. Die Opposition hier im Landtag von Baden-Württemberg geht einen ganz eigenen Weg. Herr Rülke, Sie haben hier vor vier Wochen noch Theodor Storm zitiert. Nichts gegen den großen Schriftsteller Theodor Storm, aber wenn man mit Reimen aus der Vergangenheit einen Haushalt der Zukunft zimmern will, kann das nicht gut gehen.

Ihre Vorschläge in den Ausschussberatungen haben genau diesen gestrigen Geist geatmet. Sie wollen ein Milliardenprogramm für die Infrastruktur – so weit, so gut, aber irgendwie muss man es ja finanzieren. Ihr Vorschlag war, der Landesstiftung 1 Milliarde € hierfür zu entnehmen

(Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

und die Beteiligungen des Landes, insbesondere bei der EnBW und der LBBW, zu verkaufen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist ein Oppositionstrick!)

Ich glaube, selbst Maggie Thatcher hätte in ihrem größten Privatisierungsrausch nicht so weit gehen können. Ich denke, so einfach kann man den Haushalt nicht sanieren.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie wollten auch verkaufen! Da waren Sie dabei!)

Es gibt für den Verkauf von Landesbeteiligungen zahlreiche Restriktionen. Das geht rechtlich nicht. Es ist übrigens auch nicht unbedingt wirtschaftlich. Warum sollten wir Beteiligungen aufgeben, wenn sie sich rechnen?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Rothaus wollten Sie verkaufen! – Gegenruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Was? Kommt gar nicht infrage!)

Warum sollten wir Beteiligungen aufgeben, wenn sie, wie Sie zu Recht gesagt haben, steigende Ausschüttungen im Vergleich zur Vergangenheit aufweisen, beispielsweise bei der LBBW? So haben wir inzwischen eine Teilrückzahlung der Kapitalerhöhung bei der LBBW erhalten. Ich kann nur sagen: Man kann natürlich seine Kuh schlachten, aber die Milch kann man dann nicht auch noch haben wollen. Der größte Coup, nämlich der Vorschlag mit der Landesstiftung,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Der geht gar nicht!)

hat leider den Nachteil, dass auch eine erhebliche Steuerbelastung anfallen würde.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Sie haben zu Recht darauf hingewiesen: Zu Oppositionszeiten hat insbesondere die SPD dies diskutiert.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie wollten es doch auch machen!)

Mein Vorteil war, dass ich jetzt die Steuerbelastung genau berechnen konnte. Deshalb sind wir zu dem Schluss gekommen, dass es keinen Sinn macht, die Landesstiftung aufzulösen, weil die dafür anfallenden Steuerzahlungen erheblich wären.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Von Auflösen hat niemand gesprochen!)

– Das Herausziehen von Geld kommt dem gleich. Man müsste auf jeden Fall Steuern zahlen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Rothaus wollten Sie verkaufen!)

Es war aber immerhin einmal ein Versuch eines konkreten Vorschlags; das will ich einräumen. Aber ansonsten war das alles, was Sie im Ausschuss vorgetragen haben, sehr pauschal. Sie wollen die Absenkung der Eingangsbesoldung rückgängig machen. Das kostet strukturell rund 40 Millionen €. Vorschlag für eine strukturelle Gegenfinanzierung: Fehlzanzeige!

Herr Hauk hat am Mittwoch so hübsch formuliert: „Nullneverschuldung jetzt!“ Dem ist der hübsche Slogan zu entgegen: Reicht nicht aus; man muss auch seriös gegenfinanzieren. Sie haben an keinem Punkt deutlich gemacht, welche Ausgaben, die im Landeshaushalt verankert sind, aus Ihrer Sicht gestrichen werden sollen. Den Mut hatten Sie bis heute nicht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Das Einzige war der Vorschlag der Reduzierung des Titels für globale Mehrausgaben für Personalausgaben; darauf ist schon verschiedentlich hingewiesen worden. Dieser Titel braucht die Höhe, die im Haushalt veranschlagt ist, um die schon jetzt bekannte Besoldungserhöhung für die Jahre 2015 und 2016 zu finanzieren. Wir brauchen auch die normale Steigerungsrate von 1,5 bzw. 1,8 %, die da abgebildet wird. Das ist das Verfahren, das Bund und Länder handhaben. Wenn Sie jetzt an den Titel für globale Mehrausgaben für Personalausgaben heranwollen, dann heißt das, dass die schon vereinbarte Tarif- und Besoldungserhöhung nicht bezahlt werden kann, dass keine Spielräume für eine Erhöhung der Besoldung in den Jahren 2015 und 2016 bestehen. Sie wollen damit eine Nullrunde für die Beamtinnen und Beamten. Ich glaube, das ist keine gute Idee. Davon sollten Sie Abstand nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Dann sehen Sie sehr pauschal einen Eingriff in die vorhandenen Rücklagen vor. So soll die Rücklage für Haushaltsrisiken um 400 Millionen € gesenkt werden. Ich sage Ihnen: Wir brauchen diese Mittel. Wir müssen schon jetzt bei der Konkretisierung der Ausgaben für Flüchtlinge 100 Millionen € mehr

(Minister Dr. Nils Schmid)

in die Hand nehmen. Deshalb kann ich Sie nur davor warnen, diese Haushaltsrücklage anzufassen. Wir brauchen gerade angesichts der Unsicherheiten in diesem Feld eine seriöse und vorausschauende Haushaltspolitik. Deshalb ist es schade, dass Sie jetzt in der zweiten Lesung die Chance vertan haben, mit konkreten, nachhaltigen und durchsetzbaren Einsparvorschlägen den Haushalt zu verbessern.

Wir setzen mit diesem Haushalt das fort, was wir 2011 begonnen haben. Der Dreiklang aus Konsolidieren, Sanieren und Investieren wird eingehalten. Wenn wir noch einmal die Konsolidierungsfacetten dieses Doppelhaushalts anschauen, stellen wir fest, dass wir allein durch die Umsetzung der Vorgaben aus den Orientierungsplänen das Finanzierungsdefizit der Jahre 2015 und 2016 um insgesamt 960 Millionen € reduziert haben. Wir erreichen – das ist ein großer gemeinsamer Erfolg dieser Landesregierung – in dieser Legislaturperiode drei Mal die Nullneuerschuldung, als Letztes im Jahr 2016. Das ist in den letzten 40 Jahren sonst niemandem gelungen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Gleichzeitig haben wir die implizite Verschuldung des Landes abgebaut. Wir haben Vorsorge für die Beamtenpensionen getroffen: von 2011 bis 2016 rund 2,7 Milliarden € für die Pensionen, im Doppelhaushalt 1,2 Milliarden €. Wir haben den Sanierungsstau abgebaut: 560 Millionen € seit 2011, weitere 526 Millionen € kommen in diesem Doppelhaushalt dazu.

Wir werden auch in den nächsten Jahren – das ist der Ausblick im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung und des Finanzplans 2020 – selbstverständlich an diesem Dreiklang aus Konsolidieren, Sanieren und Investieren festhalten.

Sie stellen immer darauf ab, wir würden nur einmal, nämlich im Jahr 2016, die Nullneuerschuldung erreichen. Zunächst einmal ist in der Rückschau darauf zu verweisen, dass wir es schon zweimal geschafft haben. Wir haben selbstverständlich auch das Ziel, in den Jahren 2017 und 2018 die Nullneuerschuldung zu erreichen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Okay!)

Die Planungszahlen geben es heute noch nicht realistisch her; sonst müssten wir ähnlich hohe Deckungslücken in die mittelfristige Finanzplanung eintragen, wie Sie es 2011 gemacht haben, nämlich in der Größenordnung von bis zu 3 Milliarden €. Diese unseriöse mittelfristige Finanzplanung wollten wir nicht fortschreiben.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Deshalb haben Sie auch die Steuererhöhungen noch drin!)

Deshalb haben wir einen kleinen Restbetrag an Nettokreditaufnahme in der Planung stehen lassen. Aber die klare Ansage ist: Wir streben auch für 2017 und 2018 die Nettonull an.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Dann ist es in der Projektion der Zahlen ganz natürlich, dass wir 2019 die Nullneuerschuldung erreichen – das gelingt schon mit den jetzt eingeleiteten Konsolidierungsschritten – und 2020 sogar in der Lage wären, eine Tilgung vorzunehmen.

Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass wir für 2020 davon ausgehen, dass wir mindestens 400 Millionen € zusätzlich bekommen – nicht aus Steuererhöhungen, sondern als Ergebnis der Bund-Länder-Gespräche zu den föderalen Finanzbeziehungen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aus dem Abbau der kalten Progression!)

Wir werden nach all dem, was zurzeit zwischen Bund und Ländern diskutiert wird, nämlich im Hinblick auf die weitere Verwendung des Soli-Aufkommens – es ist ja inzwischen unstrittig, dass das Aufkommen aus dem Soli erhalten bleiben und auch den Ländern zukommen soll –, in der Lage sein, mit Wirkung ab 2020 mindestens 400 Millionen €, wenn nicht sogar mehr – das ist konservativ gerechnet –, in den Landeshaushalt einzustellen. Das gemeinsame Bemühen von uns allen sollte sein, diese Bund-Länder-Finanzgespräche schnell zu einem Ergebnis zu führen.

Es ist klar: Der einfachste, der vernünftigste Vorschlag ist der bewährte Verteilschlüssel der Gemeinschaftsteuern. Deshalb sollte der Soli in die Gemeinschaftsteuern integriert werden. Da haben alle etwas davon. Da gibt es keine Zerferei. Vor allem wird dadurch die Eigenstaatlichkeit der Länder gestärkt, und wir werden nicht zu Bittstellern beim Bund.

Deshalb strebt die Landesregierung nach wie vor eine schnelle Einigung auf dieser Basis an, wie sie übrigens auch Bundesfinanzminister Schäuble als einen gangbaren Weg gesehen hat. Insofern kann ich nur daran appellieren, dass wir diese Verhandlungen schnell zu Ende bringen. Man sieht übrigens an dem Beispiel auch eines: Die Klagen von Bayern und Hessen haben überhaupt keinen Fortschritt gebracht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber eure Verhandlungen, gell?)

Wir sind jetzt schon deutlich weiter. Es gibt konkrete Modelle. Ich sage Ihnen eines: Mit unserem Weg werden wir mehr für Baden-Württemberg herausholen als Herr Teufel bei den letzten Verhandlungen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Sie sehen, wir machen Politik für unsere Wirtschaft und für die Menschen in unserem Land. Wir sorgen für Risiken vor, weil wir keinen Haushalt wollen, der auf Kante genäht ist, weil wir unseren humanitären Verpflichtungen gerecht werden wollen und weil wir auch Verpflichtungen gegenüber unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern haben.

Deshalb will ich in diesem Zusammenhang ganz speziell den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Hauses, insbesondere aus der Abteilung 2, für die Vorbereitung des Haushalts in den letzten Monaten danken.

Ich will ganz allgemein den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Steuerverwaltung danken, die maßgeblich und entscheidend dazu beitragen, dass das Land Einnahmen hat.

Ich will mich auch bei den Kolleginnen und Kollegen des Finanz- und Wirtschaftsausschusses des Landtags bedanken, allen voran bei Herrn Abg. Klein für die souveräne Sitzungslei-

(Minister Dr. Nils Schmid)

tung, natürlich auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landtags. Denn wir hatten, wie ich meine, gute und meist auch sachorientierte Ausschussberatungen, die wirklich an der einen oder anderen Stelle Sachverhalte aufgeklärt haben. Das ist eine gute Tradition.

In diesem Sinn an alle Beteiligten des Haushalts 2015/2016 ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sehen, wir konsolidieren, wir sanieren und wir investieren, damit den Menschen in unserem Land alle Wege offenstehen – mit mehr Geld für Bildung und Forschung, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für eine moderne Fachkräftepolitik und dafür, dass unser Standort immer den entscheidenden Schritt voraus bleibt. Das ist Haushalts- und Wirtschaftspolitik für ein noch stärkeres Baden-Württemberg. Ich bitte dabei um Ihre Unterstützung.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zunächst zu Tagesordnungspunkt 1 d und damit zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 06 – Ministerium für Finanzen und Wirtschaft. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6006.

Zunächst rufe ich Abschnitt I der Beschlussempfehlung auf und schlage vor, die Abstimmung über die Nummern 1 bis 3, Kapitel 0601 – Ministerium – bis Kapitel 0603 – Landesbetrieb Competence Center –, zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden.

Kapitel 0601 bis Kapitel 0603

Wer diesen drei Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit haben Sie die Kapitel mehrheitlich angenommen.

(Unruhe)

Ich rufe die Nummer 4 auf:

Kapitel 0607

Statistisches Landesamt

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Kapitel 0607 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 5 auf:

Kapitel 0608

Steuerverwaltung

Wer Kapitel 0608 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6006, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Kapitel einstimmig zugestimmt.

Ich schlage vor, die Abstimmung über die Nummern 6 und 7, Kapitel 0610 – Landeszentrum für Datenverarbeitung – und Kapitel 0614 – Bundesbau Baden-Württemberg –, zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden.

Kapitel 0610 und Kapitel 0614

Wer diesen beiden Kapiteln zustimmt, der möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist den Kapiteln mehrheitlich zugestimmt.

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmung über die Nummern 8 und 9, Kapitel 0615 – Vermögen und Bau Baden-Württemberg – und Kapitel 0618 – Landesamt für Besoldung und Versorgung Baden-Württemberg –, zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden.

Kapitel 0615 und Kapitel 0618

Wer diesen beiden Kapiteln in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6006, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesen Kapiteln mehrheitlich zugestimmt.

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmung über die Nummern 10 und 11, Kapitel 0620 – Betriebe und Beteiligungen – und Kapitel 0621 – Staatlicher Verpachtungsbetrieb –, zusammenzufassen. – Sie sind einverstanden.

Kapitel 0620 und Kapitel 0621

Wer diesen beiden Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesen Kapiteln mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 12 auf:

Kapitel 0622

Staatliche Münzen Baden-Württemberg

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Kapitel 0622 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 13 auf:

Kapitel 0623

Wilhelma in Stuttgart-Bad Cannstatt

Wer Kapitel 0623 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Oh-Rufe von der SPD)

Wer ist dagegen? –

(Unruhe bei den Grünen und der SPD)

Wer enthält sich? – Damit ist Kapitel 0623 mehrheitlich zugestimmt.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Sie können so weitermachen; ich warte halt.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich rufe die Nummer 14 auf:

Kapitel 0624

Staatsweingut Meersburg

(Zurufe: Jetzt aber!)

Wer Kapitel 0624 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Oh-Rufe von der SPD – Lebhaftige Unruhe)

Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? –

(Zurufe: Och!)

Damit ist Kapitel 0624 mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen- und Wirtschaft, Drucksache 15/6006, abzustimmen. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/5964, soweit diese den Einzelplan 06 berührt, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen dem zu.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 06.

(Beifall des Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE)

Nun kommen wir in der Zweiten Beratung zum Tagesordnungspunkt 1 e und damit zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 12 – Allgemeine Finanzverwaltung. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6012. Die hierzu vorliegenden Änderungsanträge und den Entschließungsantrag werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen.

Ich rufe die Nummer 1 auf:

Kapitel 1201

Steuern

Wer Kapitel 1201 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6012, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Kapitel 1201 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 2 auf:

Kapitel 1202

Allgemeine Bewilligungen

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Kapitel 1202 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 3 auf:

Kapitel 1204

Finanzausgleich zwischen Land und Bund sowie anderen Ländern

Wer Kapitel 1204 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6012, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Kapitel 1204 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 4 auf:

Kapitel 1205

Kommunaler Finanzausgleich

Wer diesem Kapitel in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6012, zustimmt, den bitte ich das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Kapitel 1205 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 5 auf:

Kapitel 1206

Schulden und Forderungen

Zu Titel 325 86 – Auf dem sonstigen inländischen Kreditmarkt – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6062-1, vor, mit dem die Absenkung der Nettokreditaufnahme auf null gefordert wird. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 575 86 – Zinsen an den sonstigen inländischen Kreditmarkt (auch Disagio) – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6062-2, vor, der die Absenkung der Zinsen fordert. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich, die Hand zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 1206 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Kapitel mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 6 auf:

Kapitel 1208

Staatlicher Hochbau

Wer Kapitel 1208 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Kapitel mehrheitlich zugestimmt.

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmungen über die Nummern 7 und 8, also Kapitel 1209 – Staatsvermögen – und Kapitel 1210 – Versorgung –, zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden.

Kapitel 1209 und Kapitel 1210

Ich stelle die beiden Kapitel zusammen zur Abstimmung. Wer diesen Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesen Kapiteln mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich rufe die Nummer 9 auf:

Kapitel 1212

Sammelansätze

Hierzu liegen sechs Änderungsanträge der Fraktion der CDU und ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP vor. Ich lasse zunächst abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU – –

(Zuruf des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE)

– Herr Lehmann, wollen Sie etwas sagen?

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Nein! – Heiterkeit)

– Gut.

(Heiterkeit)

Jetzt geht es also um den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6062-3, zu Titel 359 01 – Entnahme aus der Rücklage für Haushaltsrisiken – in Ziffer 1 und zu Titel 919 01 N – Zuführung an die Rücklage für Haushaltsrisiken – in Ziffer 2, der Mittel für Maßnahmen zur Verbesserung der Situation im Justizvollzug sowie die Ergänzung des Haushaltsvermerks bei Titel 919 01 N fordert.

Ich schlage Ihnen vor, diesen Änderungsantrag der Fraktion der CDU insgesamt zur Abstimmung zu stellen. Da können Sie von der CDU-Fraktion mitmachen. – Vielen Dank.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir machen gern mit!)

Wer also diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Jetzt lasse ich abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6062-8, zu Titel 359 05 – Entnahmen aus der Rücklage für Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen –, der eine Verstetigung der Mittel auf dem Niveau der Vorjahre fordert. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der CDU zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 461 01 – Globale Mehrausgaben für Personalausgaben einschl. Versorgungsbezüge, Beihilfen und Nachversicherungen – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6062-4, vor, der die Absenkung auf das Niveau der Vorjahre fordert. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Des Weiteren liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6062-5, vor, der die Aufnahme des Titels 463 01 N – Globale Minderausgaben für Gutachtenvergabe – fordert, mit dem der Zunahme bei den Gutachtenvergaben entgegengesteuert werden soll. Wer diesem Änderungsantrag der CDU-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das

Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6062-6, begehrt die Neuaufnahme des Titels 464 01 N – Globale Mehrausgaben für Personalausgaben –, der die schrittweise Rücknahme der Absenkung der Eingangsbesoldung ermöglichen soll. Wer stimmt diesem Änderungsantrag der Fraktion der CDU zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 919 01 N – Zuführung an die Rücklage für Haushaltsrisiken – liegen zwei Änderungsanträge vor. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6062-7, abstimmen, der eine Reduzierung der Zuführung um 400 000 € im Jahr 2015 fordert und weiter gehend ist als der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/6062-9, der lediglich eine Reduzierung der Zuführung um 200 000 € verlangt.

Deswegen stimmen wir zunächst über den Antrag der Fraktion der CDU ab. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6062-7, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag der Fraktion der CDU mehrheitlich abgelehnt.

Nun lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/6062-9, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 1212 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Kapitel mehrheitlich zugestimmt.

Ich schlage vor, die Abstimmung über die Nummern 10 bis 12, also Kapitel 1221 – Zukunftsoffensive III –, Kapitel 1222 – Zukunftsoffensive IV – und Kapitel 1223 – Zukunftsinvestitionen –, zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden.

Ich rufe diese drei Kapitel gemeinsam auf:

Kapitel 1221 bis Kapitel 1223

Wer diesen Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesen Kapiteln einstimmig zugestimmt.

Wir haben noch über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/6062-10, abzustimmen, der die Aufnahme eines neuen Kapitels 1250 N – Infrastrukturoffensive Baden-Württemberg 2020 – fordert

(Zuruf des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

und verschiedene Ersuchen an die Landesregierung beinhaltet. Wer diesem Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 12 angelangt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

– Klatschen verlängert es nur.

(Heiterkeit)

Jetzt kommen wir in der Zweiten Beratung unter Tagesordnungspunkt 1 f zur **A b s t i m m u n g** über das Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2015/16 (Staatshaushaltsgesetz 2015/16 – StHG 2015/16), Drucksache 15/5959. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6000. Die hierzu vorliegenden Änderungsanträge werde ich an den entsprechenden Stellen aufrufen.

Ich rufe auf

§ 1

Zu § 1 liegt Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6050-1, vor, der in Ziffer 2 auch § 4 Absatz 1 Nummer 1 und in Ziffer 3 die Anlage zum Staatshaushaltsgesetz betrifft. Ich schlage Ihnen vor, diesen Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6050-1, insgesamt zur Abstimmung zu stellen. – Sie sind damit einverstanden.

Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der CDU zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Aufgrund des bei Einzelplan 04 in der Zweiten Beratung angenommenen Änderungsantrags Drucksache 15/6054-12 muss der dem Staatshaushaltsgesetz als Anlage beigefügte Staatshaushaltsplan wie folgt geändert werden: Im Gesamtplan in Nummer 1 – Haushaltsübersicht für das Haushaltsjahr 2016 – muss in der Spalte „Zuweisungen und Zuschüsse/ohne Investitionen“ der Betrag beim Einzelplan 04 – Ministerium für Kultus, Jugend und Sport – auf 1 186 297 300 € sowie die Summe auf 19 767 693 000 € angepasst werden.

Weiter muss in der Spalte „Besondere Finanzierungsausgaben“ der Betrag des Einzelplans 04 – Ministerium für Kultus, Jugend und Sport – auf minus 22 474 000 € sowie die Summe auf 170 620 300 € angepasst werden. Die geänderte Anlage liegt auf Ihren Tischen.

Wer § 1 mit diesen Änderungen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist § 1 mehrheitlich angenommen.

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmung über

§ 2 und § 3

zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden. Ich stelle also die §§ 2 und 3 gemeinsam zur Abstimmung. – Wer den §§ 2 und 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist den §§ 2 und 3 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 4

und hierzu den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6050-2. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der CDU zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit mehrheitlich so beschlossen.

(Unruhe)

– Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Oh-Rufe)

Das war der Umkehrschluss. Ich wollte es bloß noch einmal erklären, weil Sie gerade so erfreut ausgesehen haben: Der Antrag ist abgelehnt worden.

Wer § 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist § 4 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 5

Wer § 5 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist § 5 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 6

Wer § 6 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist § 6 mehrheitlich beschlossen.

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmungen zu den §§ 6 a, 7 und 8 zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden.

Ich rufe auf

§ 6 a bis § 8

Wer diesen Paragraphen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesen Paragraphen einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 9

Wer § 9 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist § 9 mehrheitlich zugestimmt.

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmung über die §§ 10 und 11 zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden.

Ich rufe die beiden Paragraphen auf:

§ 10 und § 11

Wer stimmt dagegen? – Niemand. Das ist großartig. Dann sind diese Paragraphen einstimmig angenommen.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich rufe auf

§ 12

Wer § 12 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 13

Wer § 13 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig ist § 13 zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 14

Wer § 14 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 15

Wer § 15 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich ist § 15 zugestimmt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2015/16 –, Drucksache 15/5959, ist damit abgeschlossen. Die Dritte Beratung findet am 17. Dezember 2014 statt.

Wir kommen zu weiteren Abstimmungen, zunächst unter Tagesordnungspunkt 2 in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über das Haushaltsbegleitgesetz 2015/16, Drucksache 15/5960. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6017. Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft empfiehlt Ihnen in Abschnitt I der Beschlussempfehlung, dem Gesetzentwurf mit Änderungen in Artikel 4, also den Änderungen des Finanzausgleichs, zuzustimmen.

Zunächst rufe ich Abschnitt I der Beschlussempfehlung auf. Die Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6067-1, vor, der eine Neufassung von Artikel 1 begehrt, indem eine Rücknahme der Absenkung der Eingangsbesoldung in zwei Schritten gefordert wird. Ich schlage Ihnen vor, dass ich die Ziffern 1 bis 3 insgesamt zur Abstimmung stelle. – Sie sind damit einverstanden.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6067-1, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

In Artikel 1 des Gesetzentwurfs Drucksache 15/5960 ist das Datum der letzten Änderung des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg, das gestern hier im Landtag beschlossen wurde, ebenso offen geblieben wie die Fundstelle im Gesetzblatt. Ich bitte Sie, damit einverstanden zu sein, dass das Ausfertigungs- und Verkündungsorgan ermächtigt wird, diese Angaben vor der Verkündung im Gesetzblatt zu ergänzen. – Sie sind damit einverstanden.

Wer Artikel 1 mit dieser Maßgabe zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 1 mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung des Wassergesetzes

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Artikel 3

Änderung des Gesetzes über die Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank

Wer Artikel 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Artikel 4

Änderung des Finanzausgleichsgesetzes

Wer Artikel 4 in der Fassung von Abschnitt I der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6017, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Artikel 5

Änderung der Landeshaushaltsordnung

Wer Artikel 5 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 5 einstimmig zugestimmt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/6067-2, der die Einfügung eines neuen Artikels 5 a, die Änderung des Haushaltsbegleitgesetzes 2013/14 und damit die Rücknahme der Absenkung der Eingangsbesoldung fordert.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe auf

Artikel 6

Inkrafttreten

Wer Artikel 6 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 6 mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 12. Dezember 2014 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Haushaltsbegleitgesetz 2015/16“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

Schlussabstimmung

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieses Gesetz mehrheitlich beschlossen.

Wir haben noch abzustimmen über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6017, mit einem Ersuchen an die Landesregierung. Wer Abschnitt II zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Ersuchen mehrheitlich zugestimmt worden.

Damit ist Tagesordnungspunkt 2 beendet.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE:
Super!)

Wir kommen nun zur Abstimmung über Punkt 3 der Tagesordnung: Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 14. November 2014 – Mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2014 bis 2018 – Drucksachen 15/5962, 15/6018.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6018. Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft schlägt Ihnen vor, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 14. November 2014, Drucksache 15/5962, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen dieser Beschlussempfehlung zu. Es ist so beschlossen.

Damit ist Tagesordnungspunkt 3 erledigt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Punkt 4 der Tagesordnung: Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 14. November 2014 – Finanzplan des Landes Baden-Württemberg gem. § 18 Absatz 10 Landeshaushaltsordnung für die Jahre 2014 bis 2020 (Stand: 14. November 2014) – Drucksachen 15/5961, 15/6019.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6019. Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft schlägt Ihnen vor, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 14. November 2014, Drucksache 15/5961, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu. Es ist so beschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit ist die heutige Tagesordnung erledigt.

Die nächste Plenarsitzung findet am 17. Dezember 2014 um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 17:48 Uhr